



Plenarprotokoll

144. Sitzung

Donnerstag, 23. März 2017

Gedenken an die Opfer des Terroranschlags von London	12102	Daniel Günther [CDU].....	12150 12113
Vereidigung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein	12102	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	12117
Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Maßnahmen durch die Landesregierung	12102	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	12127
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der PIRATEN		Wolfgang Kubicki [FDP].....	12134, 12148
Drucksache 18/5311		Lars Harms [SSW].....	12140
Torsten Albig, Ministerpräsident...	12102	Dr. Kai Dolgner [SPD].....	12144
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	12109, 12145,	Heike Franzen [CDU].....	12148
		Martin Habersaat [SPD].....	12150
		Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	12151
		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	12152
		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	12153

Beschluss: Kenntnisnahme der Antwort der Landesregierung Drucksache 18/5311.....	12153	Thomas Hölck [SPD].....	12166
		Jens-Christian Magnussen [CDU].	12168
		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	12170, 12178
Sechsspuriges Ersatzbauwerk für die Rader Hochbrücke	12153	Oliver Kumbartzky [FDP].....	12172
		Angelika Beer [PIRATEN].....	12175
		Flemming Meyer [SSW].....	12177
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/5292		Beschluss: 1. Berichtsanhträge Drucksachen 18/5318 und 18/5319 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt	
Christopher Vogt [FDP].....	12153	2. Annahme des Antrags	
Hans-Jörn Arp [CDU].....	12155, 12163	Drucksache 18/5317.....	12179
Kai Vogel [SPD].....	12156		
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	12157	Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Kita-Geldes	12179
Uli König [PIRATEN].....	12159		
Flemming Meyer [SSW].....	12160	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 18/4814 (neu)	
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	12161	Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses	
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	12162	Drucksache 18/5295	
Beschluss: Annahme.....	12163	Daniel Günther [CDU].....	12179
Gemeinsame Beratung		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	12180
a) Keine Reststrommengen auf Atomkraftwerk in Brokdorf übertragen	12163	Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	12182
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/5317		Anita Klahn [FDP].....	12184
		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	12185
		Flemming Meyer [SSW].....	12186
		Dr. Heiner Garg [FDP].....	12187
		Serpil Midyatli [SPD].....	12188
		Wolfgang Kubicki [FDP].....	12189
		Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	12190
b) Bericht zum Ausbau der Stromleitungsnetze und zur Verwendung regenerativer Energie	12163	Beschluss: Ablehnung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4814 in namentlicher Abstimmung.....	12192
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/5318			
		Gute Arbeit für Praktikanten - Schutzvorkehrungen und Mindeststandards für Praktika einführen ..	12192
c) Bericht zum Sachstand des Stilllegungs- und Abbaufahrens von Atomkraftwerken	12163	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/5334	
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/5319		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	12192
		Hans Hinrich Neve [CDU].....	12193
		Wolfgang Baasch [SPD].....	12194
		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	12195
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	12164	Flemming Meyer [SSW].....	12196

Beschluss: Ablehnung.....	12197	
Gemeinsame Beratung	12197	* * * *
a) Traditionsschiffe schützen - Verordnung über verschärfte Sicherheitsvorschriften anpas- sen	12197	Regierungsbank: Torsten Albig, Ministerpräsident
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/5231		Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen- de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten
b) Traditionsschiffahrt retten - Si- cherheitsvorschriften für Tradi- tionsschiffe mit Augenmaß an- passen, umsetzen und anwenden	12197	Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs- bildung
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/5235		Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul- tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten
c) Das maritime kulturelle Erbe des Landes erhalten!	12198	Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundes- angelegenheiten
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/5320		Monika Heinold, Finanzministerin
Christopher Vogt [FDP].....	12198	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar- beit, Verkehr und Technologie
Hans-Jörn Arp [CDU].....	12199	
Regina Poersch [SPD].....	12200	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund- heit, Wissenschaft und Gleichstellung
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	12201	
Uli König [PIRATEN].....	12203	
Flemming Meyer [SSW].....	12204	* * * *
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	12205	
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/5235 2. Annahme der Anträge Drucksachen 18/5231 und 18/5320.....	12206	
Reden zu Protokoll		
Gute Arbeit für Praktikanten - Schutzvorkehrungen und Mindest- standards für Praktika einführen ..	12207	
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/5334		
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	12207	

Beginn: 9:34 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Sitzung. Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Wir alle haben gestern das schreckliche **Geschehen in London** verfolgt, wo vier unschuldige und arglose Menschen Opfer eines Attentäters geworden sind. Die Anzeichen sprechen dafür, dass der Täter ein Anhänger des Islamismus war. Seine niederträchtige Tat richtet sich nicht nur gegen unsere britischen Freunde, sondern gegen die Freiheit, gegen die Menschlichkeit und das friedliche Zusammenleben der Menschen in Europa und der Welt.

Wir trauern um die Ermordeten und sind in Gedanken bei deren Angehörigen, denen unser tiefes Beileid gilt. Wir fühlen mit den zahlreichen Verletzten und wünschen ihnen, dass sie rasch genesen.

Unser ganzes Mitgefühl und unsere Solidarität gilt unseren britischen Freunden und allen, die Freiheit und Menschenwürde, unsere Grundwerte und den Geist der Toleranz verteidigen gegen Hass und Ungeist islamistischer Verbrecher.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, einen Augenblick innezuhalten im Gedenken an die Opfer der Bluttat von London. - Sie haben sich erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich rufe auf:

Vereidigung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein

Meine Damen und Herren, die neu und wiedergewählten Mitglieder des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein haben soeben vom Ministerpräsidenten ihre Ernennungsurkunden erhalten. Nach § 7 Absatz 2 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes haben sie in öffentlicher Sitzung des Landtags vor Amtsantritt den für Berufsrichterinnen und Berufsrichter des Landes vorgesehenen Eid zu leisten. Wir kommen daher jetzt zur Vereidigung. Ich bitte die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich werde Ihnen die Eidesformel einmal vorsprechen, und Sie können diese dann mit der Formel „ich schwöre es“

oder „ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ bestätigen. Dazu werde ich Sie einzeln zu mir nach vorne bitten.

(Die Richterinnen und Richter sowie deren Stellvertreter und Stellvertreterinnen des Landesverfassungsgerichts werden nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, so wahr mir Gott helfe.)

- Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen ganz herzlich. Ich wünsche Ihnen gute Arbeit zum Wohle unseres Landes Schleswig-Holstein und zum Schutz unserer Verfassung. Herzlichen Dank und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit, Glück und Gottes Segen! - Nehmen Sie bitte Platz.

(Beifall - Die Richterinnen und Richter des Landesverfassungsgerichts sowie deren Stellvertreter nehmen Blumensträuße des Präsidenten und der Fraktionen des Landtages entgegen)

Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen mit: Der Herr Abgeordnete Sven Krumbek hat nach § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Sitzung des Landtags ab 16:30 Uhr verhindert ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Maßnahmen durch die Landesregierung

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/5311

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe. - Zunächst erteile ich zur Beantwortung der Großen Anfrage dem Herrn Ministerpräsidenten Torsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In ihrer Großen Anfrage fragt die Fraktion der PIRATEN nach einer, ich zitiere: „**Bestandsaufnahme**“ bis zur anstehenden Landtagswahl im

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Mai 2017 und der bisher geleisteten Arbeit der Regierungskoalition.“

Ich habe mich sehr über diese Große Anfrage gefreut, gibt sie uns doch Gelegenheit, noch einmal deutlich zu machen, welche Arbeit wir in den letzten fünf Jahren geleistet haben, und klarzumachen, dass wir das, was zentral über unserem Koalitionsvertrag stand, dieses Land gerechter zu machen, Schritt für Schritt eingehalten haben. Heute, fünf Jahre später, können wir sagen: Ja, wir haben gehalten, was wir versprochen haben. Ja, es geht dem Land 2017 deutlich besser als 2012.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Selbstverständlich ist dies in erster Linie den Menschen in unserem Land zu verdanken, die alle Herausforderungen nicht mit Herumschnacken, sondern mit Anpacken beantworten, die mutig auch so große zusätzliche Aufgaben, wie den Umgang mit den Menschen, die auf ihrem Flüchtlingsweg zu uns gekommen sind, bewältigt haben. Die rot-grünblaue Regierung stand an der Seite dieser Menschen. Wir haben das Land wieder auf Kurs gebracht. Und der Kurs, den wir eingeschlagen haben, heißt Gerechtigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Er heißt Gerechtigkeit, weil wir ein Land vorgefunden haben, in dem dies infrage gestellt war. Lassen Sie mich einige Beispiele dieser Bilanz deutlich machen, einige Beispiele, an denen klar wird, dass wir gehalten haben, was wir versprochen haben. Wir haben im Koalitionsvertrag versprochen, dass wir das Land wieder in eine politische Gestaltungskraft führen wollen, dass wir den Haushalt des Landes wieder so aufstellen werden, dass das Land tatkräftig an der Seite der Menschen stehen kann.

Wir stellen heute fest: Die **Finanzen des Landes** sind solide wie nie zuvor. Im Jahr 2016 haben wir in Schleswig-Holstein einen Haushaltsüberschuss von 565 Millionen € erzielt, 385 Millionen € davon haben wir in den Abbau der Altschulden gegeben, 180 Millionen € zusätzlich in die Sanierung der Infrastruktur. Die Finanzministerin hat für das laufende Jahr 2017 einen Haushalt vorgelegt, der erste seit Jahrzehnten, der mit einem Überschuss endet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dies ist ein deutliches Signal, wie man mit Haushalt umgeht und wie man solide Politik macht.

Was uns aber besonders wichtig ist: Wir haben nicht das fortgesetzt, was unsere Vorgängerregierung vorgegeben hat, deren Marschroute es war, der Staat müsse den Gürtel enger schnallen. Damit meinte sie aber oftmals nicht die staatlichen Strukturen oder gar die Starken im Staat, nein, sondern in der Regel diejenigen, die keine Lobby hatten, die, die sich nicht wehren können und schwach sind: Landesblindengeld, Kulturmittel, Förderung von Minderheiten und Gelder für soziale Einrichtungen wurden gestrichen. Die Bürgerinnen und Bürger haben verstanden: Geld ist für die da, die etwas haben; für die, die wenig haben, nicht. Diesen Kurs haben wir in Richtung Gerechtigkeit geändert. Wir haben das nicht nur versprochen, sondern wir haben es auch gehalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen haben wir die Streichung bei den dänischen Schulen zurückgenommen, weil man Schleswig-Holstein nicht in Minderheiten und Mehrheiten spalten darf, weil wir nicht zwischen Die und Wir, nicht zwischen Freund und Feind unterscheiden sollen. Ich bin sehr froh, und das haben wir gestern auch bei der Debatte über die **Minderheiten** erlebt, dass es uns gelungen ist, das zutiefst zerrüttete Verhältnis zu Dänemark wieder zu kitten und die Freundschaft wieder entstehen zu lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Als komplett anderes Politikmodell halten wir auch **Kultur** nicht nur für Gedöns, wie unsere Vorgänger, für uns war und ist Kultur nie nur Streichmodell. Unter der Führung der Kulturministerin haben wir die Mittel seit 2013 um 23 % auf 33 Millionen € erhöht, statt zu streichen. Wir investieren zum Beispiel in Spielstätten in Schleswig, in Kiel und in Lübeck. All das tun wir im Dialog mit der Kulturszene und nicht von oben herab. Auch hier heißt es: Wir haben gehalten, was wir versprochen haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Regierung steht in den gesamten fünf Jahren für einen starken, für einen handlungsfähigen Staat, für einen Staat, der an der Seite der Bürgerinnen und Bürger steht. Ein Staat, der die Haushaltspolitik dafür nutzt, um strukturell ausgeglichene Haushalte zu erzielen, um damit auch in der gesamten Breite von Staatlichkeit dafür zu sorgen, dass wir auf Augenhöhe miteinander Politik machen können, dass

(Ministerpräsident Torsten Albig)

die Angriffe und Eingriffe in die kommunalen Haushalte endlich enden, dass wir uns nicht vor Verfassungsgerichten treffen, sondern mit Kommunen aushandeln, wie wir uns gegenseitig stärken und stützen. Die **Finanzen der Kommunen** sind deutlich verbessert, wir haben den 120-Millionen-€-Eingriff der Vorgängerregierung beim kommunalen Finanzausgleich wettgemacht. Wir haben es versprochen, und wir haben es gehalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Volker Dornquast [CDU]: Was habt ihr gemacht?)

Die Finanzausgleichsmasse im kommunalen Finanzausgleich hat sich von 1,14 Milliarden € im Jahr 2012 auf rund 1,7 Milliarden € in diesem Jahr erhöht. Die strukturellen Entlastungen der Kommunen belaufen sich ab diesem Jahr auf rund 133 Millionen € gegenüber 2012.

Wir haben endlich den kommunalen Finanzausgleich wieder vom Kopf auf die Füße gestellt, und wir freuen uns sehr, dass das Landesverfassungsgericht diesen neuen kommunalen Finanzausgleich im Grundsatz bestätigt hat, meine Damen und Herren,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen CDU und FDP)

und nur kleine Korrekturen verlangt, die wir in der nächsten Legislatur erbringen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Seien Sie froh, dass die jetzt nicht mehr da sind!)

- Es fällt auf, dass Sie selten tiefer in die Urteile hineinschauen, meine Damen und Herren von der Opposition. Das ist ja nicht nur hier so.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Zuletzt haben wir die Kommunen mit dem Kommunalpaket III bei der Bewältigung ihrer großen Herausforderungen, wie der Integration der Flüchtlinge, den Kitas oder den Krankenhäusern, unterstützt.

Ich kann also feststellen: Nach fünf Jahren rot-grün-blauer Regierung haben Land und Kommunen finanzielle und politische Gestaltungsmöglichkeiten zurückgewonnen, so wie wir es im Koalitionsvertrag versprochen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das bedeutendste Infrastrukturprojekt der letzten fünf Jahre war ohne Zweifel die Energiewende. Wer kann vergessen, wieviel Angst in Deutschland

in den 80er- und 90er-Jahren vor einem Atom-GAU herrschte? Wir hatten Atomkraftwerke in Brunsbüttel, in Brokdorf und in Krümmel. Nach Fukushima im Jahr 2011 gab es dann den Atomausstieg auch bei uns. Andere Länder in Europa und darüber hinaus haben Deutschland für hysterisch, ja, für volkswirtschaftlich wahnsinnig erklärt. Wir belegen in Schleswig-Holstein, dass die Energiewende funktioniert,

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist das!)

dass wir auf einem guten Weg sind, um zu zeigen, dass das, was Atomkraftwerke geleistet haben, mit Windmühlen beziehungsweise mit erneuerbarer Energie in diesem Land erreicht werden kann, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir machen das vor in Deutschland.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Robert Habeck, der Energiewendeminister, und ich, wir haben unzählige Gespräche, Diskussionsrunden und Beratungen gehabt - mit Windanlagenbauern, mit Menschen, die kritisch sind, mit Investoren, mit Gemeinden, die **Windenergie** wollen, und mit Gemeinden, die sie ablehnen. Wir haben aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Schleswig die entsprechenden Konsequenzen gezogen und die Windplanung vom Kopf auf die Füße gestellt.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Ja, wir sehen, dass wir, wenn wir opportunistisch und jedem nach dem Mund redend durch die Welt laufen würden, keine Veränderung in diesem Land hinbekämen. Deswegen, Herr Abgeordneter, tun wir genau das nicht. Wir tun das nicht, sondern wir haben Haltung und einen klaren Kurs. Diese Haltung und der klare Kurs führen dazu, dass wir mit den Menschen zeigen, wie man Energiewende hinbekommt. Das, was Sie machen, führt nur zu totalem Chaos, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird uns gelingen, die Windenergie auszubauen und das Land zusammenzuhalten, wie wir es versprochen haben. Wir nehmen den Dialog mit den Menschen sehr ernst, aber wir sagen eben auch klar, was geht und was nicht geht.

Wir wollen den Beitrag der erneuerbaren Energien zur Stromversorgung in Schleswig-Holstein von rund 18 TWh im Jahre 2015 auf 37 TWh im Jahre 2025 ausbauen. Das ist genau der Betrag, den wir

(Ministerpräsident Torsten Albig)

mit den drei Atomkraftwerken - mit all ihren Risiken - erreicht haben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien kommt voran und bringt übrigens einen massiven Zuwachs an Beschäftigung, nämlich allein 15 % in dieser Branche. Wir haben im Jahre 2013 rund 16.000 Arbeitsplätze gehabt. Im Jahr 2015 waren es 18.400.

(Zuruf SPD: Hört, hört!)

Natürlich trifft uns die Nachricht vom Stellenabbau bei Senvion schwer. Wir haben darüber miteinander diskutiert. Nichtsdestotrotz ist die Energiewende ein Jobmotor für unser Land, auch und gerade weil rund 2,6 Milliarden € an Erträgen aus dem EEG nach Schleswig-Holstein geflossen sind, die hier dazu beitragen, dass sich dieses Land positiv entwickelt und aufbauen kann. Das ist Wertschöpfung in Schleswig-Holstein, und wir stehen dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben gemeinsam Baurecht für 283 Leitungskilometer geschaffen. Das ist gut die Hälfte dessen, was in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich an Hochspannungsleitungen in Schleswig-Holstein neu gebaut werden muss. Damit sind wir im Bundesvergleich weit vorne. 283 Leitungskilometer Baurecht bedeuten ein Investitionsvolumen von 1,2 Milliarden €.

Bemerkenswert ist im Übrigen, dass sich die Gesamtzahl der Windkraftanlagen trotz der 1.400 neuen Genehmigungen gar nicht stark erhöht hat. 2009 hatten wir 2.600 Windkraftanlagen in Betrieb; 2016 waren es 2.900, also nur 300 Anlagen mehr. Das zeigt, Repowering funktioniert auch in Schleswig-Holstein.

Wir wissen, vor uns liegt noch eine lange Strecke, viel Werben und viel Erklären. Aber wir werden diesen klaren Kurs in der Energiewende weitergehen - und zwar mit den Menschen in diesem Land, so wie wir es im Koalitionsvertrag versprochen haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ja, wir haben im Koalitionsvertrag versprochen, dass wir in dieses Land investieren, dass wir es wieder aufbauen und stärken. Deswegen haben wir uns darauf konzentriert, die **Infrastruktur des Landes** konkret und deutlich zu verbessern. Dazu gehört für uns zuallererst, Geld in Bildung, in Hochschulen, aber auch in den Naturschutz zu stecken. Das sind Investitionen in die Zukunft unse-

res Landes, auch wenn sie nicht unter die Investitionsquote fallen. Wir glauben, dass das die richtigen Investitionen in unser Land Schleswig-Holstein sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es reicht nicht aus, nur in Asphalt, Beton, Stahl oder Glas zu investieren. Nein, wir investieren auch und vor allem in Köpfe.

Wir sind die erste Regierung, die in Bezug auf die **Tiefbauinfrastruktur** und die **Hochbauinfrastruktur** unseres Landes einen klaren Status erhoben hat und diesen Status zum Anlass nimmt, bis 2030 die gesamte Infrastruktur des Landes einmal komplett durchsaniert zu haben. Es ist ein Milliardenprojekt, das wir in den nächsten Legislaturperioden stemmen werden, natürlich auch, weil die Steuereinnahmen gut sind und weil die Haushalte funktionieren, aber eben auch, weil wir Schwerpunkte setzen und nicht wanken, sondern diesen Weg Jahr für Jahr Schritt für Schritt weitergehen.

Mit dem Nachtrag für 2017 geben wir noch einmal 180 Millionen € in die Sanierung der Infrastruktur. Damit stehen bis zum Jahr 2022 gut 742 Millionen € zusätzlich zur Verfügung. So macht man Sanierung von Infrastruktur. Man redet nicht nur darüber, sondern man packt an, und man leistet es, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Verkehrsminister setzt sich energisch dafür ein, dass die Sanierung von **Straßen, Brücken, Kanälen und Schleusen** vorankommt. Die Bürger sehen, dass sich in unserem Land etwas verändert. Wir stehen im Augenblick an Reparaturbaustellen, die wir auf den Weg gebracht haben und über die Sie von der Opposition immer nur geredet haben. Das erste ausgebaute Teilstück der A 7 wurde schon vor Weihnachten freigegeben.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Dagegen habt ihr als SPD damals gekämpft!)

- Ja, aber jetzt machen wir es, Herr Kollege.

(Lachen CDU)

Es ist schade für Sie, dass Sie nicht regieren. Ich weiß, dass Sie es bedauern. Aber wir regieren. Wir schaffen die A 7 der Zukunft. Die größte deutsche Autobahnbaustelle gibt es in Schleswig-Holstein - und es funktioniert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gemeinsam haben wir es beim Bund hinbekommen, dass der Nord-Ostsee-Kanal beziehungsweise die Schleusen saniert werden. Dies geschieht dank des Einsatzes des Wirtschaftsministers, aber auch vieler anderer. Hier reden wir über dreistellige Millionenbeträge. Die Planungen für den Ersatz der Rader Hochbrücke laufen.

Ferner haben wir in der Zeit von 2012 bis 2016 340 km Landesstraße wieder auf Vordermann gebracht. Das ist nicht nur eine ganze Menge, sondern vor allem viel mehr als die Vorgängerregierung geleistet hat. Diejenigen, die jetzt darüber meckern, dass das nicht reicht, haben selber nie etwas geliefert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein weiteres großes Investitionsprojekt ist die Sanierung des **UKSH**. Das UKSH und seine privaten Partner investieren über 520 Millionen €. Wir stehen zum UKSH. Wir stehen zu den sicheren Jobs für die Bediensteten, zur exzellenten Medizin für unsere Bürgerinnen und Bürger und zur Spitzenforschung in Schleswig-Holstein. Es ist eine der größten universitären Baustellen in Deutschland und darüber hinaus. Wir investieren in die Köpfe. Wir investieren in unser Krankenhaus.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

- Ja, wir sind auch das Land, Herr Kollege, das am erfolgreichsten in Deutschland die **Breitbandstrategie** umsetzt. 25 % unserer Haushalte haben die Möglichkeit, sich an Glasfaser anschließen zu lassen.

(Zuruf: Aber nur in den Städten!)

Man mag es ja irgendwie bedauern, dass das in unsere Zeit fällt. Aber damit sind wir auf Platz 1 in Deutschland. Da gehören wir auch hin, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bis 2020 werden es 50 % sein, bis 2025 90 %. So sieht ein klarer Weg aus. Wir sind sehr froh, dass wir das einzige Land sind, das eine klare Digitale Agenda vorweisen kann und das auf diese **Digitalisierungsstrategie** aufbaut. Anders als unsere Vorgänger sehen wir: Digitale Wirtschaft ist für unser Land von Bedeutung. 14.000 Unternehmungen verdienen damit ihr Geld. Mit unserer Digitalen Agenda kümmern wir uns um diese Unternehmen und

ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die digitalen Zukunftsthemen von Industrie 4.0 bis zum Lernen in der digitalen Welt, sie haben bei uns einen Partner gefunden, der vorher sehr intensiv vermisst wurde.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen ist es auch kein Wunder, dass die **Wirtschaft in Schleswig-Holstein** nach fünf Jahren rot-grün-blauer Regierung so stark dasteht wie selten zuvor. Es geht der Wirtschaft gut. Die Auftragsbücher sind voll. Die Arbeitslosenquote ist so niedrig wie seit 20, 25 Jahren nicht mehr. Gute Auszubildende werden mit Kusshand genommen. Die Wirtschaft sucht händeringend Fachkräfte. Auch deshalb haben wir 2012 die Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“ ins Leben gerufen. Gemeinsam mit 23 Partnern bewegen wir rund 140 Einzelprojekte. Der DGB Nord ist dabei, Einzelgewerkschaften, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, kommunale Landesverbände und die Bundesagentur für Arbeit. Für diese Leistung ist allen Dank zu sagen.

Dank zu sagen ist auch denen, die geholfen haben, dass es im **Tourismus** in Schleswig-Holstein seit 2012 endlich wieder vorangeht. Die Zahl der Übernachtungen ist um 15 % auf 28,2 Millionen gestiegen - ein Erfolg, der zeigt, dass wir das Ziel von 30 Millionen Übernachtungen bald erreichen werden.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wir kämpfen auch um die Industrie in unserem Land. Wir kämpfen an ihrer Seite, wir kämpfen an der Seite industrieller Unternehmen. Wir wissen, dass wir 5.100 Industriebetriebe mit 140.000 Jobs in Schleswig-Holstein haben. Wenn wir rechtzeitig an der Seite stehen können, wenn man uns mit an die Seite holt, können wir helfen. Das haben wir in Flensburg gezeigt. Das können wir in Kiel zeigen.

Wir hätten uns gefreut, wenn wir auch in Husum die Gelegenheit bekommen hätten, rechtzeitig mitzuhelfen - mit den Betriebsräten -, dem Unternehmen eine bessere Zukunft zu weisen. Jetzt müssen wir hinterherlaufen und sehen, was wir tun können. Das liegt aber nicht an uns, das liegt an dem Unternehmen. Wo wir rechtzeitig gerufen werden, sind wir immer an der Seite der Unternehmen in unserem Land, weil wir auf Industrie in diesem Land setzen, und die Industrie hat in der rot-grün-blauen Regierung einen verlässlichen Partner gefunden.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir weiter in den Koalitionsvertrag schauen - und das steht zentral über dem Koalitionsvertrag -: Die letzten fünf Jahre sind fünf gute Jahre für die **Bildung in Schleswig-Holstein** gewesen. Wir sind gekommen und haben gesagt: Wir wollen endlich Schulfrieden in das Land bringen. Wir können feststellen: Wir haben Schulfrieden in dieses Land gebracht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

376.000 Kinder gehen in unserem Land in die Schule. Es gibt keinen Lebensbereich, wo Landespolitik so nah dran ist am Leben von Jungen und Mädchen, Müttern, Vätern, Großeltern und natürlich Lehrerinnen und Lehrern. Die Familien merken sofort, ob es besser oder schlechter in unseren Schulen wird. Die letzten fünf Jahre waren gute Jahre für die Bildung in Schleswig-Holstein. Wir haben viel angepackt, und wir haben viel miteinander geleistet. Wir werden uns in den nächsten Jahren darauf konzentrieren, die Unterrichtsqualität und die Unterrichtsversorgung weiter auszubauen, aber ganz bestimmt nicht wieder eine ewig gestrige **Strukturdebatte** über Schule anzetteln. Das wird es mit uns in diesem Land nicht geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir brauchen Ruhe an den Schulen, damit die Kinder lernen können, damit sich die Lehrerinnen und Lehrer aufs Unterrichten konzentrieren können und damit die Eltern nicht ständig verunsichert werden. Wer das System alle paar Jahre von links nach rechts und von rechts nach links dreht, der treibt alle nur in den Wahnsinn, verbessert aber nichts an der Bildung in unserem Land. Wir haben uns darauf konzentriert, Konstanz und Verlässlichkeit in das System zu bringen.

Wir wissen, dass unsere Schulen gut sind, wir wissen, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer tolle Arbeit leisten, und wir freuen uns sehr, dass wir auch schon die erste Rendite unserer Arbeit erleben: Die Leistungen unserer Schülerinnen und Schüler können sich sehen lassen. Bei Englisch und Deutsch sind sie auf Augenhöhe mit Bayern, in allen Fächern unter den Top 3 in den Leistungsvergleichen. Das ist die Folge, wenn man mit ruhiger Hand Bildungspolitik macht, wenn man alberne Debatten über Gymnasien gegen Gemeinschaftsschulen sein lässt und mit Augenmaß und Vernunft Schulpolitik macht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein Plädoyer dafür, das Wohl der Kinder an die erste Stelle zu stellen, ein Plädoyer dafür, auch in den nächsten Jahren Schule dort weiter zu verbessern, wo es Kindern, Eltern und Lehrern im Alltag wirklich hilft, anstatt irgendwelche merkwürdigen Strukturdebatten zu führen.

2.000 Lehrerstellen mehr als von den Vorgängern geplant,

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

weniger Unterrichtsausfall. Wir sind nah an den 100 % bei den Grundschulen, in den Oberstufen. Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss sinkt, ist aber immer noch zu hoch. Zusätzlich 600 Schulassistenten an den Grundschulen. Weiter Inklusion mit 67,2% - ein bundesweiter Spitzenwert. Es ist uns gelungen, 11.600 Flüchtlingskinder an unseren Schulen zu unterrichten. Eine große Leistung, hinter der die Bildungsministerin steht!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich gehört zur Bildung auch der Bereich **frühkindlicher Bildung**. Mit der Sozialministerin an der Spitze ist es uns gelungen, auch durch Stärkung der kommunalen Familie, im Vergleich zu 2012 rund 10.000 zusätzliche Kita-Plätze zu schaffen. Eine gewaltige Leistung. Wir haben das versprochen, wir haben das gehalten, liebe PIRATEN. Wir freuen uns sehr darüber.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ja, wir haben auch versprochen - sowohl in den Aussagen vor der letzten Wahl als auch im Koalitionsvertrag -, dass wir die Familien direkt entlasten. Wir sehen, dass die **Elternbeiträge** zu hoch sind. Wir glauben, dass es richtig verortet ist, das Geld auf die Tische in den Familien zu legen. Wir haben in diesem Jahr mit 100 € begonnen, weil wir sicher sind, dass eine direkte Entlastung bei den Elternbeiträgen das wirksamste Mittel ist, Familien finanziell mehr Luft zum Atmen zu geben. Ein Schritt, der lange überfällig war. Die einen reden über Solidaritätszuschlag, wir entlasten bei den Krippenbeiträgen. So macht man Gerechtigkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In der öffentlich geförderten Kinderbetreuung haben wir 23 Millionen € investiert. Wir werden Jahr für Jahr vorankommen. Wir werden nicht eher auf-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

hören, bis der Kindergartenbesuch für Familien in ganz Schleswig-Holstein endlich kostenfrei ist. - Versprochen, gehalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Versprochen und gehalten haben wir auch im Bereich der **Hochschulen**. Zu Beginn meiner Amtszeit habe ich zugesagt, dass es mit meiner Regierung keine Kürzungen bei der Wissenschaft geben wird. Tatsächlich sind nie zuvor so viele Mittel wie jetzt an unsere Hochschulen geflossen. Das Studium ist gebührenfrei geblieben, und das bleibt auch so.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zwischen 2012 und 2017 sind die Zuschüsse des Landes von 576 Millionen auf 677 Millionen € gestiegen, ein Plus von 17 %. Hinzu kommen weitere Mittel, zum Beispiel aus dem Sondervermögen Hochschulsanierung. Natürlich sind wir auch bei der dritten Exzellenzrunde dabei. 11 Millionen € haben wir für die Vorbereitung zur Verfügung gestellt. Schleswig-Holstein geht mit vier Anträgen ins Rennen. Wir stehen zu unseren Hochschulen, und das bleibt auch so.

In der Summe stellen wir fest: Eine halbe Milliarde Euro mehr für Bildung, als wir 2012 vorgefunden haben. Bessere Schulabsolventen, bessere Auszubildende, bessere Studierende. - Versprochen, gehalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ja, es gab auch einen Bereich - ich habe das angesprochen -, zu dem wir uns im Koalitionsvertrag nicht geäußert haben, weil wir es nicht vorhersehen konnten: Wie gehen wir mit der großen Katastrophe um, die über die Menschen gekommen ist, die aus ihren Ländern fliehen mussten, weil sie zerschossen und in Schutt und Asche gelegt wurden? 35.000 allein 2015, denen wir geholfen haben, wo wir es mit der Zivilgesellschaft geschafft haben, sie menschenwürdig unterzubringen, im Miteinander mit den Kommunen, im Miteinander mit den Bürgerinnen und Bürgern. Unser Land hat Großes geleistet, und diese Regierung hat dem Land dabei Richtung und Kurs gegeben. Wir haben **Integration** gestaltet, und vieles ist uns gelungen.

Wir sind ein Land, in dem keine Flüchtlingsheime gebrannt haben. Wir sind ein Land, in dem sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus allen Parteien an die Seite der Flüchtlinge gestellt, ge-

worben und deutlich gemacht haben, dass Flüchtlinge kein Sicherheitsrisiko sind.

Auf der anderen Seite sehen wir, dass Menschen in Sorge und Not sind und reagieren mit der besseren Ausstattung und Versorgung der **Polizei**, der besseren Vergütung der Polizei. Wir tun beides, Ängste ernst nehmen, wo sie kommen, aber auch erklären, woher sie kommen, wer einbricht, dass das keine Flüchtlinge, sondern Verbrecher sind. Flüchtlinge sind keine Verbrecher, sondern sie fliehen vor Verbrechern. Beides zu können, nicht nur herumzureden, die Polizei müsse stärker sein, es selber aber nie zu tun - bei uns werden Sie in den nächsten Jahren 500 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten finden, weil wir sie jetzt ausbilden und voranbringen -, und sich für eine humane Gesellschaft einzusetzen, dafür steht der Innenminister, der sowohl für die Polizei als auch für Flüchtlinge eine in Deutschland vorbildliche Politik macht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn ich die Anfrage der PIRATEN zusammenfassend beantworten kann, darf ich berichten: Ja, wir haben den Koalitionsvertrag umgesetzt. Rot-Grün-Blau hat geliefert. Was wir den Bürgerinnen und Bürgern 2012 versprochen haben, haben wir gehalten. Der Koalitionsvertrag ist abgearbeitet. Ich freue mich auf den nächsten, mit dem wir in den nächsten fünf Jahren rot-grün-blaue Regierung fortsetzen werden. Wir haben noch eine Menge zu tun, und wir werden wieder halten, was wir versprochen haben. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler des Wolfgang-Borchert-Gymnasiums aus Halstenbek und der Beruflichen Schulen des Kreises Ostholstein in Oldenburg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat für die Landesregierung die vereinbarte Redezeit von 10 Minuten um 16 Minuten überzogen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Er hat doch gar nichts gesagt!)

(Präsident Klaus Schlie)

Somit steht jetzt allen Fraktionen eine Redezeit von 26 Minuten zur Verfügung.

(Martin Habersaat [SPD]: Das hat aber geklappt!)

Wir sollten in der nächsten Legislaturperiode vielleicht vereinbaren, das schon vorher im Ältestenrat so zu besprechen.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der PIRATEN deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: 26 Minuten! - Unruhe)

Wenn wir uns jetzt bitte darauf verständigen könnten, dass das Wort der Herr Abgeordnete Breyer hat, wäre das gut.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, immerhin haben Sie uns eine lange Redezeit beschert. Das ist schon einmal hier ein Erfolg Ihrer Rede.

(Martin Habersaat [SPD]: Noch einer!)

Wir bedanken uns nichtsdestotrotz für die Beantwortung unserer Anfrage und möchten noch einmal den Hintergrund erläutern.

(Zurufe)

Mit unserer Großen Anfrage zur **Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen** von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW durch diese Landesregierung wollten wir für die letzte Tagung dieses Landtages in dieser Legislaturperiode etwas erreichen, was es vorher in diesem Haus in dieser geballten Form noch nicht gegeben hat, nämlich, das Regierungshandeln der letzten fünf Jahre an den damals vereinbarten eigenen Zielen Ihrer Koalition zu messen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Das wollen wir, Herr Ministerpräsident, schon sehr konkret. Wir wollen nicht diese Aussprache zu einer Generaldebatte machen, sondern uns sehr genau Ihre Koalitionsvereinbarung von 2012 ansehen. Wir als PIRATEN halten einen solchen Rechenschaftsbericht für wichtig und richtig, soll er doch Aufschluss darüber geben, ob die vielen Versprechen auch wirklich eingehalten worden sind.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ganz tolle Strategie! - Heiterkeit - Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Herr Kollege Garg, es kommt darauf an, was man daraus macht.

(Heiterkeit SPD)

Man kann generaldebattieren, man kann aber auch einfach sagen: Lassen Sie uns einmal ansehen, was Sie selbst versprochen haben und was daraus geworden ist.

Es ist nicht, wie der SPD-Mann Franz Müntefering einmal sagte, unfair, Politiker an ihren Versprechen zu messen, sondern vielmehr hängt die Glaubwürdigkeit der Politik davon ab, dass sie ihre Versprechen ernst nimmt und zu ihnen steht.

(Beifall Uli König [PIRATEN] und Bernd Heinemann [SPD] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Was habe ich ihm getan? - Heiterkeit)

Wir PIRATEN haben uns 2012 den Koalitionsvertrag sehr genau angeschaut, ihn analysiert, ihn an unserem Wahlprogramm gemessen und ihn mehrheitlich für gut befunden.

(Zuruf CDU)

Die Koalition hatte tatsächlich einen guten Start und hat in der Folgezeit größere Teile ihrer Ziele umgesetzt, vor allem natürlich bei ihren Lieblings- und Wohlfühlthemen, wie zum Beispiel bei den Schulen oder beim Mindestlohn.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schulen sind Wohlfühlthemen? - Unruhe)

Die gehaltenen Versprechen - ja, die Lieblings- und Wohlfühlthemen - zu präsentieren, überlasse ich gern dem Ministerpräsidenten und den nachfolgenden Rednern, die das sicherlich weidlich tun werden, und möchte lieber meine Redezeit, meine knappe Redezeit nutzen.

(Heiterkeit FDP - Beifall Uli König [PIRATEN] - Zuruf Stefan Bolln [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie müssen keine Sorge haben. Ihnen steht die gleiche Redezeit zu wie dem Ministerpräsidenten. Sie können sie nutzen.

(Christopher Vogt [FDP]: Nun sag ihm das doch nicht noch, Mensch!)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ich möchte sie aber nicht zur Selbstbeweihräucherung nutzen, Herr Präsident, sondern lieber dazu, um auf die unbequemen Themen einzugehen, bei

(Dr. Patrick Breyer)

denen Sie auch vielfach den Kopf in den Sand gesteckt und Versprechen verschleppt, verwässert oder überhaupt nicht umgesetzt haben. Da gilt, gemessen an Ihren eigenen Ankündigungen im Koalitionsvertrag vielfach: Versprochen, gebrochen.

(Zuruf CDU: Jo!)

Jetzt komme ich zu dem Top-Thema dieses Landtages laut Meinungsumfrage, nämlich zum Thema **Integration**. Versprochen war im Koalitionsvertrag, eine Initiative für die Einführung eines Ausländerwahlrechts zu ergreifen, um Menschen, die lange bei uns leben, endlich auch das Recht der demokratischen Mitwirkung zu geben. Der Landtag hat das noch einmal bekräftigt. Die Landesregierung hat nichts getan in dieser Richtung.

Versprochen war im Koalitionsvertrag ein Modellprojekt zur anonymisierten Bewerbung, um auch Menschen mit Migrationshintergrund eine bessere Möglichkeit zu geben, sich frei von Diskriminierung - auch unterbewusster Diskriminierung, zum Beispiel wegen ihres Namens - im Landesdienst bewerben zu können. Ein solches Modellprojekt hat es nie gegeben.

Sie haben im Koalitionsvertrag eine Initiative zur Abschaffung der Abschiebehaft versprochen. Stattdessen stimmen Sie auf Bundesebene ihrer Ausweitung zu. So viel zum Thema Umsetzung des Koalitionsvertrages im Bereich Integration.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Thema Transparenz und Mitbestimmung. Sie haben im Koalitionsvertrag - was uns auch wichtig war - versprochen, ein Konzept zum **Schutz von Hinweisgebern** - Whistleblowern - vorzulegen. Das ist auch bitter nötig, weil bis heute Hinweisgeber in unserem Land oft mehr Nachteile zu befürchten haben als die Täter, die sie anzeigen wollen. Was sagt die Landesregierung zu dieser Vereinbarung im Koalitionsvertrag? - Man sehe keinen Regelungsbedarf.

Haben Sie eigentlich das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes gelesen, Herr Albig? Er hat genau analysiert, inwieweit Whistleblower im öffentlichen Dienst bis heute nicht geschützt sind, Nachteile befürchten müssen und welcher große Handlungsbedarf besteht.

Wenn Sie so etwas im Koalitionsvertrag vereinbaren und versprechen, dann erwarte ich, dass es umgesetzt wird und nicht - wie im Dezember geschehen -, dass man vergessen hat, dass es diese Vereinbarung im Koalitionsvertrag noch gibt.

(Zuruf SSW: Ja!)

Im Koalitionsvertrag war eine betragsgenaue Veröffentlichung der **Nebeneinkünfte von Abgeordneten** versprochen. Wir haben es gestern erst diskutiert. Versprochen, gebrochen. Sie haben nichts in dieser Richtung getan. Sie sind weit hinter Ihrer Ankündigung und selbst hinter dem Modell Bundestag zurückgeblieben.

Es hat keinen verstärkten Einsatz von freier und quelloffener Software in den landeseigenen Betrieben und Behörden gegeben. So viel zum Thema digitale Revolution, Herr Ministerpräsident. Sie haben das Thema in den vergangenen fünf Jahren fast völlig verschlafen und verlieren sich gegen Ende Ihrer Regierungszeit in Allgemeinplätzen einer Beta-Agenda, die bezeichnenderweise tatsächlich ohne Internetbeteiligung erarbeitet wurde, und die auch mit keinem Cent Haushaltsmitteln hinterlegt ist. Das ist nicht der richtige Weg zur Gestaltung der digitalen Revolution.

Einen versprochenen „Tag der Bürgerbeteiligung“ in Schleswig-Holstein hat es in dieser Form leider an keinem Tag gegeben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jeder Tag! - Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jeder Tag! - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jeder Tag!)

Was das Thema **Mitbestimmung** angeht, Herr Ministerpräsident, Sie haben das Thema **Windenergieplanung** angesprochen. Bei der aktuellen Planung erlauben Sie weniger Mitbestimmung als noch 2012 bei der Aufstellung der letzten Pläne, denn der Gemeindeville und der Bürgerwille ist Ihnen bei dieser Planung rein gar nichts mehr wert. Er wird nicht berücksichtigt. Er fließt nicht in die Abwägung ein. Sie versuchen nicht einmal, die gesetzlichen Grundlagen zu ändern, um Möglichkeiten der Berücksichtigung wieder einzuführen - wie sie eine ganze Reihe von Juristen durchaus sehen und wieder einführen. Ich sage Ihnen: Mit dieser Politik ernten Sie Proteststürme und gefährden das komplette Projekt der Energiewende in unserem Land.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Ministerin Kristin Alheit führt ein Gespräch mit Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, bitte entschuldigen Sie. - Notwendige Gespräche mit Regierungsmitgliedern

(Präsident Klaus Schlie)

würde ich bitten, außerhalb des Saales zu führen. Das Gespräch ist so intensiv, dass ich eingreifen muss.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen wir! Klären wir später! - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Danke schön. - Sie haben versprochen, dass Sie Schleswig-Holstein zu einem Vorbild für aktive **Informationsfreiheit** machen wollen. Und was soll tatsächlich morgen beschlossen werden? - Sie wollen das Bürgerrecht auf Informationszugang zertrümmern und verkürzen. Sie wollen weniger Transparenz in diesem Land, keinen Einblick mehr in die eigene Steuerakte, keinen Einblick in abgeschlossene Gerichtsverfahren, keinen Einblick in Rechtsgutachten des Wissenschaftlichen Dienstes.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Kollege Peters, in der mündlichen Anhörung haben die Sachverständigen selbst teilweise gefordert, lieber diesen Gesetzentwurf komplett zurückzuziehen, als ihn so zu beschließen. Es geht nicht, mit den eigenen Versprechensankündigungen so umzugehen. Ich weiß nicht, ob Sie es nicht können oder ob Sie es nicht wollen, Ihre eigenen Vereinbarungen umzusetzen. Wir haben uns darauf verlassen und sind in diesen Punkten enttäuscht. Das muss ich ganz ehrlich sagen.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh!)

Ich hätte nicht gedacht, dass es Ihnen so wenig Wert ist, was Sie selbst vereinbart und versprochen haben.

Sie haben versprochen, die geringe erlaubte Menge **weicher Drogen zum Eigenverbrauch** in Schleswig-Holstein anzuheben. Wenn wir das hier im Landtag beantragen, stimmen Sie tatsächlich unisono dagegen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Wie soll der Bürger das verstehen, wie soll er das noch für verlässlich halten, was Sie versprechen?

Thema Bürgerrechte: Im Koalitionsvertrag wurde beschlossen, die **Videoüberwachung** von Versammlungen einzuschränken. Tatsächlich aber haben Sie die Überblicksaufnahmen von friedlichen Versammlungen überhaupt erst möglich gemacht und ausgeweitet, die im Bundesversammlungs-gesetz nicht vorgesehen waren, Herr Kollege Peters, Sie wissen es.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Extrem eingeschränkt!)

- Sie sind nicht erlaubt im bisherigen Versammlungsrecht, um gar nicht von Ihrer regelrechten Kameramanie in anderen Bereichen zu sprechen. Ich nenne nur Polizeifahrzeuge mit Überwachungskameras, demnächst Polizeibeamte mit Überwachungskameras, den Body-Cams. In Nahverkehrszügen haben Sie Betreiber gezwungen, Überwachung einzuführen, die sie gar nicht haben wollten. Selbst in Psychiatrien und entsprechenden Anstalten kann jetzt videoüberwacht werden. Das ist die Bilanz Ihrer Regierungspolitik.

Die **Unternehmenssubventionen** sind mitnichten - anders als im Koalitionsvertrag festgelegt - gestrichen und vollständig abgeschafft worden. Tatsächlich haben sie vielmehr sogar zugenommen auf inzwischen über 30 Millionen € per annum. Dem NDR sagte gar der Hotelier Herr Haltermann zu diesem Punkt im Koalitionsvertrag, es sei 2012 hilfreich gewesen, den einen oder anderen an der richtigen Stelle zu kennen, um die Subventionen für sein Projekt dennoch erhalten zu können. Die zuständigen Minister oder Staatssekretäre seien ihm dabei tolle Partner gewesen. - Herzlichen Glückwunsch, Herr Minister Meyer, dass Sie es geschafft haben, den Koalitionsvertrag in einem zentralen Punkt und Versprechen auszuhebeln und das Gegenteil zu tun.

Versprochen war, das Beratungsangebot der Verbraucherzentralen zu erhalten und zu optimieren. Tatsächlich ist es aber so, dass die Beratungsstellen der **Verbraucherzentralen** ihre Öffnungszeiten einschränken mussten. Das heißt, die Beratungszeiten waren noch nie so kurz wie heute. Nur durch unseren ständigen Druck und jedes Jahr neue Anträge konnten wir Schlimmeres verhindern und immerhin eine Mittelerhöhung erreichen, die aber immer noch geringer ist als das, was die Verbraucherzentrale inflationsbereinigt, wenn man es hochrechnet, Frau Kollegin Herdejürgen, eigentlich im Vergleich zu früheren Jahren bekommen müsste, um überhaupt nur ihre Kostensteigerungen aufzufangen.

Versprochen war ein Tierschutzplan für Schleswig-Holstein - Fehlanzeige! Es hat ihn nicht gegeben. Erst auf unseren Druck soll jetzt wenigstens ein ehrenamtlicher Tierschutzbeauftragter eingerichtet werden. Wir bleiben aber dabei: Wer Tierschutz ernst meint, braucht einen hauptamtlichen Tierschutzbeauftragten für Schleswig-Holstein.

(Dr. Patrick Breyer)

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Können Sie sich ja dann nach der Wahl dafür bewerben! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Die armen Tiere!)

Zum Thema Finanzen, das Sie, Herr Ministerpräsident, angesprochen haben: Im Koalitionsvertrag hatten Sie versprochen, eine **Altschuldenregelung** für Länder und Kommunen zu treffen, das heißt eine schrittweise Tilgung und Abtragung des Schuldenbergs. Was ist daraus geworden? - Fehlanzeige! Das Ergebnis ist vielmehr: Der Schuldenberg des Landes ist heute so erdrückend wie fast nie zuvor in der Geschichte unseres Landes. Er ist so hoch, Herr Ministerpräsident, wie es fast noch nie der Fall gewesen ist.

(Zurufe)

Gerechtigkeit, davon haben Sie gesprochen, muss doch auch Generationengerechtigkeit bedeuten. Die ist bei einem so hohen Schuldenberg nicht gewährleistet. Da können Sie so viel Geld ausgeben, wie Sie wollen. Es bleibt dabei: Der Schuldenberg muss von der nächsten Generation abgetragen und getilgt werden. Das ist nicht gerecht.

Im Koalitionsvertrag wurde angestrebt, die Spielbanken zu verkaufen. Was hat sich getan? - Nichts.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Bis heute ist es Aufgabe dieses Landes, Spielbanken zu betreiben. Ich finde: Nein, ist es nicht, sollte es nicht sein.

(Beifall Uli König [PIRATEN] und Hans-Jörn Arp [CDU])

Warum sind die bis heute nicht verkauft worden?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie können sie ja kaufen, dann haben Sie vielleicht mal was zu tun! - Weitere Zurufe)

Jetzt komme ich zu dem großen Thema der SPD im Wahlkampf: „Mehr Gerechtigkeit für alle“. Herr Ministerpräsident, ich will doch dazu erst einmal festhalten: Es war doch in den Jahren der rot-grünen Schröder-Fischer-Koalition im Bund, als der Grundstein dafür gelegt wurde, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland inzwischen weiter öffnet als in jedem anderen europäischen Land. Das ist Fakt heute.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist falsch! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Zuruf Beate Raudies [SPD] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Schlicht falsch! - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damals wurden die Steuern für Spitzenverdiener und für Unternehmen gesenkt, und der Weg für Billiglohnjobs wurde freigemacht. Der Koalitionsvertrag versprach 2012, man wolle die **Leih- und Zeitarbeit** begrenzen. Was machen Sie aber selbst, Herr Ministerpräsident? - Es hat über 2.000 Einsätze von Leih- und Zeitarbeitern alleine in Ihrer Landesvertretung in Berlin gegeben.

(Uli König [PIRATEN]: Ach, Mensch!)

Ist das konsequent? - Ich finde, nein, von den Praktikanten, auf die wir später am heutigen Tag noch zu sprechen kommen, gar nicht zu reden. Der Koalitionsvertrag hat versprochen, Initiativen zur **Erhöhung des Spitzensteuersatzes** sowie zur Einführung einer Vermögensteuer zu ergreifen, um diese soziale Spaltung zu überwinden. Frau Finanzministerin, auch hier gilt: Versprochen, gebrochen! Keine Initiative in diesem Sinne ist eingelöst worden. Was ist das Ergebnis davon? - Eine soziale Spaltung, die sich unter Ihrer Regierung weiter vertieft hat. Die Armutsgefährdungsquote in Schleswig-Holstein ist auf einem Rekordstand

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und war noch nie zuvor so hoch in unserem Land. Die Kinderarmut befindet sich auf einem Rekordstand. Minderjährige Sozialleistungsempfänger - es gab noch nie zuvor so viele in diesem Land. Frau Kollegin, das können Sie gern in der Armutsstatistik nachlesen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wegen unserer Landesregierung?)

Da nehmen Sie mit dem Kita-Geld einfach Geld in die Hand, verteilen es mit der Gießkanne, statt es zielgerichtet dort zu investieren, wo es am dringenden benötigt wird.

(Beate Raudies [SPD]: Ja, bei den Eltern! Gerade von Armut reden und dann über Kita-Geld! - Verstanden?)

Auch beim Vorzeigethema Bildung zeigt sich, dass die Bilanz, die Sie hier präsentieren, geschönt, um nicht zu sagen gefälscht ist. Auf unsere Frage nach der versprochenen **paritätischen Mitbestimmung an Hochschulen** heißt es in der Antwort auf unsere Große Anfrage, ein neues, paritätisch besetztes zentrales Hochschulorgan sei eingeführt worden. Die Wahrheit ist aber, dass die Universität Kiel, die Muthesius-Kunsthochschule und auch die Universität Flensburg gar keinen erweiterten Senat eingerichtet haben,

(Dr. Patrick Breyer)

(Zuruf: Noch nicht!)

und dass für die Uni Lübeck nicht einmal mehr die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen worden ist. Wenn man bei einer so falschen Erfolgsbilanz davon spricht, es sei ein neues, paritätisch besetztes zentrales Hochschulorgan eingesetzt worden, dann kann ich nur sagen:

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Seien Sie froh, dass Bilanzfälschung bei Regierungsbilanzen nicht strafbar ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Ich muss ehrlich sagen: Ich hätte nicht gedacht, dass Ihnen Ihre eigenen Versprechen und Vereinbarungen so wenig wert sind. Für die Zukunft kann es eigentlich nur bedeuten, dass kein Verlass mehr auf Ihre Versprechen und Ihre Vereinbarungen ist. Das finde ich schade, weil es um Glaubwürdigkeit der Politik an dieser Stelle geht.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn man einen Koalitionsvertrag vereinbart, sollte man ihn auch umsetzen und einhalten und nicht immer weiter verwässern, verschleppen oder ganz ignorieren.

Deswegen komme ich zu dem Ergebnis, dass die Bilanz der Koalition heute enttäuschend ist. Die Koalition hat einen Aufbruch für dieses Land versprochen und zu Beginn auch angefangen umzusetzen. Aber wir haben dann im weiteren Verlauf einen schwindenden Einfluss des Ministerpräsidenten und einen steigenden Einfluss des SPD-Fraktionsvorsitzen Herrn Dr. Stegner beobachten müssen.

(Zuruf SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Ihre Koalition ist unter diesem Einfluss zusehends in alte Politikmuster zurückgefallen. So ist es, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das bedauern wir ausdrücklich.

Jenseits Ihrer Lieblingsthemen mussten wir Sie immer wieder zum Jagen tragen, oder es herrschte ganz Stillstand. Das ist die Vogel-Strauß-Politik in diesem Land, die wir an dieser Stelle immer wieder kritisiert haben. Am 7. Mai 2017 kann der Wähler zum Glück diesen Vogel aufscheuchen und ihm Beine machen. Er sollte allerdings aufpassen, dass der Vogel dann nicht rückwärts rennt, sondern vorwärts,

(Beifall Uli König [PIRATEN] - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

und dass er in Richtung echte Mitbestimmung und direkte Demokratie sowie echte Transparenz in der Politik und Schutz der Bürgerrechte läuft. Wenn das nach der Wahl gelingt, wird der Glücksindex hier im Norden durch die Decke schießen, da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall PIRATEN - Dr. Heiner Garg [FDP]:
Deswegen wählen alle Wolfgang Kubicki!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Abgeordnete Daniel Günther.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gerade war die Abschiedsrede, jetzt kommt die Antrittsrede!
- Heiterkeit - Beifall FDP Dr. Kai Dolgner [SPD]: War das eine Koalitionsaussage?)

Daniel Günther [CDU]:

Noch nicht zu früh klatschen! - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor der Landtagspräsident den Ältestenrat einberufen muss, um darüber zu reden, dass wir uns zukünftig an die vereinbarten Redezeiten halten, würde ich vorschlagen, dass wir erst einmal die Landtagswahl abwarten. Denn eines sage ich zu: Als Ministerpräsident werde ich mich natürlich an diese Redezeiten halten.

(Heiterkeit - Torge Schmidt [PIRATEN]:
Ganz sicher!)

Eines gilt auf jeden Fall: Ich werde hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag halb so lange reden wie der Ministerpräsident, damit ich doppelt so viel Zeit zum Regieren für Schleswig-Holstein habe.

(Beifall CDU und FDP)

Damit wäre viel gewonnen: Anpacken statt rum-schnacken!

Wenn es einen Preis dafür gäbe, die dümmste anzunehmende Initiative einer nicht an der Regierung beteiligten Fraktion auszuzeichnen, hätten die PIRATEN, so glaube ich, gute Chancen, diesen Preis zu gewinnen.

(Heiterkeit und Beifall CDU, SPD, FDP,
SSW und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

(Daniel Günther)

Ich glaube, wenn SPD, Grüne oder SSW eine solche Anfrage gestellt hätten, dann wüssten wir, was wir dazu sagen: reiner Wahlkampf! Wie kann man so etwas kurz vor der Wahl machen?

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber dass man allen Ernstes als nicht an der Regierung beteiligte Fraktion eine solche Große Anfrage so kurz vor der Wahl stellt und damit der Regierung eine Steilvorlage gibt, ihre Bilanz vorzulegen, so viel Dämlichkeit habe ich mir in diesem Parlament wirklich nicht vorstellen können.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Bei allem Verständnis, Herr Abgeordneter, für solche Bewertungsmodelle glaube ich, dass das Wort unangemessen ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welches denn? - Heiterkeit FDP und CDU)

Daniel Günther [CDU]:

Da haben Sie recht, Herr Präsident. Das bedaure ich und nehme das Wort zurück.

Aber weil wir ja fair miteinander umgehen wollen: Ich glaube, es gibt etwas - deswegen macht diese Anfrage so wenig Sinn -, was man der Regierung mit Sicherheit nicht vorwerfen kann, und das ist, dass sie ihren Koalitionsvertrag nicht abgearbeitet hat.

(Beifall SPD)

Die Menschen wussten, was auf sie zukommt. Aber das Schlimmste ist, dass diese Koalition ihren gesamten **Koalitionsvertrag** umsetzen konnte. Das ist das Problem in diesem Land.

(Beifall CDU - Demonstrativer Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im ersten Jahr wurde der Schein noch gewahrt. Es wurden zahlreiche Dialoge geführt; aber egal, welches Ergebnis an deren Ende stand, umgesetzt wurde sowieso nur das, was vorher im Koalitionsvertrag festgelegt worden war.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir haben es beim Bildungsdialog erlebt. Sie stellen sich heute allen Ernstes hierhin und sprechen vom Schulfrieden. Sie sagen jetzt, die nächste Re-

gierung dürfe an der Bildungspolitik nichts mehr ändern.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir werden nichts ändern, habe ich gesagt!)

Sie haben in den ersten zwei Jahren unser **Bildungssystem** in einer Art und Weise durcheinandergebracht, wie es das in Schleswig-Holstein noch nie gegeben hat.

(Beifall CDU und FDP - Wortmeldung Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Günther, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Daniel Günther [CDU]:

Ich lasse im Moment keine Zwischenfragen zu.

Präsident Klaus Schlie:

Okay.

Daniel Günther [CDU]:

Auch nicht von Anke Erdmann. Aber ich schiebe das auf. Ich rede nachher noch einmal zum Thema Kitas, liebe Anke Erdmann, und ich weiß, welche Zwischenfrage dann kommt. Die werde ich nachher zulassen.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich freue mich darauf!)

Sie haben den Weg in die Einheitsschule vorprogrammiert.

(Zurufe SPD: Oh!)

Sie haben die Gymnasien, mit vielen zusätzlichen Oberstufen ausgehöhlt, und die Existenz der beruflichen Schulen angegriffen,

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben den Leistungsgedanken aus unseren Schulen verbannt, Sie haben die Standards abgesenkt, den Kampf gegen die Noten aufgenommen, die Inklusion an die Wand gefahren. Und trotz aller zusätzlichen Lehrerplanstellen, die Sie geschaffen haben, sind Sie bei der Bekämpfung des Unterrichtsausfalls gerade in den Mangelfächern in Schleswig-Holstein nicht einen einzigen Schritt vorangekommen.

(Daniel Günther)

(Beifall CDU und FDP)

Auch beim Thema **innere Sicherheit** kann man Ihnen nicht vorwerfen, dass Sie nicht vorher angekündigt haben, was Sie den Menschen zumuten. Lesen Sie sich den Koalitionsvertrag durch. Dass Sie Misstrauen gegenüber der Polizei hegen, liest man dort in jedem Satz. Sie haben am Ende in Politik umgesetzt, was Sie unter Misstrauen gegen unsere Ordnungshüter verstehen, indem Sie die „Misstrauensbeauftragte“ und die Kennzeichnungspflicht eingeführt haben, indem Sie die Polizeistationen mit einem Kahlschlag aus der Fläche herausgeführt haben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Schlie ist das gewesen!)

Sie haben die Wasserschutzpolizei in ihrer Handlungsfähigkeit massiv eingeschränkt. Dass geplante Stellenstreichungen am Ende nicht durchgeführt wurden, lag doch nur an der Arbeit von Opposition und Gewerkschaften. Nur deshalb haben Sie davon abgesehen.

(Lebhafter Beifall CDU und FDP)

Sie loben sich für den liberalsten **Strafvollzug**, den Sie durchgesetzt haben. Auf dem Rücken der Justizbeamten in Schleswig-Holstein haben Sie das gemacht.

(Beifall CDU und FDP)

Die Sozialdemokraten reden in unserem Land immer von ihrem Herzen für kleine Leute. Wenn Sie Ihre Ideologie durchsetzen wollen, dann sind Ihnen diese Leute schnurzegal. An die kleinen JVA-Beamten in unserem Land denkt kein Mensch von Ihnen, wenn Sie Ihre Ideologie durchsetzen. Das geht so nicht weiter!

(Lebhafter Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

Ohnehin frage ich, wie es angehen kann, dass die SPD allen Ernstes mit dem Slogan in den Wahlkampf geht: „Wir brauchen mehr Gerechtigkeit in unserem Land“. Wer hat denn 30 Jahre am Stück in Schleswig-Holstein regiert? Jetzt sprechen Sie davon, es müsse Gerechtigkeit her.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn es um Zukunftschancen für junge Menschen geht: Wer hat denn die höchste Abbrecherquote in Schulen verursacht? - Das waren doch Sie. 10.000 Flüchtlingen wird im Moment die schulische Ausbildung verweigert. Das tut doch Ihre Regierung.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Von **frühkindlicher Bildung** haben Sie eben gesprochen. Sie soll irgendwann einmal kostenfrei sein. Die höchsten Elternbeiträge, die es jemals in unserem Land gegeben hat, hinterlassen Sie der nächsten Regierung.

(Lebhafter Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

Wenn man eine kluge Anfrage für diese Parlamentssitzung hätte stellen wollen, wäre es sinnvoller gewesen, nicht den Koalitionsvertrag mit den Handlungen abzugleichen, sondern das, was der Ministerpräsident vorher alles angekündigt hat, mit dem zu vergleichen, was er am Ende nicht umgesetzt hat.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Warum haben Sie es nicht gemacht?)

Er wollte 50 % der Bürokratiekosten in Schleswig-Holstein abbauen. Das Doppelte an Bürokratie hat er in dieser Regierungszeit draufgelegt.

(Beifall CDU und FDP)

Er wollte die gesamten energieintensiven Unternehmen aus dem Süden in den Norden holen. Das klang ja auch ganz klug: Wir produzieren hier den Strom; dann können die Unternehmen doch hier herkommen. - Nicht ein einziges Unternehmen haben Sie hier hergeholt. In den letzten Jahren sind welche weggegangen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

Sie haben auch die niedrigste **Investitionsquote** zu verantworten, die je ein Ministerpräsident verantworten musste. „IMPULS 2030“ heißt doch bei Ihnen in Wahrheit, dass Sie erst ab dem Jahr 2030 wieder in Schleswig-Holstein investieren wollen. Nichts anderes steht doch in diesem Programm.

(Thomas Hölck [SPD]: Sie reden einen Blödsinn daher! Unglaublich!)

Sie haben diese Sonderkonten eingeführt, aber es fließt doch überhaupt kein Geld ab, weil Ihr Wirtschaftsminister nicht in der Lage ist, das Geld auszugeben, und die Sozialministerin im Hochschulbereich nichts gebaut kriegt. Das Geld liegt einfach nur da.

(Lebhafter Beifall CDU und FDP)

Die Bundesgelder, die die Länder im **Verkehrsreich** bekommen, fließen alle in die südlichen Bundesländer, nach Bayern, ab, weil dieser Verkehrsminister in fünf Jahren Amtszeit nicht einen einzigen Kilometer Autobahn planfestgestellt hat. Was ist das für ein Armutszeugnis?

(Daniel Günther)

(Lebhafter Beifall CDU und FDP)

Herr Minister, Sie können gern wieder eine Presseerklärung herausgeben, dass der Günther mit 0 km wieder einmal die Unwahrheit gesagt hat. In Wahrheit ist es 1 km, den die Regierung planfestgestellt hat. Ich gebe es zu. - Herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall CDU und FDP)

Sie lassen die **ländlichen Räume** ausbluten. Starre Vorgaben in der Landesplanung, und plötzlich kündigen Sie vor der Wahl an, dass Sie es in der nächsten Wahlperiode anders machen werden. Wer soll Ihnen denn glauben? Erst drangsalieren Sie die Kommunen, und kurz vor der Wahl sagen Sie: In der nächsten Wahlperiode wird alles anders. Unglaubwürdig! Sechs! Setzen!

(Starker Beifall CDU und FDP)

Sie haben Gelder aus dem ländlichen Raum geklaut. Sich hier hinzustellen und zu sagen, es sei bestätigt worden, dass der kommunale Finanzausgleich verfassungskonform sei!

(Zurufe SPD)

Jetzt weiß ich auch, warum sich die Regierung gestern bei den Wahlkampfkosten nicht gemeldet hat: weil der Wissenschaftliche Dienst die Verfassungsmäßigkeit des Handelns Ihrer Ansicht nach bestätigt hat. So interpretieren Sie Gutachten. Verfassungswidrig ist das, was Sie gegenüber den Kommunen gemacht haben, Herr Ministerpräsident!

(Lebhafter Beifall CDU und FDP)

Seien Sie doch ehrlich: Sie ziehen das Geld bewusst aus dem ländlichen Raum heraus. Sie sorgen dafür, dass die Kommunen unseres Landes an den Kita-Kosten ersticken, weil Sie die Kommunalpolitiker demotivieren wollen. Denn in Wahrheit ist das nächste große Projekt dieser Landesregierung diese unsägliche Reform des SSW. Sie wollen die kleinen Gemeinden in Schleswig-Holstein zerschlagen. Wir werden das nicht zulassen, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU und FDP - Wortmeldung
Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Ich habe keine zugelassen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Dr. Dolgner, der Herr Abgeordnete hat erklärt, dass er keine Fragen zulässt.

Daniel Günther [CDU]:

Sie sind gleich nach mir an der Reihe. Dann können Sie sich lange mit mir auseinandersetzen. Viel Spaß dabei!

(Heiterkeit CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich auch zur Energiepolitik geäußert. Dazu sage ich Ihnen nur: Sie haben die **Akzeptanz** für die **Energiewende** in Schleswig-Holstein zerstört. Es war Ihre Regierung, die das geschafft hat.

(Beifall CDU und FDP)

Denn Sie ignorieren Bürger- und Gemeindebeteiligung, halten rücksichtslos an Ihren Abstandsregelungen fest. Sie verhindern Windkraft dort, wo der meiste Wind weht und wo am wenigsten Gegenwind ist. Dafür drücken Sie Ihre Vorstellung von Windkraft genau dort durch, wo wir den wenigsten Wind und den meisten Widerstand in der Bevölkerung haben. Wie kommt man auf die Idee, solch eine unsinnige Regionalplanung zu machen, meine Damen und Herren?

(Lebhafter Beifall CDU und FDP - Zurufe
SPD)

Mit dieser Politik belasten Sie den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein mit enormen Energiekosten. Durch die Stromkosten muss bezahlt werden, dass Sie immer mehr Anlagen bauen, der Strom aber nicht über Netze abgeleitet werden kann, weil Sie nicht wissen, wie Sie ihn hier verbrauchen können, weil Sie sich nicht darum gekümmert haben, wie man ihn hier speichern kann,

(Widerspruch SPD)

weil Sie sich nämlich überhaupt nicht um die wirklichen Herausforderungen in Schleswig-Holstein gekümmert haben. Das ist das Problem. Die haben Sie im Koalitionsvertrag vorher nicht beschrieben. Das wäre eine Herausforderung gewesen: Wie kriegen wir wieder Unternehmen nach Schleswig-Holstein, um den Strom in unserem Land zu verbrauchen? Es wäre eine sinnvolle Energiewende gewesen, wenn Sie darauf einen Schwerpunkt gesetzt hätten.

(Beifall CDU)

Aber das Bittere ist: Die Bilanz Ihrer Regierung kann sich eben überhaupt nicht sehen lassen. Sie haben in den letzten Jahren mit all dem, was Sie gemacht haben, in allen Facetten einen Stillstand in unserem Land erzeugt! Die Große Anfrage der PI-RATEN war sicherlich nicht klug; das habe ich am

(Daniel Günther)

Anfang dargestellt. Aber Danke für die Antworten, Danke für die Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, die Sie abgegeben haben. Das hat die Notwendigkeit des Regierungswechsels in Schleswig-Holstein unterstrichen. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, sehr geehrter Herr Oppositionsführer: Sie waren ja sehr laut, aber ich finde, Sie waren ein bisschen hart mit Ihren Oppositionsfreunden von den PIRATEN. Ich finde schon, in der Frage des Stellens Großer Anfragen ist die Piratenfraktion in diesem Haus strategisch führend.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss man wirklich sagen. Ich bedanke mich herzlich für diese Anfrage.

(Lachen CDU und FDP)

- Moment, Moment! Ich komme gleich dazu. Ich will Ihnen sagen, warum wir das tun. Sie haben davon gesprochen, das sei für die Regierung eine Steilvorlage gewesen, Herr Kollege Günther. Eine Steilvorlage kann es ja nur sein, wenn die Bilanz eine gute ist. Sie war eine gute. Deshalb war das eine ordentliche Anfrage und eine ordentliche Antwort.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie müssen ein bisschen auf Ihre Logik achten, Herr Oppositionsführer, wenn Sie solche Bilder verwenden, weil sonst auch die Beobachter auf der Bühne auf die Idee kommen könnten, dass sie einmal darüber nachdenken, was es bedeutet, wenn man bestimmte Worte verwendet. Ich komme an bestimmten Stellen darauf zurück, welche Worte Sie hier verwenden und was man daraus schließen kann.

Wenn man über die Regierung redet - ich werde das gleich tun -, kann man auch ein paar Sätze - wir haben mehr Zeit bekommen - auf den Oppositionsführer verwenden; das werde ich im zweiten Teil meiner Rede tun.

Die PIRATEN haben eine Große Anfrage gestellt, weil sie nicht glauben konnten, dass es sein kann,

dass die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen das umsetzen, was sie vorher im Koalitionsvertrag versprochen haben.

(Uli König [PIRATEN]: Wir haben das widerlegt!)

Ich muss ehrlich sagen, das Ergebnis ist wirklich beeindruckend. Ich danke unserem Ministerpräsidenten Torsten Albig und seinem Team für den guten Überblick, denn für „Versprochen - gehalten“, genau dafür steht unsere Küstenkoalition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben das, was wir vor der Wahl gesagt haben, nach der Wahl getan, und wir haben das, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, miteinander umgesetzt. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Herr Kollege Günther, wenn Sie sich hier ernsthaft hinstellen und sagen, am schlimmsten sei, dass wir das, was wir vor der Wahl gesagt hätten, auch getan hätten, kann man ja ahnen, was Sie mit Ihren Versprechungen täten, gäbe Ihnen die Bevölkerung die Gelegenheit dazu. Die werden Sie nur nicht kriegen, Herr Kollege.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist abenteuerlich, dass Sie zum Beispiel etwas Wahlgeschenk nennen - Ihr Nachbar tut das auch immer -, wenn man das tut, was man den Menschen versprochen hat. Was ist das eigentlich für eine Haltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die all das mit ihren Steuermitteln bezahlen? Das sind keine Geschenke, sondern das ist politische Glaubwürdigkeit, Herr Kollege, wenn man das macht, was man gesagt hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen muss ich wirklich sagen: Für uns ist das eine gute Gelegenheit, über die Dinge zu reden. Wir werden morgen über eine weitere Große Anfrage debattieren, nämlich über das Verhältnis Land und Kommunen. Auch da sprechen die Fakten für sich. Sie sind Teil einer Regierungsbilanz. In der Tat hat die Öffentlichkeit ein Anrecht zu erfahren, was eigentlich aus dem geworden ist, was wir miteinander vereinbart haben. Das ist heute auch in beeindruckender Form dargestellt worden.

Wir haben zu Beginn dieser Legislaturperiode versprochen, dass soziale Gerechtigkeit Maßstab und Kompass unserer Politik sein würde. Dafür haben

(Dr. Ralf Stegner)

wir in den vergangenen fünf Jahren hart miteinander gearbeitet. Daran halten wir auch fest.

Herr Kollege Günther, Sie haben gesagt: Wie kann das denn sein, dass wir über soziale Gerechtigkeit reden müssen? - Ich will Ihnen sagen, warum. Weil das, was Schwarz-Gelb nach nur zweieinhalb Jahren hinterlassen hat, ein solches Desaster gewesen ist, dass wir kräftig aufräumen mussten.

(Beifall SPD)

Das war der Grund. Sie haben sich doch immer dafür gelobt, dass so viele Leute demonstrieren. Sie haben gesagt, es sei so mutig gewesen, den Schwachen etwas wegzunehmen. Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Mutig ist, sich mit den Mächtigen anzulegen, und nicht, den Schwächsten etwas wegzunehmen. Das ist mutig.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Was ist daran mutig, den Blinden etwas wegzunehmen? Was ist daran mutig, die Frauenhäuser zu schikanieren? Was ist daran mutig, die Minderheiten zu schikanieren? Was ist daran eigentlich mutig? - Nichts. Das ist feige. Sie sind von den Wählerinnen und Wählern abgestraft worden. Wir haben das geändert.

Das Schöne ist: Unser Chefprophet, der seine Wetten immer verliert, der Mann in Schwarz, hat gesagt:

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die letzte haben Sie verloren!)

Wenn ihr diese Kürzungen zurücknehmt - es hieß ja immer, das sei alternativlos -, werdet ihr die Schuldenbremse reißen. Was ist passiert? Wir haben die Schuldenbremse nicht nur nicht gerissen, sondern wir zahlen zum ersten Mal seit Jahrzehnten Schulden zurück. Das ist passiert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Volker Dornquast [CDU])

- Herr Dornquast, auf Ihren intelligenten Zwischenruf habe ich schon gewartet. Ich kenne sie ja schon. Sie sagen, die Steuern seien hoch gewesen und die Zinsen niedrig. Das stimmt. Das galt übrigens in allen anderen Ländern auch. Aber erstens hat Ihnen die Finanzministerin nachgewiesen, dass die Zinsen bei Ihnen damals schon niedrig waren und die Steuererhöhungen sogar höher, und zweitens haben wir uns relativ zu anderen Ländern verbessert, in denen die Steuern auch hoch und die Zinsen niedrig waren. Das ist die gute Leistung dieser Regierung und dieser Finanzministerin. So sieht es aus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das, was angeblich alternativlos war, haben die Bürgerinnen und Bürger als genau das betrachtet, was es in Wirklichkeit war, nämlich unsozial, und sie haben Sie abgewählt, und wir haben diese angeblich alternativlosen und sozialen Kürzungen der schwarz-gelben Vorgängerregierung zurückgenommen.

(Rainer Wiegard [CDU]: Dreisatz!)

Wir haben die notwendigen Investitionen vorgenommen, und wir haben den Haushalt saniert. So sieht es aus.

(Zurufe Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Lärmen Sie doch nicht so! Es gefällt Ihnen nicht, aber ich kann es nicht ändern. Sie müssen sich das schon anhören, Herr Kollege. Sie lärmern hier ja ziemlich viel. Aber Sie können auch etwas lernen, nämlich dass man das tut, was man gesagt hat.

Kaum zu unterschätzen ist meiner Meinung nach - -

(Zurufe CDU und FDP)

- Sie auf der Bühne werden einzuschätzen wissen, warum die Opposition hier so lärmt, nämlich weil ihnen nicht gefällt, was wir hier vortragen können, weil wir vortragen können, dass wir gemacht haben, was wir gesagt haben. Das ist Glaubwürdigkeit, und das gefällt den Damen und Herren auf der Oppositionsbank nicht.

Es ist kaum zu unterschätzen, was sozialer Zusammenhalt für unsere Gesellschaft bedeutet. Hätte es den nicht gegeben, wäre das nicht passiert, worauf der Ministerpräsident zu Recht hingewiesen hat. Wir haben es nämlich, glaube ich, in bewundernswerter Weise geschafft, auf humane Art und Weise das Willkommen für Flüchtlinge hier zu organisieren. Das ist in erster Linie das Verdienst vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, aber auch von Polizei, von Kommunalverwaltung und von einer Regierung, die mit ihrer Politik dafür gesorgt hat, dass wir den Neiddebatten nicht Tür und Tor öffnen, dass wir Politik für alle Menschen machen, dass wir sozialen Zusammenhalt organisieren, dass wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Das ist übrigens das wirksamste Mittel gegen Rechtspopulisten in diesem Land, und deswegen haben wir das auch gemacht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Ich finde es toll, dass so viele Menschen hier in Schleswig-Holstein ein neues Zuhause bekommen haben. Ich habe mich manchmal gefragt, Herr Kollege Günther, wenn Sie mit Ihren Anträgen kamen zur Schweinefleischpflicht in den Kantinen, zu Knüppeln für Parkwächter, zu Abschieberekorden, die wir holen sollen, was eigentlich Ihr Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in diesem Land war.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Sport zum Beispiel!)

Das war, glaube ich, kein besonders guter. Man muss da nämlich etwas für Sprachkurse tun, man muss etwas für Integration tun, man muss sich auf der Bundesebene einmal zu Wort melden. Man muss ein bisschen Mut haben wie der Herr Ministerpräsident und nicht glauben, man bekommt immer Zustimmung, wenn man sagt: In ein Land wie Afghanistan schieben wir nicht ab, weil das kein sicheres Land ist. Das ist der Grund.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da muss man Haltung haben, Haltung, die Ihnen fehlt, Herr Kollege, was uns beide unterscheidet.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

- Lärmen Sie doch nicht so! Ihre Abschiedstagung werden Sie doch noch in Ruhe aushalten, Herr Kollege Dornquast.

(Volker Dornquast [CDU]: Bis morgen Abend!)

- Bis morgen Abend, dann ist Feierabend!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu mehr Gerechtigkeit gehören auch die Maßnahmen für Chancengleichheit, unabhängig vom Elternhaus, durch kostenfreie Bildung, verkörpert durch zahlreiche Maßnahmen in der Kinderbetreuung, durch ein neues Schulgesetz, durch Jugendberufsagenturen oder die ewigen Bemühungen auf Bundesebene zur Aufhebung des Kooperationsverbots - was im Wesentlichen an der CSU scheitert, um das einmal auf den Punkt zu bringen. Das sind nämlich die entschiedensten Gegner der Aufhebung.

Die letzten fünf Jahre waren gute Jahre für Schleswig-Holstein.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

2012 hat die CDU geworben: Stabilität statt Dänen-Ampel. - Wir haben gezeigt, was Stabilität bedeutet. Angesichts der regelmäßigen Wechsel im Landesfraktionsvorsitz und bei der Spitzenkandidatur sowie des Schlingerkurses in der Bildungs- und

Energiepolitik sollten Sie sich zu Stabilitätsfragen besser nicht äußern, Herr Kollege Günther.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit Stabilität hat das nämlich nichts zu tun. Ich freue mich ja, dass Sie mein sechster Kollege als Landesvorsitzender und mein vierter Kollege als Fraktionsvorsitzender der Union sind. Ich freue mich ja, dass Sie sich immer wieder erneuern - es wird bald wieder Zeit, wenn Sie so weitermachen, Herr Kollege.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben zuverlässig und solide gehalten, was wir versprochen haben. Was der Ministerpräsident hier vorgetragen hat, kann sich wirklich sehen lassen. Wie passt dazu, wie Sie das Land in seiner **wirtschaftlichen Entwicklung** beschreiben, eigentlich, dass wir 80.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Land haben? Es gibt so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie noch nie in diesem Land. Die Arbeitslosigkeit war schon lange nicht mehr so niedrig wie derzeit. Das ist das Zeichen einer guten Entwicklung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gute Arbeit mit Mindestlohn, Mitbestimmung, Tariftreue, Schutz des fairen Wettbewerbs: Das haben wir gemacht. Sie wollen das wieder abschaffen. Menschen, die gute Arbeit wollen, müssen sich in diesem Land an uns halten und nicht an Sie, die Sie das wieder abschaffen wollen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben in der Tat einen **Schulfrieden**, der seinen Namen verdient und endlich den Lehrerinnen und Lehrern, den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern Ruhe und Ressourcen für gute Bildung gibt. Sie kündigen zwei Monate vor der Wahl in der „Umfragepanik“ an, wieder Stress in die Schulen bringen zu wollen, statt den Menschen Zeit und Ressourcen zu geben. Die Schulen brauchen Ihre Diskussionen so nötig wie einen Kropf. Die Schulen brauchen Ruhe, Unterstützung und Ressourcen und nicht diesen Quatsch, den Sie hier vorschlagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Übrigens: Die Menschen in Schleswig-Holstein haben Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9. Sie können ihre Kinder entweder auf den Gemeinschafts-

(Dr. Ralf Stegner)

schulen, auf den berufsbildenden Schulen und auf einigen Gymnasien in neun Jahren, oder in acht Jahren auf den anderen Schulen zum Abitur bringen. Das ist flächendeckende Wahlfreiheit in Schleswig-Holstein. Das gibt es kaum irgendwo in der Bundesrepublik. Das ist unsere Leistung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben deutlich mehr Lehrkräfte sowie Polizistinnen und Polizisten zu **besseren Arbeitsbedingungen**. Sie stellen sich hier ernsthaft hin und sagen, uns seien die Leute im Justizvollzugsdienst egal, obwohl wir die Zulagen erhöht haben und dafür gesorgt haben, dass das Einstiegsamt erhöht wird. Bei Ihnen ist immer nur Rumschnacken, nicht Anpacken, Herr Kollege Günther. Das ist alles großer Unsinn, den Sie hier erzählen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sanieren die **Infrastruktur**. Sie sind nicht einmal im Zahlenraum von null bis fünf sicher: Bei Ihnen gab es null Planfeststellungsbeschlüsse, bei uns fünf oder sechs. Das ist der Unterschied zu dem, was Sie gemacht haben. Reden Sie in diesem Hause nicht so einen Quatsch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir erzeugen mehr Strom aus **erneuerbaren Energien**, als wir selbst verbrauchen. Nach dem ganzen Hin und Her von Frau Merkel - Ausstieg aus dem Ausstieg - und dem, was uns das alles kostet, haben wir bei den Energiekonzernen dafür gesorgt, dass die Energiewende in diesem Land Realität wird. Darauf sind wir stolz. Es ist nämlich gegenüber zukünftigen Generationen notwendig, dass wir die Klimakatastrophe nicht aus dem Auge verlieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unser Kita-Geld in Höhe von 100 € im Monat hilft seit dem 1. Januar 2017 den Familien weit mehr als das, was Sie an Kindergelderhöhung oder Steuerensenkungen diskutieren. Wir werden morgen ja die Freude haben, das miteinander zu verabschieden. Jeder von Ihnen wird in namentlicher Abstimmung zum Ausdruck bringen können, ob er den Eltern das Geld wegnehmen oder geben will. Wir werden das morgen miteinander besprechen.

(Zurufe: Heute Nachmittag!)

- Richtig, heute Nachmittag. Wir werden es heute Nachmittag schon machen, dann können Sie sich,

dazu verhalten, Herr Kollege. Wir werden das tun und freuen uns, das der Öffentlichkeit auch mitzuteilen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir auch!)

Kultur, Pflege, Gleichstellung: Überall gibt es Fortschritt und Dialog. Ich könnte noch viele Bereiche nennen. Herr Präsident, da reichen die 38 Minuten nicht aus, wenn ich das alles aufzählen wollte. Ich halte mich aber an meine Redezeit, wie sich das gehört, sonst würden Sie mir das Wort entziehen. Die Gelegenheit will ich Ihnen nicht geben, Herr Präsident.

Ich bin wirklich stolz und froh, ein Teil dieser Koalition sein zu dürfen. Mein Dank gilt dem Kabinett, Ministerpräsidenten Albig, Minister Habeck, Ministerin Spoorendonk und den Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Das war eine tolle Zusammenarbeit in diesem Haus in den letzten fünf Jahren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nun hat der verehrte Herr Oppositionsführer in den vergangenen Monaten zahlreiche Behauptungen aufgestellt und manche leere Versprechung abgegeben. Oft hat er nur kritisiert. Eigene Ideen ist er meist schuldig geblieben.

(Volker Dornquast [CDU]: Das kommt davon, wenn man nicht zuhört!)

Mit seinem Verständnis von Politik und seinen inhaltlichen Vorstellungen steht er im krassen Gegensatz zur Politik der Küstenkoalition. Das ist der positive Aspekt: Unterschiede sind gut für die Demokratie. Es hilft den Menschen, wenn man uns unterscheiden kann. Protestparteien und Rechtspopulisten brauchen wir wirklich nicht in diesem Parlament. Man hat genug Auswahl zwischen den demokratischen Parteien, die Unterschiede sind groß.

Ich fange mit einem Punkt an, den Sie in den letzten Wochen immer wieder erzählt haben: Sie wollen nicht, dass möglichst viele Kinder in Schleswig-Holstein **Abitur** machen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Es könne nicht das Ziel sein, dass so viele Menschen Abitur machen. Ich will Ihnen ehrlich sagen: Es ist nicht das Lebensglück, Abitur zu machen. Dass es aber jeder schaffen kann, egal, was in seiner Familie gewesen ist, ist unser Ziel und unterscheidet uns massiv von dem, was Sie da vorschlagen.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hören Sie auf, die Gemeinschaftsschulen zu schikanieren und schlechtzureden und von Discount-Abitur zu reden. Die machen hervorragende Arbeit. Es gibt ein Zentralabitur, die Absolventen müssen am Ende das Gleiche können wie an anderen Schulen.

(Zurufe SPD: Jawohl! So ist das! - Zurufe CDU - Beate Raudies [SPD]: Was? Das stimmt nicht?)

Wo ist der Kollege Götsch? - Der Kollege Götsch war letztens mit mir in einer Gemeinschaftsschule in Bordesholm. Da haben wir zusammen mit anderen Parteien diskutiert. Anke Erdmann war auch dabei. Ein Schüler hat vorgetragen, wie toll es ist, dass es die Gemeinschaftsschulen gibt und dass er dort sein Abitur machen kann. Der Kollege Götsch hat gesagt: Wenn es nach der CDU geht, wollen wir solche Oberstufen nicht. - Vielen herzlichen Dank, kann ich da nur sagen. Wenn es nach uns geht, werden wir diese Oberstufen unterstützen und verteidigen. Das ist der Unterschied!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ihre CDU, Herr Kollege Günther, hat im Jahr 2016 in den Haushaltsanträgen beantragt, den Bildungsetat im Einzelplan 07 um 3,7 Millionen € zu kürzen. Wir haben selbstverständlich etwas anderes beschlossen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Der Oppositionsführer hat zwei Monate vor der Wahl angekündigt, dass der Schulfrieden aufgekündigt werden soll. Das ist übrigens ganz interessant: Noch am 2. Februar 2017 erschien ein schönes Interview mit Ihnen im „Pinneberger Tageblatt“, in dem Sie gesagt haben:

„Es wird mit uns keine Strukturveränderungen geben. Die Sorge will ich den Menschen nehmen. Es nützt nichts, wenn sich jede Regierung mit ihren Reformen auf dem Rücken der Schüler austobt.“

Ich habe das Datum bewusst genannt, weil der 2. Februar 2017 der Tag war, an dem Sie am Abend gesagt haben, dass Sie den Schulfrieden aufkündigen wollen. Am Abend galt Ihr Wort schon nicht mehr, Herr Kollege Günther. Sie führen die Menschen hinter die Fichte. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So täuscht man die Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen zum Bildungsdialog. Wir haben mit den Menschen breit diskutiert.

(Rainer Wiegard [CDU]: Selbstgespräch, kein Dialog!)

Sie haben uns für diesen Dialog verspottet, weil Sie den Dialog nicht kennen. Wir haben uns in einer breiten Diskussion verständigt. Ich danke allen, die daran beteiligt waren. Es war eine tolle Sache.

Nächster Punkt: Der Oppositionsführer sagt, er will den **Arbeitsschutz** lockern. Das war am 21. März 2017 in der Segeberger Zeitung - unsere Pressestelle liest genau, was Sie so alles von sich geben. Da stellt man fest, dass Sie geäußert haben, der Arbeitsschutz gehöre zu den Dingen, die unnötig bürokratisch seien. Ich kann Ihnen nur sagen: Arbeitsschutz ist nicht unnötig bürokratisch, sondern für die Menschen in diesem Land wichtig. Wir wollen nicht nur Arbeit, sondern gute Arbeit. Dafür stehen wir mit den Gewerkschaften zusammen ein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Oppositionsführer, Sie geben sich ja gelegentlich modern. Hier und da liest man in Ihren Interviews, Sie seien für die Öffnung der Ehe, für die Einführung des Aktionsplans gegen Homophobie, für sexuelle Vielfalt, Sie sprächen sich für mehr Gleichstellung aus. Wenn wir darüber im Landtag abgestimmt haben, haben Sie aber immer dagegen gestimmt oder sich der Stimme enthalten, Herr Kollege Günther. Das ist der Unterschied. Rumschnacken statt Anpacken: Auch im Landtag haben Sie das getan.

(Beifall SPD, SSW und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist auch interessant, dass Sie noch in der letzten Woche gesagt haben, Sie seien der Meinung, dass die Fixierung auf den **sozialen Wohnungsbau** falsch sei.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Luxuswohnungen werden in Schleswig-Holstein weiß Gott genug gebaut. Dass die Menschen ihre Miete bezahlen können, ist ein soziales Anrecht. Die Wahrheit ist doch, dass Ihre Parteivertreter in den Gemeindevertretungen immer gegen Geschosswohnungsbau stimmen, weil sie glauben, dass die Leute, die da wohnen, sowieso nicht CDU wählen. Das sagen sie ja sogar

(Dr. Ralf Stegner)

hinter vorgehaltener Hand. Das ist unsozial, und wir machen das Gegenteil.

(Beifall SPD - Rainer Wiegard [CDU]: Dummes Zeug! - Weitere Zurufe)

- Regen Sie sich doch nicht so auf, Sie können doch nachher reden, Herr Kollege.

Ganz toll fand ich Ihren Hinweis, das **Landesverfassungsgericht** habe der Opposition beim **kommunalen Finanzausgleich** Recht gegeben. Das Gegenteil ist der Fall: Die Klage wurde in den wesentlichen Punkten zurückgewiesen.

(Zurufe CDU: Nein!)

- Bezüglich des von Ihnen beklagten Soziallastenausgleichs zugunsten der Städte ist zurückgewiesen worden, was Sie wollten.

Das gilt ebenso für Ihren Angriff auf die vollgültigen Mandate des SSW. Auch der ist vom Verfassungsgericht zurückgewiesen worden. Es ist auch gut so, dass der zurückgewiesen worden ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber mit dem allergrößten Vergnügen.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Lieber Herr Kollege Dr. Stegner! Erstens. Die sogenannten Angriffe auf die Vollwertigkeit der Mandate des SSW waren nicht Bestandteil der Klage zum kommunalen Finanzausgleich. Das haben Sie sicherlich nur in einem Satz verschluckt.

Zweitens möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass der Kern der Klage nicht den Sozialausgleich oder den Soziallastenausgleich betraf, sondern - Sie wissen es besser - der Kern war das fehlende - -

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Lesen Sie vielleicht erst einmal das Urteil!

Präsident Klaus Schlie:

Jetzt hat das Wort Herr Dr. Garg zu seiner Bemerkung.

- Der Kern des Angriffs war die fehlende beziehungsweise das falsche Fundament, auf dem die gesamte Novelle des Finanzausgleichs aufbaute.

(Beifall FDP und CDU)

Genau dieses fehlende oder dieses falsche Fundament, nämlich die ordentliche Bedarfsanalyse, wurde vom Verfassungsgericht im Sinne der Antragsteller für verfassungswidrig erklärt.

Insofern behaupten Sie doch hier nicht einfach Falsches; das haben Sie doch gar nicht nötig. Behaupten Sie nicht die falsche Tatsache, dass das Gericht in weiten Teilen der Auffassung der Regierung stattgegeben habe, sondern das Gericht hat in wesentlichen Teilen den Klageerhebern beziehungsweise den Antragstellern stattgegeben. Das könnten Sie doch - Sie sind doch heute in einer großzügigen Laune - zumindest einräumen, Herr Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich schätze den Vorsitzenden der großen liberalen Partei in Schleswig-Holstein über die Maßen. Deswegen hatte ich gedacht, Sie könnten auch einen längeren Satz verstehen. Ich habe in der Tat zu unterschiedlichen Themen gesprochen, nämlich zum kommunalen Finanzausgleich und zum Angriff auf den SSW, den die Junge Union und andere hier veranstaltet haben, und der Gott sei Dank zurückgewiesen worden ist. Das will ich noch einmal sagen. Das war nämlich unanständig, und deswegen war es völlig richtig, was der Herr Ministerpräsident vorhin in seiner Rede zum Verhältnis Deutschlands zu Dänemark gesagt hat. Das war nämlich ein Angriff auf die dänische Minderheit - das will ich hier deutlich herausstellen -, der zum Glück zurückgewiesen worden ist; denn das war unanständig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber das kam ja nicht von der FDP.

Was den **kommunalen Finanzausgleich** angeht, empfehle ich Ihnen einmal eine Lektüre der Presseerklärung der Opposition zur Klage gegen den kommunalen Finanzausgleich. Sie werden massenhaft Presseerklärungen lesen, in denen davon die Rede ist, wir würden den ländlichen Raum ausbluten, wir würden die Kreise kaputt machen, es sei ungerecht, zugunsten der Städte zu tun, die mit dem Geld nicht umgehen könnten. Das sind die Sprüche,

(Dr. Ralf Stegner)

die da gekommen sind. In dieser Frage hat das Verfassungsgericht ganz eindeutig gesagt, es sei richtig, was wir gemacht haben, weil es in keiner Weise gegen die Verfassung verstoße.

In dem Punkt, den Sie genannt haben - -

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Herr Koch, lesen Sie es nach und verstehen es dann; dann können Sie hier Zwischenrufe machen. Ich bin jetzt bei Herrn Dr. Garg.

Was den Punkt angeht, den Sie angesprochen haben, haben Sie in der Tat recht. Das Verfassungsgericht hat gesagt: Wir müssen uns angucken, welcher Aufwand für kommunale Leistungen tatsächlich erforderlich ist. Ich will Ihnen sagen: Das mag ein Beinahegeschenk sein, weil das nämlich ein tiefer Eingriff in das verfassungsrechtlich garantierte Recht auf kommunale Selbstbestimmung ist, wenn das Land feststellt, was wofür ausgegeben werden darf. Das könnte übrigens dazu führen, dass das Land am Ende nicht mehr bezahlen muss, sondern sogar weniger. Das kann dabei am Ende herauskommen. Wir werden das sehr solide und in aller Ruhe prüfen. Aber der Angriff aus der Opposition gegen die Regierung ist im Wesentlichen gegen die Punkte gerichtet, die Sie sich nicht anzufassen getraut haben oder die Sie nicht anfassen wollten, weil Sie in den Städten keine Mehrheiten haben.

(Rainer Wiegard [CDU]: Sie reden doch Blödsinn daher!)

- Reden Sie doch keinen Unsinn, Herr Wiegard; Sie wissen es doch besser. Das ist der Grund. Das werden wir in aller Ruhe überprüfen.

(Zuruf Rainer Wiegard [CDU])

Ihr Angriff jedenfalls ist in wesentlichen Teilen vom Landesverfassungsgericht abgewiesen worden. Den anderen Teil werden wir in der nächsten Legislaturperiode lösen; Sie können es ja nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Er macht mir immer Freude. Deswegen sehr gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Weil die Freude auf Gegenseitigkeit beruht, möchte ich Sie nur - -

(Heiterkeit FDP - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, das halten Sie doch aus, dass Herr Garg mal ein bisschen am Mikrofon steht. Keinen Neid! - Bitte schön.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Nun wollen wir uns wieder ein bisschen daran halten, wer hier das Wort hat. Das ist jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Herr Dr. Stegner, auch die Behauptung von Ihnen und mehreren Mitgliedern Ihrer Fraktion, die ich in letzter Zeit häufig höre, dass es ja auch sein könne, dass eine Novelle der Novelle dazu führen könnte, dass durch den kommunalen Finanzausgleich in Zukunft weniger Geld zur Verfügung gestellt werden müsste, ist falsch. Wenn Sie sich einmal die Begründung des Urteils genau angucken, dann hat das Landesverfassungsgericht klar festgestellt, dass das Land den Kommunen auch entsprechende Mittel bereitstellen muss, um sogenannte freiwillige Leistungen in Zukunft weiter finanzieren zu können. Sie werden doch nicht ernsthaft begründen, dass als Konsequenz des Urteils in Zukunft weniger Geld zur Verfügung gestellt werden könnte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Lieber Herr Kollege Garg. Gestatten Sie mir zwei Bemerkungen dazu:

Erstens. Ich bin Mitglied der Sozialdemokraten und kann Ihnen nur sagen: In unserer Partei würde der Fraktionsvorsitzende mit dem Landesvorsitzenden nicht so umgehen; das ist bei uns anders.

Was den zweiten Teil angeht, habe ich mitnichten behauptet - -

(Unruhe)

- Nein, das machen wir bei uns wirklich nicht; das ist die reine Wahrheit.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir wussten immer, dass Sie nur die Wahrheit sprechen! - Weitere Zurufe - Heiterkeit)

(Dr. Ralf Stegner)

- Das wäre lustig, nicht wahr? Aber das schafft nur die Union in ihrer Zerstrittenheit; wir schaffen das nicht.

Aber zurück zu Ihnen: Ich habe mitnichten behauptet - das kläre ich immer bei mir im Haus -, Herr Kollege Garg, dass wir den Kommunen weniger Geld geben, sondern ich habe gesagt, es birgt dir Gefahr, dass das herauskommen könnte. Sie müssen schon genau zuhören; denn ich formuliere immer sehr präzise. Ich habe gesagt, das ist die Gefahr, die dabei herauskommen kann.

Eines will ich Ihnen ausdrücklich sagen, und da freue ich mich, wenn Sie an unserer Seite sind. Ich finde, manches, was heute bei uns „freiwillige Leistung“ heißt, ist nicht freiwillig, sondern ist dringend notwendig für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Manche Pflichtaufgabe ist weit weniger als das, was wir im Bereich freiwilliger Leistungen machen. Insofern bin ich vollständig bei Ihnen.

Ich freue mich auf die Unterstützung der FDP-Opportionsfraktion im nächsten Landtag, wenn wir das entsprechend reformieren werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin noch immer bei dem Herrn Oppositionsführer, der mir bisher noch ein bisschen zu wenig Aufmerksamkeit bekommen hat für das, was er hier sehr lautstark vorgehalten hat. Beim **Ausbau** der **Windenergie**, Herr Kollege Günther, versprechen Sie jedem alles, was er hören will. Schon Christian von Boetticher hat festgestellt, was die Folge wäre: Wildwuchs im Land. Auch hier veräppeln Sie die Bürgerinnen und Bürger. In Sachen Offshore habe ich schon ausgeführt, dass dies schon an ihren eigenen Parteifreunden scheitert.

Ich zitiere den ehemaligen Abgeordneten der CDU, Klaus Klinckhammer, aus den „Lübecker Nachrichten“ vom 5. Januar 2017. Der sagte - ich zitiere -:

„Das kann nicht CDU-Politik sein ... Wer nur noch auf Offshore-Windparks setze, schanze das ganze Stromgeschäft den Großkonzernen zu, die als einzige die Investitionen dafür aufbringen könnten. Die kleinen und mittelständischen Unternehmer aber, die derzeit die Windkraftnutzung an Land stemmten und finanzierten, gingen dann zugunsten der Großindustrie leer aus. ‚Das träfe vor allem den ländlichen Raum‘ ... Dann

müsse die Politik aber auch mal den ‚Arsch in der Hose haben‘“

- das ist nicht mein Zitat, sondern das von Herrn Klinckhammer -

„und die Windkraftnutzung gegen einzelne Widerstände durchsetzen. Was Günther betriebe, sei hingegen populistisch.“

Lieber Herr Kollege Günther, das sagte Ihr Kollege Klinckhammer.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lieber Herr Klinckhammer - falls sie mir zuhören sollten -, ich befürchte, dass es mit der CDU genau so kommen könnte. Aber sie sind im „Schulz-Zug“ der SPD willkommen. Ich will das Wort „Gottkanzler“ nicht verwenden, das der Kollege Weber gestern merkwürdigerweise in seiner Rede untergebracht hat. Aber ich will damit sagen: Mit der SPD wird es diese Form zusammen mit Grünen und SSW nicht geben, die die Bürger veräppelt und für Wildwuchs im Land sorgt, weil wir nämlich Akzeptanz bei den Menschen für die Energiewende brauchen. Die kriegt man nicht, wenn man jedem alles verspricht, wie Sie das tun.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Ich vermute mal, Herr Günther, Sie machen das, weil Sie wissen, dass Sie nie in die Verlegenheit kommen werden. Da kann man ja dann alles versprechen, was man einhält oder eben nicht einhalten kann.

Das Deutlichste aber war das, was Sie im „s:hz“ im November 2016, also vor nicht einmal vier Monaten, gesagt haben. Ich zitiere Sie, Herr Oppositionsführer:

„Was man dieser Regierung aber bescheinigen kann: Sie hat viel mehr Geld ausgegeben und auch ausgeben können als die Vorgängerregierung. Nur die Probleme des Landes hat sie damit nicht gelöst: Haben wir einen Kilometer Autobahn gebaut? Die Landesstraßen oder Krankenhäuser saniert, Wohnungen gebaut, die frühkindliche Bildung gestärkt? Nichts von alledem ist passiert.“

(Daniel Günther [CDU]: Genau!)

Da sind wir nun wirklich im Bereich dessen, was „Fake News“ heißt. Daniel Günther im postfaktischen Universum! Ich hätte fast David Günther gesagt. Das lag wohl daran, dass ich ein bisschen daneben geführt war durch den Ursprung des Postfak-

(Dr. Ralf Stegner)

tischen. Wir können ja darüber diskutieren, ob wir weit genug gekommen sind. Aber zu sagen, es sei nichts passiert, ist eindeutig gelogen. Wie schwach muss man eigentlich sein, dass man zu solchen Mitteln greift?

Richtig ist nämlich, dass im Zeitraum 2011 bis 2015 allein 11,1 km **Autobahnneubau** und ebenfalls 11,1 km **Bundesstraßenneubau** entstanden sind. In dem gleichen Zeitraum sind die **Landesstraßen** auf 280 km saniert worden. Das ist die dreifache Zahl gegenüber dem, was Sie in der schwarz-gelben Regierungszeit in den Jahren 2006 bis 2011 geschafft haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist der Unterschied.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Es ist das Dreifache; und deswegen sollten Sie nicht immer solche Unwahrheiten verbreiten.

Richtig ist, dass der Sanierungsstau der **Krankenhäuser** angegangen worden ist. Sie hatten die Krankenhausfinanzierung um 10 Millionen € von 50 auf 40 Millionen € gekürzt, und Sie haben den Investitionsstau verschärft. Wir haben die Kürzungen der Vorgängerregierung zurückgenommen und haben die Investitionen sogar noch erhöht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und was passiert? Krankenhausneubauten in Kiel, Lübeck, Brunsbüttel, Neustadt, Preetz, Itzehoe, Reinbek und so weiter und eine halbe Milliarde Euro für das UKSH sind durch das IMPULS-Programm möglich.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Wenn Sie die Uhr freundlicher Weise anhalten, ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Dr. Stegner, dass Sie sich wirklich ernsthaft trauen, die Krankenhausfinanzierung hier als Erfolg anzuführen, ist schon erstaunlich vor dem Hintergrund, dass Sie selbst als Finanzminister uns ein Krankenhausfinanzierungssystem hinterlassen haben, dass wie folgt funktio-

nierte: Sie haben sich verschuldet, damit Sie lediglich die Zinsbelastungen der Verschuldung in den Haushalt aufnehmen mussten. Das hätte dazu geführt, dass wir bereits 2016, um Investitionen in Höhe von 50 Millionen € auszulösen, Zinszahlungen in Höhe von 80 Millionen € hätten leisten müssen.

Wir haben von der jetzigen Finanzministerin - nicht von der vorherigen - anerkannt bekommen, dass wir genau Ihren Schrott beseitigt haben. Und Sie stellen sich jetzt hier hin und behaupten ernsthaft, Sie hätten im Bereich der Krankenhausfinanzierung Großartiges geleistet, weil Sie die Investitionssumme von 40 Millionen € auf 50 Millionen € erhöht haben bei gleichzeitig zusätzlichen Steuereinnahmen während Ihrer Regierungszeit von 2,5 Milliarden €. Herr Dr. Stegner, Sie haben es wirklich nicht nötig, hier einen solchen Unsinn zu behaupten.

(Beifall FDP und CDU)

- Lieber Herr Kollege Garg, ganz abgesehen davon, dass ich die ersten beiden Zwischenfragen intelligenter fand als die dritte, halten Sie uns aber stets vor, wir würden immer nur über die letzte Legislaturperiode reden. Jetzt kommen Sie mit Beispielen, die vor meiner Zeit als Finanzminister gewesen sind, also vor dem Jahr 2005.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein, nein, nein!)

Es war nämlich 2004, was Sie gerade angesprochen haben, dann kann es mit Ihrem Selbstbewusstsein nicht sehr weit her sein. Ich dachte immer, die FDP wäre der stärkere Teil in dem schwarz-gelben Kabinett von Herrn Carstensen gewesen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das stimmt ja auch!)

Sie versuchen ja gerade, mir das Gegenteil einzureden. Herr Koch, ich sehe, das ärgert Sie, aber das ist mir egal. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Der Kern ist jedenfalls, dass wir mehr investiert haben. Ich habe Ihnen die entsprechenden Maßnahmen genannt.

(Wortmeldung Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich lasse sehr gern die Zwischenfrage der Kollegin Bohn zu.

Präsident Klaus Schlie:

Das ist nett, dann brauche ich Sie nicht zu fragen. Bitte.

(Präsident Klaus Schlie)

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Herr Kollege Stegner, teilen Sie meine Einschätzung nach vielen Jahren der Beobachtung des Gesundheitswesens, dass noch nie in diesem Bundesland eine Landesregierung so viel für die Krankenhäuser getan hat?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sollen Sie jetzt mit Ja oder mit Nein antworten?)

Teilen Sie meine Einschätzung, dass wir das einzige Bundesland sind, das mit einem Sonderprogramm für Krankenhäuser in die Vorleistung gegangen ist? Teilen Sie meine Einschätzung, dass mit den psychosomatischen und psychiatrischen Tageskliniken ein weiterer Baustein dieser Landesregierung erfolgreich umgesetzt worden ist?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Liebe Frau Kollegin Bohn, ich muss es ja nicht nur teilen, Sie beschreiben die Realität ja mit viel besseren Worten, als ich das hier könnte. Vielen herzlichen Dank, Sie haben vollkommen Recht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich fürchte zwar, dass das keine qualitative Steigerung ist, aber bitte schön. Sie haben so herumgezappelt, Sie waren so aufgeregt, dass Sie sich jetzt auch einmal abreagieren müssen.

(Zuruf: Oh!)

Sie kriegen jetzt den Zwischenruf des Monats!

Präsident Klaus Schlie:

Wir bleiben jetzt dabei, diese Bemerkung wird genehmigt. Jetzt haben Sie das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Kollege Koch, legen Sie los.

Tobias Koch [CDU]: Schön, dass ich jetzt darf. - Vielen Dank, Herr Dr. Stegner. Sie

hatten gerade auf den Vorwurf des Kollegen Dr. Garg entgegnet, dass die Entscheidung zur Krankenhausfinanzierung nicht in Ihrer Regierungsverantwortung gewesen sei, sondern es sei im Jahr 2004 so entschieden worden. Ich hätte gern von Ihnen gewusst, wer im Jahr 2004 Finanzminister in diesem Land war.

- Es war im Übrigen nicht das Jahr 2004, Sie haben es bemerkt, es war ein Zahlendreher, es war schon im Jahr 2002.

(Lachen CDU und FDP)

- Schön, geschenkt. Wunderbar, wenn so kleine Erfolge Sie schon glücklich stimmen, will ich das gern sagen. Ich bin im Jahr 2003 Finanzminister geworden, 2002 war es Claus Möller. Aber davon abgesehen, distanzieren mich davon überhaupt nicht.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein?)

- Nein. Warum sollte ich das tun? Ich habe der Regierung Simonis als Staatssekretär angehört, als Claus Möller Finanzminister war. Ich distanzieren mich davon in keiner Weise. Warum sollte ich das tun? Aber den kleinen faktischen Erfolg wollte ich Ihnen jetzt gern gönnen. So hat sich die Zwischenfrage schon gelohnt, Herr Kollege.

Ich komme zur **Wohnraumförderung**. Diese haben wir auf 776 Millionen € gesteigert, sodass weitere 8.000 Wohneinheiten entstanden sind. Richtig ist übrigens, dass jeder dritte Euro des Haushalts in Kinder, Bildung und Familien geht. Im Vergleich zum Jahr 2012 gibt es rund 10.000 zusätzliche Kita-Plätze.

Herr Kollege Günther, Sie sagen immer, das Land beteilige sich an den Kita-Kosten nur noch zu 20 %. So war das 2012, als wir die Regierung übernommen haben. Heute sind wir bei 35 %, Herr Kollege Günther. Das ist mehr und nicht weniger. Das ist der Unterschied, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Tobias Koch [CDU]: Ach, Blödsinn!)

- 35 % und nicht 20 %, das ist übrigens mehr, Herr Kollege Koch, das sind 15 % mehr.

Wenn man das alles so macht wie Sie, Herr Kollege Günther, dann hat man sich von mir einen Musiktipps verdient. Ich schlage Ihnen vor: Richard Sanderson, Dreams are my reality. Das trifft das, was

(Dr. Ralf Stegner)

Sie hier vorgetragen haben. Mit der Realität hat das jedenfalls nichts zu tun.

Es ist auch des Amtes des Ministerpräsidenten nicht würdig. Ich kann nur sagen: Gut, dass Torsten Albig Ministerpräsident ist und dass nicht jemand wie Sie das ernsthaft werden kann. Das ist gut so für unser Land; denn Torsten Albig hat nicht nur eine beeindruckende Bilanz vorgetragen, sondern er hat darauf hingewiesen, dass wir die Unterrichtsversorgung in den nächsten Jahren auf 100 % verbessern werden, dass wir die Familien stärken und konsequent zur beitragsfreien Kita voranschreiten werden, dass für uns gute Arbeitsbedingungen keine Bürokratie sind, sondern dass das Essen von Politik und Gerechtigkeit ist, und dass wir mindestens 5.000 bezahlbare neue Wohnungen errichten werden. Wir werden uns auch nicht in einen Wahlkampf locken lassen, bei dem Sie glauben, dass man gegen Humanität Wahlen gewinnt. Gegen Humanität gewinnt man in Schleswig-Holstein keine Wahlen. Davon bin ich fest überzeugt, und wir lassen uns darauf in keiner Weise ein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Große Anfrage der PIRATEN gibt uns Gelegenheit, darauf näher einzugehen. Obwohl ich ja nicht immer glücklich mit Ihren Beiträgen war, will ich es doch heute ausdrücklich würdigen, dass Sie uns mit Ihrer Großen Anfrage Gelegenheit gegeben hat, das in dieser Ausführlichkeit darzustellen. Denn dadurch konnten wir zeigen, dass durch erfolgreiches Regieren und durch eine funktionierende Koalition das Leben der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein verbessert wurde, dass man Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen kann, dass man nicht das Gegenteil dessen tun muss, was man gesagt hat, dass man nicht wie Sie antreten muss, und es plötzlich ganz anders macht. Sie sagen ja immer, Sie hätten es damals so schwer gehabt, als sie regiert haben. Wir sagen vor der Wahl, was wir tun, und wir tun das, was wir vor der Wahl gesagt haben.

Herr Kollege Günther, von Friedrich Hebbel stammt die Einsicht, dass es Leute gibt, die in jeder Suppe ein Haar finden, weil sie, wenn sie davor sitzen, solange den Kopf schütteln, bis eines hineinfällt. - Das kann unmöglich der Ministerpräsident gewesen sein,

(Heiterkeit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern das sind Sie. Deswegen ist das ein Punkt, von dem ich sagen möchte: So ist das bei Ihnen.

Wir haben eine gute Bilanz. Die Küstenkoalition kann sich damit sehen lassen.

Ich freue mich auf den Wahlgang am 7. Mai, weil wir mit dieser Bilanz selbstbewusst vor die Wählerinnen und Wähler gehen können. Dieses Land ist bei der Küstenkoalition in besten Händen. - Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir eine weitere Schülergruppe des Wolfgang-Borchert-Gymnasiums Halstenbek und eine weitere Schülergruppe der Beruflichen Schulen des Kreises Ostholstein aus Oldenburg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Jungs!

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das war ja schon einmal ein wunderbarer Start.

Auch wir haben uns Gedanken gemacht, welchen Zweck diese Anfrage der PIRATEN hat, außer dass es eine ziemliche Fleißaufgabe war. Ich gehe davon aus, dass Sie die Praktikanten, die unsere Koalitionssätze da herauskopieren mussten, gut bezahlt haben. Eine gute Beschäftigung war diese Erbsenzählerei aus meiner Sicht nicht, aber für uns ist es tatsächlich eine gute Gelegenheit, darzustellen, welche unterschiedlichen Konzepte wir haben, und das vor der Wahl.

Insofern ist es für uns nicht nur ein Gewinn als Koalitionspartei, sondern kann, wenn es denn gut genutzt würde und es gute Kritik gebe, auch ein gutes Instrument für die Opposition sein. Insgesamt ist es, wenn ich mir überlege, worüber wir sonst so diskutieren, daher eine gute Debatte für die Demokratie, weil nämlich deutlich wird, wofür wir und wofür andere stehen. Deswegen ist diese Debatte aus meiner Sicht eine sinnvolle. - Danke.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe PIRATEN, die **Bindungswirkung** von **Koalitionsverträgen** ist ein vieldiskutiertes Thema im Staatsrecht. Ich kann hier an dieser Stelle sagen: Ja, Koalitionsverträge sind bindend. Ja, wir haben ihn eingehalten. Wo wir einen Jota abgewichen sind, haben wir einen Kompromiss gemacht. Kompromisse machen ist die hohe Kunst der Politik, die Ihnen leider manchmal zu sehr abgeht.

Wo wir abgewichen sind, haben sich vielleicht die Rahmendaten geändert oder die Prioritäten verschoben. Das ist kein Beinbruch, sondern gute Regierungsarbeit.

Ja, lieber Herr Breyer, wir haben **Rahmenbedingungen** zur Kenntnis genommen, und zwar aufgrund von **Bundesrecht**. Wir haben auch **Rechtsprechung** zur Kenntnis genommen, so etwa das Verfassungsgerichtsurteil in Bremen zum Ausländerrecht. Insofern unterscheiden wir uns in unserer Politik vielleicht auch dahin gehend, dass wir uns innerhalb bestimmter Rechtsrahmen bewegen und der Meinung sind, dass man diese auch einhalten muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Tatsächlich starten wir auch nicht jeden Versuch und sagen, wir machen jetzt einmal irgendein Gesetz. Das hatten wir bei anderen Debatten schon, in denen Sie gegen den Rat sämtlicher Juristinnen und Juristen gesagt haben: Machen Sie das doch. Wir werden ja sehen, wie die Gerichte entscheiden. - Das, lieber Herr Breyer, bringt Chaos ins Land.

Wenn wir Gesetze verabschieden oder im Bundesrat Gesetzen zustimmen - das ist ja demnächst auch so ein Thema -, bei denen wir der Meinung sind, dass sie nicht verfassungsgemäß sind, dann bringen wir Unruhe ins System. Dann wird überhaupt keine Verbesserung für das Land geschaffen.

(Christopher Vogt [FDP]: Warum machen Sie es denn?)

Wir machen Gesetze, bei denen wir der Meinung sind, dass sie verfassungsgemäß sind. Davon sind wir überzeugt, wenn wir Gesetze verabschieden.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, aber das haben Sie doch nicht geschafft!)

- Natürlich kann ein Gesetz überprüft werden und in Teilen - in sage: in Teilen; das wird sicherlich morgen bei der Kommunaldebatte noch einmal ver-

tieft werden - auch verfassungswidrig sein. Wir sind ja nicht allmächtig.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein, Gott sei Dank!)

- Gott sei Dank! Sie können das auch gern überprüfen lassen. Aber ich hebe doch nicht bewusst die Hand für ein Gesetz, von dem ich vorher schon vermutete, dass es verfassungswidrig ist,

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in der Hoffnung, dass das Verfassungsgericht vielleicht sagt, dass es doch in Ordnung ist. Das ist der Unterschied. Das ist das, was ich Herrn Breyer vorwerfe.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie hätten die Bedenken der Opposition ernst nehmen müssen, dann wäre das nicht passiert!)

- Man kann Dinge gerichtlich unterschiedlich betrachten. Aber wenn Verfassungsexperten etwas als verfassungswidrig bezeichnen und uns zum Beispiel bei der Windenergie von einem Gericht eine Regelung zur Bürgerbeteiligung um die Ohren gehauen wird, dann dürfen wir nicht den gleichen Weg noch einmal gehen. Das ist einfach unsinnig und bringt Unruhe ins System. Das ist das, was ich kritisieren und was ich nicht will.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, für Ihre gute Regierungsarbeit möchte ich dem gesamten Kabinett danken. Ausdrücklich danken möchte ich an dieser Stelle unseren Grünen in der Landesregierung, Monika Heinold und Robert Habeck - auch wenn Herr Habeck den Dank scheinbar gerade woanders wahrnimmt. Kompetent, im besten Sinne unkonventionell haben sie alle die Dialogbereitschaft und Offenheit für unsere Themen an ihren Schreibtischen, am Kabinettstisch und auch im Land gezeigt. Sie haben erfolgreich gestritten und gekämpft.

Herr Günther, Sie kritisieren hier mit sehr viel Kriegsrhetorik. Was haben Sie hier vorhin erzählt? Wir schlagen, wir würgen, wir zertreten. Das Land, was Sie hier beschrieben haben, muss am Boden liegen. Was wir hier alles im Streit und im Kampf gemacht haben - es ist unglaublich. Ich weiß nicht, ob wir in verschiedenen Welten leben. Ich erlebe die Welt, das Szenario, was Sie beschrieben haben, überhaupt nicht. Natürlich gibt es Konflikte. Natürlich gibt es Menschen, die zum Beispiel keine Windräder vor ihrer Tür haben wollen. Natürlich

(Eka von Kalben)

gibt es das, logisch. Es gibt auch Menschen, die G 9 wieder zurückhaben wollen. Darüber kann man sich austauschen. Wir haben eine klare Position, Sie haben eine klare Position, und diese sind unterschiedlich. Darüber kann man nachher abstimmen. Aber mit Ihrer Rhetorik stellen Sie es immer so dar, als ob dieses Land sich in einem Kriegszustand befände. Immerzu kann irgendjemand um die Ecke kommen und tot umfallen. Das ist Absurdistan. Ich kann gar nicht beschreiben, wie absurd ich das finde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Flemming Meyer [SSW])

Dann kritisieren Sie uns zum einen dafür - das hat Herr Stegner ja schon gesagt -, dass wir den Koalitionsvertrag umsetzen, also dafür, dass wir das tun, was wir vor der Wahl gesagt haben. Das ist schon einmal eine sehr interessante Wahrnehmung von Politik. Aber zum anderen kritisieren Sie uns dann, wenn wir Dinge umsetzen, die unter Ihrer Regierung begonnen worden sind, zum Beispiel das Polizeikonzept, das in Ihrer Regierungszeit auf den Weg gebracht wurde. Dafür kritisieren Sie uns auch. Dann fangen Sie auf einmal an, Ihre eigenen Schritte - bestes Beispiel: G 8/G 9 - wieder zurückzudrehen. Ihre Politik ist so inkonsistent und so instabil, obwohl Sie in der Opposition sind, dass ich nur sagen kann: Ich hoffe für dieses Land, dass Sie dort auch bleiben werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Unsere **Politik** dagegen sieht so aus: ein ausgeglichener Haushalt 2017, erfolgreiche Programme zur energetischen Sanierung von Schulen und Kitas, ein dick ausgestattetes Programm zur Sanierung der Infrastruktur für Straßen und Krankenhäuser, eine fette Aufstockung der Kita-Zuschüsse von 100 Millionen auf über 200 Millionen € im Jahr, eine echte Stärkung der Schulen, die schwarze Null in Reichweite. Das ist richtig gute grüne Finanzpolitik, die unserem Land gut tut. Wir wollen das, und wir können das. Danke, Monika!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Und natürlich können wir **Öko**. Wen wundert's? Im Dialog mit den Betroffenen für eine konsequente Umweltpolitik, für nachhaltige Landwirtschaft und eine erfolgreiche Energiewende. Auf Augenhöhe mit dem Bauernverband für grüne Ökopolitik streiten. Immer die Hand ausstrecken und einen ehrlichen Dialog führen. Das hat Robert Habeck gemeistert.

Meine Damen und Herren, die Energiewende macht auch den Unterschied deutlich; denn Energiewende geht mit der CDU im Land leider nicht mehr. Das muss man ganz deutlich so sagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU hat sich von dem Kurs verabschiedet, weil sie meint, sich in irgendeiner Weise vielleicht bestimmten Wählergruppen anschließen zu müssen; ich weiß es nicht. Sie hat sich von dem Kurs der konsequenten Energiewende verabschiedet. Herr Günther, zu versprechen, wir könnten sämtliche Ausnahmen und unterschiedliche Zustände im Land zulassen - wir machen weite Abstände und erreichen gleichzeitig die Klimaziele und unser Ziel in Bezug auf die Energiewende -, das ist wirklich nicht zulässig, weil beides nicht geht. Man muss sich entscheiden, welchen Weg man gehen will. Wir sind der Meinung, wir müssen den Weg der Energiewende weitergehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Ich bräuchte bitte einmal ein Glas Wasser.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, es wird jetzt die Chance bestehen, dass Sie etwas zu trinken kriegen. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen mitteilen, dass es dem Ministerpräsidenten nicht gut geht. Ich denke, wir wünschen ihm gute Genesung und haben viel Verständnis dafür. Alles Gute!

(Beifall)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dann muss ich meinen Dank an den Ministerpräsidenten ein bisschen vorziehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das kann er ja nachlesen!)

- Das kann er. - Meine Damen und Herren, man kann sich keine besseren Regierungsmitglieder wünschen - das steht hier auch gerade -, und ich kann mir auch keine bessere Koalition wünschen. Diese Koalition macht den Unterschied -

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

für die Umwelt, die ländlichen Räume, den Tierschutz, die Energiewende. Es reicht die Zeit gar nicht, um alles aufzuzählen, beziehungsweise ich dachte, die Zeit würde nicht reichen, weil ich da noch nicht wusste, dass ich so viel mehr Zeit haben

(Eka von Kalben)

würde. Aber keine Sorge, ich werde sie vermutlich nicht ausnutzen.

(Zurufe: Schade!)

Präsident Klaus Schlie:

Das steht Ihnen zu.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es steht mir zu. Man muss nicht alles, was einem zusteht, auch nutzen.

Wir haben das Landesnaturschutzgesetz reformiert und damit endlich wieder ein Gesetz, das diesen Namen auch verdient. Bleifreie Jagd beschlossen: Check. Förderung Vertragsnaturschutz: Check. Vor allem haben wir den Grundwasserschutz und den Schutz der biologischen Vielfalt ganz nach oben auf die Agenda gesetzt, da, wo sie hingehören. Die Weichen im Land sind auf Grün gestellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Birgit Herdejürgen [SPD])

Wir haben den Anteil des Öko-Landbaus von 3,6 % auf 5 % steigern können. Das anvisierte Ziel von 7 % haben wir damit also noch nicht erreicht. Allerdings wird es auch in 2017 voraussichtlich einen Flächenzuwachs geben, und wir sind ja noch lange nicht fertig.

Auch die Landwirtschaft ist ein Bereich, anhand dessen man gut deutlich machen kann, wo der Unterschied zwischen unserer Koalition und dem liegt, was Teile der Opposition versprechen. Ich durfte ja beim Dithmarscher Bauernverband - das war, wie Sie sich vorstellen können, für mich als Grüne ein Heimspiel - gemeinsam mit Ihnen diskutieren. Das war total gut und hat Spaß gemacht, weil deutlich geworden ist, was das Konzept von CDU und FDP ist, nämlich den Markt wirken lassen, wachsen und weichen und

(Heiner Rickers [CDU]: Und die Bauern leben lassen!)

- genau! - die Bauern alleinelassen nach dem Motto: Gebt denen weniger Bürokratie und weniger Naturschutzaufgaben, dann wird alles supi. Dann könnt ihr bestehen, und dann könnt ihr euch am Markt behaupten. Das jedoch ist falsch. Das ist genau die Politik, die den Bauern nicht hilft, und das wollen wir nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Milchpreis, der die Bauern in den Ruin treibt, ist mitnichten ein grüner Milchpreis und ist mitnichten aufgrund unserer Landwirtschaftspolitik entstanden, sondern das ist eine Politik, die wir kritisieren. Wir wollen faire Löhne für gute Arbeit in der Landwirtschaft, und wir wollen dafür sorgen, dass **nachhaltige Landwirtschaft bezahlt** wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SSW)

Meine Damen und Herren, diese Koalition tut dem Land gut, die Koalition arbeitet dafür, dass die Kinder im Land eine saubere Umwelt erben, dass die Menschen im Land sauberes Wasser, gute Böden und gesunde Tiere zum Leben haben. Nachhaltige Landwirtschaft heißt auch, dass wir natürlich etwas für den Tierschutz getan haben, Herr Breyer. Das ist gelungen, weniger par ordre du mufti, vielmehr an Runden Tischen. Das ist eine Politik, die wir befürworten.

Herr Günther hat uns neulich beim Thema Waldkindergärten deutlich gemacht, was seine Vorstellung von Runden Tischen ist. Da kriegt kein anderer einen Stuhl, da sitzt nur ein Ministerpräsident und macht par ordre du mufti Basta-Politik, und dann funktioniert schon alles. Das ist nicht unsere Politik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SSW)

Bei uns darf jeder mit am Tisch sitzen, bei uns wird jeder angehört, und bei uns kann jeder seine Meinung einbringen. Erst dann haben wir eine Haltung und fassen Beschlüsse. So funktioniert das.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Und nicht mit „Tretet an.“

(Daniel Günther [CDU]: Die wollen doch, dass das Problem gelöst wird!)

Meine Damen und Herren, wir haben das **Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände** eingeführt. Wo ist mein Kollege Matthiessen, der heute das letzte Mal hier ist? Lieber Detlef, ein ganz besonderes Anliegen, das dir gelungen ist durchzusetzen, eine alte grüne Forderung. Natürlich wäre es besser, wenn es dieses Recht auf Bundesebene gäbe. Seit Detlef Matthiessen im Landtag ist, hat er sich dafür eingesetzt, damit wir es in dieser Koalition beschließen konnten. - Herzlichen Dank dir dafür, Detlef!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Eka von Kalben)

Ich erwähne ihn extra, weil es seine letzte Landtagstagung ist. Ich hoffe, alle anderen, die daran mitgewirkt haben, fühlen sich dabei nicht übergangen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir sehen: Grün wirkt. Aber Grün kann nicht nur Gras und Kühe, wir können auch Kinder und Köpfe. Was haben wir hier versprochen? Einen **Bildungsdialog**. Dieser Punkt war uns besonders wichtig.

(Christopher Vogt [FDP]: Kein G 9, obwohl die Leute das wollen!)

Wir haben einen Bildungsdialog mit rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Die hatten wahrscheinlich alle einen Stuhl, nehme ich an. Wir haben das Schulgesetz reformiert, sodass das Zwei-Säulen-System mit G 8 an Gymnasien und G 9 an Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen dadurch eine breite Akzeptanz erhalten hat. An dieser Struktur halten wir fest. Verlässlichkeit ist uns wichtig.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Vogt, Sie haben das Wort.

Christopher Vogt [FDP]: Frau von Kalben, da Ihnen der Bildungsdialog so wichtig ist: Haben Sie die Umfrage zur Kenntnis genommen, wonach sich auch 70 % der Grünenwähler G 9 an Gymnasien wünschen und eine große Mehrheit in unserem Land insgesamt? Ist Ihr Bildungsdialog etwas unglücklich gelaufen, wenn Sie dort angeblich etwas anderes herausbekommen haben, wenn die Realität und die Wünsche der Bürger doch ganz andere sind? Wie reagieren Sie darauf? Wenn Ihnen der Bildungsdialog so wichtig ist, müssten Sie doch die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung zur Kenntnis nehmen und umsetzen.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich glaube, dass es wichtig ist, die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen. Aber man sollte Strukturen nicht wieder beiseiteschaffen und das Schulsystem alle fünf Jahre ändern. Wenn gefragt worden wäre, ob die Bevölkerung möchte, dass die Strukturen wieder neu angefasst werden, bin ich mir nicht sicher, ob dann auch 70 oder 80 % gesagt hätten, sie wollten das ändern.

Meine Antwort darauf ist, dass wir a) G 8 noch besser machen müssen - was wir auf den Weg gebracht haben, was das Entrümpeln von Lehrplänen angeht - und b) wir G 9 an Gemeinschaftsschulen noch besser ausstatten müssen. Wir haben ja schon viele Oberstufen erfolgreich auf den Weg gebracht.

Wenn wir weiter an der Qualität unserer G-8-Gymnasien und unserer G-9-Gemeinschaftsschulen arbeiten, wird sich die Akzeptanz erhöhen. Ich glaube, dass ist der bessere Weg, als jetzt eine Strukturdebatte anzustoßen und wieder neue Unruhe an die Schulen zu bringen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Kollegen Vogt?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gern.

Christopher Vogt [FDP]: Frau Kollegin, deswegen hatten wir in unserer Regierungszeit die Möglichkeit geschaffen, an Gymnasien wieder G 9 einzuführen, entweder beide Bildungsgänge parallel oder G 9. Diese Möglichkeit haben Sie aus dem Schulgesetz herausgestrichen. Es würde Unruhe in die Schulen bringen, wenn man, wie die Kolleginnen und Kollegen der CDU, per Schulgesetz alle Gymnasien wieder auf G 9 zurückdrehen würde. Das würde - glaube ich - jahrelange Umwälzungsprozesse und viel Widerstand erzeugen, weil viele Schulen das nicht wollen. Aber viele Schulen wollen auch G 9. Deswegen sagen wir: Lasst doch die Schulkonferenz darüber entscheiden.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Kollegin Erdmann, wenn Eltern, Schüler und Lehrer das wollen, kann man doch

(Eka von Kalben)

nicht sagen, wir brächten Unruhe in die Schulen. Wenn die das wollen und umsetzen, ist es doch die beste Lösung für alle. Dagegen können die Grünen doch nichts haben; das verstehe ich nicht.

(Zurufe)

- Wir haben für diejenigen, die das so hatten, Bestandsschutz erreicht. In meinem Wahlkreis gibt es ein G-9-Gymnasium, G 8, Y, alles Mögliche. Ich glaube, man muss es aus der Perspektive der Eltern sehen. Eltern sollten in einem Raum, wo es eine Gemeinschaftsschule und ein Gymnasium gibt, für ihre Kinder die Wahlmöglichkeit haben. Wenn jede Schule das selbst entscheidet, habe ich unter Umständen nur G 9 in einem Kreis und in einem anderen nur G 8. Ich finde unser System übersichtlicher und vernünftiger. Deshalb werden wir daran festhalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und die bundesweite Entwicklung?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Kollegen Dr. Dolgner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Dolgner, bitte.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Werte Kollegin von Kalben, der Kollege Vogt hat darauf aufmerksam gemacht, dass es Umfragen gibt. Es ist ja ein Problem mit den tatsächlich Betroffenen und Majoritäten. Deshalb hört man ja auch Betroffene an und geht nicht einfach nach Majoritäten.

(Christopher Vogt [FDP]: Schulkonferenzen!)

Erinnern Sie sich gemeinsam mit mir an die Umfrage, die der Landeselternbeirat der Gymnasien und die Landeschülervertretung der Gymnasien durchgeführt haben, inklusive Belastungsanalyse, und die darauf folgende Pressemitteilung, mit der diese Koalition inständig gebeten wurde, die Strukturdebatten zu beenden, das System zu belassen, wie es ist, und nicht zu G 9 zurückzukehren?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wann war das?)

- 2013, Herr Kollege Kubicki. Sie erinnern sich offensichtlich nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann müssen Sie heute mal in die Schulen gehen!)

- Da war ich letzte Woche.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Kubicki, jetzt bin ich dran. - Lieber Herr Dolgner, ich weiß, dass Sie angeblich über ein fotografisches Gedächtnis verfügen. Das habe ich nicht, deshalb kann ich mich nicht wortwörtlich daran erinnern. Vielen Dank, dass Sie mich daran erinnern.

(Unruhe)

Ich kann mich daran erinnern, dass ich bei Podiumsdiskussionen an Schulen, die ich zurzeit führe, genau die gleiche Reaktion höre. Ich höre, dass man etwas an den Oberstufen verändern sollte. Ich finde es eine gute Idee, dass man darüber nachdenkt. Bei Schulstrukturveränderungen höre ich bei aller Kritik an G 9 und allem, was damit zusammenhängt, mehrheitlich keinen Wunsch nach Veränderung.

Ich fahre in meiner Rede fort. Wir wollen nicht die Struktur ändern, wir verbessern die **Unterrichtsqualität**. Die CDU wollte sparen und abbauen. Wir haben nicht nur nicht abgebaut, wir haben sogar aufgebaut: 2017 haben wir rund 300 Stellen mehr im System als 2012 und dabei rund 15.000 Schülerinnen und Schüler weniger. Das macht im Quotienten eine bessere Ausstattung. Wir haben unser Versprechen sogar noch deutlich übertroffen.

Wir haben die **Inklusion** nicht nur mit Lehrkräften, sondern auch mit mehr als 30 Millionen € jährlich gestärkt. Das hatten wir nicht versprochen, das wurde aber im Laufe dieser Legislatur erforderlich. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass in dem Bereich auch in der nächsten Legislatur dringend noch mehr passieren muss.

Auch nicht absehbar war, dass sich unsere Schulen innerhalb eines Jahres für Tausende neue Schülerinnen und Schüler öffnen müssen. Auch das haben wir zusammen mit den Lehrerkollegien und vielen Freiwilligen geschafft.

Was haben wir noch versprochen? Ein neues Gastschulabkommen, das endlich mehr Freiheit bei der Wahl zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg ermöglicht - check! - Danke, Frau Ernst.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Eka von Kalben)

Kurze Beine, kurze Wege. Wir haben die Mindestgrößen für kleine Grundschulstandorte abgesenkt, und unter Robert Habeck gibt es EU-Mittel nicht nur für Ställe, sondern auch für Schulen.

Was noch? Ein neues Lehrerbildungsgesetz - check! Die Grundfinanzierung der Hochschulen verbessert - check!

Klar, es gibt auch im Bildungsbereich Punkte, wie zum Beispiel den konfessionsübergreifenden Religionsunterricht, wo wir noch nicht so weit sind, wie wir gern gekommen wären. Die Nordkirche hat dazu eine Studie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse jetzt vorliegen.

Die Kita-Finanzierung haben wir nicht transparenter gemacht, eher umgekehrt, aber dafür haben wir die Mittel von 100 Millionen auf 230 Millionen € pro Jahr mehr als verdoppelt, und darauf kommt es an.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Verbesserungen im Ganztag, Familienzentren, Sprachförderung - das war alles nicht angekündigt. Nicht versprochen, trotzdem gemacht.

Wenn ich mir insgesamt die Antworten auf Ihre bildungspolitischen Fragen ansehe, bin ich stolz, was wir in diesen fünf Jahren alles erreicht haben. Ich danke an dieser Stelle von Herzen unserer bildungspolitischen Sprecherin und Vorsitzenden des Bildungsausschusses, Anke Erdmann. - Danke, Anke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben nicht nur gewollt, wir haben auch gekonnt - deutlich mehr als gedacht. Diese Koalition kann nicht nur Energie und Wattwurm, sondern auch Schule und Kita und noch mehr. Wir können auch Bürgerrechte und Sicherheit. Mit der Küstenkoalition gibt es echte Bürgerbeteiligung. Es war nie so einfach, Bürgerbegehren auf die Beine zu stellen.

Wir haben in die Polizei investiert wie keine andere Regierung vor uns. Das macht unser Land sicherer.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und Salafismus gestärkt. Auch das macht unser Land sicherer.

Lieber Herr Breyer, wenn Sie uns vorwerfen, dass wir an bestimmten Stellen Kompromisse eingegan-

gen sind, sage ich: Unser Land ist auf Platz zwei in der Liste der transparentesten Bundesländer.

(Zuruf PIRATEN: Was?)

Mit unserem Informationszugangsgesetz werden wir auch auf Platz eins landen.

(Lachen Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dieser Platz zwei, lieber Herr Breyer, ist keine vergebene Bewertung von der Bundespolizei oder so, sondern von Mehr Demokratie, unserem gemeinsamen Partner in vielen Fragen, bei denen wir um Transparenz kämpfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Von dort kommt auch das Lob für unser liberalstes Versammlungsrecht, das wir auf den Weg gebracht haben.

Also, lieber Herr Breyer, tun Sie auch hier nicht so, als ob wir in einem grauen, nebeligen, voll untransparentem Land leben. Das ist vollkommener Bullshit und echt an der Realität vorbei.

Meine Damen und Herren, es bleibt kaum die Zeit, unsere Bilanz in der Flüchtlings- und Integrationspolitik noch zu nennen, obwohl Sie wissen, dass mir das sehr am Herzen liegt. Deswegen mache ich es stakkato: Abschiebehaft geschlossen - check. Kürzung bei der Migrationssozialberatung zurückgenommen - check. Mittel für Integration massiv aufgestockt - check. Sprachkurse für die Flüchtlinge, die vom Bund ausgeschlossen werden - check. Und nebenbei die Unterbringung und Versorgung von über 40.000 Flüchtlingen bewältigt.

Das war eine großartige Leistung des gesamten Landes. Dafür kann man gar nicht genug der Bevölkerung Schleswig-Holsteins danken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Wolfgang Kubicki [FDP])

Fünf Jahre Küstenkoalition - nicht immer ohne Schwierigkeiten, aber immer mit hochgekrepelten Ärmeln und dem Herz am rechten Fleck. Um unsere grüne Finanzministerin zum Schluss noch einmal zu zitieren:

„Ich bin stolz darauf, Teil der Küstenkoalition zu sein in einem Land, in dem Humanität nicht am Haushalt scheitert.“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Und ich möchte noch ergänzen: Ich bin froh, Teil einer Koalition zu sein, in der wir nicht nur mit der

(Eka von Kalben)

Bevölkerung auf Augenhöhe in den Dialog getreten sind, sondern in der wir auch miteinander diesen Umgang gepflegt haben. Das ist etwas, was man nicht hoch genug achten kann. Ich habe in dieser Koalition Politikaustausch, Streiten, sehr viel auch Lachen und gute Laune und sehr intensive Auseinandersetzungen auf Augenhöhe erlebt. Ich glaube, das ist etwas, wodurch sich das Land trägt. Auch die Bevölkerung findet es gut, dass wir nicht in Schlammschlachten übereinander hergefallen sind, sondern dass wir gut miteinander regieren. Ich danke allen, die daran beteiligt sind. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich zunächst gefragt, wie bescheuert man sein muss, einen solchen Antrag zu stellen, wenn man in der Opposition sitzt. Aber nach dem Interview, das ich heute von Herrn Dudda und Herrn Breyer in den „Lübecker Nachrichten“ gelesen habe, ist mir klar geworden, warum das so ist, warum man so etwas macht. Denn wer erklärt, dass er sich dafür einsetzen will, dass die Rasseliste im Gefährhundegesetz gestrichen werden soll und nicht mitbekommen hat, dass wir das in diesem Hause vor zwei Jahren bereits gemacht haben - übrigens gegen den Widerstand der PIRATEN -, der kommt dann auf solche interessanten Ideen.

(Beifall FDP - Zurufe Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Gestern haben wir darüber diskutiert, dass wir im Landtagswahlkampf keine Wahlwerbung wollen. Jetzt haben wir auf amtlicher Drucksache nichts anderes als das, was wir gestern bekämpft haben.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf Daniel Günther [CDU])

Ich habe Daniel Günther schon gesagt, die Union müsse das - auch als Oppositionsfraktion, die nicht dazu beitragen soll, dass die Regierung Wahlwerbung betreiben darf - bei ihrer Klage vielleicht etwas ausweiten.

(Sven Krumbeck [PIRATEN]: Sehr gut!)

Ich habe mich interessanterweise auch gefragt, warum der von mir äußerst geschätzte künftige Oppositionsführer Dr. Ralf Stegner diesen Tagesordnungspunkt setzen wollte. Mir ist das an der Rede klar geworden, dass es wirklich keine gute Idee war. In allen meinen Veranstaltungen erkläre ich momentan, wer Albig hört, lernt Stegner schätzen, weil der wenigstens gelegentlich etwas Inhaltliches sagt, im Gegensatz zum Ministerpräsidenten.

(Heiterkeit FDP)

Aber heute muss ich das revidieren. Denn der Ministerpräsident hat in der Tat darauf hingewiesen, dass seine Regierung auch gearbeitet hat. Es wäre komisch gewesen, wenn das in fünf Jahren nicht der Fall gewesen wäre. Das hätte mich natürlich mehr gewundert als das, was angesprochen worden ist.

Aber die Frage war, was ist mit dem **Koalitionsvertrag**? Ich muss den Grünen und den Menschen der PIRATEN vielleicht erklären, dass ein Koalitionsvertrag kein Gesetz ist, dass keine Regierung verpflichtet werden kann, den Koalitionsvertrag umzusetzen, weil die Koalitionsfraktionen dafür zuständig sind.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Birgit Herdejürgen [SPD])

Parteien verhandeln Koalitionsverträge, und die Fraktionen sind gehalten, das umzusetzen. Eine Regierung soll sich in aller Regel an Recht und Gesetz halten und vor allen Dingen auch auf veränderte Lagen reagieren, ohne dass man sie an Amtshandlungen festmachen kann, die vor fünf Jahren stattgefunden haben.

(Zuruf Peter Eichstadt [SPD])

Es muss ja auch einmal einer darauf hinweisen, dass die Idee, ein Koalitionsvertrag sei etwas, was man einklagen kann, schlicht und ergreifender Unsinn ist und vor allem mit der politischen Realität nichts zu tun hat.

(Beifall FDP und Birgit Herdejürgen [SPD])

Aber nun zur Sache. Am 14. Januar dieses Jahres sagte Ministerpräsident Torsten Albig gegenüber der Deutschen Presse-Agentur, dass die A 20 das einzige Versprechen gewesen sei, das die Koalition nicht eingehalten habe. Es folgte die umwerfend logische Begründung, schon heute könne das Land kaum einen Kilometer Autobahn zusätzlich bauen, weil nicht genügend Tiefbaukapazitäten vorhanden seien. Und wörtlich erklärte der Regierungschef laut dpa mit gewohnter rhetorischer Brillanz:

(Wolfgang Kubicki)

„Die Menschen und auch die Bagger sind dafür nicht in ausreichender Zahl da. Alles, was wir jetzt mehr an Geld da reingeben würden, würde jeden Kilometer nur teurer machen, aber nicht automatisch zu mehr Kilometern führen.“

Welch eine brillante Logik des Ministerpräsidenten! An dieser Äußerung sind zwei Dinge interessant. Zum einen ist der regierungsamtliche Hinweis schlicht falsch, dass fehlende **Ressourcen** bei den **Bauunternehmen** ursächlich für den Stillstand sind. Das sind Fake News. Denn die Ressourcen fehlen eindeutig im **Verantwortungsbereich der Landesregierung**.

(Beifall FDP und CDU)

Es wurde in diesem Bereich seit 2012 viel zu wenig Personal eingestellt, sodass wir im Landesbetrieb Straßenbau heute weniger Planer haben als unter der Vorgängerregierung.

(Volker Dornquast [CDU]: Wie bei den Lehrern!)

- Da kommen wir gleich dazu! - Vielleicht muss man die Diskussion etwas aufheitern: Selbstverständlich hat Herr Meyer es geschafft, 100.000 cm Autobahn in Schleswig-Holstein zu generieren. Man muss die Zahlen, die Größenordnung, nur richtig verstehen und nicht auf einem Kilometer beharren.

(Beifall FDP, Hans-Jörn Arp [CDU] und Daniel Günther [CDU])

Das grundsätzliche Problem ist immer noch nicht gelöst. Die ausgeschriebenen Stellen können nicht einmal annähernd mit qualifiziertem Personal besetzt werden. Hier hat in erster Linie der Verkehrsminister dieses Landes vollständig versagt.

(Beifall FDP und CDU)

Zweitens, und dies wird bei dem vorherigen Bericht der Landesregierung deutlich: Auch der Hinweis des Ministerpräsidenten, dass dies das einzige Versprechen gewesen sei, das nicht umgesetzt wurde, ist falsch.

Hier nenne ich einige Beispiele, die aus der Antwort auf die vorliegende Große Anfrage hervorgehen und die den Genossen Stegner in besonderer Weise interessieren dürften. Stichwort: **einzelbetriebliche Förderung**. Der Koalitionsvertrag ist so klar, wie es klarer nicht geht. Hier heißt es auf Seite 12:

„Die einzelbetriebliche Investitionsförderung wird abgeschafft.“

In der Großen Anfrage der Landesregierung lesen wir nun:

„Die einzelbetriebliche Investitionsförderung wurde auf Grundlage des Koalitionsvertrages einer kritischen Analyse unterzogen.“

(Heiterkeit FDP)

Auf dieser Basis wurde die EBF neu ausgerichtet, das heißt, sie wurde beibehalten. Ich kann mich erinnern, mit welcher Verve wir von den Sozialdemokraten in den Jahren 2009 bis 2012 kritisiert worden sind.

(Christopher Vogt [FDP]: Von Tietze!)

Tietze? - Matthiessen. - Dr. Stegner. - Um jetzt zu erklären, dass es ein wunderbares Instrument sei, um über das Land hinweg einzelne Betriebe in ihrer Zukunft zu fördern. Dass sich die Landesregierung auf der Grundlage des Koalitionsvertrages für eine Weiterführung dieser Maßnahmen eingesetzt hat, kann nur bedeuten, dass die Verwaltung selbst entschieden hat, den politischen Willen von SPD, Grünen und SSW nicht umzusetzen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Irgendwie muss man den Minister ja beschäftigen!)

Man müsste vielleicht auch erklären, wie es zu diesem Sinneswandel gekommen ist.

Nächstes Beispiel: Bundesratsinitiative für die **Erhöhung des Spitzensteuersatzes**. - Sensationell! Die Landesregierung erklärt jetzt in der Antwort auf die Große Anfrage, dass eine Umverteilung von oben nach unten im Bundesrat zurzeit nicht mehrheitsfähig sei. Schauen wir uns an, wie die Landesregierungen aktuell zusammengesetzt sind, stellen wir fest, dass die Sozialdemokratie eine Mehrheit im Bundesrat hat. Die SPD ist in 13 von 16 Regierungen vertreten. Die Frage drängt sich also auf: Wer blockiert dieses Vorhaben,

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

mit dem die Sozialdemokraten seit Jahren die Ungerechtigkeiten der Welt bekämpfen wollen? - Es können ja nur Bodo Ramelow, die Grünen oder Hannelore Kraft sein. Mehr sind ja nicht im Rennen. Also muss die Sozialdemokratie einmal sagen: Wer sind eigentlich die Bremser bei der Initiative im Bundesrat?

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Wolfgang Kubicki)

Klar ist hier: Spätestens jetzt bekommt der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Martin Schulz ein Glaubwürdigkeitsproblem,

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

wenn er beklagt, dass es ungerecht in Deutschland zugeht. Es sind ja die Sozialdemokraten, die diese Pläne verhindern.

Sie bekommen überhaupt im Wahlkampf ein Riesenproblem, Herr Dr. Stegner: Wenn doch Ihre Politik so erfolgreich gewesen ist im Sinne einer neuen Gerechtigkeit, dann ist es schwierig zu erklären, warum man „Mehr Gerechtigkeit für alle“ braucht - wobei ich Ihnen einmal sagen will: Intellektuell bedeutet mehr Gerechtigkeit für alle keine Veränderung der Verhältnisse. Wenn alle gleich mehr bekommen, bleibt es, wie es ist. Das hat Peer Steinbrück auch schon einmal gesagt. Das muss man bei dem Slogan „Mehr Gerechtigkeit für alle“ auch einmal deutlich machen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ein drittes Beispiel: Die Koalition hat im Bereich der **Verkehrsinfrastruktur** durchaus Richtiges erkannt. Auf Seite 26 des Koalitionsvertrages können wir lesen:

„Angesichts des sich rapide verschlechternden Zustandes unserer Verkehrswege muss es unser vorrangiges Ziel sein, die Infrastruktur dauerhaft im vollen Umfang betriebsfähig zu halten und eine weitere Substanzschädigung zu verhindern.“

Also, die Erkenntnis war da. Im Landesstraßenzustandsbericht dieser Regierung steht es schwarz auf weiß, dass wir zehn Jahre lang 90 Millionen € in unsere Landesstraßen stecken müssten, um dann den Sanierungsstau von fast 1 Milliarde €, der sich seit 1990 angehäuft hat, abgebaut zu haben.

Im Jahr 2013 zum Beispiel hat Rot-Grün-Blau nicht 90 Millionen €, sondern nur 15,9 Millionen € für die Landesstraßen ausgegeben. Im Jahre 2014 waren es rund 27 Millionen €, im Jahre 2015 28,1 Millionen €, und so weiter. In keinem Jahr dieser Legislaturperiode wurde die eigene Zielmarke von 90 Millionen € auch nur annähernd erreicht. Der Substanzverlust ist fortgeschritten. Ihm ist nicht entgegengewirkt worden. Wenn das eine vernünftige Politik dieser Regierung ist, dann: Gute Nacht, Schleswig-Holstein!

(Beifall FDP und CDU)

Gehen wir weiter im Koalitionsvertrag. Dort lesen wir auf Seite 13:

„Schleswig-Holstein wird sich zügig für eine Abschaffung der Ermäßigung für Hotels bei der Mehrwertsteuer einsetzen ...“.

Es ist mir ein besonderes inneres Anliegen gewesen zu verfolgen, was daraus jetzt geschieht nach den vehementen Angriffen des Genossen Dr. Stegner auf uns wegen der **Mövenpick-Steuer** und anderer Dinge mehr. Wir erinnern uns: Die sogenannte Mövenpick-Steuer war der große Kampfbegriff für Streiter für soziale Gerechtigkeit und gegen die Unterdrückung des kleinen Mannes.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und die reichen Erben!)

Was hat diese Landesregierung erreicht, die nach den Worten des Koalitionsvertrages „stark in Berlin“ auftreten will? - In der Antwort auf die Große Anfrage lesen wir auf Seite 62:

„Schleswig-Holstein hat einen Gesetzesantrag zur Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen eingebracht (Mitantragsteller Bremen und Nordrhein-Westfalen). Der Bundesrat hat jedoch am 2. November 2012 beschlossen, den Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag nicht einzubringen ... Vor diesem Hintergrund wurde mangels Erfolgsaussicht von weiteren Initiativen Abstand genommen.“

Also nicht einmal jetzt versucht man das, nein: „Stark in Berlin“ heißt: Wir versagen auf ganzer Linie.

(Beifall FDP und CDU)

Wahrscheinlich - wir haben in unseren Reihen immerhin den sechsten stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, dessen Kampfkraft in der SPD nicht unterschätzt werden sollte - waren es auch hier wieder Bodo Ramelow und die Grünen, die Ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht haben.

(Sandra Redmann [SPD]: Immer die gleichen Reden!)

- Außer den Sozialdemokraten waren ja nur Grüne in der Koalition, und beim SSW glaube ich nicht, dass er das verhindert hat.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Echt nicht? - Zuruf Lars Harms [SSW])

Sonst könnte uns ja vielleicht Lars Harms noch einmal erklären, dass er daran schuld ist, dass es diese Absenkung der Mehrwertsteuer für Hotels immer noch gibt.

(Wolfgang Kubicki)

Aber nächstes Beispiel: Koalitionsvertrag, Seite 11:

„Die Landesregierung erarbeitet ein umfassendes Personaleinsparkonzept ... Die Landesregierung beabsichtigt, ausgehend von 2010, bis 2020 einen Stellenabbau von 10 % vorzunehmen beziehungsweise das Personalbudget entsprechend zu reduzieren.“

Das hört sich gut an. Umdruck 18/6078 - Anlage 14 - können wir entnehmen, dass die Zahl der Planstellen und Stellen im Landshaushalt seit mindestens 1998 - das war das dort zuletzt dargestellte Jahr - noch nie so hoch war wie derzeit. Im Jahr 2016 waren das immerhin 58.700. Umsetzung des Koalitionsvertrages? - Nein.

Um gleich mit dieser wunderbaren Behauptung aufzuräumen, man habe im **Bildungsbereich** in Schleswig-Holstein unglaublich viel geleistet, vielleicht auch einige Vergleichszahlen: Der Anteil der Ausgaben für den Bildungsbereich ist abgesenkt worden in Relation zu den Ausgaben insgesamt. Schleswig-Holstein gibt am wenigstens pro Kopf der Schüler im Vergleich der Schüler bundesweit aus. Wir sind dort zurückgefallen.

Wir haben auch nicht mehr Personal in den Schulen. Diese dauernde Erklärung, es gebe mehr **Personal** in den **Schulen**, ist eine schlichte Unwahrheit. Ich empfehle, nur einmal den Bericht der Regierung selbst zur Hand zu nehmen. Das ist der Bericht „Schulische Bildung in Schleswig-Holstein 2017“ - Bildungsbericht der Landesregierung. Dort heißt es auf Seite 6 - mehr Lehrkräfte! -: Es gab im Schuljahr 2015/2016 23.577 Lehrkräfte an öffentlichen und allgemeinbildenden Schulen. Im Jahr 2011/2012 waren es 23.643. Auch wenn man keine mathematische Grundbildung hat, Herr Dr. Stegner, wird Ihnen klar sein, dass 23.643 mehr ist als 23.577. Das heißt, Sie haben sogar die Anzahl der aktiven Lehrerinnen und Lehrer noch abgebaut, statt sie anzuheben. Damit müssen Sie mit den Fake News aufhören, dass Sie im Bildungsbereich extrem viel getan haben.

(Beifall FDP und CDU - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Wenn Sie mir erlauben, diesen einen Gedanken noch zu Ende zu bringen, was die Planstellen angeht, dann komme ich gern darauf zurück.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ja.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Das muss man einfach im Zusammenhang zur Kenntnis nehmen, weil es so richtig amüsant ist; und der Effekt würde zerstört werden, wenn ich Ihre Zwischenfrage zulasse.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das wollen wir auf keinen Fall riskieren.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Das, Frau Präsidentin, ist eine wunderbare Bemerkung von Ihnen. Ich weiß, dass Sie meinen Beiträgen immer sehr genau zuhören.

(Beifall - Dr. Heiner Garg [FDP] Ihr habt euch lieb, ihr zwei!)

Apropos Stellenstreichungen: Hier unternehmen wir eine kurze Zeitreise ins Jahr 2011. Ich war anwesend. Der damalige Spitzenkandidat der SPD mit dem Namen Torsten Albig machte mit einem bahnbrechenden Vorschlag zur künftigen Personalpolitik der Landesverwaltung auf sich aufmerksam. Im „Hamburger Abendblatt“ vom 9. September 2011 - auch wir lesen sehr sorgfältig, was Sozialdemokraten so sagen -

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das ist gut!)

lesen wir:

„Schleswig-Holsteins SPD ist mit dem wohl radikalsten Sparvorschlag in der Geschichte des Landes in den Wahlkampf gestartet. Spitzenkandidat Torsten Albig kündigte an, ein Viertel der knapp 100.000 Stellen bei Land, Kreisen, Städten und Gemeinden bis 2021 abbauen zu wollen ... Den Rotstift will er insbesondere bei den Verwaltungsapparaten ansetzen, etwa bei der Ministerialbürokratie im Kieler Regierungsviertel.“

Kurze Zeit später konkretisierte Albig nach heftiger Kritik seinen Vorschlag. Wir lesen also weiter im selben Bericht des „Hamburger Abendblatts“:

„Er teilte nach der Kritik mit, er wolle 25 % der ‚Aufgaben‘ und die damit verbundenen Stellen abbauen.“

Im neuen Sinne des SPD-Spitzenkandidaten forderte der Koalitionsvertrag dann auch auf Seite 11 in bestechender Klarheit:

(Wolfgang Kubicki)

„Eine weitere finanzielle Entlastung von Land und Kommunen soll durch die Fortführung wirksamer Verwaltungsreformen und durch gestraffte Aufgabenerledigung erwirtschaftet werden. Mehrfachzuständigkeiten sollen gebündelt werden und möglichst entfallen.“

- So der Koalitionsvertrag. In der Antwort auf die Große Anfrage verweist die Landesregierung jetzt in dieser Angelegenheit auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Koch aus dem Jahre 2015 - sehr aktuell für heute -, in der deutlich wird, dass lediglich im Bereich der Chemikalienüberwachung Mehrfachzuständigkeiten erkannt wurden. Einspar-effekt: Ganze acht Stellen seien möglich - theoretisch.

(Heiterkeit)

Stand der Umsetzung im Jahr 2015: null. Die Gespräche dauern an. In der aktuellen Großen Anfrage lesen wir jetzt unter Berufung auf diese Kleine Anfrage auf Seite 8:

„Im Hinblick auf das stellenmäßige Ergebnis ... dauert der Prozess weiter an.“

(Beifall und Heiterkeit FDP und CDU)

- Letzter Satz, Kollege Dr. Stegner.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine Realsatire, sondern die Wirklichkeit der schleswig-holsteinischen Landespolitik dieser Landesregierung. Und mit der werden sich die Wählerinnen und Wähler tatsächlich bis zum 7. Mai 2017 auseinandersetzen. Der Wahlkampf beginnt ja jetzt erst, auf den wir uns alle freuen, Herr Kollege Dr. Stegner.

Nun erwarte ich Ihre Bemerkung, Zwischenfrage, Ihre geistreichen Erklärungen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Stegner hat jetzt das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr verehrter Herr Kollege Kubicki, da Sie vorhin Wert darauf gelegt haben, dass ich Ihre Effekthascherei nicht unterbreche - das wollte ich auch gar nicht -, will ich jetzt gern zu dem Punkt zurückkommen, zu dem ich mich gemeldet habe. Sie haben nämlich richtig angemerkt, dass die **Lehrerstellen** sozusagen absolut gesunken sind. Es gab Planungen, die Zahl der Lehrerstellen gemäß Schülerrückgang abzusinken.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

- Intelligenter Zwischenruf, Sie sind da richtig doll heute! - Die Planungen, die die schwarz-gelbe Vorgängerregierung bei den Lehrerstellen angestellt hat, den Kahlschlag bei den Lehrerstellen, den haben wir korrigiert, weil das notwendig gewesen ist - übrigens im Rahmen unserer Schuldenbremse. Das ist Fakt. Das ist der Unterschied, den man nennen muss. Punkt eins.

Punkt zwei: Das, was Sie hier so fröhlich vorgetragen haben, war ja, wie Sie vielleicht, wenn Sie den Koalitionsvertrag gelesen hätten, wüssten, nicht Gegenstand des Koalitionsvertrages. Insofern weiß ich gar nicht, wo der Zweck der Erheiterung jetzt herkommen sollte. Wenn ich Ihnen all das vorlesen würde, was Sie in Ihrem Leben schon gesagt haben, dann würden wir heute vor Rührung weinen - alle miteinander. Ihr Leben ist ja auch schon bedeutend länger als das aller anderen anwesenden Abgeordneten. Insofern wollen wir das nicht tun.

(Zuruf FDP)

Insofern beschränke ich mich auf die Anmerkungen zum Thema Lehrerstellen, und da haben wir den Kahlschlag bei den Lehrerstellen beendet.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Dr. Stegner, ich fange einmal mit der letzten netten Bemerkung an. Es ist für Sie wahrscheinlich immer hilfreich, wenn Sie lesen, was ich sage; denn, wie gesagt, mein Petitum lautet ja, zur Weiterbildung beizutragen.

(Heiterkeit FDP)

Ich kann ja auch sehen, dass meine beständigen Hinweise an Sie Wirkung gezeigt haben: Sie sind längst nicht mehr so bissig wie früher und mittlerweile auch konzilianter.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist mein Einfluss, Herr Kubicki!)

Sie haben wahrscheinlich auch den Frisör gewechselt. Ich weiß es nicht ganz genau.

(Zurufe SPD)

Die Behauptung, die Sie dauern aufstellen, lautet nicht: Wir vergleichen Äpfel mit Birnen und schauen, was jemand vor 30 Jahren oder vor 15 Jahren geplant hat. Sie behaupten vielmehr nach wie vor, Sie hätten mehr Lehrerinnen und Lehrer im System.

(Wolfgang Kubicki)

Das ist schlicht und ergreifend falsch. Absolut ist das falsch. - Man kann ja über alles reden.

Sie müssen sich auch die Frage stellen: Wie ist es in den letzten Jahren dazu gekommen, dass sich der Unterrichtsausfall bei uns nicht verringert, sondern erhöht hat? Wieso ist es dazu gekommen, dass immer mehr Menschen bei uns die Schulen ohne entsprechenden Abschluss verlassen? - Das ist doch nicht das Ergebnis einer erfolgreichen Bildungspolitik, sondern das Ergebnis einer falschen Bildungspolitik. Sonst hätten wir andere Ergebnisse.

(Beifall FDP und CDU)

Auf nichts anderes will ich hinweisen. Ich gestehe Ihnen ja zu, Herr Dr. Stegner, dass Sie die 2,5 Milliarden €, die Sie heute mehr haben als wir damals, ausgeben müssen. Aber gestehen Sie uns doch zu, dass auch wir sie ausgegeben hätten, unter anderem auch für ein Mehr im Bereich Bildung, für ein Mehr im Bereich sozialer Verantwortung, und hören Sie endlich damit auf, uns dauernd damit zu denunzieren, denn wir hatten 2,5 Milliarden € weniger, als Sie heute zur Verfügung haben.

(Beifall FDP und CDU)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Erstens, lieber Herr Kollege Kubicki, bitte keinen Neid, was meine Frisörin betrifft.

- Den Prozess gewinnen wir, das sage ich Ihnen!

- Was das Zweite angeht, so ist es in der Tat ein Problem, dass bei manchen, wenn sie etwas älter werden, das Kurzzeitgedächtnis nachlässt. Ich habe mitnichten über die gesprochen, die vor 50 Jahren Lehrerstellen gekürzt haben, sondern ich habe über die gesprochen, die vor 5 Jahren Planungen hatten, was die Lehrerstellen angeht. Diese Planung haben wir korrigiert. Jede Presseerklärung und jede Rede der Regierung, die ich kenne, lautet: Wir haben deutlich mehr Lehrerstellen im System als unsere Vorgängerregierung geplant und in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt hat. - Das ist übrigens die Unterlage, die die Kollegin Heinold als Arbeitsgrundlage vorgefunden hat.

Zweitens: Weil Sie immer wieder die Zinsen und die Steuereinnahmen nennen, empfehle ich Ihnen die wundervollen Ausführungen der Kollegin Heinold hier im Haus zum Vergleich von Steuereinnahmen, Steuersteigerungen und Zinsniveau während Ihrer Regierungszeit und während der unseren, die wir schon mehrfach zitiert haben. Dann stellen

Sie fest, dass nicht einmal das stimmt. Und auch das war nicht vor 50 Jahren, Herr Kollege Kubicki, sondern schlichtweg vor fünf Jahren.

Ich schicke Ihnen das gern noch einmal zu, mit einer blau-gelben Schleife, wenn Sie mögen, damit Sie das noch einmal nachlesen können und im Wahlkampf nichts Falsches erzählen müssen. Es wäre richtig schade, wenn Sie Ihren Wählerinnen und Wählern falsche Dinge erzählen müssten.

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich bin gerührt über Ihre Fürsorge, dass ich im Wahlkampf nichts Falsches sagen soll. Ich nehme von Ihnen auch Post mit einer roten Schleife entgegen. So ist das nicht.

(Beate Raudies [SPD]: Wir arbeiten hart daran!)

Es kommt nicht auf die Schleife, sondern auf den Inhalt an. Die Aussage, dass Sie heute 2,5 Milliarden € mehr haben als wir in den Jahren 2011 und 2012, ist zutreffend. Man kann sie gar nicht bestreiten; man muss sich nur einmal den Haushalt ansehen. Die Aussage, dass wir mit den 2,5 Milliarden € auch etwas angefangen hätten, ist ebenfalls zutreffend. Das heißt, die Behauptung, Sie vergleichen etwas mit einer ganz anderen Finanzlage mit der Situation heute, ist schlicht und ergreifend Fake News.

Sie können sicher sein, Bestandteil unserer Vereinbarungen war: Wenn wir uns mehr leisten können, wird entsprechend auch wieder zurückgegeben beziehungsweise entsprechende Politik gemacht. Das können Sie in den Vereinbarungen zwischen CDU und FDP nachlesen. Darauf bin ich stolz, weil es nämlich unser Ansatz war, nicht nur alles in den Schuldenabbau zu stecken, sondern auch Politik zu gestalten, wenn wir uns das wieder einmal leisten können.

Dass wir uns manches damals nicht leisten konnten, Herr Kollege Dr. Stegner, hatte auch etwas mit Ihrer Finanzpolitik der Jahre zuvor zu tun.

(Beifall FDP und CDU)

Ich komme nun zum Schluss, weil wir ja alle die letzten beiden Tage noch gemütlich verbringen wollen. Einige werden wir nicht wiedersehen. Bei einigen bin ich darüber nicht traurig, bei anderen schon. Persönlich kann man sich ja wieder treffen.

Wir werden nach dieser Tagung in den Wahlkampf gehen. Das wird eine wunderbare Auseinandersetzung werden. Ich würde mich freuen - darin stimme

(Wolfgang Kubicki)

ich mit dem Kollegen Dr. Stegner überein -, wenn die Menschen in Schleswig-Holstein nicht glauben, sie müssten Rechtspopulisten hinterherlaufen, weil es hier keine unterschiedlichen Auffassungen gibt, die auch klar benannt werden.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man muss Stegner nicht mögen und kann ihn trotzdem wählen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Genau!)

Man muss Kubicki nicht mögen und kann auch ihn trotzdem wählen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Na ja!)

Mir wäre Letzteres lieber.

(Zurufe SPD)

Man kann auch beide nicht mögen und beide wählen, also ihn mit Erststimme in Bordesholm und mich mit der Zweitstimme. Das geht natürlich auch.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Man kann selbstverständlich auch den zukünftigen Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Günther, wählen. - Wann immer das sein wird, Kollege Schlie.

(Heiterkeit - Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Klaus Schlie [CDU]: Keine Sorge, wir machen auch Wahlkampf!)

Ich komme zum Schluss. Wenn die SPD die Antwort auf die Große Anfrage als Bestätigung der eigenen Arbeit versteht, hat sie sie nicht gelesen. Die Landesregierung hat sich bei der Umsetzung von zentralen Punkten entweder verweigert, oder sie hat schlicht versagt. Der Ministerpräsident erklärte hier am 29. Mai 2013:

„Wir sind gewählt worden, um zu gestalten, und eben nicht nur, um zu verwalten.“

Mein Eindruck ist, dass wir mehr Verwaltung als Gestaltung hatten. Das können, wie gesagt, die Wählerinnen und Wähler am 7. Mai 2017 entscheiden. - Ich bedanke mich herzlich.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW erteile ich nun dem Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich reihe mich selbstverständlich in die Reihe derjenigen ein, die sich bei den PIRATEN für diese hervorragende Vorlage bedanken. Das war wirklich klasse. Ich habe mich heute den ganzen Vormittag köstlich amüsiert und mich regelmäßig bestätigt gefühlt, als der Ministerpräsident geredet hat, aber auch als meine Vorrednerinnen und Vorredner von der Koalition gesagt haben, wie toll das ist, was wir auf die Beine gestellt haben. Ich bin den PIRATEN wirklich sehr dankbar dafür, dass wir das heute alles noch einmal hören durften.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Tat viel erreicht.

(Beifall SSW und SPD)

Ausführlich und erläuternd hat die Landesregierung den Fragenkatalog zu ihren Zielen und Maßnahmen beantwortet. Beim Lesen hatte ich das eine oder andere Mal ein richtiges Aha-Erlebnis, als ich mir so manche Initiative wieder ins Gedächtnis rief. Man vergisst manchmal, was diese Koalition in den letzten Jahren alles geleistet hat. Das war wirklich eine Menge.

(Beifall SSW und SPD)

Ich habe mir das Ganze vorwärts, rückwärts und seitwärts durchgelesen; denn ich konnte gar nicht satt werden von diesen guten Botschaften, die in der Antwort auf diese Große Anfrage verkündet wurden.

(Zurufe CDU: Oh!)

Das Schöne ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Im Landtagsinformationssystem kann man das nun als Datei abrufen. Das heißt, jeder kann diese Leistungsbilanz jetzt auch nachlesen; die gesamte Bevölkerung ist dazu in der Lage, und wir werden auch alle darauf aufmerksam machen: Darin steht, was wir getan haben. Dort kann man genau nachlesen, was wir versprochen haben, wie wir es umgesetzt haben. Ich glaube, besser kann es eigentlich für uns gar nicht laufen.

(Beifall SSW und SPD)

Trotzdem, meine Damen und Herren - dies ist ein kleiner Wermutstropfen -, ist das alles nur ein kleiner Ausschnitt aus der Regierungsarbeit der Küstenkoalition; denn die PIRATEN zeigen gerade in den Dingen, die sie nicht fragen, so manchen blinden Fleck.

(Lars Harms)

Sie fragen beispielsweise nicht nach der **Minderheitenpolitik** der Landesregierung. Die Einrichtungen und Organisationen der Minderheiten sind aber integraler Bestandteil unseres Landes und finden sich dementsprechend im Koalitionsvertrag. Der Herr Ministerpräsident hat dies vorhin noch einmal vehement vorgetragen. Eigentlich gehört das in eine solche Große Anfrage hinein, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die gleichberechtigte Förderung der Minderheiten ist in unserer Koalition unbestritten. Das ist eine der großen Leistungen der Küstenkoalition, die auch positive Auswirkungen für die Mehrheitsgesellschaft hat. Das hat im konkreten Fall dazu geführt, dass das in der Tat zerrüttete Verhältnis mit Dänemark wieder geradegerückt werden konnte.

(Beifall SSW und SPD)

Immer mehr Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner begreifen inzwischen die funktionierende Minderheitenförderung als Bereicherung für das gesamte Land. Hier meine ich nicht nur so offensichtlichen Dinge wie die zweisprachige Beschilderung, die auch vielen Touristen sehr gut gefällt, sondern hier geht es auch um die gegenseitige Neugier auf die vielfältigen Traditionen in Schleswig-Holstein und darum, dass man sich kennenlernt, dass man voneinander lernen kann, dass man miteinander Spaß haben kann. - Dass die PIRATEN genau danach nicht fragen, ist eigentlich schade.

(Zuruf CDU: Sie kennen keinen Spaß! Sie sind Spaßbremsen!)

Die Minderheitenpolitik ist aber nicht der einzige blinde Fleck der PIRATEN, den die Große Anfrage offenbart. So spielt auch die Struktur im ländlichen Raum kaum eine Rolle. Die Demokratiedefizite in den über 1.000 Gemeinden des Landes werden nicht angesprochen, ebenso wenig die Gehaltsunterschiede bei Lehrerinnen und Lehrern der unterschiedlichen Schularten, die in dieser Wahlperiode auch ein ganz wichtiges Thema waren. Überhaupt ist der Schulbereich in der Großen Anfrage völlig unterrepräsentiert, obwohl er doch diese Legislaturperiode geprägt hat. Doch das soll an dieser Stelle alles nicht das Thema sein. Andere Redner der Koalition haben bereits vorgetragen, was wir insoweit gemacht haben.

Ich möchte noch zu den Themen sprechen, die konkret nachgefragt wurden. Die Antworten der Lan-

desregierung umfassen mehr als 100 Seiten, sodass man unmöglich auf alle Aspekte und Themenbereiche eingehen kann. Aber Ministerpräsident Albig und Kollege Stegner und Kollegin von Kalben sind schon darauf eingegangen, wie viel Gutes geschehen ist. Für jemanden als letzten Redner ist es natürlich schwierig, weitere Dinge herauszufiltern. Aber irgendwie werde ich das schon schaffen. Ich greife mir einfach ein paar Schwerpunkte heraus.

Und Sie ahnen es: Was muss vom SSW kommen? - Natürlich die öffentlichen **Bibliotheken**. Diese eröffnen Bildungs- und Teilhabechancen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Das können sie nur tun, wenn sie den Anschluss an die Digitalisierung nicht verpassen. Die Landesregierung hat in diesem Zusammenhang erhebliche Anstrengungen unternommen, die allen Nutzerinnen und Nutzern zugutekommen sollen; unabhängig davon, ob es sich um eine Stadtbibliothek oder eine wissenschaftliche Bibliothek handelt. Das neue Bibliotheksgesetz, das von einigen sehr stark kritisiert wurde, ist eine große Errungenschaft für unser Land.

Der Zugang zu digitalen Medien ist für die Zukunft ebenfalls eine enorme Herausforderung, die erhebliche Investitionen in der kommenden Wahlperiode erfordern wird. Dabei spielen zum Beispiel urheberrechtliche Fragen eine Rolle, weil sie unter anderem dazu führen, dass Bibliotheken ihre E-Book-Lizenzen so behandeln müssen, als handele es sich um reale Bücher aus Papier. Das bedeutet, dass sie nur nacheinander, zeitbegrenzt und nutzerbezogen entliehen werden können. Langfristig müssen wir allerdings dafür Sorge tragen, dass diese unsinnigen Beschränkungen für Bibliotheken entfallen, indem eine tragbare Lösung für Verlage und Autoren erarbeitet wird.

Darüber hinaus sollten in den Bibliotheken alle Medien kostenfrei zu entleihen sein. Weg mit den Gebühren! Ohne Bibliotheksgebühren können sich dann die Bibliotheken nach skandinavischem Vorbild zu Bildungshäusern für jedermann weiterentwickeln. Genau das wollen wir tun.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die **Kinderbetreuung** hat bei uns eine große Rolle gespielt. In Schleswig-Holstein ist die qualifizierte Betreuung in Kindergarten und Kinderkrippe in den letzten Jahren enorm ausgebaut worden. Das haben auch die Vorredner schon gesagt. Dabei zei-

(Lars Harms)

gen die Antworten der Landesregierung, dass der Ausbau nicht nur auf das zahlenmäßige Wachstum beschränkt ist. Den qualitativen Ausbau der Betreuungsangebote, im Übrigen auch bei den Tagesmüttern, hat die Landesregierung durch zahlreiche Initiativen und Programme unterstützt. Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein sind eben zuerst pädagogische Einrichtungen, sie sind keine Kinderaufbewahrungshallen.

Die Landesregierung beschreibt in ihrer Antwort auf Seite 65 ihre Unterstützungsangebote für Alleinerziehende, die auch die Kinderbetreuung umfassen. Wie sieht es aber mit den Familien aus? In Schleswig-Holstein gibt es viele Familien, deren Einkommen dicht an der Grenze der Sozialstaffel liegt. Sie entscheiden sich oftmals aus reinen Kostengründen gegen eine Kita, sodass in der Regel die Mütter beruflich zurückstecken müssen. Diese Entscheidung ist Alltag, nichtsdestotrotz eine Realität, mit der ich mich nicht abfinden möchte.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW], Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die guten pädagogischen Angebote allen Kindern zugutekommen, unabhängig vom Familieneinkommen. Letztlich müssen die Kita-Gebühren ganz wegfallen. Wir haben erste Schritte dorthin gemacht. Der Besuch muss ebenso kostenfrei werden wie der Besuch einer Schule. Das müssen wir ändern, und das werden wir in der nächsten Wahlperiode Stück für Stück ändern.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch über den **Wohnungsbau** kann man viel in der Antwort auf die Große Anfrage nachlesen. Die PIRATEN haben nach den Anstrengungen der Landesregierung für den Wohnungsbau gefragt. Obwohl die Landesregierung die Förderung und Unterstützung des bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraums massiv ausgebaut hat - wir reden über hohe dreistellige Millionenbeträge -, gibt es momentan an allen Ausbildungsstandorten zu wenig Wohnungen. Studierende, Schüler, Auszubildende, Alleinerziehende, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung haben auf dem freien Wohnungsmarkt sehr häufig das Nachsehen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist wahr!)

Privater Mietwohnungsbau allein kann die Nachfrage nicht befriedigen. Die Förderung des genossen-

schaftlichen Wohnraums muss daher weiter verbessert werden. Die Wohnungsgenossenschaften sind der Garant für soziales Bauen und lebendige Nachbarschaften. Darum müssen wir unsere Anstrengungen in diese Richtung weiter verstärken. Genau das wollen wir tun, und genau das werden wir auch tun.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Bau und zur Erhaltung von **Straßen**. Das Flächenland Schleswig-Holstein ist ein Pendlerland und ein Transitland für Verkehre von Nord nach Süd und umgekehrt, also ein Autoland. Das ist eine schlichte Tatsache. Man kann die täglichen Staumeldungen einfach nicht ignorieren. Die PIRATEN sehen den Straßenbau vorwiegend als Belastung. Gut, das kann man machen, aber das löst kein Problem.

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

Es ist ein Problem, dass wir aufgrund von Fehlplanungen der alten Regierung die A 20 nicht haben weiterbauen können. Da müssen wir ran und da werden wir auch rangehen.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Die Instandsetzung der Straßen ist ein wichtiges Infrastrukturprojekt, das über das wirtschaftliche Schicksal unseres Landes entscheidet. Wer seinen Kunden keine termingenaue Lieferung garantieren kann, wird Schleswig-Holstein den Rücken kehren. Dazu darf es keinesfalls kommen. Darum plädieren wir für den konsequenten Abbau des Sanierungsstaus. Genau das haben wir in dieser Wahlperiode umgesetzt. Wir haben mehr investiert als unsere Vorgänger, und wir werden da auch weitermachen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wortmeldung Uli König [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten König?

Lars Harms [SSW]:

Nein, danke. Der Mittag steht vor der Tür. Mein Magen knurrt. Es muss weitergehen, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lars Harms)

Weiter geht es mit der **Tariftreue**. Auch das ist ein Leib- und Magenthema insbesondere des SSW. Wie schon bei vielen Gelegenheiten angeführt, kommt der Landesregierung als Arbeitgeber ein besondere Vorbildfunktion zu. Wie sie Leiharbeit oder Praktikanten behandelt, wird von gewerblichen Arbeitgebern im Land sehr genau beobachtet. Das ist gewissermaßen der Goldstandard. Die angeführten Tarifverträge mit den Leiharbeitsfirmen sind zwar ein erster Schritt, werden aber von den DGB-Gewerkschaften immer noch kritisiert, und das zu Recht. Die Leistungen entsprechen nicht dem, was die Tarifverträge der entsprechenden Branchen festlegen. Sie liegen regelmäßig darunter. Hier sind in der Tat weitere Anstrengungen gefragt. Wir wollen gute Arbeit, und darauf können sich die Leute draußen verlassen. Wir werden das bei unseren Leuten umsetzen.

Leiharbeit sollte auch bei der Landesregierung nur zur Abdeckung von besonderen und vorübergehenden Bedarfen zum Einsatz kommen. Ansonsten sind Leih- und Zeitarbeit zu begrenzen. Die Landesregierung hat eine entsprechende Initiative für alle Auftraggeber unterstützt. In Anerkennung der Leistungen der Tarifpartner muss das Land auf die Zahlung des Mindestlohns beharren und darauf, dass dieser mit den Lebenshaltungskosten Schritt hält.

Regelungen, die im Tariftreuegesetz geregelt sind, müssen eingehalten werden, und zwar von allen, vom Land, von den Kommunen, von den Kreisen. Ausnahmen und Einfrieren auf der derzeitigen Höhe darf es nicht geben. Wir wollen, dass faire Löhne bezahlt werden. Wir wollen, dass Mindestlöhne eingehalten werden. Wir wollen gute Arbeit, und wir werden das weiterhin so machen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, es ist wirklich ein wichtiges Thema. Die öffentliche Hand muss als Auftraggeber die Tariftreue gewährleisten. Nicht der billigste Anbieter ist der beste, sondern derjenige ist auszuwählen, der seinen Beschäftigten faire Arbeitsbedingungen bietet, der soziale Standards einhält, der ökologische Standards einhält, der Standards einhält, die wichtig sind für Entwicklungsländer, für die Arbeitsbedingungen dort. Das alles ist in unserem Tariftreuegesetz geregelt. Das sind richtige Regelungen, und wir werden sie beibehalten, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Untertarifliche Entlohnung entspricht meiner Meinung nach nicht dem sachgerechten Einsatz von Steuermitteln. Auch das muss einmal gesagt werden. Existenzsichernde Löhne und Gehälter gehören mit zur Verantwortlichkeit der Landesregierung und der Kommunen als Auftraggeber. Dem dürfen sich Kommunen nicht entziehen. Das geschieht immer wieder. Eine der wichtigen Aufgaben einer kommenden Regierung, auch einer kommenden Küstenkoalition, ist, im Tariftreuegesetz festzuschreiben, dass die Kommunen ordentliche Tarife einzufordern haben und dies nicht mehr freiwillig ist. Das zumindest ist die Überzeugung des SSW.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusammenfassend kann ich sagen: Die Antwort auf die Große Anfrage ist eine gute Beschreibung. Sie spiegelt wider, wie soziale Gerechtigkeit geht, wie Zusammenarbeit mit den Kommunen geht, wie Windkraftplanung richtig geht, wie Minderheitenförderung geht, wie Kulturpolitik geht, wie Wirtschaftsförderung geht,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie Lars Harms geht!)

wie Bildungspolitik geht und - lieber Kollege Kubicki - wie solide Haushaltsplanung geht. Das haben Sie überhaupt nicht auf die Reihe gebracht. Wir haben das hinbekommen. Wir sparen Geld, wir machen Überschüsse und machen eine gute Politik. Das lassen wir uns nicht kaputtreden. Es ist total Klasse, was wir da auf die Beine gestellt haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bilanz der Landesregierung und dieser Koalition fällt sehr gut aus. Das ist noch ein zurückhaltendes Urteil.

(Regina Poersch [SPD]: Jawohl!)

Wir haben gesagt, was wir tun wollen, und wir haben getan, was wir gesagt haben. So einfach ist das, und so einfach bleibt das.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Regina Poersch [SPD]: Jawohl!)

Da wir rekapitulieren, was wir in der Vergangenheit alles hinbekommen haben, auch noch einmal von meiner Seite im Namen des SSW Dank an unsere Koalitionspartner, die Fraktionen von SPD und

(Lars Harms)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aber auch Dank an die Landesregierung

(Volker Dornquast [CDU]: Halleluja!)

für die richtig klasse vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit. Ich finde dieses Klima, das wir in dieser Koalition haben, absolut klasse. Das würden sich viele andere Landesregierungen und wahrscheinlich auch die Bundesregierung sehr wünschen. Wir sind uns auch menschlich richtig nahe gekommen.

(Zurufe CDU und FDP: Oh!)

- Ja, ich weiß, das kennt Ihr nicht.

(Christopher Vogt [FDP]: Doch, das kennen wir auch!)

Ihr kennt untereinander immer nur die Meckereien. Mit uns klappt es eben gut. Das mag euch nerven.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss sagen, dass es unsere Entscheidung bestätigt, als SSW zum ersten Mal in eine Landesregierung eingetreten zu sein. Es geht nicht nur um politische Ziele, die haben wir klasse umgesetzt. Es geht auch darum, wie man miteinander umgeht. Das klappt bei uns hervorragend. Um mit einem Wort zu sprechen, das ein Mitarbeiter immer gebraucht, der jetzt oben am Lautsprecher zuhören wird: Ich habe den Eindruck, wir sind die Geilsten.

(Beifall und Heiterkeit SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich möchte jetzt zunächst die verbleibende Redezeit der Fraktionen mitteilen: Für die PIRATEN sind es 9 Minuten, für die CDU 14 Minuten, für die SPD 1 Minute, für die Grünen 5 Minuten und für FDP und SSW jeweils 10 Minuten.

Wortmeldungen liegen mir von dem Kollegen Dr. Kai Dolgner für einen Dreiminutenbeitrag sowie von dem Kollegen Dr. Patrick Breyer für die Nutzung der Restredezeit seiner Fraktion vor.

Weil er sich zuerst gemeldet hatte, hat zunächst der Abgeordnete Dr. Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab hier eben einen interessanten Schlagabtausch über das Urteil des **Verfassungsgerichts** zum **kommunalen Finanzausgleich**. Unsere Zwi-

schenrufe bezogen sich nicht darauf, wie groß der Kuchen im Vergleich zum Landeskuchen ist und sein soll, oder darauf, wie da die Aufgaben bestimmt werden. Das ist auch gar nicht das Zentrum der Kritik der CDU gewesen. Das war das Zentrum der Kritik des Torge Schmidt und auch des Kollegen Dr. Garg, dessen Rede ich mir gerade eben noch einmal angeguckt habe.

Daniel Günther aber hat sich damals hierher gestellt und hat behauptet:

„Ihr Ziel war es, den Landkreisen das Geld wegzunehmen. Deswegen haben Sie zum Beispiel auch Lasten, die die Kreise haben, wie etwa die Schülerbeförderung, einfach außen vor gelassen. Sie machen Politik zulasten des ländlichen Raums. Das werden wir nicht durchgehen lassen.“

(Beifall CDU - Volker Dornquast [CDU]: Ist richtig!)

Das haben Sie noch einmal wiederholt. Daran, dass Sie jetzt klatschen, sieht man, dass Sie das Urteil gar nicht gelesen haben, liebe Kollegen von der CDU.

(Beifall SPD - Beate Raudies [SPD]: Genau!
- Weiterer Zuruf Tobias Koch [CDU])

Ich lese es Ihnen jetzt einmal vor. Zum Sozialschulenausgleich heißt es da:

„Durchgreifende Bedenken bestehen weder gegen die Einführung eines solchen Parameters für Sozialschulenausgleich an sich noch gegen dessen Gewichtung. Insbesondere werden hierdurch die Kreise nicht im Verhältnis zu den kreisfreien Städten benachteiligt.“

(Beifall SPD - Zurufe SPD: Aha!)

Zu den Schülerbeförderungskosten hat das Gericht entschieden:

„Dass im Rahmen einer derartigen Abwägung die Kosten der Schülerbeförderung letztlich nicht berücksichtigt wurden, ist nicht zu beanstanden, da - worauf die Landesregierung zutreffend hinweist - diese auf anderem Wege, nämlich über § 114 Schulgesetz, abgewickelt werden.“

Dieser Punkt wurde also auch zurückgewiesen.

(Beifall SPD)

Die angebliche Benachteiligung des Kreises Stormarn durch den Wegfall der zusätzlichen Kreisumlage: zurückgewiesen. Die angebliche Manipulation

(Dr. Kai Dolgner)

der Hebesätze zugunsten der kreisfreien Städte: zurückgewiesen.

Das Einzige, was Sie bei den Hebesätzen erreicht haben, ist, dass sie teilweise um 30 % erhöht werden müssen. Da haben Sie aber Ihre eigene Klage nicht verstanden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In der Pressemitteilung des Gerichts heißt es:

„Auch die in dem Gesetz vorgesehene besondere Berücksichtigung zentralörtlicher Funktionen - von der insbesondere die großen kreisfreien Städte sowie die Mittelstädte profitieren - ist entgegen dem Vorbringen der Antragstellerinnen zulässig.“

Dieser Punkt ist also auch zurückgewiesen.

(Volker Dornquast [CDU]: Nein! Zulässig!)

- Nein, die Klage ist damit zurückgewiesen. Herr Dornquast, meine Güte, wie tief kann man mit Zwischenrufen eigentlich sinken? Das ist doch unglaublich!

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann wurde hier behauptet, man hätte die Theater doppelt angerechnet und damit die Theaterstandorte, also die kreisfreien Städte, gestärkt. Sie können das alles nachlesen:

„Der Einwand doppelter Berücksichtigung verschiedener Bedarfe, insbesondere der Aufwände für die Theater, greift nicht durch. Insoweit ist zunächst festzuhalten, dass die berücksichtigten Bedarfe für die Theater im Hinblick auf die absoluten Beträge nicht mehrfach Eingang in die Berechnungen gefunden haben.“

Sie haben uns vorgeworfen, wir würden zugunsten einer Gruppe manipulieren.

Richtig ist: Das Verfassungsgericht hat gesagt, dass die Regierung nicht hinreichend dargelegt hat, wie die Bedarfe - auch im Verhältnis zueinander - gedeckt werden. Es geht um die Sorgfalt. Um die Größe des Kuchens kann man sich immer streiten. Das Gericht hat aber den Vorwurf zurückgewiesen, dass wir in der Verteilung zugunsten einer Gruppe manipuliert hätten und den ländlichen Raum bewusst ausbluten lassen würden, wie Daniel Günther es heute noch einmal gesagt hat. Das ist ganz eindeutig, Herr Kollege Koch.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Da geht es um diese ganzen Mechanismen. Auch die Einrichtung der Entlastung der Grundsicherung hat das Gericht zurückgewiesen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Den Rest erzähle ich Ihnen morgen. Stellen Sie doch eine Zwischenfrage, Herr Koch, dann erkläre ich Ihnen das gern noch einmal im Detail.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dieses Instrument funktioniert nicht mehr.

Jetzt hat zur Nutzung der Restredezeit der Piratenfraktion der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort. Die Redezeit wird auf 9 Minuten festgelegt.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte doch noch einmal auf die Große Anfrage zurückkommen. Ich erinnere daran, dass wir eingangs in unserem Redebeitrag Ihr Handeln an den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag gemessen und gezeigt haben, bei welchen Punkten beides auseinanderfällt. Nun hat die Kollegin Eka von Kalben, die jetzt leider nicht da ist, dankenswerterweise den Versuch unternommen, das zu rechtfertigen und die Gründe zu nennen, warum man nicht das macht, was man vereinbart und versprochen hat.

Der erste von ihr genannte Grund war, man habe Kompromisse eingehen müssen. Nun ist natürlich jedem klar, dass man sich nach einer Wahl zusammensetzen, sich einigen und Kompromisse eingehen muss, was die eigenen Wahlprogramme und Wahlversprechungen angeht. Tatsächlich neu war mir aber, dass man sich, wenn man sich als Koalition auf einen Koalitionsvertrag verständigt hat, bei der Umsetzung noch einmal darüber streitet und wieder Kompromisse eingeht. Im Endeffekt kommt so in einigen Punkten sogar das Gegenteil der ursprünglichen Versprechungen heraus.

Ich finde, dass sich die heutige Debatte gelohnt hat, weil wir gelernt haben, dass alles, was in Ihren Koalitionsverträgen steht, unter Kompromissvorbehalt

(Dr. Patrick Breyer)

steht und manchmal auch das Gegenteil dabei herauskommen kann.

Ich frage mich nur, ob das auf Bundesebene eigentlich auch so gehandhabt wird. Herr Dr. Stegner, ich erinnere mich, dass gerade Ihre Partei auf Bundesebene immer wieder alle möglichen Sachen mit Vehemenz verteidigt hat. Alle Formulierungen, die die CDU Ihnen bei den Koalitionsverhandlungen abgerungen hat, trägt die SPD wider bessere Erkenntnis mit, weil es in irgendeinem Satz im Koalitionsvertrag steht - sei es in Bezug auf die schwachsinnige Pkw-Maut, sei es in Bezug auf das Erziehungsgeld, die Herdprämie.

Da frage ich mich schon, wie es sein kann, dass im Bund so penibel auf die Einhaltung des Koalitionsvertrages geachtet wird und dass er hier im Land so wenig wert ist. Ich kann mir das nur so erklären, dass die Koalitionspartner in Schleswig-Holstein nicht willens und nicht in der Lage sind, tatsächlich einzufordern, was sie ausgehandelt haben. Das finde ich wegen der Glaubwürdigkeit der Politik sehr schade.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki zu?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ja, ich lasse die Zwischenfrage gern zu.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Breyer, ich möchte diese Regierungskoalition nicht verteidigen, aber ich frage Sie trotzdem. Leuchtet es Ihnen ein, dass man in einem Koalitionsvertrag auf Bundesebene beispielsweise vereinbart: Wir wollen die Beziehungen zur Türkei intensivieren. - Nach Herrn Erdogan lässt sich das nicht mehr realisieren, und es wäre sogar sinnlos, es noch zu versuchen. Eine Veränderung der tatsächlichen Gemengelage kann also dazu beitragen, dass ursprüngliche Vereinbarungen obsolet geworden sind oder anders getroffen werden müssen. Ist das einleuchtend?

- Herr Kubicki, dann zeigen Sie mir mal den Herrn Erdogan, der die Koalition daran gehindert hätte, zum Beispiel die Grenzwerte für den Eigengebrauch weicher Drogen abzusenken, wie es versprochen worden ist, oder viele andere Punkte umzusetzen, die im Koalitionsvertrag ganz konkret festgehalten waren, zum Beispiel die Nebenein-

künfte von Abgeordneten betragsgenau zu veröffentlichen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Natürlich hätten Sie die Möglichkeit gehabt. Sie haben die Mehrheit, um das umzusetzen und Ihre Versprechen einzulösen. Da steht Ihnen kein Herr Erdogan im Weg, der da angeführt werden könnte.

Ich komme jetzt zum **Ausländerrecht**, denn Kollegin von Kalben hat ein zweites Argument genannt, warum man Vereinbarungen nicht umgesetzt habe. Sie hat sich nämlich hinter diversen Gerichtsurteilen versteckt. Das gibt mir Gelegenheit, das zu widerlegen.

In Bezug auf das Urteil zum Ausländerrecht: Im Koalitionsvertrag war eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Grundgesetzes vereinbart, um ein solches Ausländerwahlrecht einführen zu können. Das wäre möglich gewesen. Kein Gerichtsurteil steht dagegen. Sie haben es aber nicht getan.

Immer wieder kommen Sie mit dem Argument, dass Punkte, die wir kritisieren, die fehlenden Mitbestimmungsrechte bei der Windenergieplanung durch die Bürger oder auch, dass Sie kein Frackingverbot in Schleswig-Holstein einführen wollen, mit der Verfassung nicht vereinbar seien.

Dazu will ich Ihnen noch einmal eines sagen. Wenn Juristen zu bestimmten Fragen unterschiedliche Meinungen vertreten, dann, so glaube ich, will keiner, dass sie gegen ihre eigene Überzeugung entscheiden. Aber die Bürger erwarten, wenn es um eine offene Frage oder um eine ungeklärte Frage geht, dass sie sich dann der bürgernahen und bürgerfreundlichen Auslegung anschließen und diese im Zweifel dann auch vor Gericht überzeugend verteidigen und nicht aus Angst vor einem Risiko von vornherein die Finger davon lassen. Gerade gestern haben wir im Fall Friesenhof beklagt, dass dort ein Prozessrisiko angeführt wurde, um nicht das Beste für die Kinder zu tun. Genauso ist es, wenn Sie davor zurückschrecken, es auch nur zu versuchen, dem **Bürgerwillen**, dem Gemeindegewillen, im **Abwägungsprozess** der **Landesplanung** Gewicht zu geben.

(Zuruf SPD)

Es ist doch offener Unsinn, Windkraftanlagen dort zu bauen, wo die Menschen dagegen Sturm laufen, sie aber dort nicht zu bauen, wo sie seit Jahren akzeptiert sind, wie zum Beispiel in Nordfriesland.

(Dr. Patrick Breyer)

Gerade das vieldiskutierte Urteil zum **Finanzausgleichsgesetz** zeigt doch, dass auch diese Landesregierung in ihrer Einschätzung zur Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen nicht die Wahrheit gepachtet hat. Also sollten wir das doch auch niemandem vorwerfen, dass er in ungeklärten Fragen verschiedene Meinungen vertritt.

Sie haben erklärt, die **Weichen der Koalition** seien auf **Grün** gestellt worden. Da frage ich mich aber schon, von welchen Weichen wir hier reden. Es ist doch Ihre Koalition, die dafür zuständig ist, dass bis heute in der Nordsee giftiger Hafenschlick verklappt wird, ein Kuhhandel von Hamburg gegen eine Zahlung. Es ist Ihr Energiewendeminister, der politisch tatsächlich neue Ölbohrungen unterstützt und verteidigt, gar als moralisch geboten - was ich für eine unglaubliche Bankrotterklärung halte, wenn er so etwas sagt. Sie sind dafür zuständig, dass giftiger Bohrschlamm bei uns seit Jahren herumliegt, ohne untersucht zu werden, und dass das geheimgehalten wird. Sie haben dem Fracking-Ermöglichungsgesetz im Bundesrat zugestimmt.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Sie setzen die Hinterland-Anbindung der umweltschädlichen Fehmarnbelt-Querung um und haben diese sogar zum Haushaltsplan und zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Sie stimmen gegen ein Nein zu CETA - das werden wir morgen sehen -, obwohl dies eine Gefahr für Umweltstandards in Europa bedeutet. Sie fahren die Energiewende vor die Wand, wenn Sie die Akzeptanz der Bürger verspielen.

Was das für grüne Weichen sein sollen, weiß ich nicht. Vielleicht liegen die außerhalb von Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn Sie keine Ahnung haben, sollten Sie auch nichts sagen!)

Nun zum Thema **Transparenz-Ranking**. Sicherlich ist es so, dass auf der Grundlage des bisherigen Informationszugangsgesetzes Schleswig-Holstein einen zweiten Platz errungen hat. Darauf können wir stolz sein. Aber wer das Ranking aufgestellt und die Analyse vorgenommen hat, das ist Arne Semsrott von der Organisation FragDenStaat. Er hat auf Mediennachfrage ausdrücklich betont, diese Note beziehe sich auf das jetzt geltende Gesetz und nicht auf die Änderungen, die Sie anstreben. Was er von dieser Änderung hält, ob das im Bereich der Note eins spielt oder sogar zu einem Abrutschen führt - wie ich sage -, das können Sie in seiner Stellungnahme an den Innen- und Rechtsausschuss

nachlesen. Er hat nämlich Ihre Novelle auseinandergenommen und vernichtend beurteilt. Deswegen werden wir durch Ihre Novelle im Transparenz-Ranking abfallen und nicht aufsteigen.

Es ist ja auch nicht nur in dem Bereich so, dass Transparenz abgebaut wird, sondern die Landesregierung hält zum Beispiel die Standorte der Bohrschlammproben geheim. Sie verweigert auch die Herausgabe von Arbeitsplänen von Ölunternehmen, die in Schleswig-Holstein bohren wollen. Sich hier also „Transparenz“ auf die Fahnen zu schreiben, ist nicht zu verstehen.

Wenn hier so viel von **sozialer Gerechtigkeit** die Rede gewesen ist, dann frage ich: Wie sozial gerecht müssen es die Bürger eigentlich empfinden, dass Sie daran festhalten, dass Minister bereits ab 62 Jahre in Rente gehen können? Während jeder normalsterbliche Arbeitnehmer, jeder Beamte künftig bis zum Alter von 67 Jahren warten muss, soll für Minister ausdrücklich etwas anderes gelten, anders als im Bund, anders als in vielen Bundesländern. Das ist soziale Gerechtigkeit für die SPD?

Sie unterstützen CETA, ein Abkommen, gegen das die Gewerkschaften Sturm laufen. Und das soll soziale Gerechtigkeit sein?

Sie sind verantwortlich dafür, dass Praktikanten teilweise monatelang unbezahlt in unseren Ministerien ausgebeutet werden. Auch das verstehen wir nicht unter sozialer Gerechtigkeit.

Sie sind dafür verantwortlich, dass es in Schleswig-Holstein so wenige Sozialwohnungen gibt wie noch nie in den letzten zehn Jahren unseres Landes. Mit sozialer Gerechtigkeit hat das nichts zu tun.

Deswegen will ich noch einmal festhalten: Die heutige Debatte war, wie ich denke, goldrichtig, weil sie sich zumindest in ihren lichten Momenten nicht darum gedreht hat, was wer will oder verspricht, sondern was Sie können und was Sie eingehalten haben. Insoweit haben wir gelernt, dass es um die Einhaltung des Koalitionsvertrages in vielen Punkten schlecht bestellt ist, dass man sich nicht darauf verlassen kann. Das bestätigt uns PIRATEN in dem, was wir immer sagen, nämlich niemand darf sich darauf verlassen, was versprochen wird oder was in Programmen steht. Niemand sollte den Plakaten vertrauen. Auch unseren nicht, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

Vertrauen Sie keinem Plakat, sondern informieren Sie sich selbst. Bilden Sie sich eine eigene Meinung, und schauen Sie sich an, was gemacht wird,

(Dr. Patrick Breyer)

und nicht nur, was versprochen wird. Dann werden wir am 7. Mai 2017 eine gute Wahl haben. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Kollegin Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Stegner, ich möchte gern noch einmal Ihre Äußerungen zur Bildungspolitik und zu den Haushaltsgrundlagen dieser Bildungspolitik aufgreifen.

Sie vergleichen ja immer so gern Ihre Regierungsarbeit mit der Regierungsarbeit der letzten Landesregierung.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Genau!)

Das Problem ist, dass diese Regierung eine komplett **andere Haushaltsgrundlage** hatte und hat, als sie die Vorgängerregierung hatte.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mir kommen die Tränen!)

- Nein, Sie brauchen sich jetzt kein Taschentuch zu holen, sondern ich will nur einfach einmal Äpfel mit Äpfeln vergleichen, nämlich das, was die CDU-Fraktion in dieser Zeit mit den Mitteln, die auch Sie zur Verfügung hatten, im Bildungsbereich gemacht hätte.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie reden im Konjunktiv!)

- Hätte, natürlich. Hier sind Anträge vorgelegt worden, es sind Anträge, die Sie zum Teil auch abgelehnt haben. Sie haben doch den Hochschulen die BAFöG-Mittel vorenthalten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Weil Sie die Mittel nicht freigegeben haben! Reden Sie doch nicht immer im Konjunktiv!)

- Ja, Herr Dr. Stegner, wir hätten es den Schulen und den Hochschulen gegeben.

(Zurufe SPD: Oh!)

Nein, nicht eins plus eins ist drei.

Obendrein muss man auch einmal sagen, meine Damen und Herren: Schauen Sie doch einmal nach, was denn die Oppositionsfaktionen durchgängig, jeder in unterschiedlichen Bereichen, im Bildungs-

bereich mit den zweieinhalb Milliarden Euro, die Sie zur Verfügung hatten, gemacht hätten. Wäre es unsere Bilanz heute gewesen, gäbe es in diesem Land 500 Lehrerplanstellen mehr.

(Beifall CDU)

Das heißt, wir hätten diese Lehrerstellen vollständig für eine **100-prozentige Unterrichtsversorgung** an die Schulen gegeben. - Herr Dr. Stegner, das müssen Sie sich anhören, auch wenn es Ihnen nicht gefällt. Unter der Verantwortung der CDU hätte das Land definitiv eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung darstellen können.

(Beifall CDU - Lachen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es hätte den **Universitäten** BAFöG-Mittel zur Verfügung gestellt. Dies hätten auch Sie machen können. Sie haben sich dem verweigert. Deswegen bitte ich Sie, hier Äpfel mit Äpfel und nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Jetzt hat Herr Kubicki das Wort, wenn ich das richtig gesehen habe.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Da wir ja nicht nur über die Antwort auf die Große Anfrage gesprochen haben, sondern auch über die Bilanz dieser Regierung und des Parlaments, möchte ich etwas aufgreifen, was mir persönlich am Herzen liegt. Herr Kollege Dr. Stegner, das ist wahrscheinlich auch altersbedingt.

Ich habe heute Morgen in den „Lübecker Nachrichten“ eine Berichterstattung über die PIRATEN gelesen, die mir fast die Schuhe ausgezogen hat. Die Überschrift lautete „PIRATEN ziehen Bilanz: ‚Viel bewegt, oft enttäuscht‘“. Ich will hier auf den inhaltlichen Teil zu sprechen kommen.

Auf die Frage, was die PIRATEN denn erreicht hätten, antwortete der Kollege Dr. Breyer:

„Wir haben aufgedeckt, dass überall im Land Bohrschlamm verklappt wird.“

- Herr Kollege Dr. Breyer, das waren nicht Sie, sondern das war das von Herrn Dr. Habeck geführte Ministerium. Sie sagen weiter:

„Wir haben durchgesetzt ...“

(Wolfgang Kubicki)

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Lachen SPD)

Wenn Sie Vorhaben von anderen schlicht und ergreifend schneller aufgreifen, dann haben Sie das nicht veranlasst, sondern Sie waren einfach nur schneller als die anderen. Aber man hätte Sie in diesem Parlament definitiv nicht gebraucht,

(Beifall FDP, CDU, SPD und SSW)

um all das, was Sie als Erfolg klassifizieren, durchzusetzen.

„Wir haben durchgesetzt, dass Managergehälter von öffentlichen Unternehmen offengelegt werden müssen. Wir haben erreicht, dass die Stelle des Landesdatenschutzbeauftragten erstmals ausgeschrieben wurde.“

Das war unsere Verständigung.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Lachen und Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Wir haben erzwungen, dass eine Karenzzeit für Minister eingeführt wird, ehe sie in die Wirtschaft wechseln.“

Und der größte Erfolg ist - jetzt müssten Sozialdemokraten und Grüne eigentlich auf den Tischen stehen -:

„Dass in Schleswig-Holstein in diesem Jahr schon ab 16 gewählt werden darf, geht auf uns zurück.“

(Lachen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist der größte Witz! - Zuruf SPD: Unglaublich!)

Das kennen Sie vielleicht nicht, aber das hatten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon bei den vorletzten Wahlen im Wahlprogramm. Da gab es die PIRATEN überhaupt noch nicht.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Zu sagen, das sei der Erfolg der PIRATEN, ist nicht nur anmaßend, sondern das sind schlicht und ergreifend auch Fake News.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Hans-Jörn Arp [CDU])

Was mich aber besonders betroffen gemacht hat, ist die Aussage des Kollegen Dudda, als es um die Frage eines weiteren Feiertags ging. Wir haben darüber gestritten, teilweise impulsiv, teilweise auch sehr lustig. Er hat hierzu ausgeführt:

„... dann wird unser Antrag als billiges Getue abgetan, als Wahlgeschenk. Ich habe als Redner einen ‚Lynch-Mob‘ erlebt. Es war nur Zorn und Wut da.“

- Ich weiß nicht, in welchem Plenarsaal Sie waren, Herr Kollege Dudda, aber ich habe hier weder etwas von Zorn noch von Wut erlebt, ich habe etwas von kontroverser Debatte erlebt, teilweise sogar lustig.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das würde ich auch sagen!)

Dass es Wut und Zorn war, was Sie empfunden haben, tut mir leid. Das spricht wahrscheinlich für oder gegen Ihre Empfindungen, aber es war mit Sicherheit von niemandem hier in diesem Saal gewollt, dass Sie sich als Mob-Opfer fühlen und sich so in der Öffentlichkeit darstellen. Vielleicht muss man das noch einmal klarstellen.

Ich komme jetzt zu einem ganz ernsten Teil. Was mich aber betroffen gemacht hat, Herr Dudda, und es wäre schön, wenn Sie dazu gleich noch etwas sagen würden, ist die Aussage:

„Am gleichen Abend habe ich getwittert: ‚Ich schäme mich, diesem Parlament anzugehören.‘“

(Zuruf SPD: Ich nicht! - Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich auch nicht!)

„Ich schäme mich, diesem Parlament anzugehören.“ - Auch wenn es sicher ist, dass Sie dem nächsten Parlament nicht mehr angehören werden, ist das eine Sprache, die antidemokratischer nicht sein kann.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das sage ich in allem Ernst. Wenn Sie das hier nicht klarstellen, werde ich immer wieder erklären, dass Sie von der AfD keinen Steinwurf entfernt sind. Warum? - Sie können sich für einzelne Beiträge schämen, Sie können sich schämen für meine Wortbeiträge, für die von Dr. Stegner, von Herrn Arp, von wem auch immer. Sie können sagen, das sei keine angemessene Debatte gewesen. Aber das Parlament als solches als Ort darzustellen, für den man sich schämen muss, ist in einer demokratischen Grundordnung, wie wir sie haben, einfach inakzeptabel!

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Wolfgang Kubicki)

Ich ärgere mich häufiger, teilweise bis zur Weißglut. Manchmal gehe ich auch raus, weil ich einige Beiträge nicht ertragen kann, aber ich bin stolz darauf, dass es in diesem Land die Möglichkeit gibt, sich an einem solchen Ort so auszutauschen, wie wir es tun. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für einen Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Martin Habersaat von der SPD-Fraktion.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte es nicht versäumen, die bildungspolitische Bilanz auch noch einmal von einer anderen Seite zu beleuchten. Zum Ende der letzten Legislatur hatte die GEW Rechnungen veröffentlicht, aus denen hervorging, dass circa 1.400 **Stellen** an den Schulen fehlen. Die Landesregierung hat das bestritten. Der Philologenverband hat damals eine lustige Pressemitteilung veröffentlicht und der GEW vorgeworfen, sie schüre mit ihren Berechnungen Unruhe und Ängste an den Schulen. - Insofern, herzlichen Glückwunsch zu den treuen Verbündeten, liebe CDU.

Wir haben dann in einer der ersten Sitzungen hier von der damaligen Bildungsministerin eine Eröffnungsbilanz vorgelegt bekommen, aus der hervorging, dass 1.600 Stellen an den Schulen in Schleswig-Holstein fehlen. Die ersten 300 haben wir gleich sofort noch zu Ihren Haushaltsbedingungen geschaffen und damit die Lücke teilweise gefüllt. Wir haben den Gemeinschaftsschulen einen Teil der von Ihnen gestrichenen Differenzierungsstunden zurückgegeben.

Bei der Inklusion hatten wir eine Debatte in der letzten Legislaturperiode, in der der Bildungsminister Dr. Klug einen **Inklusionsbericht** vorgelegt hat, aus dem sinngemäß hervorging: Alle Schülerinnen und Schüler sind vorher beschult worden, alle Schülerinnen und Schüler sind hinterher beschult worden. Es gibt keinen Mehrbedarf durch Inklusion.

Was haben wir heute für eine Bildungsministerin? - Eine, die in einem Gutachten vorrechnen lässt, dass 500 Stellen für die Inklusion in Schleswig-Holstein fehlen. Sie sagt ferner, diese 500 Stellen geben wir nun den Schulen in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Übrigens, sich zur Inklusion bekennend! Ich muss sagen, mehr als der Kursschwenk in Sachen Systemänderung und Schulfrieden hat mich erschrocken, dass Herr Günther in anderen Interviews ankündigt, dass die CDU „von der Inklusion abkehren“ will. Das finde ich erschütternd.

(Volker Dornquast [CDU]: Das ist doch überhaupt nicht wahr! Jetzt lügen Sie! Das hat er nie gesagt!)

- Das finde ich erschütternd, Herr Dornquast, erschütternd!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was die **BAföG-Mittel** angeht, hätte die CDU heute eine große Chance. Damals war es ja so, dass der Bund den Ländern die Mittel für Hochschulen und Bildung zur Verfügung gestellt hat. Der Kollege Günther, seinerzeitiger hochschulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, hat eine Pressemitteilung veröffentlicht, aus der hervorging: Alle Mittel sofort an die Hochschulen!

In der gleichen Woche - ich weiß nicht genau, ob es der gleiche Tag war, das müsste ich nachsehen - gab es eine zweite Pressemitteilung der CDU-Landtagsfraktion. Herausgeberin war die Kollegin Franzen und noch einmal Herr Günther. Darin stand: eine Hälfte an die Hochschulen, eine Hälfte an die Schulen. - Immerhin. Nun haben Sie sich jahrelang, je nach Zielgruppe, für eine der beiden Pressemitteilungen feiern lassen können. Heute hätten Sie aber sagen können, was sie nun wirklich mit dem Geld gemacht hätten. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich nun dem Kollegen Dr. Patrick Breyer von der Piratenfraktion das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Herr Kubicki, zu Ihren unglaublichen Anwürfen in Sachen AfD und den Worten meines Kollegen Wolfgang Dudda wird er gleich selbst noch Stellung nehmen.

(Dr. Patrick Breyer)

Ich will aber zurückweisen, dass Sie versuchen, unsere Bilanz und unsere Arbeitsbilanz in diesem Landtag kaputtzumachen.

(Lachen FDP - Hans-Jörn Arp [CDU]: Welche Bilanz?)

Es war doch immer die FDP, die sagt: Leistung muss sich lohnen. Deswegen kann ich gut verstehen, dass es sie wurmt, dass es die PIRATEN sind und nicht die FDP, die pro Abgeordneten die Fleißigsten waren und

(Christopher Vogt [FDP]: Die Fleißigsten?)

die die meisten Initiativen gestartet haben. Lesen Sie die dpa-Meldung aus dieser Woche, und Sie wissen Bescheid.

Natürlich haben wir mit unserer Anfrage aufgedeckt, dass in 100 Gemeinden in Schleswig-Holstein Bohrschlamm verklappt worden ist und seit Jahren nicht untersucht wurde, ob noch giftige Rückstände vorhanden sind. Natürlich war es unsere Initiative, die zu dem Gesetz zur Offenlegung von Managergehältern von öffentlichen Unternehmen geführt hat. Natürlich wäre es ohne uns nicht dazu gekommen, dass die Stelle des Landesdatenschutzbeauftragten erstmals offen ausgeschrieben wurde, statt nach Parteienproporz wieder neu zu besetzen. Das hätte es ohne uns nicht gegeben. Und die Karenzzeiten sind dadurch zustande gekommen, dass wir immer wieder Druck gemacht haben, bis dahin, dass wir zur Durchbrechung Ihrer Antragsblockade sogar einen Vogel-Strauß-Preis überreichen mussten. Das hat dann auch Wirkung gezeigt.

(Lachen SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Nein, diesmal nicht, Frau Präsidentin.

(Zurufe SPD: Oh!)

Dass in Schleswig-Holstein schon ab 16 Jahren gewählt werden darf, war ein Gesetzentwurf, den wir geschrieben haben, bei dem wir Sie gebeten haben, ob Sie sich dem Gesetzentwurf anschließen wollen. Lesen Sie es nach. Wer steht als erster Antragsteller auf dem Gesetzentwurf?

(Widerspruch SPD)

Das waren natürlich wir, weil es unser Gesetzentwurf war. Ich weiß, dass Sie das auch wollen. Das haben nun einmal Beschlüsse des Landtags so an sich, dass es immer Sachen sind, die Sie auch wollen, sonst hätten Sie dem ja auch nicht zugestimmt.

(Martin Habersaat [SPD]: Das steht im Koalitionsvertrag!)

Aber was ich im Interview gesagt habe, war korrekt: Dieser Gesetzentwurf geht auf uns zurück.

(Martin Habersaat [SPD]: Nein!)

Unser Antrag war es, die Leichte Sprache einzuführen, unser Antrag war es, die anonyme Spurensicherung verstärkt einzuführen, und auch die Offenlegung von Sexismus und Rassismus an der Polizeischule, die vom Ministerium und von den Beteiligten vertuscht werden sollte, hätte es ohne uns PIRATEN nicht gegeben. Und das lassen wir uns auch nicht kaputtmachen.

(Regina Poersch [SPD]: Unerhört! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das haben wir schon 2000 beschlossen! - Weitere Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat jetzt Frau Kollegin Anke Erdmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die PIRATEN bekommen mit Sicherheit einen Fleißpreis.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Aber ehrlich gesagt, Herr Breyer, das, was Sie gesagt haben, war mir zu egozentrisch, weil Sie alles, was passiert, auf sich selbst zurückführen. Allein beim Thema Wahlalter 16 muss man sich einmal die Frage stellen, ob es ohne die PIRATEN im Landtag das Wahlalter 16 gegeben hätte. Und die Antwort lautet: Ja, natürlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das gilt für viele andere Punkte auch. Ich würde nicht so weit gehen wie Herr Kubicki und sagen, dass Sie gar nichts erreicht haben. Das liegt mir fern. Aber an vielen Punkten, finde ich, beziehen Sie alles auf sich selber, und das geht mir echt tierisch auf den Keks.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

(Anke Erdmann)

- Ja, Herr Kubicki, das halten Sie jetzt auch noch einmal aus.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil Frau Franzen die Zwischenfrage nicht zugelassen hat, als sie gesagt hat, unter der CDU würden jetzt **500 Stellen** mehr im System sein. Wenn man sich einmal die Finanzierung anschaut, die Sie in den **Haushaltsanträgen** der letzten Jahre vorgelegt haben - das haben wir immer getan -, dann wird klar: Ihr Kollege Koch hat - deswegen dürfen Sie das nicht alles aufaddieren - teilweise strukturelle Mehrausgaben mit einmaligen Abschmelzungen von Rückstellungen gegenfinanziert. Sie haben immer nur geguckt, welche Stellen ab 1. August eines Jahres gebraucht werden. Sie haben die Stellen also gar nicht für ein Jahr durchfinanziert, sondern immer nur für fünf Monate. Da kommt man leicht einmal auf solche Summen.

Das waren Luftbuchungen der Opposition. Das kann man so machen. Aber sich hier hinzustellen und zu sagen: „Wir hätten 500 Stellen mehr!“, das geht nicht an. Das hätte kein Finanzminister in der Realität durchgehen lassen, Frau Franzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da ich gerade hier vorne stehe, will ich auch noch sagen: Die CDU ist wirklich putzig; denn alles das, was Sie im Bildungsbereich fordern abzuschaffen, sind Sachen, die Sie unter der Regierung Carstensen I - meistens I, teilweise II - eingeführt haben. Die Inklusion im Schulgesetz verankert hat die Regierung Carstensen. G 8 eingeführt hat die Regierung Carstensen. Die Notenfreiheit in Klasse 3, 5, 6, 7 und 8 hat die Regierung Carstensen eingeführt.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Die Gemeinschaftsschule eingeführt hat die Regierung Carstensen. Oberstufen ermöglicht hat die Regierung Carstensen. Die frühere Einschulung länger ermöglicht hat auch die Regierung Carstensen. Ich wünsche mir eigentlich, wenn Sie einmal wieder regieren - das dauert ja noch ein bisschen -, sich einfach vorher einmal zu überlegen, was man denn nachher in den Schulen haben möchte. Dann müssen Sie auch nicht sagen: „Wählt uns, damit wir das alles rückgängig machen, was die CDU eingeführt hat.“ - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW -Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Regierung Carstensen muss wieder her, wenn ich das richtig verstanden habe! - Zuruf: Nein, nein, das wäre Zeitvertreib! - Dr. Kai

Dolgner [SPD]: Ist der Dackel wieder gesund? - Heiterkeit)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda von der Piratenfraktion.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erkläre Folgendes: Wenn die „Kieler Nachrichten“ am Folgetag zu der Debatte, zu der ich mich bei den „Lübecker Nachrichten“ geäußert habe, das Wort „Wirtshausgejohle“ verwenden, dann werden sie das nicht ohne Grund getan haben.

Im Nachgang zu der Debatte, um die es hier geht, bin ich glücklicherweise von vielen Kollegen fraktionsübergreifend angesprochen worden, und man hat sich für das entschuldigt, was hier passiert ist, für die persönliche Beleidigungen, die insbesondere den Kollegen Breyer betroffen haben. Das fand ich sehr gut.

Ich habe diese Entschuldigungen nicht gekannt, als ich meinen Tweet geschrieben habe, und der lautete vollständig so, Herr Kollege Kubicki:

„Ich schäme mich, einem Parlament anzuhören, in dem ungeahndet vom Präsidium so beleidigt werden darf.“

Es war einfach ungeahndet, was hier geschehen ist. Der Vorwurf des Autismus ist ungeahndet geblieben. Der Vorwurf, der ja auch berufsbeleidigend war, ist ungeahndet geblieben. Das meine ich damit. Ansonsten bin ich mit Stolz und gerne hier Parlamentarier gewesen und werde es auch gerne weiter sein, wenn es denn so entschieden werden sollte.

Man muss klipp und klar festhalten - -

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Nein, keine Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, ich weise Sie zunächst darauf hin, dass der Ältestenrat sich mit dieser Frage ausgiebig befasst hat und dass Sie die Behauptung, die vorhin verkürzt wiedergegeben wurde, hier im Grunde

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

wiederholt haben. Dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Lachen Uli König [PIRATEN])

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Damit ist alles gesagt. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung hat Minister Meyer das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem, was hier in der Debatte behauptet wurde, kurz einige aktuelle Zahlen anführen, damit das im Protokoll festgehalten wird. Herr Günther hat gesagt: 0 oder 1 km Autobahn. Ich sage Ihnen dazu Folgendes - das sind die Fakten; alle, die etwas anderes behaupten, machen eine Falschaussage -: Erstens. Wir haben in der Zeit von 2012 bis zum März 2017 acht - acht! - vollziehbare Planfeststellungsbeschlüsse erlassen und haben damit Baureife.

(Christopher Vogt [FDP]: Was war denn das?)

- An der A 21 zum Beispiel und an der A 7.

Die Aussage „null Kilometer“ - das ist das, was der Ministerpräsident gesagt hat; das tut uns weh - ist, was die A 20 angeht, richtig. Aber die Aussage „null Kilometer Autobahn“ ist falsch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es sind von 2012 bis zum heutigen Zeitpunkt 34 km Autobahn. Für diejenigen, Herr Kubicki, die in Zentimetern rechnen: Es sind 3,4 Millionen cm, wenn Sie unbedingt diese Einheit haben wollen. Ich sage noch einmal: Alle, die etwas anderes behaupten, machen eine Falschaussage. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. - Es ist kein Antrag gestellt worden, und ich schlage Ihnen vor, die Antwort der Landesregierung auf die

Große Anfrage, Drucksache 18/5311, zur Kenntnis zu nehmen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

(Zurufe - Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, dass wir nun auch noch den Tagesordnungspunkt 28 behandeln. Ich rufe also auf:

Sechsspurig Ersatzbauwerk für die Rader Hochbrücke

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5292

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile zunächst dem Abgeordneten Christopher Vogt von der FDP-Fraktion das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor das böse Gerücht aufkommt, ich würde Ihnen die Mittagspause kaputt machen, will ich darauf verweisen, dass der Ministerpräsident seine Redezeit um 160 % überzogen hat und das dementsprechend alles ein bisschen länger gedauert hat.

Bevor ich zur Rader Hochbrücke und dem dringend benötigten Ersatzbauwerk komme, möchte ich kurz etwas grundsätzlicher auf das Thema **Infrastrukturplanung** in Schleswig-Holstein und die Zusammenarbeit oder - besser gesagt - die nicht vorhandene Zusammenarbeit zwischen der Bundes- und der Landesregierung bei diesem wichtigen Thema eingehen, weil es da aus meiner Sicht grundsätzlich ein Problem gibt.

In den „Lübecker Nachrichten“ war am 19. März 2017 ein bemerkenswerter Artikel zu finden. Verkehrsminister Dobrindt war zu Gast in Ahrensburg zum Thema Infrastruktur und ist dabei natürlich auf das Thema Planung eingegangen. Er sagte - Zitat -:

„40 Milliarden € stehen beim Bund für Investitionen bereit, aber es gibt welche, die nicht abrufen.“

Weiter sagte er mit Blick auf Verkehrsminister Meyer:

„Der habe in dreieinhalb Jahren keine einzige Straße zur Finanzierung gebracht.“

(Christopher Vogt)

So bewertet der Bundesverkehrsminister also öffentlich die Arbeit des Landesverkehrsministers, der uns nun sieben Wochen vor der Landtagswahl einen völlig lächerlichen Sechs-Punkte-Plan zur Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben vorgestellt hat, um so zu tun, als hätte er seinen Job in den letzten Jahren erledigt.

(Beifall FDP)

Aber frei von Schuld ist weder Herr Meyer noch Herr Dobrindt, ganz im Gegenteil. Es fehlen schlichtweg seit Jahren in erheblichem Umfang **Planungskapazitäten**.

(Martin Habersaat [SPD]: Das sind immer nur Liberale!)

Wir haben in Deutschland nach wie vor ein viel zu kompliziertes Planungsrecht. Das Land ist da also in der Pflicht, aber auch der Bund. Heute konnten wir in den „Lübecker Nachrichten“ lesen, dass auch Herr Dobrindt sein eigenes Geld nicht abrufen kann, weil er fehlende Planungskapazitäten im Bereich der Wasserstraßen hat. Insofern sollten sich beide einmal gehörig an die eigene Nase fassen.

(Beifall FDP)

Zur **Rader Hochbrücke**. Die Rader Hochbrücke ist eines der wichtigsten Bauwerke in unserem Bundesland. Zum Glück wird jetzt der Ersatzbau von der Projektmanagementgesellschaft DEGES geplant. Nach einem Bundesgesetz gibt es nur noch eine Klageinstanz, nämlich vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig.

Zwei Dinge sind aus unserer Sicht ganz entscheidend: Das Ersatzbauwerk muss schnell realisiert werden, und es muss zukunftsfähig sein. Das bedeutet für meine Fraktion, dass es nur einen sechsstreifigen Neubau geben kann.

Das Land Schleswig-Holstein ist auf eine intakte und moderne Infrastruktur angewiesen. Es haben ja nicht nur die Schleswig-Holsteiner und insbesondere die Menschen aus dem Landesteil Schleswig ein überbordendes Interesse daran, dass das Bauwerk vernünftig ersetzt wird, sondern auch die Touristen und die Speditionsunternehmen. Aber auch die Dänen, für die die Jütland-Route auch nach der Realisierung der Fehmarnbelt-Querung eine elementare Bedeutung haben wird, haben ein großes Interesse daran, dass es ein vernünftiges Ersatzbauwerk gibt.

Kollege Arp, wir, die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, haben es ja gemeinsam gehört, als wir am 2. März 2017 mit den Verkehrspolitikern aus dem Folketing gesprochen haben. Eigentlich woll-

ten wir nur über die Fehmarnbelt-Querung sprechen, aber wir haben einen Großteil der Zeit auf die Rader Hochbrücke verwandt. Insofern ist die Jütland-Route die **Anbindung Dänemarks** nach Mitteleuropa, und Schmalspurbrücken können wir da nicht gebrauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und Flemming Meyer [SSW])

Wir sollten den Fehler, den man bei der Fehmarnsund-Brücke gemacht hat, wo man auch zu klein gedacht hat, nicht wiederholen. Wir sollten aufhören, uns vor unseren dänischen Freunden in der Verkehrspolitik zu blamieren.

Mit großer Verwunderung habe ich zur Kenntnis genommen, was der ansonsten von mir hochgeschätzte Kollege Arp am 2. Februar 2017 im sh:z gesagt hat. Er sagte nämlich, dass die Planung von zwei zusätzlichen Spuren das Projekt um Jahre zurückwerfen würde. Ich finde, das ist eine sehr interessante Aussage. Ich frage mich, Herr Arp, wie Sie darauf kommen. Wer hat Ihnen das erzählt? Hat Herr Dobrindt das gesagt? Das wollen wir heute einmal hören.

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD] und Uli König [PIRATEN])

Die Landesregierung hat im Wirtschaftsausschuss das genaue Gegenteil behauptet. Wenn man die A 7 bis Bordesholm ausbaut, sollte man doch ein Bauprojekt, das für die nächsten Jahrzehnte oder das nächste Jahrhundert reichen soll, vernünftig ausbauen. Die Verkehrszahlen - da sind wir uns einig - steigen weiter.

Dass sich der Bund bisher gegen einen sechsspürigen Ausbau ausspricht, halte ich für eine absolute Frechheit. Am Geld kann es laut Herrn Dobrindt ja nicht liegen. Er sagt ja, er habe genug Kohle, die könne er nur nicht ausgeben.

In diesem Zusammenhang irritieren mich zwei Dinge: zum einen, dass die **Landesregierung in verkehrspolitischen Fragen in Berlin** überhaupt kein Gehör findet. Nun wissen wir ja, wie ich schon erwähnt habe, dass Herr Dobrindt von Herrn Meyer überhaupt nichts hält. Aber soweit ich weiß, ist die SPD doch immer noch Teil dieser Bundesregierung. Herr Meyer, warum können Sie sich in Berlin in keiner einzigen Frage durchsetzen?

Kollege Arp, zum anderen irritiert mich, dass sich auch die **Landes-CDU**, die im Wahlkampf steckt, überhaupt nicht durchsetzen kann. Ich verweise auf die Pkw-Maut, über die wir in der letzten Tagung debattiert haben. Sie haben Ausnahmen für Grenzregionen gefordert. Das lehnt Herr Dobrindt ab, das

(Christopher Vogt)

lehnt die Bundestagsfraktion mit Ihren Kollegen ab. Wer hört in Berlin eigentlich auf Sie?

Herr Kollege Arp, bekennen Sie sich heute zum sechsspurigen Ausbau! Springen Sie über Ihren Schatten!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da muss er auch nicht weit springen!)

Ich glaube, dass Herr Dobrindt Ihnen diesen Wunsch mitten im Wahlkampf nicht ausschlagen könnte. Anpacken statt rumschnacken. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung, Herr Kollege Arp. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Kollege Hans-Jörn Arp das Wort.

(Uli König [PIRATEN]: Erzähl mal, warum du nur zwei Spuren willst! - Weitere Zurufe)

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Warte doch erst einmal, bis ich da bin, dann erzähle ich euch das. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Vogt, wenn wir jetzt darüber abstimmen würden, ob wir einen **sechsspurigen Ausbau** wollen oder nicht, würden alle ja sagen, ohne Wenn und Aber. Es geht aber um die Frage - und die müssen Sie mir beantworten -: Garantieren Sie, dass die Brücke bis 2025 fertig ist? Bis 2026 garantieren die Gutachter für die Stabilität und Befahrbarkeit der Brücke.

Wir haben schon jetzt zwei Jahre **Planungszeit** verloren. Geplant ist ein vierspuriger Ausbau mit einer verbreiterten Standspur. Das ist der aktuelle Stand.

Ich habe mit vielen Unternehmen, vielen Spediteuren, aber auch mit Hans Christian Schmidt gesprochen. Bei dem Gespräch hatten Sie ja den Vorsitz. Er kam hinterher zu mir und sagte: „Wissen Sie was, Arp? Sie haben recht.“

Das **Risiko**, das wir eingehen, kann keiner kalkulieren. Davor haben die Unternehmer Angst. Keiner von uns hat etwas gegen einen sechsspurigen Ausbau, aber es darf auf keinen Fall ein Tag Zeit verloren gehen. Darum geht es.

(Uli König [PIRATEN]: Ein Tag?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Vogt, bitte.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Arp, Sie sagen, alle seien für einen sechsspurigen Ausbau - -

(Das Saalmikrofon funktioniert nicht - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sozialdemokraten und Technik! - Zuruf: Herr Habeck hat den Strom abgedreht! - Zurufe: Mittagspause! - Unruhe)

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Kollege Vogt, komm doch hierher. Sie können die Frage gern hier vorn stellen; ich biete Ihnen mein Mikrofon an. Komm hierher, zeig Größe.

(Heiterkeit und Zurufe - Christopher Vogt [FDP] begibt sich nach vorn zum Rednerpult)

- Herr Kollege Arp, wenn wir alle dafür sind, warum haben Sie sich dann nicht ab dem Jahr 2013 für einen sechsspurigen Ausbau ausgesprochen?

(Beifall FDP)

Haben Sie mitbekommen, dass die Landesregierung im Wirtschaftsausschuss das genaue Gegenteil erklärt hat, nämlich dass es noch möglich sei? Wer von Ihnen hat denn jetzt unrecht? - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Gastfreundschaft.

(Beifall FDP - Heiterkeit - Christopher Vogt [FDP] geht zurück auf seinen Platz)

- Auf die Aussagen aus dem Verkehrsministerium zu Verkehrsfragen habe ich in den letzten Jahren nicht viel gegeben, weil sie nie eingetreten sind. Ich bilde mir meine eigene Meinung. Wenn der Verkehrsminister im Februar 2015 einen Vertrag mit dem Bundesverkehrsminister über die Ersatzbaumaßnahme abschließt, bin ich - wie wir alle - davon ausgegangen, dass das aufgrund eines Verkehrsgutachtens geschehen ist. Man schließt ja keinen **Vertrag über ein Ersatzbauwerk**, wenn man gar nicht

(Hans-Jörn Arp)

weiß, wie viel Verkehr dort fließen wird. Das ist die Basis.

Noch einmal, es sind zwei Jahre verlorengegangen. Man hätte im Februar 2015 sagen müssen: Wir haben den Bedarf für einen sechsspurigen Ausbau. Dann hätten wir gesagt: Wunderbar, super.

Jetzt ist die Angst latent bei fast allen auf der Jütland-Route. Diejenigen, mit denen ich gesprochen habe, sagen: Bis 2026 sind noch neun Jahre. Rechnen wir einmal drei Jahre für die Planung, zwei Jahre, bis es im Zweifelsfall in Leipzig entschieden ist, mindestens ein Jahr dauert der Abbruch. Wir haben gesehen, wie das Projekt bei der Stör-Brücke gelaufen ist. Dieses Projekt ist viel größer, und der Abbruch dauert voraussichtlich länger als ein Jahr. Dann bleiben noch drei Jahre für den Neubau einer Brücke von zwei Brücken; es werden ja zwei Brücken nebeneinander stehen.

Das ist das **Zeitfenster**. Das ist sachlich und hat mit Ideologie und Politik überhaupt nichts zu tun. Das können wir sachlich und vernünftig miteinander besprechen. Wollen Sie das Risiko eingehen? Gehen Sie zu den Spediteuren und sagen: Die zwei Jahre, die bisher geplant wurden, müssen in einigen Teilen überholt, neu berechnet werden, weil sechs Spuren etwas anderes sind. Wenn das nicht der Fall ist, wenn man der CDU an dieser Stelle garantiert, dass es keinen Zeitverzug gibt, gibt es keinen von uns, der den sechsspurigen Ausbau ablehnt.

Uns geht es um das Signal an die Wirtschaft nördlich des Nord-Ostsee-Kanals, an all diejenigen, die die **Rader Hochbrücke** existenziell brauchen. Bis hin in die Jütland-Route muss klar sein: Egal, wie wir hier entscheiden, wir verlieren keinen Tag. Dann ist das Verständnis bei allen da, bei uns insbesondere, weil wir vielmehr als die Sozialdemokraten und Grünen für eine vernünftige Infrastruktur in diesem Land sind. Das ist unser Petitum. Darum geht es uns. Nichts anderes haben wir bei dieser Frage im Sinn.

Bisher hat uns diese Frage noch keiner beantworten können: Wie viel Zeit verlieren wir durch eine Neuplanung? Wenn sich Minister Meyer hinstellt und sagt, wir verlören nicht einen Tag, das könnten wir sofort machen, dann bejubeln wir das, dann hätte dieser Antrag etwas bewirkt. Anstatt in der Mittagspause zu sitzen, hätten wir dann einen konstruktiven Beitrag geleistet. Ich freue mich auf die Beiträge von Herrn Meyer, und auf die anderen können wir so lange verzichten. - Danke.

(Beifall CDU - Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schön, dass der Kollege Kubicki schon im Vorwege weiß, was ich sagen will.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Von Ihnen habe ich gar nicht geredet!)

- Ach so, dann habe ich das missverstanden! Auch ich werde älter, Herr Kubicki. Der Kollege Arp - -

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Haben Sie mich übersehen? So klein bin ich doch auch nicht!)

- Entschuldigung! - Sehr geehrter Kollege Arp, Sie sprachen davon, dass Sie sich für **vernünftige Infrastruktur** einsetzen. Wenn Sie sich für vernünftige Infrastruktur aussprechen, könnten Sie sich ausnahmslos auch für den sechsspurigen Ausbau der Rader Hochbrücke aussprechen.

(Beifall SPD, FDP, PIRATEN und SSW)

Sie werden an meiner Vorbemerkung und am Klatschen der Koalition merken, dass wir uns in der Richtung positioniert haben.

Auch mich hat der Besuch der Kolleginnen und Kollegen des dänischen Folketing im vergangenen Monat sehr beeindruckt, weil es immer wieder erfreulich ist zu sehen, wie groß das Interesse an einer guten Zusammenarbeit ist, und sehr beeindruckend, dass trotz einer Staatsgrenze die Gemeinsamkeiten zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland überwältigend groß sind. Gemeinsam ist unser Interesse, dass die **Rader Hochbrücke** bis zum Baubeginn, während der Bauphase und nach der Fertigstellung nicht wieder zum stetigen Nadelöhr wird.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Die **wesentlichen Verkehrsströme aus Dänemark** verlaufen aktuell über die A 7. Immer wenn die Brücke nur eingeschränkt nutzbar ist, kommt es zu langen Staus, zu Ausweichverkehren, worunter die Städte Rendsburg und Büdelsdorf massiv zu leiden haben. Bei der letzten Sanierung, die gerade abgeschlossen ist, konnten wir das wieder erleben.

Die **A 7** ist neben der A 1 Schleswig-Holsteins **Hauptverkehrsachse nach Skandinavien**, insbesondere nach Jütland. In Jütland liegen die Hauptproduktionsstätten Dänemarks, und der größte Teil

(Kai Vogel)

der Ferienurlauber Dänemarks verbringt seine Zeit an der Nordseeküste, nutzt also die A 7 und die Rader Hochbrücke.

So kommt es in den Sommermonaten an den Wochenenden regelmäßig zu Verkehrsstockungen, wenn der Bettenwechsel ansteht und zeitgleich die Wochenendtouristen unterwegs sind.

Jede **Autobahn** hat ihre **Kapazitätsgrenzen**. Alle, die wie ich die A 7 regelmäßig nutzen, wissen, dass die Kapazitätsgrenzen in bestimmten Bereichen erreicht sind. Nicht grundlos wird die A 7 bis Bordesholm zurzeit sechsspurig ausgebaut. Die Verkehrsmengen sind einfach zu groß. Wer noch vor wenigen Jahren nördlich des Bordesholmer Dreiecks unterwegs war, befuhr meist eine relativ freie Autobahn. Wenn man heute unterwegs ist, hat sich das Bild sehr gewandelt. Nicht grundlos hat der Kollege Lars Harms letztes angeregt, dass es sinnvoll wäre, über ein generelles Lkw-Überholverbot auf diesem Streckenabschnitt nachzudenken.

(Beifall Flemming Meyer [SSW])

Besonders stauanfällig ist die Rader Hochbrücke. Das trifft übrigens immer auf Bauwerke zu, die die Autofahrerinnen und Autofahrer oder auch die Lkw-Fahrer in besonderer Art und Weise fordern. Jeder, der durch den Elbtunnel fährt, weiß, dass da langsamer gefahren wird, auch wenn die Straße frei ist. Ähnlich stellt sich das bei der Rader Hochbrücke dar. Bis zum Rendsburger Dreieck läuft der Verkehr häufig ohne Stau. 2 km davor beginnt der Stau. Auf der anderen Seite, von Norden kommend, von der Owschlagler Seite, stellt sich das genauso dar.

Seit 2013 wissen wir, dass die **Rader Hochbrücke** neu gebaut werden muss, da die alte Brücke marode ist. Die DEGES führt die **Planung** für den **Ersatzbau** durch. Die Planungen laufen nach meinem Erkenntnisstand gut. Seit Planungsbeginn taucht immer wieder der Wunsch nach einer Sechsspurigkeit auf. Die bis dahin bekannten Verkehrsmengen von 42.000 Fahrzeugen pro Tag sprachen allerdings dagegen. Das ist beim letzten oder vorletzten Mal im Wirtschaftsausschuss auch dargestellt worden, dass die neuen Planungen ganz andere Zahlen ergeben haben. Die **Verkehrsprognosen** gingen ursprünglich bis 2030 von einer Steigerung auf 54.000 Fahrzeuge aus. Die letzte Zählung hat ergeben, dass die Erwartungen von 2030 bereits heute erfüllt sind, 15 Jahre früher.

Wo werden wir denn 2030 wirklich liegen? Genau weiß das keiner. Doch die Verkehrsentwicklung für diese Strecke zeigt in den vergangenen Jahren im-

mer steil nach oben. Warum macht nun eine Sechsspurigkeit aus unserer Sicht Sinn?

Das neue Brückenbauwerk wird für einen Zeitraum von - ich denke - 40 Jahren bestehen. Die neue Brücke wird ab 2029 komplett genutzt, der eine Teil der Brücke wird schon deutlich früher genutzt werden können. Dann wird die andere Brücke daneben neu gebaut. Man geht von einer prognostizierten Haltbarkeit bis circa zum Jahr 2069 aus. Das sind noch 52 Jahre! Von heute gerechnet kann doch nun wirklich niemand ehrlich prognostizieren, wie im Jahre 2069 vermutlich die Verkehrsströme sein und welche Verkehrsmengen in den kommenden 50 Jahren über diese Brücke fließen werden. Sollte der Verkehr weiter so deutlich zunehmen wie im Augenblick, ist davon auszugehen, dass die **Rader Hochbrücke** einen massiven **Engpass** darstellt. Wenn die anderen Teile alle sechsspurig ausgebaut worden sind, werden wir nicht in der Lage sein, kurzfristig zu entscheiden, die Rader Hochbrücke umzubauen. Das weiß jeder, dass das eine Schnapsidee wäre.

Bis zum zweiten Quartal, das ist meine Erkenntnis, muss die Entscheidung fallen, damit es bei dem neuen Brückenbauwerk zu keinen Zeitverzögerungen kommt. Wir halten die Sechsspurigkeit für eine absolut sinnvolle und vorausschauende Infrastrukturmaßnahme. Wer weiterhin zu vier Spuren tendiert, verharrt und blickt nicht nach vorn. Wer weiter zu vier Spuren steht, wird nicht die Sorgen der Logistiker, der Tourismusexperten und des dänischen Volkes sehen. Wir bitten die Landesregierung, sich auch weiter für den sechsspurigen Ausbau stark zu machen und unterstützen den Antrag der FDP. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich nun das Wort dem Abgeordneten Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Jetzt kommt eine Brückenrede, also keine Büttenrede. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jahrzehntlang gab es Neubau und **Verkehrswachstum**, insbesondere auch eine Vervielfachung des Lastverkehrs, die auf einen Bestand traf, der darauf nicht ausgelegt war. Das rächt sich nun bei der **Rader Hochbrücke**. Die Schlagader des

(Detlef Matthiessen)

Landes droht an ihrer empfindlichsten Stelle zu verstopfen. Minister Reinhard Meyer machte sofort den ersten nötigen Schritt: Tempolimits und Kontrollen. Damit hat die Brücke eine Chance, ihre noch prognostizierte Lebenszeit bis 2026 zu erreichen.

Als einen zweiten wichtigen Schritt begann die Koalition sofort mit **Planungen für Ersatzbauten**. Viele Möglichkeiten wurden diskutiert, meine Damen und Herren, auch eine von uns befürwortete Variante, nämlich die kombinierte Tunnellösung für Straße und Schiene. Darauf folgte der schmerzliche dritte Schritt, nämlich die Erkenntnis, dass die Zeit bis zur Realisierung angesichts der drohenden Sperrung der alten Brücke nichts anderes zulässt als eine Ersatzbrücke an gleicher Stelle. Die Planung wurde unmittelbar begonnen.

Wir dürfen, wenn wir schon neu bauen, **keinen neuen Engpass** über den Kanal planen. Also noch einmal hier verdeutlicht: Wir unterstützen den Antrag der FDP nach dem Motto: Schleswig-Holstein first, Schleswig-Holstein first.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Make Schleswig-Holstein great again! - Zurufe SPD und Christopher Vogt [FDP])

Es stellen sich aber natürlich einige Fragen, Herr Kollege Vogt. Eine sechsspurige A 7 Bordschholm-Dänemark steht in keinem **Verkehrswegeplan**.

(Zuruf CDU: Das muss auch nicht sein! - Christopher Vogt [FDP]: Das ist ein Ersatzbauwerk!)

Der bestehende Bundesverkehrswegeplan ist jetzt schon Makulatur, weil er unterfinanziert ist.

Ich sagte, ich stelle noch einmal Fragen. Wo bleiben die Mengen von Fahrzeugen, wenn die feste Fehmarnbelt-Querung tatsächlich kommt? Inwieweit ist dort eine Entlastung der A 7 zu erwarten?

(Christopher Vogt [FDP]: Ihr sagt doch immer, es fährt keiner drüber!)

Die gleiche Frage stellt sich für die A 20. Es geht um solide **Verkehrsprognosen**, um die Sechsspurigkeit auch begründen zu können.

Meine Damen und Herren, 6,5 t Achsgewicht im schwingenden Verbrenner bedeuten circa 30.000-fache Last auf der Straße, verglichen mit einem Pkw. Das muss aber nicht so bleiben.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Warum redet eigentlich nicht Herr Tietze dazu?)

Was ist für die Statik und den Platzbedarf der A-7-Brücke zu erwarten, wenn Lkw statt Verbrennerantrieb elektrisch fahren und automatisch, also elektrisch ruckfrei und unbemannt in dichtem Abstand mit maschinendisziplinierter Langsamfahrt?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wollt ihr das jetzt auf der Rader Hochbrücke fordern?)

Wir brauchen sehr langfristige **Prognosen** für eine **Sechsspurigkeit**. Ich stelle dazu einige Fragen, die wir heute in der Form noch nicht beantwortet haben.

(Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

Wir brauchen also im Verkehr Netzstrategien mit Prioritätenlisten und vor allen Dingen verlässlicher Datengrundlage, meine Damen und Herren. Wenn wir gerade bei Bauwerksfestigkeit sind, bei Stabilität sozusagen: Meine Damen und Herren, die CDU sagt, stabile Regierung statt Dänenampel.

Ich möchte nicht über Rassismus reden. Wenden wir uns dem Begriff Stabilität zu, den die CDU für sich reklamiert. Stabilität und CDU: Viel Spaß!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was hat denn Rassismus damit zu tun?)

- Wie soll die es denn gemeint haben, Herr Kubicki? Eine Positivkonnotation ist das ja wahrscheinlich nicht.

Ich möchte noch einmal CDU und Stabilität ansprechen. Die CDU hat es geschafft, in zwei verkürzten Legislaturperioden vier Verkehrsminister zu verbrauchen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Was hat das denn jetzt mit der Rader Hochbrücke zu tun?)

Demnächst hat Küstenkoalitions-Meyer die Amtszeiten aller seiner Vorgänger eingesackt, vier Verkehrsminister, sechs Landesvorsitzende.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Aber keine Straßen gebaut!)

- Herr Arp, Stabilität sieht anders aus. Und Daniel Günther ist auch so ein Wechselbalg, ein Irrtum sozusagen. Er wurde ja eingewechselt, weil der andere Spitzenkandidat schlechtere Umfragewerte einspielte und wenig bekannt wurde.

(Uli König [PIRATEN]: Was hat das mit der Brücke zu tun? - Volker Dornquast [CDU]: Was hat das mit der Brücke zu tun? Rede doch über das Thema!)

Und jetzt, liebe CDU: Bekannt? Umfragewerte? Daniel Günther müsste eigentlich nach CDU-Logik

(Detlef Matthiessen)

ausgewechselt werden. Stabilität sieht anders aus, meine Damen und Herren. Lassen Sie lieber Minister Meyer die Brücken bauen, dann wird es solide.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein, lieber nicht!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Piratenfraktion hat das Wort der Abgeordnete Uli König.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich glaube, wir können das hier relativ schlank abhandeln: Wir sind uns weitgehend darüber einig, dass wir eine **sechsspurige Rader Hochbrücke** wollen. Die CDU hat das noch nicht ganz verstanden. Die hat noch ein bisschen Angst davor, dass es länger dauern könnte. Aber der Rest des Hohen Hauses ist sich an dieser Stelle einig.

Meine Damen und Herren, mir ist sehr wichtig: Wenn wir eine neue Rader Hochbrücke bauen, muss diese einen ordentlichen **Windschutz** bekommen. Wie oft hören wir im Radio: Die Rader Hochbrücke ist gerade nicht befahrbar wegen starken Windes; leere Lkw, Wohnmobile und so weiter dürfen gerade nicht drüber.

Ich würde Sie bitten, Herr Minister - ich glaube, Sie haben es im Ausschuss schon einmal angedeutet -, dass bei dem Neubau der Brücke für einen ordentlichen Windschutz gesorgt wird, damit man auch im durchaus windreichen Land Schleswig-Holstein bei möglichst viel Wetter diese Brücke benutzen kann. So wie ich die DEGES verstanden habe, prüft sie im Moment Wind- und Lärmschutzmaßnahmen in Rücksprache mit den Anwohnern.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich glaube, der Kollege Vogel hat es vorhin angedeutet: Es ist sehr wichtig, dass wir im Blick haben, dass diese neue Brücke sehr lange halten muss und wird. Wenn wir sie ordentlich planen und eine ordentliche Baukontrolle machen, haben wir darauf eine Chance. Aber wir wissen noch nicht, was in 50 Jahren passiert.

Ich nenne ein Beispiel aus der Kunst. Im Film „Zurück in die Zukunft, Teil 2“ aus dem Jahr 1989 wurde versucht zu prognostizieren, wie das Jahr 2015 wohl aussehen würde.

(Heike Franzen [CDU]: Hoverboards!)

- Ja, genau, Hoverboards, Frau Franzen, Sie haben es richtig erkannt, und fliegende Autos, die keinen Rollwiderstand auf der Straße haben. Was das, Herr Matthiessen, für die Brücke bedeutet, wissen wir heute noch gar nicht. Was ich damit sagen will, ist: Der Verkehr kann sich in den nächsten 50 Jahren krass verändern; wir haben keine Ahnung.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen wir jetzt keine Brücke bauen, oder was?)

- Doch! Wir sollten auf Sicherheit spielen an der Stelle, wir sollten ein sechsspuriges Bauwerk bauen, weil wir nicht sicher sein können, was wird. Ich bin aber nicht der 100-prozentige Sicherheitsmensch wie der Kollege Arp. Ich war vor zwei Jahren in Nepal. Da hat mir ein Guide erklärt: Die Deutschen wollen immer 100 % garantiert. - Ich habe das damals nicht verstanden. Ich habe nicht verstanden, was er meint. Aber nachdem ich jetzt hier den Kollegen Arp zur Rader Hochbrücke habe reden hören, dass er zu 100 % garantiert haben will, dass die Brücke auf den Tag genau fertig wird - ohne jegliche Verzögerung

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das habe ich nie gesagt!)

- ein Tag, haben Sie gerade gesagt, da können wir ins Wortprotokoll schauen -,

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

dann weiß ich, wen der Guide aus Nepal gemeint hat, wenn er meint, die Deutschen wollten immer alles 100 % garantiert haben. Herr Arp, ich schlage vor, wir wagen hier ein bisschen Risiko und bauen sechsspurig.

Herr Meyer hat angedeutet, dass wir für die sechsspurige Brücke mit **Mehrkosten** von bis zu 15 % zu rechnen haben. Das ist im Vergleich zu der Leistung, die wir dafür bekommen, sehr günstig. Insofern sollten wir das machen.

Meine Damen und Herren von der FDP, an dieser Stelle kann ich Ihnen sagen: Man muss es nicht nur wollen, man muss es auch können, liebe FDP. Dieser Spruch hört sich für die meisten meiner Kollegen nicht wie ein Wahlkampfslogan, sondern wie Werbung für ein - so sage ich mal - Potenzmittel an. Aber vielleicht funktioniert es ja mit diesem Antrag.

(Christopher Vogt [FDP]: War das gerade Altersdiskriminierung? - Wolfgang Kubicki

(Uli König)

[FDP]: Er kann es offensichtlich nur mit Potenzmitteln! - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole noch einmal: Es ist wichtig, dass wir bei dem Neubau der Rader Hochbrücke sicherstellen, dass es eine ordentliche Bauaufsicht gibt, dass wir kein künstliches Nadelöhr mit einer vierspurigen Rader Hochbrücke schaffen. Wir fördern damit auch die Industriepolitik in diesem Land, wie Herr Meyer uns das immer versprochen hat. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Christopher Vogt [FDP]: Jetzt habe ich immer Bilder im Kopf, wenn ich dieses Plakat sehe! - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben wir alle! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Keinen Neid! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Er wird noch lernen, dass er als junger Vater nachts ganz andere Sorgen hat!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat nun Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Matthiessen, es mag ja sein, dass der **sechsspurige Ausbau der A 7** bis zur dänischen Grenze in keinem Verkehrswegeplan steht. Nichtsdestotrotz ist das eine alte Forderung vom SSW, an der wir auch festhalten werden.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die aktuellen **Verkehrszahlen** untermauern unsere Forderung. Alle Prognosen sagen vorher, dass in den nächsten Jahren sowohl der Individualverkehr als auch der Güterverkehr auf der Straße zunimmt. Das gilt auch für den Verkehr in Skandinavien. Das dänische Institut für Transportstudien prognostiziert bis 2025 eine Verdoppelung des Güterverkehrs. Für die Region Sønderjylland wird der größte Zuwachs vorhergesagt. Wer heute glaubt, dass die Fehmarnbelt-Querung den Skandinavien-Verkehr auffangen wird, der irrt.

Richtig ist: Der Verkehr aus Schweden und der Region Kopenhagen wird die Querung dort nutzen. Aber der weit größte Teil der produzierenden Wirtschaft Dänemarks - rund 70 % - liegt westlich des Großen Belts. Daher wird der Güterverkehr - auch der norwegische - die Jütland-Route weiter nutzen.

Damit wird deutlich: Die A 7 mit der festen Querung über den Nord-Ostseekanal ist nicht nur die Nord-Süd-Verbindung Schleswig-Holsteins, sie ist auch die Verbindung Skandinaviens mit dem Rest Europas. Damit zählt sie auch zu den wichtigsten **europäischen Verkehrsverbindungen**, und sie ist für die Wirtschaft - diesseits und jenseits der Grenze - von existenzieller Bedeutung.

Aus diesem Grund gibt es auch auf der dänischen Seite Bestrebungen, die E 45 nördlich der Grenze sechsspurig auszubauen und eine Verbindung nach Westen zu schaffen. Daher reicht der Ausbau unserer A 7 bis Bordsesholm nicht aus. Der sechsstreifige Ausbau der A 7 muss bis zur Landesgrenze nach Dänemark durchgeführt werden.

Die FDP rennt mit ihrem Antrag offene Türen bei uns ein; denn die **Rader Hochbrücke** darf nicht zum **Flaschenhals** der A 7 werden. Wenn wir heute wissen, dass das bestehende Bauwerk voraussichtlich nur noch bis 2026 hält und die Verkehrszahlen weiter steigen, dann ist es nur folgerichtig, dass wir die Querung den zu erwartenden verkehrlichen Anforderungen anpassen müssen. Die aktuell vorliegenden Verkehrszahlen der Rader Hochbrücke entsprechen der prognostizierten Berechnung für 2030. Darum: Alles unter sechs Spuren wäre eine Fehlplanung. Wenn die Brücke erst einmal steht, dann wird man sie dort über Jahrzehnte nicht mehr ändern. Zusätzliche Fahrspuren links und rechts der Brücke werden später mit Sicherheit nicht angeflanscht.

Anstatt also sehenden Auges eine Fehlplanung durchzuführen, muss jetzt alles darangesetzt werden, diese Fehler zu beheben und zu korrigieren. Dafür ist es noch nicht zu spät.

Da wundert es einen schon, dass der Kollege Arp die Forderung des Verkehrsministers Meyer als unverantwortlich bezeichnet. Wenn Minister Meyer seine Forderung wiederholt, dann ist es ein Zeichen dafür, dass er die Situation in Schleswig-Holstein richtig einschätzt. Das können wir von Minister Dobrindt und vom Kollegen Arp nicht behaupten.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Anstatt jetzt aus parteipolitischen Erwägungen heraus Minister Meyer zu kritisieren, hätte ich mir gewünscht, dass die **CDU** die **Handlungsnotwendigkeit** erkennt und die Forderung entsprechend unterstützt. Das wäre nämlich ein deutliches Signal nach Berlin im Sinn einer vorausschauenden Verkehrspolitik gewesen.

(Beifall Kai Vogel [SPD])

(Flemming Meyer)

Ich möchte hier noch einmal erwähnen, dass es nicht nur die Leute aus dem Folketing waren. Wir haben ja im Ausschuss von dänischen Transportunternehmern gehört. Ich möchte gern daran erinnern, dass der Vorsitzende des Verbands der süddänischen Transportunternehmer, Mogens Therkelsen, kurz nachdem das bekannt wurde, an den dänischen Folketing einen Brief geschrieben hat, in dem er den Folketing aufgefordert hat, Minister Meyer zu unterstützen und Druck auf Berlin auszuüben, um die sechsspürige Brücke über den Kanal zu bekommen, die Rader Hochbrücke. Das hat also der Vorsitzende des Transportunternehmerverbandes geschrieben.

Bis wir aber erreicht haben, dass die A 7 und die Rader Hochbrücke entsprechend ertüchtigt werden, fordern wir aus Sicht des SSW, dass auf der A 7 von dem Bordesholmer Dreieck bis zur dänischen Grenze tagsüber von 6 bis 20 Uhr dann zumindest ein durchgehendes Lkw-Überholverbot ausgesprochen wird. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich der Kollege Dr. Kai Dolgner von der SPD-Fraktion gemeldet. Ich erteile ihm hiermit das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Arp, springen Sie wirklich über Ihren Schatten. Das haben wir in der Region auch gemacht.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Dann hoffe ich ja, dass Sie dem FDP-Antrag zustimmen! Dann habe ich Sie an der Stelle verkehrt verstanden. Auf jeden Fall werde ich mir als **Abgeordneter aus der Region** genau ansehen, wie Sie sich nachher zu dem Antrag verhalten. Sonst stelle ich fest, dass die Abgeordneten der CDU aus der Region Rendsburg nicht so viel Einfluss in der CDU-Landtagsfraktion zu haben scheinen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das hat doch damit nichts zu tun! Das hat doch gar keiner gesagt! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Namentliche Abstimmung!)

- Na ja, dann stimmen Sie ja zu. Sie stimmen zu? - Stimmen Sie dem Antrag zu, oder stellen Sie mir eine Zwischenfrage, Kollege Arp! Bei Ihrem Vor-

trag habe ich überhaupt nicht erkennen können, ob Sie dem nun zustimmen oder nicht. Das ist das Einzige, was die Menschen bei mir in der Region interessiert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich werde die gesamte Debatte auf die Homepage stellen. Ich weiß nicht, mit welchen überregional tätigen Unternehmern Sie gern sprechen, ich wohne in Osterrönfeld. Ich wohne mitten drin in der Misere zwischen Kanaltunnel und Hochbrücke. Mich interessiert dieses Feinzeilerte nicht. Mal ganz ehrlich, es ist ein völliger Wahnwitz: Vor 40 Jahren hat der Bund gepfuscht und ist jetzt nicht bereit, seinen Pfusch so zu korrigieren, dass man Verkehrsprognosen nicht für 40, sondern vielleicht noch für 100 Jahre gerecht werden kann. - Ganz ehrlich!

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das war Herr Lauritzen!)

- Das ist uns vollkommen schnuppe! Das war übrigens eine CDU-Regierung in Schleswig-Holstein.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Sie kennen das mit der Auftragsverwaltung. Gebaut hat daran übrigens mein Schwiegervater, nur einmal so ganz nebenbei.

(Beifall Volker Dornquast [CDU] - Zurufe: Oh!)

Auch damals war vielen Beteiligten klar - das ist alles für Sie sehr witzig -, dass die Sachen möglichst schnell zu machen, weil man irgendeinen Termin hat, nicht gerade zu Qualitätsverbesserungen führt. Völlig unabhängig davon - Sie können jetzt versuchen, davon abzulenken oder Sonstiges -: Wir in der **Region** haben nur etwas von einem **Neubau**. Dann haben wir auch modernen Lärmschutz. Es ist doch Wahnwitz, dass unseren Mitbürgern der Lärmschutzstandard von 1972 präsentiert werden soll. Ganz ehrlich, wenn Herr Dobrindt nicht weiß, wohin mit dem Geld - und Schleswig-Holstein ruft ja nur ganz wenig Geld ab -, hier können alle Parteien sagen: Wir nehmen dein Geld, wir nehmen sogar noch mehr Geld davon.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt FDP und Beifall Uli König [PIRATEN])

Dann können wir uns alle gemeinsam hier dafür einsetzen, vielleicht nicht so wie Herr Ferlemann, der in die Region gekommen ist und vor zwei Jahren für dieses Jahr die Wiedereröffnung des Kanal-

(Dr. Kai Dolgner)

tunnels versprochen hat - seitdem ward er nicht mehr gesehen -,

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

sondern um das vielleicht einmal ernsthaft an der Stelle noch einmal zu sagen: Wir sind jetzt schon bei den **Verkehrszahlen** bei der **Prognose für 2030**. Die alte Prognose stimmt schlicht und ergreifend nicht mehr. Man kann natürlich sagen: Das machen wir genauso, wie es vor 40 Jahren in Ordnung war.

Das können wir dann unseren Nachfolgern erzählen, wenn wir wieder Verkehrschaos haben; denn die Kapazität wird - das ist jetzt schon, noch vor 2020, noch in der **Planungsphase**, erkennbar - nicht ausreichen. Somit werden wir noch in der Planungsphase erleben, dass uns die Journalisten und unsere Nachfolger fragen - die Brücke ist noch gar nicht gebaut; wir sind noch im Planfeststellungsverfahren; wir sind jetzt über die 60.000 herüber -: Wieso machen Sie so einen Blödsinn? - Dann möchte ich gern antworten: Nein, wir haben diesen Blödsinn nicht gemacht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Wir haben alle gemeinsam dafür gekämpft, dass er nicht gemacht wird. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Uli König [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich nun dem Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zwei persönliche Vorbemerkungen.

Erstens. Bei „Zurück in die Zukunft“ finde ich, dass Teil 2 der schlechteste der drei Teile war.

(Christopher Vogt [FDP]: Das finde ich auch!)

Zweitens. Ich mache zwar vieles, aber Brücken baue ich nicht selbst. Das überlassen wir, bitte

schön, den Experten. - Manchmal sollten wir auf die Sprache achten.

Meine Damen und Herren, bei der **Rader Hochbrücke** hat sich die **Landesregierung** frühzeitig dafür eingesetzt, dass wir eine **Sechsspurigkeit** bekommen. Wir haben das bereits im Jahr 2013 gegenüber dem Bund vertreten, wir haben es im Jahr 2014 nochmals gegenüber dem Bund vertreten, wir haben die Brücke für den Bundesverkehrswegeplan 2030 als sechsspurigiges Ausbauprojekt angemeldet. Der **Bund** hat es immer mit dem Argument abgelehnt, die **Verkehrsprognosen** reichten nicht aus, um eine Sechsspurigkeit zu begründen.

(Christopher Vogt [FDP]: Unglaublich!)

Im Januar 2016 haben wir uns gemeinsam mit der DEGES erneut an den Bund gewandt und gesagt: Wir weisen darauf hin, dass wir mit Blick auf die Zukunft eine Sechsspurigkeit brauchen. Wir haben wenigstens - auch wenn das nicht viel ist - erreicht, dass es einen sogenannten Sonderquerschnitt gibt. Das heißt, es wird ein bisschen breiter gebaut. Das ist erstens in der Baustellenphase wichtig, damit man wirklich vierspurig über die eine Teilbrücke kommt, und zweitens wichtig, damit man temporär einen Seitenstreifen auf der Brücke freigeben kann.

Was ist jetzt neu? Neu ist, dass die **Bundesanstalt für Straßenwesen**, die sogenannte BASt, am 30. Januar 2017 eine **neue Verkehrsprognose** vorgelegt hat. Und siehe da, darin steht das, was Herr Dolgner schon gesagt hat: Die Verkehrsprognose, die uns 55.000 Fahrzeuge in 24 Stunden, also pro Tag, im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans für das Jahr 2030 prognostiziert worden ist, ist bereits im Jahr 2015 eingetroffen. Die Steigerung des Verkehrs erfolgte also nicht in 20 Jahren, sondern allein in fünf Jahren.

Meine Damen und Herren, das ist für uns doch Grund zu handeln. Da müssen wir doch innehalten und sagen: Wir können das nicht einfach hinnehmen, wenn wir heute schon wissen, dass die Prognosezahlen so sind; wir wollen zu einer Sechsspurigkeit kommen.

Jetzt kommen wir zu dem entscheidenden Punkt. In allen Statements, die ich dazu abgegeben habe, habe ich immer wieder gesagt: Selbstverständlich hat mit Blick auf das Bauwerk Priorität, dass das Jahr **2026** erreicht werden muss. Alles andere wäre fahrlässig.

Wir müssen jetzt ohnehin noch das **Verkehrsgutachten** erarbeiten. Die DEGES hat den klaren Auftrag von uns, spätestens bis zum Ende des zweiten

(Minister Reinhard Meyer)

Quartals - das ist nämlich der Point of no Return; dies als Antwort auf Ihre Frage, Herr Arp - die Frage zu beantworten, ob eine Sechsspurigkeit in der Planung umsetzbar ist. Viele Planer halten das für umsetzbar. Dann werden wir noch einmal auf den Bund zugehen. Wenn dies in der Zeitplanung umsetzbar ist, dann wollen wir diese Sechsspurigkeit haben, meine Damen und Herren. Das ist der entscheidende Punkt, den wir gemeinsam umsetzen müssen.

Das habe ich auch alles Herrn Minister Dobrindt Anfang Februar in einem Schreiben mitgeteilt. Jetzt werden wir sehen, wie das Ganze umgesetzt werden kann. Das ist jedenfalls unser Ziel; denn es ist unsere Aufgabe als Landespolitik, für die zukünftigen Generationen jetzt die Schritte zu tun, die von uns erwartet werden.

In diesem Sinne ist der hier vorgelegte Antrag ein vernünftiger Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Abgeordneten Hans-Jörn Arp von der CDU-Fraktion das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Meyer, Sie haben gesagt, Sie werden sich bei der DEGES hinsichtlich der Auftragsvergabe dafür einsetzen, dass der erste Teil der Brücke bis zum Jahr 2026 fertiggestellt sein wird und es somit nicht zu einem **Zeitverzug** kommt. Damit ist unsere Forderung erfüllt, denn unsere große Sorge ist, dass dies eintritt. Das müssen Sie insbesondere den Spediteuren auf der Jütland-Route erklären. Wir sind dann dabei.

Ich verspreche Ihnen auch, dass wir uns mit Ihnen gemeinsam bei Herrn Dobrindt, mit dem wir ohne Frage ein gutes Verhältnis haben, dafür einsetzen, dass die **zusätzlichen Mittel** - es sind ja nicht viele; ich glaube, bei dem **Bau** entstehen nur 15 % Mehrkosten - von uns eingeworben werden können. Ich erwarte von Ihrem Nachfolger - wer auch immer am Ende des zweiten Quartals dafür zuständig ist -, dass wir mindestens im Verkehrsausschuss unverzüglich darüber informiert werden, wie denn nun die DEGES zu der Zeiterfüllung steht. Denn das haben Sie noch ein Stück weit offen gelassen. Unter der Voraussetzung, dass Sie sagen: „Jawohl, die ga-

rantieren die Fertigstellung bis 2026!“, werden wir dem Antrag der FDP zustimmen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag mit der Drucksachennummer 18/5292 seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr und wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause.

(Unterbrechung: 13:36 Uhr bis 15:04 Uhr)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung und rufe die Tagesordnungspunkte 32, 33 und 34 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Keine Reststrommengen auf Atomkraftwerk in Brokdorf übertragen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/5317

b) Bericht zum Ausbau der Stromleitungsnetze und zur Verwendung regenerativer Energie

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/5318

c) Bericht zum Sachstand des Stilllegungs- und Abbauprozesses von Atomkraftwerken

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/5319

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Mit den Anträgen zu b) und c) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse deshalb zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind bei großzügiger Auslegung alle Fraktionen. Damit haben wir das einstimmig so beschlossen.

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck, das Wort.

(Das Mikrofon funktioniert nicht)

- Offensichtlich haben wir ein Problem mit dem Mikrofon.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Das Gegenteil ist der Fall, Herr Kollege Arp! Wie Sie wissen, ist Brokdorf seit geraumer Zeit in der Revision, und Sie sehen, die Mikrofone gehen immer noch.

Ich kann Folgendes gleich vorziehen: Von der Bundesnetzagentur ist seit 2014 belegt, dass das **Atomkraftwerk Brokdorf** nicht mehr systemrelevant ist. Es hat politisch eine Laufzeitgenehmigung bis 2021. Systemrelevant ist es nicht mehr - auch aufgrund des Ausbaus der erneuerbaren Energien im Norden der Republik in Schleswig-Holstein. Wenn man sich politisch also anders entscheiden wollte, wäre das Atomkraftwerk Brokdorf inzwischen tatsächlich entbehrlich. Aber man hat sich politisch eben nicht anders entschieden.

Damit das Atomkraftwerk entbehrlich werden konnte, ist der **Netzausbau** eine notwendige Voraussetzung. Damit möchte ich beginnen. Als wir 2012 angefangen haben, konkret die Planungen umzusetzen, nämlich die Netze in Schleswig-Holstein zu bauen, wussten wir nicht, wie wir es machen sollten. Wir haben im Grunde einen Operationsversuch am offenen Herzen unternommen. Wir wussten, dass es unbeliebt ist. Wir hatten die Erfahrung mit SuedLink. Mit Windkraftanlagen, so umkämpft sie hie und da sein mögen, lässt sich immerhin noch Geld verdienen. Netzausbau findet eigentlich jeder blöd, er greift in die Natur ein, die Menschen fühlen sich dadurch bedrängt und belastet. Es ist kein politisches Erfolgsprojekt - und trotzdem ist es eines geworden.

Wir sind offen in die Diskussion hineingegangen. Wir haben sehr viele **Bürgerveranstaltungen** gemacht. Wenn ich heute an die Westküste schaue,

wo der Hauptdruck war, stelle ich fest, dass es keine aktiven Bürgerinitiativen mehr gibt. Die Naturschutzverbände unterstützen den Netzausbau. Sie haben offiziell gesagt: Wir werden nicht dagegen klagen, wenn die Projekte so umgesetzt werden, wie sie geplant sind.

Wir bauen die Netze in Schleswig-Holstein in der doppelten Geschwindigkeit der Planungserwartungen von TenneT, während die zeitlichen Erwartungen im Rest der Republik verdoppelt werden. Während also der Rest der Republik doppelt so lange braucht, brauchen wir die Hälfte der Zeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieser Erfolg - ich glaube, es ist einer - hat viele Mütter und Väter, nicht zuletzt die Menschen an der Westküste selbst, die Naturschutzverbände, die Bürgerinitiativen, die sich auf einen Verantwortungsprozess eingelassen haben. Ich will ausdrücklich auch sagen - ich denke etwa an den Kollegen Kumbartzky oder den Kollegen Magnussen, die den Prozess auch mitbegleitet haben -: Auch die Opposition hat der wahrscheinlich großen Versuchung widerstanden, diesen Prozess zu instrumentalisieren. Kritische Anmerkungen und begleitende Fragen sind selbstverständlich. Aber es war eine Gesamtverantwortung, die zum Tragen kam. Das war eine gute Sache und sicherlich beispielgebend für die Republik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SSW)

Das führt dazu, dass wir in den letzten fünf Jahren acht große Planfeststellungsbeschlüsse beschließen konnten. Zwei - der dritte wird nächste Woche gefällt - betreffen Abschnitte für die Westküstenleitung. Damit ist der schwierigste Teil des Baus schon planfestgestellt. Wenn Sie an der Westküste unterwegs sind, sehen Sie, dass in den Abschnitten eins und zwei gebaut wird. Der dritte Abschnitt wird schnell nachziehen. An der Mittelachse von Hamburg bis Audorf - das sieht wahrscheinlich jeder, der die A 7 herunterfährt - findet gerade die Beseilung statt. Das ist ein interessantes Spektakel, wenn die großen Strippen über die Seilwinden gezogen werden.

NordLink wurde planfestgestellt und befindet sich im Bau. Der Spatenstich war vor drei, vier Monaten. Die Offshore-Kabel wurden alle gelegt, sodass der Offshore-Strom tatsächlich seit geraumer Zeit nach Schleswig-Holstein fließt.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Es gibt ein paar kleinere Projekte, die in der öffentlichen Wahrnehmung nicht so eine Bedeutung hatten, aber die in der Zahl erheblich sind. Es wurden 20 neue Umspannwerke gebaut, wo - quasi wie wenn man von der Bundesstraße auf die Autobahn fährt - die 110-kV-Ebene auf die 350-kV-Ebene umgespannt wird. Es wurden 150 Ersatzbauwerke oder Neubauwerke umgesetzt. 80 Transformatoren wurden im Land neu verbaut. Überall ist die Energiewende Materie geworden, und das in sehr kurzer Zeit bei vergleichsweise geringem oder gar keinem Widerstand.

Mit Blick auf die Zukunft möchte ich sagen: Wenn wir im Jahr 2021, am Ende der nächsten Legislaturperiode, bei der großen Aufgabe, die abstrakt **Sektorkopplung** heißt und praktisch bedeutet, wir müssen bei den anderen Bereichen, die vor allem fossil befeuert werden - Verkehr, Wärme, Industrie -, da stehen, wo wir heute mit dem Netzausbau stehen, haben wir in den nächsten fünf Jahren sehr viel richtig gemacht. Es ist viel passiert. Die neue Aufgabe ist: Rein mit dem „erneuerbaren Strom“ in die anderen Sektoren. Wir stehen da am Anfang. Wenn Schleswig-Holstein seine Vorreiterrolle wahrnehmen will, dann wird es das genau in diesen Sektoren tun müssen.

Es bietet sich an, kurz auf die Debatte von heute Morgen einzugehen. Ja, es ist richtig, der Netzausbau kommt zeitverzögert zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Aber nicht richtig ist, dass wir in Schleswig-Holstein zu viel „erneuerbaren Strom“ hätten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben ihn nur nicht in den Bereichen, in die er eigentlich hingehört. Ich appelliere an die sich feinfügende Allianz. Es ist im Moment die Bundesregierung, die verhindert, dass es möglich ist, dass für den Strom, den wir bezahlen, der aber nicht produziert wird, Speichertechniken - Wasserstoffprozesse, Wärmeprozesse, Power-to-Heat, Power-to-Gas, was immer einem einfällt - verwandt werden können. Wir haben nur Teilerfolge erzielen können, weil die Sorge - ich glaube, es ist eine im Kern politische Sorge -, dass die Verdrängung von fossilen Energien aus den industriellen Prozessen heraus eine andere Wertschöpfungskette aufmacht, relevant ist.

Wir befinden uns tatsächlich noch immer auf einem Konfliktfeld. Energiewende bedeutet: alte Technik raus, neue Technik rein. Offensichtlich gibt es Beharrungskräfte, die Zukunft verhindern. Lassen Sie

uns in den nächsten fünf Jahren sehen, dass wir es gemeinsam schaffen, die Zukunft zu bauen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Damit bin ich bei der Atomkraft.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Konsens, dass der **Atomausstieg** tatsächlich Wirklichkeit wird, hält trotz einiger anderer Stimmen. Es ist, wenn ich es richtig sehe, nur eine Minderheit, die sagt, Atomkraft sei doch eigentlich eine ganz gute Sache, zu der man wieder zurückgehen solle. Bisher wird das nur von Parteien vertreten, die nicht in diesem Parlament sitzen. Wenn es nach mir geht, müssen sie hier auch nicht hineinkommen.

Das heißt, wir müssen den Rückbau hinbekommen. Die Lage ist so, dass die Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel sowie das Helmholtz-Forschungszentrum in Geesthacht Anträge zur Stilllegung und zum Rückbau eingereicht haben. Für das Helmholtz-Zentrum Geesthacht und das Kraftwerk Brunsbüttel hat die Erörterung stattgefunden: für Geesthacht gerade vor zwei Tagen. Für Krümmel sind die Vorbereitungen dafür in Planung. Wir erwarten für den Rückbau von Brunsbüttel einen Planfeststellungsbeschluss Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres. Für das Helmholtz-Zentrum erwarten wir den Beschluss Mitte nächsten Jahres und für Krümmel zeitversetzt.

Bis dahin werden die Atomkraftwerke brennstäbefrei sein. Das ist das Sicherste, was wir sagen können, die Anträge lauten darauf. Wir informieren Sie immer wieder über die Kampagnen, die dort stattfinden. In Brunsbüttel und Krümmel läuft die **Beladung der Castoren mit Brennstäben**. In Brunsbüttel müssen noch fünf Castoren beladen werden, in Krümmel noch ungefähr zwölf, dann sind alle Brennstäbe aus den Meilern draußen. Wenn dann der Planfeststellungsbeschluss kommt, werden die Atomkraftwerke rückgebaut werden, sobald sie brennstäbefrei sind. Auch das ist nicht selbstverständlich, und es ist eine gute Nachricht.

Lassen Sie mich kurz auf das Atomkraftwerk Brokdorf und damit auf den Antrag auf Übertragung von Reststrommengen zu sprechen kommen. Brokdorf befindet sich jetzt schon seit ein paar Wochen in der Revision. Sie wissen aus den Veröffentlichungen und auch aus den Debatten hier, dass es eine Oxidierung von Brennstäben gegeben hat, die nicht der Prognose entspricht. Es läuft dort ein Prozess

(Minister Dr. Robert Habeck)

ab, der nicht erklärbar ist. Deswegen wird das Atomkraftwerk erst wieder angefahren werden, wenn die Erklärung nachgereicht wurde und auf Basis dieser Erklärung eine neue Prognose erstellt worden ist, die diesen ungewollten Oxidationsprozess in der Zukunft verhindert. Das liegt aber eindeutig in der Hand des Betreibers. Ich kann Ihnen nicht sagen, wann das Atomkraftwerk wieder ans Netz geht.

Die Frage ist, wie lange das Atomkraftwerk noch über **Strommengen** verfügt. Das Kraftwerk darf bis 2021 am Netz sein, es kann aber möglicherweise der Moment kommen, zu dem Strommengen aus anderen Teilen der Republik nach Brokdorf transferiert werden. Der Antrag der regierungstragenden Fraktionen fordert, dies solle unterbleiben. Nach meiner Sicht fordert er es zu Recht, denn wir sind Netzausbaugebiet - so heißt es im Jargon der Bundesregierung. Das heißt, wir haben bei erneuerbaren Energien einen gedeckelten Zubau. Es macht für ein Gebiet, das - eigentlich ist das eine falsche Formulierung - gemessen am Netzausbau einen Stromüberschuss hat, nun gar keinen Sinn, die erneuerbaren Energien zu deckeln und Atomstrom hineinzutransferieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Uli König [PIRATEN])

Das macht wegen der Risikotechnologie Atomkraft keinen Sinn. Es macht aber auch ökonomisch keinen Sinn. Wenn wir die Zukunft gewinnen wollen, müssen wir uns von der Vergangenheit verabschieden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Bevor wir in die Aussprache eintreten, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam Gäste auf der Tribüne zu begrüßen. Es sind Schülerinnen und Schüler der Herderschule aus Rendsburg, eine Gruppe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Landfrauen aus dem Kreis Segeberg und Absolventinnen und Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahres aus Rendsburg. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Ich teile Ihnen mit, dass die Landesregierung die vereinbarte Redezeit um 4 Minuten überzogen hat. Das heißt, dass allen Fraktionen nun 9 Minuten zustehen. Im Ältestenrat wurde vereinbart, dass die

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Redezeit von 10 Minuten erhält - das bezog sich auf die ursprünglichen 5 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Thomas Hölck von der SPD-Fraktion das Wort.

Thomas Hölck [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal danke ich dem Minister für die Berichte zur Energiepolitik. Mit dem Rückbau der Atomkraftwerke wird endlich ein energiepolitischer Irrweg beendet, und das ist gut so.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es handelt sich dabei um die weltweit umfangreichste Rückbauaktion in der Geschichte der Atomenergie. Es ist ein wahres Mega-Projekt. Was 1959 mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages zur friedlichen Nutzung der Kernenergie begann, wurde 2011 endlich beendet.

In diesem Zusammenhang will ich die Anti-Atomkraftbewegung hervorheben und lobend erwähnen: Es ist ihr Verdienst, dass sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen die **friedliche Nutzung der Atomenergie** gewandt hat. Die SPD Schleswig-Holstein war immer führend und an vorderster Stelle dabei, wenn es darum ging, den Atomausstieg zu forcieren. Noch bevor die Grünen überhaupt als Partei gegründet waren, war die SPD Schleswig-Holstein schon dafür.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Hört, hört! - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Aber vorher wolltet ihr in jedem Kreis ein Atomkraftwerk bauen!)

Es ist trotzdem gut, dass es euch gibt, liebe Grüne.

(Beifall SPD)

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang noch eine Anmerkung zu den Windkraftgegnern. Ich finde es ziemlich einfallslos, dass diese Leute die berühmte Anti-Atomkraft-Sonne mit dem Slogan „Atomkraft? Nein danke“ für ihre Zwecke missbrauchen. Ich halte es für geradezu geschmacklos gegenüber den Anti-Atom-Aktivistinnen, die gegen Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel demonstrieren haben. Es gehört sich nicht.

(Beifall SPD)

Gemäß § 7 Absatz 3 Atomgesetz sind zwei **Stille-gungsvarianten** zulässig: der direkte **Abbau** der

(Thomas Hölck)

Atomkraftwerke und der **sichere Einschluss**. Bei einem direkten Abbau werden alle Anlagenteile im Anschluss an die Nachbetriebsphase entfernt und beseitigt. Die zweite Möglichkeit sieht den Abbau der Anlagenteile erst nach einem sicheren Einschluss vor. Das kann 40 bis 60 Jahre dauern. Die Zeitdauer ist im Atomgesetz nicht vorgeschrieben und wird im Genehmigungsverfahren von den zuständigen Behörden festgelegt.

Das bedeutet aber, dass das stillgelegte Atomkraftwerk für einen langen Zeitraum sicher eingeschlossen sein muss. Bautechnisch, haustechnisch und sicherheitstechnisch muss es für diesen Zeitraum gesichert werden. Das kann keine Alternative sein. Es muss darum gehen, die Expertise der derzeitigen Belegschaften der Kraftwerke zum Abbau zu nutzen. Deshalb ist für mich der zügige und vollständige Rückbau unser Ziel.

Zum Irrweg Atomkraft gehört, dass nun bundesweit nach einem **Endlager** gesucht werden muss, in dem der hochradioaktive Müll für hunderttausende von Jahren sicher gelagert werden kann. Dies soll bis zum Jahr 2031 geschehen. Die Atomenergie ist und bleibt in der Nachschau ein Irrweg. Es ist gut, dass wir jetzt aussteigen.

(Beifall SPD)

Mit dem Energiewendegesetz haben wir einen historischen Meilenstein zum Gelingen der Energiewende beschlossen. Dem Zielszenario für den Ausbau der erneuerbaren Energien muss der Netzausbau weiter folgen. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende.

Der dringend notwendige **Ausbau der Stromnetze** kommt gut voran. 283 km Spannungsleitungen sind planfestgestellt. Statt der ursprünglich geplanten 150 neuen Ortsnetztransformatoren müssen mittlerweile 900 angeschafft und eingebaut werden. 15 Umspannwerke werden allein an der Westküste erweitert oder neu gebaut. Marne-West entwickelt sich zum größten Umspannwerk zur Aufnahme von Windenergie, und TenneT hat einen Vorschlag für einen Korridor für SuedLink vorgelegt. Auch das ist ein Ergebnis des intensiven Dialogs der Landesregierung mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Dafür ist Herrn Minister Habeck ebenfalls zu danken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was macht die CDU? - Sie irrt orientierungslos durchs Land. Da will Herr Günther plötzlich Off-

shore ausbauen. Da sei aber Christian von Boetticher davor, der mit den Worten zitiert wird:

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Der hat nur nichts zu sagen!)

„Ich kann nur davor warnen, nun wieder die zweite Rolle rückwärts zu machen in der Energiewende.“

- Dann kam der Tag, Kollege Arp, an dem Daniel Günther nach Wedel kam.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Gott sei Dank!)

Er forderte die Abschaltung des alten Heizkraftwerks Wedel und mahnte den Ersatz durch das Kohlekraftwerk Moorburg an. Um das zu erreichen, wird der Oppositionsführer im „Wedel-Schulauer Tageblatt“ wie folgt zitiert:

„Wir werden mit Hamburg eine Paketlösung verhandeln“, sagte Günther.“

Was in diesem Paket enthalten sein wird, sagte Günther aber nicht!

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das würde ich auch nicht sagen!)

Die Landtagsabgeordnete Barbara Ostmeier, CDU, aus Hetlingen wusste glücklicherweise mehr: „In Sachen Elbvertiefung und der Entsorgung von Hafenschlick ist Schleswig-Holstein ein wichtiger Partner.“ Also, Kolleginnen und Kollegen, wer etwas verhandeln will, muss etwas anzubieten haben oder etwas zur Disposition stellen. In der Konsequenz heißt das: Wenn Hamburg nicht spurt, verweigern wir die Aufnahme des Hafenschlicks und die Elbvertiefung. Damit würden Tausende von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein gefährdet.

(Zurufe SPD)

Das ist Ihre Politik. Sie gefährden unsere Partnerschaft mit Hamburg. Das ist Geschwätz; Sie sind orientierungslos, und das ist ein weiteres Kapitel des Konfrontationskurses der CDU: Energiewende gegen Wirtschaft, Schleswig-Holstein gegen Hamburg, Konfrontation statt Kooperation. Lassen Sie also lieber uns die Energiewende machen. Sie sind damit überfordert. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Jens-Christian Magnussen das Wort.

(Zuruf: Bleib bei der Wahrheit!)

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Sehr gut! Jetzt komme ich! Das müssen Sie nur noch ein einziges Mal ertragen, Herr Dr. Stegner.

Herr Habeck, vielen Dank für Ihren Bericht, auch an die Mitarbeiter in Ihrem Haus. Mir war die Botschaft der Anträge nicht so ganz eindeutig, ob das jetzt eine Hommage an Detlef Matthiessen war oder ob das nun dem Wahlkampf geschuldet war. Ich vermute mal, es ist die zweite Geschichte. Ich will das ein wenig ausführen:

Ich bin Unternehmer und war in der Vergangenheit immer auf Sachlichkeit bedacht. Das müssen Sie mir ganz offen und ehrlich zugestehen. Ich muss sagen, der Beitrag des Herrn Ministers, den er heute geleistet hat, war wirklich sachlich und völlig entspannt. Das jedoch, was daraufhin von Herrn Hölck kam, hat mich ein bisschen erschüttert. Also die Energiewende mit Hafenschlick in Verbindung zu bringen, das hat mich ein Stück weit irritiert.

(Zurufe SPD)

Das hat mich sogar ein Stück weit erschüttert.

Ich will Ihnen ganz offen und ehrlich sagen: Ich bleibe meiner Linie treu. Der Minister hat ebenfalls ausgeführt, dass die **Energiewende** eine **Gemeinschaftsaufgabe** sei, und zwar parteiübergreifend und möglichst auch nicht der Situation geschuldet, dass Wahlkämpfe vor uns stehen. Ich habe hier aber mittlerweile einen anderen Eindruck. Wir haben hier ein Riesenprojekt in der Energiepolitik vor uns.

(Zurufe SPD)

Lassen Sie mich erst einmal ausreden; gleich können Sie alles zum Besten geben.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Hölck?

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Ja, gerne.

Thomas Hölck [SPD]: Herr Kollege, ist Ihnen klar, dass ich eben Herrn Günther mit dem Hafenschlick zitiert habe, auch Frau Ostmeier?

- Das ist mir schon klar, aber das in der Form hier auszuführen und diese Verbindung zu bringen, das hat mich dann doch gewundert.

(Zuruf SPD)

- Gut, alles gut.

Wir sollten festhalten: Der Energieumbau ist ein langfristiger Prozess mit Haken und Ösen, wie wir mittlerweile gemerkt haben, der sorgfältig und nachhaltig aufzuarbeiten ist, wenn er nicht sowohl auf Bundesebene als auch hier auf dem Land zum Rohrkrepierer werden soll. Für mich und damit für uns alle steht weiterhin fest, dass die Energiewende auf drei Säulen steht: Verlässlichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Ich glaube, das sind die Botschaften, die wir nachhaltig zu verfolgen haben.

(Beifall CDU)

Was die **Reststrommengen** betrifft, finde ich, dass die Vorgehensweise falsch ist vor dem Hintergrund, dass der Atomausstieg besiegelt ist. Ich glaube, kein Mensch führt mehr eine Grundsatzdebatte darüber; jedenfalls ist mir dies nicht bekannt. Auch Sie haben ja gesagt, es gebe noch die eine oder andere kleine Gruppierung, die sich diesem Thema noch widme. Ich glaube jedoch, die Grundsatzdiskussion über die Frage, ob Atomenergie ja oder nein, führt hier in Schleswig-Holstein zumindest niemand mehr.

Die Übertragung der Strommengen ist nach § 7 Atomgesetz genehmigungspflichtig. Die Zuständigkeit obliegt dem Bundesministerium für Umwelt, Natur, Bau und Reaktorsicherheit im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Dies sind beides Ministerien, die, glaube ich, nicht unter der Verantwortung der CDU stehen. Vor dem Hintergrund sollten Sie ein bisschen mehr Vertrauen in Ihre Minister setzen, die Sie auf Bundesebene stellen.

Das Gleiche betrifft den Punkt Netzengpassgebiete. Wir brauchen kein Verbot und eine neuerliche Auseinandersetzung, sondern wir brauchen einfach nur zwei SPD-Bundesminister mit Verstand, die letztlich das umsetzen, was auch gesetzlich geregelt ist. Schließlich geht es hier auch um Rechtssicherheit und Verbindlichkeit auch gegenüber den Konzernen, die im Moment noch am Energiemarkt beteiligt sind.

Das Argument des **Netzengpasses** ist für mich nicht schlüssig, weil in § 11 EEG - Einspeisemanagement - unter Punkt 1.2 klar und deutlich geregelt ist, wie letztlich beim Netz zu verfahren ist. Darin ist genau der Punkt systemrelevant enthalten.

Die Verbindung, Brokdorf alleine zu bringen, ist nicht ganz schlüssig; denn auch Grohnde gehört mit zum norddeutschen Verbund und kann letztendlich zu einem Problem werden. Im Moment haben wir genügend Wind. Beide Kraftwerke stehen. Deshalb

(Jens-Christian Magnussen)

haben wir im Moment noch nicht das Problem. Wir wollen es auch nicht herbeireden. Brokdorf geht im Jahre 2021 vom Netz. Lassen Sie es letztendlich gut damit sein.

Gestern wurden wir vom Kollegen Tietze zum Thema Hafen dafür gemaßregelt, dass wir uns vor Ort nicht kundig machen würden. Herr Habeck, Sie können ja heute erklären, dass Sie sich in Brokdorf persönlich mit der Situation auseinandergesetzt haben und sich vor Ort ein Bild gemacht haben. Ich vermute jedoch, dass Sie noch nicht dort waren. In der Presse sehen Sie das Ereignis, das im Moment ansteht, als sicherheitstechnisch nicht relevant an. Vor dem Hintergrund verstehe ich im Moment nicht die Entscheidung, der PreussenElektra nicht die erforderliche Unterstützung zukommen zu lassen. Bewusstes Skandalisieren will ich hier niemandem unterstellen, aber den Hinweis auf den Eindruck eines Verschiebens über den Landtagswahlkampf hinaus erlaube ich mir an dieser Stelle durchaus.

Ebenfalls der Presse zu entnehmen war, dass Sie PreussenElektra vorwarfen, im Alleingang Anträge zur Beladung mit Brennelementen eingereicht zu haben. Meine Frage dazu, die Sie vielleicht auch noch aufklären können, ist: Hat PreussenElektra insoweit gegen Recht und Gesetz verstoßen, oder ist dieses ein normaler Vorgang im Rahmen der Anzeigepflichtigkeit? - Ich glaube, zutreffend ist der zweite Fall. Aber ich lasse mich insoweit gerne eines Besseren belehren.

Mein Credo lautet: Solange nach Recht und Gesetz und Einhaltung der Sicherheitsvorschriften gehandelt wird, gehören alle Akteure zum Kreis der deutschen Energiewirtschaft. Sie sind Wirtschaftsunternehmen, die Steuern und Abgaben zahlen und Arbeitsplätze bieten.

Ein konstruktiver Umgang ist das Gebot der Fairness. Mein Eindruck ist, dass nach dem Motto verfahren wird: „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern.“ Hier wird zwischen guten und schlechten Energieerzeugern unterschieden.

Aber in diesem Zusammenhang ist mir ein Aspekt besonders wichtig. Das Augenmerk der Politik muss verantwortungsbewusst auf das „Aussterben“ der **Atomexperten** gerichtet werden, damit in den kommenden Jahrzehnten Rückbauszzenarien der AKW nachhaltig und fachgerecht umgesetzt werden können. Die ewigen Negativdebatten halten verständlicherweise junge Menschen davon ab, das Thema „Atomtechnik“ zu verfolgen. Hier ist ein gesamtwirtschaftliches Problem zu lösen. Ich mei-

ne, wir werden in der Zukunft noch viele „Brackmänner“ brauchen, um der Atomenergie auch das nötige Geleit zu geben. Diese Fachdisziplinen stehen als hochqualifizierte und hochdotierte Arbeitsplätze zur Verfügung. Ich denke, auch das ist gute Arbeit.

Den Sachstandsbericht zur Stilllegung nehme ich zur Kenntnis. Ich will ihn nicht weiter kommentieren, da ich das ja relativ nah vor Ort verfolge, auch in der Kommunikation mit den Betreibern.

Aber nun zum Antrag bezüglich des **Stromleitungsaubaus**. An der Westküste sind wir mit dem Ausbau der ersten 13,5 km der insgesamt 120 km relativ gut dabei. Sie hatten eben von den großen Trassen, die über die Spindeln gezogen werden, gesprochen. Ich denke, hier gilt unser Dank insbesondere den Monteuren, die oben in den Masten hängen. Ich habe es persönlich in den Wintermonaten gesehen, dass sie bei Schneesturm im Bereich Brunsbüttel die Leitung verlegt haben. Das war schon eine besondere Leistung, und ihnen gilt unser aller Dank.

(Beifall)

Die weiteren Herausforderungen bezüglich der Trasse liegen meines Erachtens noch vor uns, und zwar mit dem Sprung über die Elbe. Die ersten Schritte sind gemacht, aber der weitere Verlauf durch die Republik gen Süden stagniert aus meiner Sicht. Da liegt noch jede Menge Arbeit vor uns.

Kritisch zu hinterfragen bleibt das Szenario um das **Repowering** von bereits erschlossenen und angebundenen Windparks entlang der Trasse, insbesondere an der Westküste. Der Küstenstreifen und der Vogelschutz können diese Fläche wieder zur grünen Wiese werden lassen. Meine Frage lautet da: Welche Leistungen gehen dann im Netz verloren? Ist der Ausbau dann eventuell sogar überdimensioniert? - Ökonomische Belange sind meines Erachtens völlig ausgeblendet.

„WindWärme und zugeschaltete Lasten“ ist ein Thema, das mehr als seit fünf Jahren thematisiert wird, am Anfang von einer kleineren Gruppe, jetzt ist es durch die Windszene endlich im Visier der Landesregierung. „EinsMan“ ist da das große Thema, was es zu bewerkstelligen gilt. Es kommt sicherlich darauf an, aus wessen Feder es stammt.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen würde, den Sie aber in Ihren Anträgen völlig ausgelassen haben, ist der Bereich **Energieeffizienz**. Ich denke, festzuhalten bleibt: Die sauberste und günstigste

(Jens-Christian Magnussen)

Energie ist immer noch die, die gar nicht erst erzeugt werden muss.

In meiner letzten Rede möchte ich darum werben, im Interesse aller Verbraucher und Nutzer, eine verantwortungsvolle, vorausschauende und nachhaltige Energiepolitik zu machen.

Ich möchte mich an dieser Stelle für die konstruktiven 12 ½ Jahre, die ich hier im Landtag sein durfte, bei allen herzlich bedanken. Ich wünsche viel Glück für die weitere Zukunft! - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Jens Magnussen, uns verbindet hier als energiepolitische Sprecher eine besonders intensive Historie. Es hat sich ja im Laufe der Zeit auch viel getan.

Vielen Dank, sehr geehrter Herr Minister, für die Berichte. Meine Damen und Herren, die Energiewende ist Zukunftsmusik für unser Land. Dazu gehören Raumplanung und Vorrangflächen, genauso wie der Ausbau der Stromnetze. Deutschland ist dabei, die Ziele der Energiewende deutlich zu verfehlen. Die Vereinbarungen von Paris zum Klimaschutz, denen Deutschland ja völkerrechtlich beigetreten ist, bilden sich noch nicht in den nationalen Zielwerten ab. Wir müssen also bei der Energiewende Gas geben und runter von der Bremse.

Aber wirklich merkwürdig, meine Damen und Herren, grotesk und komisch stellt sich die CDU hier im Land auf. Die New-Energy-Messe in Husum schloss vor vier Tagen ihre Pforten. Dort stellte man sich natürlich die Frage: Wo steht die CDU?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! - Heiner Rickers [CDU]: Bitte?)

Immerhin stand der Landesverband dort auf der Messe als Aussteller in der Haupthalle, wenn auch etwas verschämt, etwas verlegen und auch schlecht besucht.

Meine Damen und Herren, das Problem ist der Spitzenkandidat. Die erlösende Formel in Husum wurde dann schnell gefunden: „Im Zweifel gilt das Pro-

gramm“ hieß es dann dort, und alle waren ganz erleichtert. Also: Im Zweifel gilt das Programm.

Der Spitzenkandidat tönt nämlich: Die Regionalpläne kommen vom Tisch und werden überarbeitet. - Dazu findet sich in der Tat keine Aussage im CDU-Programm. Aus gutem Grund im Übrigen, damit würden Sie ja der Windenergie substantziellen Raum verschaffen, und zwar so richtig. Dann wäre es nämlich ganz schnell vorbei mit geordneter Entwicklung, dann greift die Privilegierung des § 35 BauGB, Herr Günther, Herr Oppositionsführer. Fragen Sie doch einmal bitte -

(Daniel Günther [CDU] macht sich Notizen)

ich rede gerade mit Ihnen; da blickt er auf -, Herr Günther, den Kollegen Christian von Boetticher, wenn Sie noch mit ihm reden. Der ist Anwalt, der kann Ihnen das erklären.

Dann sagt der Spitzenkandidat - ich darf zitieren -: Günther

„... brachte die sechsfache Höhe der Windräder als Mindestabstand zu Gebäuden ins Gespräch, als Ersatz für die bisher angewandte dreifache Abstandsregelung.“

Eine solche Aussage findet sich ebenfalls nicht im CDU-Programm. Da verwechselt er mal eben ein passant Landesplanung und Bauantragsverfahren.

Günther auf einer anderen Veranstaltung wörtlich:

„Die Grenzen sind einfach überschritten.“

Im CDU-Programm steht allerdings: Wir wollen 300 %.

(Daniel Günther [CDU]: Haben Sie das Programm überhaupt gelesen?)

Das Zitat nach Verabschiedung des Programms - wohlgemerkt, das war nicht etwa auf der Veranstaltung von Gegenwind e.V.; da könnte man ja sagen, da erzählt man ein wenig -, nein, es war auf einer CDU-Veranstaltung: „Weniger auf die Tube drücken“, empfahl Günther den Befürwortern von Windkraftanlagen.

(Daniel Günther [CDU]: Genau!)

Aber in Ihrem Programm steht doch schon etwas von Wirtschaftswachstum, Herr Spitzenkandidat, oder?

(Daniel Günther [CDU]: Das ist das Einzige, was Sie mal richtig gelesen haben!)

Sie reden immerhin von der Branche mit dem größten Investitionsvolumen hier im Land. Für diese

(Detlef Matthiessen)

Branche machen wir hier Landesplanung, schaffen substanziell Raum, wie von Gerichten gefordert, mit einem ordnenden Rechtsrahmen, mit einem Dialogprozess. Natürlich gibt es Konflikte bei Vorrangflächen und Leitungsausbau. Das ist doch klar.

Ich kann mich daher mit dem FDP-Vorschlag, der jetzt schon mehrfach in den Podiumsdiskussionen vorgestellt wurde, eine Clearingstelle zu schaffen, anfreunden und habe mich mit dem Kollegen Kumbartzky dazu ausgetauscht, wo man bestimmte Fragen gründlich abarbeiten kann. Ich denke, das wäre eine gute Ergänzung des Dialogprozesses.

(Beifall FDP)

Noch einmal zurück zu Daniel Günther, wir sind noch nicht durch. Es müsse zu einer Entschleunigung des Ausbaus an Land kommen, fordert der Spitzenkandidat. Er möchte nicht nur Standorte gründlich überarbeiten lassen, sondern ebenso den **Weiterausbau** der **Strominfrastruktur** tatkräftig in die Hand nehmen. - Da können Sie vielleicht bei Ihren Parteifreunden in der Großen Koalition in Berlin vorstellig werden, hier in Schleswig-Holstein ist diese Aufgabe im Wesentlichen abgearbeitet, Herr Günther. Das ist eine große Aufgabe, die Koalition hat daher zu Beginn der Legislaturperiode ein eigenes Amt „Planfeststellung Energie“ geschaffen.

Vor Antragstellung, vor den gesetzlichen Beteiligungsverfahren, haben wir Bürger und Bürgerinnen informiert, und dann zu den zahllosen Veranstaltungen vor Ort entlang der mutmaßlichen Trassenführung eingeladen. Der Übertragungsnetzbetreiber hat seine Neubauvorschläge mit Varianten dort vorgestellt. Bei dieser vorgezogenen **Bürgerbeteiligung** haben sich in einem Fall sogar drei Bürgermeister mit einem eigenen Alternativvorschlag durchgesetzt. Bauern haben sogar einen Knickplan mitgebracht, damit der Mastfuß nicht mitten auf dem Acker, sondern am Rand steht. Naturschützer haben avifaunistische Beobachtungen mitgeteilt.

Was da demokratiethoretisch auf den Weg gebracht wurde! Früher war es ja so, die Menschen sahen einen Bagger, und der Protest begann. Heute wissen sie Bescheid, bevor der Antrag gestellt wird. Demokratiethoretisch geboren, stellte sich die vorgezogene Bürgerbeteiligung als schnell und kostengünstig heraus.

Die Mittelachse hat Baurecht und wird gebaut; der Minister hat es ja ausgeführt. Das ist größtenteils fertig. Die Westküstenleitung hat Baurecht bis Heide; bis Husum steht es unmittelbar bevor. Bis Dänemark ist alles vorbereitet. Im Süden wird bis

Barlt schon gebaut. TenneT TSO, der Übertragungsnetzbetreiber, erwartet die Fertigstellung der 380-kV-Freileitung und den Anschluss des Umspannwerkes Heide-West bis Herbst 2018.

Was bedeutet das für den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein? Erstens. Der **Ausbau** der **Netze** geht mit dem Ausbau der **Windkraftanlagen** Hand in Hand. Wenn die Vorranggebiete ausgewiesen sein werden, wenn die Windmühlen im Laufe der Zeit gebaut werden, dann ist das Netz schon da oder kommt zeitnah. Die Forderung der CDU, den Ausbau der Windenergie auszubremsen, weil wir angeblich auf den Netzausbau warten müssten, geht rechtlich und physikalisch also ins Leere.

Zweitens. **Einspeisemanagement-Schaltungen**, also der sogenannte Wegwerfstrom, werden Vergangenheit beziehungsweise wesentlich reduziert sein.

Meine Damen und Herren, ich will einmal erklären, worum es da physikalisch geht. Wir haben in Schleswig-Holstein zurzeit eine Verstopfung im 110-kV-Netz. Das heißt, wir haben ein Umspannwerk, und darüber ist die Netzebene dicht. Es kann sich zum Beispiel das Umspannwerk Reinsbüttel umgucken, ob es Lasttäler zwischen Büsum und Wesselburen findet. Das ist nicht so viel. In Zukunft wird aber das Umspannwerk Reinsbüttel vom Verteilnetzbetreiber ausgebaut werden und Anschluss an die 380-kV, das Umspannwerk Heide-West, bekommen. Dann warten in Schleswig-Holstein 5.100 Industriebetriebe darauf, mit dem Strom, der dann angeboten wird, etwas anfangen zu können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, meine Damen und Herren, bedeutet auch Sektorenkopplung und das Reagieren auf Preissignale, weil natürlich der Strom in Schleswig-Holstein dann hin und wieder sehr günstig zur Verfügung steht.

Drittens kommt natürlich hinzu, dass durch die Zusammenarbeit des Energiewendeministeriums mit der Branche, auch durch finanzielle Anreize, das nächtliche rote Blinken der Gefahrfeuer beendet werden wird.

Damit sind die wesentlichen rationellen Probleme mit der Windenergie gelöst. Windenergieanlagen - ich sagte das hier im Landtag schon öfter - sind immer ein Eingriff gegenüber Mensch, Natur und Landschaft. Aber wesentliche Probleme mit dem Netzausbau sind dann tatsächlich gelöst. Deswegen ist der Leitungsausbau auch so wichtig. Wir sind dabei ja sehr erfolgreich.

(Detlef Matthiessen)

Das sollte der Oppositionsführer vielleicht zur Kenntnis nehmen. Lesen Sie Ihr Programm. Hören Sie auf, gegen die Energiewende zu reden. Hören Sie auf, in Schwansen etwas anderes zu erzählen als etwa in Husum oder in Meldorf. Nehmen Sie sich andere Aufgaben vor als den Stromnetzausbau. Der ist weitgehend positiv abgearbeitet.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen König?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich möchte meine Rede fortsetzen, Frau Präsidentin. - **Sektorenkopplung**, wir wollen das. Sektorenkopplung bedeutet an konkreter Landespolitik, dass wir es geschafft haben, die Industrieinitiative „Norddeutsche Energiewende 4.0“ hierherzukriegen. 70 Teilnehmer aus der Wirtschaft holen ein dreistelliges Millionenvolumen für diesen Feldversuch zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein nach Schleswig-Holstein, in den echten Norden. Das ist ein sehr guter Erfolg.

Konkret können wir vorweisen - dies wissen viele Kollegen vielleicht gar nicht -: Das Land Schleswig-Holstein hat im Bereich der Verkehrspolitik für die Sektorenkopplung im Rahmen der Energiewende 52 Triebwagen im Bahnverkehr für das sogenannte Dieselnetz als eigenelektrische Fahrzeuge ausgeschrieben. Da sind wir etwa in der Mitte des Ausschreibungsverfahrens. Es wird in diesem Jahr oder Anfang 2018 beendet werden. Das heißt, Mitte der nächsten Dekade wird in Schleswig-Holstein kein in Verantwortung des Landes stehender Dieselverkehr bei der Bahn mehr stattfinden, sondern es wird mit sauberem Ökostrom gefahren werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Ich wollte Jens Magnussen noch einen Hinweis geben, weil Sie sagten, Herr Magnussen, dass die **Strommengenübertragung** genehmigungsbedürftig sei und daher zurückgewiesen werden könne. Das gilt nur für einen ganz seltenen Fall, nämlich für die Übertragung eines neuen Kraftwerkes auf ein altes unter Fortsetzung des Betriebes.

(Zuruf: Was?)

Das ist nur eine Petitesse: Nach § 7 AtG - lesen Sie es nach - sind die Strommengenübertragungen nur mitteilungsbedürftig und nicht genehmigungspflichtig und damit auch nicht zurückzuweisen. Da-

her ist unsere Forderung an den Bundesgesetzgeber oder an die Bundesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass Strommengenübertragungen für ein Atomkraftwerk in einem Netzengpassgebiet Schnee von gestern sind. Der Minister sagte es ja: Es ist absurd, Atomstrom in ein Gebiet zu importieren, in dem so viel Windenergie und Strom aus Sonnenenergie vorhanden ist. Darauf wollte ich nur kurz eingehen, weil Sie das geäußert haben. In der Sache trifft das nicht zu.

Meine Damen und Herren, wir wollen Sektorenkopplung, wir wollen Windenergie, und wir wollen Solarstrom. Wir wollen die Energiewende für Schleswig-Holstein. Ich sage in Richtung FDP: Wir wollen es nicht nur, wir können es auch. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Detlef Matthiessen, bei aller Wertschätzung, aber Sie melden schon im Vorhinein 5 Minuten mehr Redezeit an und nutzen diese dann nur dazu, um 5 Minuten lang auf das Wahlprogramm und den Kandidaten der CDU einzugehen. Das fand ich wirklich ein bisschen armselig. Da hätte ich mehr von Ihnen erwartet.

(Beifall FDP und CDU)

Ich habe zwischenzeitlich noch einmal in die Tagesordnung geguckt; denn ich wusste nicht mehr, ob wir jetzt bei Elbvertiefung, E-Mobilität oder Energie sind. Also: Uns liegt ein Antrag der Koalitionsfraktionen zum Thema **Kernenergie, Übertragung von Reststrommengen** auf das Atomkraftwerk Brokdorf, vor. Darauf will ich gern eingehen.

Es ist wirklich bemerkenswert: Kaum gehen die Umfragewerte der Bundes-Grünen in den Keller, wird ein altes Thema wieder nach oben geschoben, um den Zusammenhalt zu stärken und die Kernklientel wieder an sich zu erinnern, und zwar die Atomkraft.

(Beifall Christopher Vogt [FDP] und vereinzelt CDU - Zurufe SPD)

(Oliver Kumbartzky)

Unter dem Hashtag „Wir drehen das“ drehen Robert Habeck und Detlef Matthiessen zum Thema Kernenergie noch einmal richtig auf, so auch mit dem vorliegenden Antrag. Es ist wirklich schon bemerkenswert, dass die SPD beziehungsweise Herr Hölck mit keiner Silbe auf den gemeinsamen Antrag eingegangen ist.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Man mag sich fragen: Was war denn da los? - Ich glaube, ich weiß, warum die SPD nicht darauf eingegangen ist. Bei dem Antrag handelt es sich um einen Dringlichkeitsantrag vom Landesparteitag der GRÜNEN am 25. Februar 2017 unter dem Titel: „AKW Brokdorf abschalten - Sofort!“. Passagen des dem Landtag vorliegenden Antrages finden sich eins zu eins im Antrag des Landesparteitags wieder. Das ist also schön verarbeitet worden.

Aber es sind einzige Sätze herausgestrichen worden. Da ich davon ausgehen muss, dass die SPD gar nicht weiß, welche Sätze Sie da herausgestrichen haben, will ich diese einmal im Sinne der Transparenz vortragen

(Beifall FDP und CDU)

und damit Ihnen, Herr Dr. Stegner, vor Augen führen, was Sie hier gleich beschließen wollen. Zitat aus dem Antrag des Landesparteitags:

„Die Große Koalition in Berlin versagt beim Atomausstieg und bei der Energiewende.“

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum klatschen da die Sozialdemokraten nicht? Das ist doch eigentlich Ihr Antrag.

„Die Störungen im Atomkraftwerk Brokdorf ... zeigen wieder einmal, wie absurd das Bestreben der Großen Koalition ist, die Laufzeit des Atomkraftwerks Brokdorf durch die Übertragung von Reststrommengen künstlich zu verlängern.“

Fazit ist also: Die SPD-Landtagsfraktion fährt der eigenen Bundestagsfraktion mit diesem Antrag so richtig in die Parade.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Stegner?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Mit dem größten Vergnügen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Stegner, bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Kumbartzky. Ich kann der Logik Ihrer Darstellung jetzt nicht wirklich folgen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das glaube ich! - Weitere Zurufe)

Ich versuche einmal, das nachzuvollziehen. Also, die FDP, die noch nie irgendetwas gemacht hat, um Sie nach oben zu bringen, erklärt uns jetzt, warum Sätze in dem Antrag nicht enthalten sind, die die Sozialdemokratie natürlich auch nicht mittragen würde. Was ist daran eigentlich erstaunlich?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Es ist schon bemerkenswert, dass der Antrag eins zu eins übernommen wird, dass aber zwei, drei Sätze herausgestrichen werden und Sie gar nicht darauf eingehen. Ich finde das alles schon sehr verdächtig, Herr Dr. Stegner.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Nein, ich möchte jetzt fortfahren. - Ich wundere mich auch, dass die SPD auf ihre Bundestagsfraktion nicht eingeht und jetzt so einen Antrag mitträgt.

(Zurufe SPD)

- Ich habe ja genug Zeit. Was ist der Kern des vorliegenden Antrags? Mit dem vorliegenden Antrag fahren Sie Ihrer Bundestagsfraktion in die Parade, weil Sie sich gegen etwas aussprechen, was Ihre Bundestagsfraktion beschließen wird. Gerade Ihre Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat es ja in der Hand.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich glaube, Stegner will putschen in Berlin!)

- Ja, ich wundere mich. Letzte Woche noch große Einigkeit, 100 %, und nun so etwas.

Wenn das der Schulz wüsste, ich glaube, der wäre sehr traurig.

(Oliver Kumbartzky)

Meine Damen und Herren, zur Wahrheit - -

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP] - Zuruf FDP: Das ist die neue Gerechtigkeit! - Sandra Redmann [SPD]: So ein Blödsinn! Tut mir leid! Was ist das, was soll das sein? Also ehrlich! Was redest Du da eigentlich? - Christopher Vogt [FDP]: Hallo, Frau Redmann? Lassen Sie den Kollegen in Ruhe! - Heiterkeit und Beifall FDP und CDU - Sandra Redmann [SPD]: Vorsicht! - Zuruf Christopher Vogt [FDP] - Sandra Redmann [SPD]: So ein Blödsinn! - Zuruf CDU: Zickenalarm! - Glocke Präsident)

- Ich lasse gleich meinen Kettenhund los, Frau Redmann. Da wäre ich vorsichtig. Wegen ihm haben wir die Rasseliste nämlich abgeschafft.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Zur Wahrheit gehört auch, dass sich mit diesem Antrag nicht nur gegen die schwarz-rote Bundesregierung ausgesprochen wird, sondern auch gegen die Atomausstiegsbeschlüsse von 2011, also gegen das Atomgesetz, was CDU, SPD, FDP und Grüne gemeinsam 2011 beschlossen haben. Da frage ich mich wirklich: Wie verzweifelt muss die Sozialdemokratie und müssen die Grünen sein?

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP] und Dr. Heiner Garg [FDP] - Serpil Midyatli [SPD]: Es geht so!)

Wir werden dem vorliegenden Landesparteitagsbeschluss der Grünen heute nicht zustimmen, kann ich Ihnen sagen. Wir halten die **Atomausstiegsbeschlüsse** aus 2011 nach wie vor für richtig. Laut von den Grünen auch mitbeschlossenem Atomgesetz muss die endgültige Abschaltung des Kernkraftwerks Brokdorf spätestens am 31. Dezember 2021 erfolgen.

Auch die Argumentation der Grünen, dass das norddeutsche Netzengpassgebiet eine Erhöhung der Strommengen für das Kernkraftwerk Brokdorf verbietet, ist wirklich an den Haaren herbeigezogen. Offenbar haben Sie im Eifer des Gefechts wirklich vergessen, Herr Matthiessen, dass die erneuerbaren Energien immer noch Einspeisevorrang haben und dass sie nicht kontinuierlich in die Netze einspeisen.

Nun ein kurzer Faktencheck zu den Oxidbefunden.

(Serpil Midyatli [SPD]: Was? - Christopher Vogt [FDP]: Noch nicht mitbekommen?)

- Oxidbefunde! Ja, darum geht es ja auch. Das ist ja der Kern Ihres Antrages, warum Sie noch einmal

das Thema Brokdorf bemühen. Es gab **Oxidbefunde**. Fakt ist aber, dass es eine einzige Charge von Brennelementen war, die von den erhöhten Oxidschichten betroffen war. Für den nächsten Betriebszyklus ist kein Brennelement dieser Charge eingesetzt. Im Übrigen hatten die Oxidbefunde keine sicherheitstechnischen Beeinträchtigungen der Funktion der Brennstäbe zur Folge, und von über 5,5 Millionen gefertigten Brennstäben dieses Typs ist bisher kein einziger aufgrund von Korrosionsprozessen undicht geworden. Das einmal als Faktencheck.

Man darf also wirklich gespannt sein, wie die Atomaufsichtsbehörde nun weiter verfährt und ob sich der Atomaufsichtsminister vom Parteitagsbeschluss der Grünen, von Pressemitteilungen der Initiative „Brokdorf akut“ und vom Wahlkampf treiben lässt.

Ich bin wirklich sehr gespannt, ob das **Kernkraftwerk Brokdorf** vor dem 7. Mai 2017 noch einmal wieder ans Netz geht. Sie hoffen natürlich sehr, dass es vor dem 7. Mai 2017 nicht passiert, aber Recht und Gesetz müssen natürlich eingehalten werden. Das macht die Atomaufsichtsbehörde auch. Ich bin gespannt, wie es in dieser Sache weitergeht.

Meine Damen und Herren, anstatt sämtliche politische Energie auf Brokdorf zu verwenden, sollte die Landesregierung besser die Themen Netzausbau, Energiespeicherung und Sektorenkopplung voranbringen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Jawohl!)

Der Netzausbau schreitet in der Tat gut voran; das ist erfreulich. Robert Habeck hat zu Recht gesagt, da gäbe es viele Mütter und Väter. Es ist festzustellen, dass die schwarz-gelbe Landesregierung hier hervorragende Vorarbeit geleistet hat.

(Unruhe)

- Es ist so laut hier.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD] - Christopher Vogt [FDP]: Lassen Sie ihn doch mal! Nur weil das ein Mann ist! - Sandra Redmann [SPD]: Genau!)

- Heute noch einmal richtig, liebe Frau Redmann.

Jetzt komme ich zu dem netten Thema: Energiespeicherung. Es muss doch unser Ziel sein, den in unserem Bundesland anfallenden Wind - und Solarstrom- -

(Unruhe)

- Ich kann es auch einfach lassen. Es ist echt laut.

(**Oliver Kumbartzky**)

(Sandra Redmann [SPD]: Entschuldigung! - weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

In der Tat!

(Christopher Vogt [FDP]: Olli, mach weiter!
- Zuruf SPD: Aufhören!)

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Nein, ich habe noch Restlaufzeit.

(Heiterkeit und Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU - Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, ich würde dann doch darum bitten, dass der Kollege in Ruhe fortfahren kann. Ich möchte nur noch ihm zuhören.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein sicherer Einschluss!)

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Der war gut, Herr Kollege. - Ich möchte noch gern ein Thema hier anbringen. Wie gesagt, die Zeit ist da. Es muss doch unser aller Ziel sein - -

(Zuruf SPD: Zum Thema! - weitere Zurufe)

- Ich gebe den Rest zu Protokoll.

(Zuruf SPD: Besser ist es! - Beifall und Heiterkeit FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die Piratenfraktion erteile ich nun der Frau Abgeordneten Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Landtagspräsidentin! Sechs Jahre seit der Katastrophe von Fukushima sind vergangen, sechs Jahre, in denen sich die deutsche Energiepolitik zwar grundlegend verändert hat, aber Störfälle wie in **Brokdorf** weiterhin alltäglich sind. In Anbetracht der Störfälle und gravierender Mängel, zuletzt die weiterhin ungeklärte - und da widerspreche ich dir, Oliver Kumbartzky - Oxidation der Brennstäbe, ist es unverantwortlich, dass der Betreiber PreussenElektra das Kraftwerk wieder anfahren will.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg wurde mit der Novellierung des Atomgesetzes 2011 beschlossen. Am 6. August 2011 wurde den ersten Atomkraftwerken die Betriebserlaubnis, unter ihnen Brunsbüttel und Krümmel, entzogen. Lediglich das Kernkraftwerk Brokdorf soll spätestens am 31. Dezember 2021 abgeschaltet werden. Im Angesicht der zahlreichen und regelmäßigen Zwischenfälle stellen wir PIRATEN nicht nur die Kompetenz des Betreibers, sondern auch der **Atomaufsicht** infrage. Sie haben unser Vertrauen verloren.

(Beifall PIRATEN)

Denn: 31 Jahre nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl und sechs Jahre nach dem Gau von Fukushima ist es vollkommen unverantwortlich, an dem Weiterbetrieb eines Atomkraftwerkes gegen den mehrheitlichen Widerstand der Bevölkerung - und das ist vergleichbar mit der Zeit, als gegen den Widerstand der Bevölkerung in Deutschland ein AKW trotzdem ans Netz gegangen ist -, festzuhalten. Das ist in keiner Weise zu verantworten.

(Beifall PIRATEN)

Einige fordern, dass das Atomkraftwerk Brokdorf, welches sich im Netzausbauggebiet befindet, spätestens, wenn die Reststrommenge aufgebraucht wurde, abgeschaltet wird. Sie wissen alle, dass das 2019 der Fall sein kann. Deshalb lehnen auch wir die **Übertragung** von **Reststrommengen** auf das Atomkraftwerk ab, auch wenn es ein grüner Parteitagsbeschluss ist. In der Sache können wir dem durchaus zustimmen.

(Beifall PIRATEN)

Aber ich sage auch ganz klar und deutlich: Was wir vermissen, gerade bei der früheren Anti-Atompartei: Brokdorf muss nicht schnellstmöglich, sondern Brokdorf muss, weil es eine tickende Zeitbombe ist, sofort vom Netz.

(Beifall PIRATEN)

Auch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort fordern dies und laden am 23. April 2017 zur fünften Protest- und Kulturmeile nach Brokdorf ein unter dem Motto „31 Jahre Tschernobyl - Brokdorf abschalten!“.

(Beifall PIRATEN)

Ich finde es ein bisschen unlauter in dieser Debatte der selbsterkorenen AKW-Feinde und -bekämpfer: Warum unterstützen Sie nicht die internationalen Bemühungen, nicht nur im Hinblick auf Brokdorf, sondern insgesamt, den Ausstieg zu beschleunigen?

(Angelika Beer)

(Zuruf SPD)

Wie kommt es eigentlich, dass über IPPNW die Anzeigen, die jährlich zu den Jahrestagen der Atomkatastrophen geschaltet werden, zwar 2.026 Ärzte unterzeichnen und auch PIRATEN, aber ansonsten von der Opposition, in diesem Fall der Koalition, eine Unterschrift überhaupt nicht mehr zu finden ist?

(Beifall PIRATEN)

Da muss man einmal fragen, wie ernst das hier eigentlich alles gemeint ist.

(Unruhe)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Ausbau der **Windenergie** scheitert derzeit an den fehlenden **Netzkapazitäten**.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, ich habe den Nerv getroffen; das freut mich.

Das Ziel der Landesregierung, 300 % des schleswig-holsteinischen Strombedarfs durch regenerative Energien zu decken, führt zu massiven Überkapazitäten, da die Netze den produzierten Strom nicht aufnehmen können. Neben diesen Überkapazitäten aus der Windenergie liegt das leider auch am desolaten Zustand der vorhandenen Netze.

Wie auch beim Ausbau der Windkraft können Großprojekte wie SuedLink, über die wir immer wieder diskutieren, nur zeitnah mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger realisiert werden.

(Beifall PIRATEN)

Ohne den Ausbau der Netzinfrastruktur machen weder der weitere Ausbau der Windkraft - das Erreichen des politischen Ziels 300 -, noch die Übertragung von **Reststrommengen** auf das **Atomkraftwerk Brokdorf** irgendeinen Sinn. Gerade in Schleswig-Holstein, dem Energiewendeland, kann und darf es nicht sein, dass die Atomkraft zulasten der Windkraft künstlich am Leben erhalten wird und die Bürgerinnen und Bürger deshalb bei den Netzentgelten auch noch höher belastet werden.

(Beifall PIRATEN)

Insofern denke ich schon, dass einige Aussagen des geschätzten Kollegen Günther hinterfragt oder zumindest noch einmal erläutert werden sollten.

Liebe Kollegen, nicht nur das Atomkraftwerk Brokdorf ist eine Herausforderung für Land und Menschen. Gerade der **Rück- und Abbau der Atomkraftwerke** führt zu Diskussionen; denn neben der

Entsorgung des Atommülls muss auch eine Lösung für die Bauabfälle und den AKW-Schutt gefunden werden. Die Menschen in diesem Land wollen wissen und haben ein Anrecht darauf zu erfahren, was mit diesen Bauabfällen passiert, welche Auswirkungen es hat. Wer diese Transparenz nicht gewährleistet, kann sich als verantwortliche Aufsicht hier nicht einfach aus dem Raum schleichen.

(Beifall PIRATEN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Ausstieg war und ist nur der erste Schritt. Jetzt geht es um den **Rückbau** und die **Entsorgung**. Wie lange dauert der Rückbau? Welche Risiken können dabei entstehen, zum Beispiel die Kontaminierung durch die Freisetzung von Strahlung? Wie, wo und wann sollen die Abfälle entsorgt werden? Ohne Zwischenlager für den Atommüll und die anfallenden kontaminierten Bauabfälle ist die Diskussion über die Stilllegung und den Rückbau der Atomkraftwerke aus unserer Sicht reine Augenschwermerei.

(Beifall PIRATEN)

Was wir brauchen, ist ein seriöses Konzept und ein verlässlicher Zeitplan und kein politisches Schwarzer-Peter-Spiel, wie wir es heute zum Teil erlebt haben.

Tatsache ist, dass die zukünftigen Generationen mit den Folgen dieser katastrophalen Energiepolitik leben müssen und wir alle verpflichtet sind, diesen Weg einigermaßen zu ebnet. Deswegen sage ich: Dazu gehört auch Ehrlichkeit. Es ist Augenschwermerei, uns und zukünftigen Generationen die Mär vom sicheren Endlager zu erzählen, wie gerade beschlossen.

(Beifall PIRATEN)

Bedenkt man den technischen Fortschritt der letzten 100 Jahre - das ist nicht wenig, was erfolgreich war und wie viel mehr Kenntnisse wir haben - zur Eingrenzung dieser Risikotechnologie, ist es unmöglich, ein **Endlager** zu finden. Das muss man dann auch sagen; denn ein solches Endlager, welches angeblich die bestmögliche Sicherheit für eine Million Jahre gewährleisten kann, zu finden, das ist doch absurd. Das glaubt doch nicht einmal mehr ein halbwegs aufmerksames Kind.

(Beifall PIRATEN)

Ein Politiker sollte hier Klartext reden. Nächsten Samstag jährt sich zum sechzigsten Mal die Unterzeichnung der Römischen Verträge und damit auch EURATOM. Es mag ja sein, dass die Nuklearindustrie darin einen Grund zum Feiern sieht. Eine

(Angelika Beer)

solche Feier - 60 Jahre EURATOM - ist aus unserer Sicht ein Schlag ins Gesicht all jener Menschen, die sich seit Jahrzehnten nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in ganz Europa für ein atom- und kernkraftfreies Europa einsetzen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie wurde gleichzeitig die **Energiewende** eingeleitet. Das heißt, es gibt hier klare politische Beschlüsse mit entsprechenden Vorgaben. Aus diesen Vorgaben galt und gilt es, die Maßnahmen herzu- leiten. Für Schleswig-Holstein bedeutet das, dass die Meiler Krümmel und Brunsbüttel bereits vom Netz gegangen sind und der Rückbau jetzt eingeleitet und planmäßig durchgeführt werden muss.

Für **Brokdorf** ist die **Restlaufzeit** zwar bis zum 31. Dezember 2021 festgeschrieben, jedoch sieht es danach aus, dass das Produktionskontingent bereits früher aufgebraucht ist. Bei einer regulären Produktion ist derzeit davon auszugehen, dass das Kontingent Ende 2019 aufgebraucht ist. Für den SSW kann ich ganz klar sagen: Je früher wir aus der Atomenergie aussteigen, desto besser.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wenn also das **Produktionskontingent** aufgebraucht ist, dann ist es auch das Ende für Brokdorf. Hier gibt es für uns kein Wenn und Aber. Dann gilt es, auch für Brokdorf den Rückbau einzuleiten.

(Beifall SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Eine **Übertragung von Reststrommengen** von anderen Atomkraftwerken der Republik auf Brokdorf darf es aus Sicht des SSW nicht geben. Dies lehnen wir strikt ab. Für uns ist klar: Wir wollen nicht, dass ein Atomkraftwerk länger als geplant betrieben wird. Wir wollen weder eine Überschreitung der Produktionskontingente noch eine Verlängerung der Restlaufzeit. Wenn eine Übertragung von

(Unruhe - Glocke Präsident)

Reststromkontingenten rechtlich zulässig ist, dann ist es ein Fehler im System; denn es konterkariert den politischen Willen der Energiewende.

(Beifall SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Für uns gilt: Wenn Schluss, dann Schluss.

(Beifall SSW, Dr. Ralf Stegner [SPD] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei der Diskussion um die Energiewende geht es eben nicht nur um den Atomausstieg, es geht vor allem darum, die regenerativen Energieformen und den Netzausbau entsprechend voranzubringen. Dort liegt die Zukunft der Energieproduktion und -versorgung. Es kann daher nicht gewollt sein, uns die Zukunft zu verbauen. Denn genau das würden wir tun, wenn wir zulassen würden, dass das AKW Brokdorf künstlich am Leben erhalten bleibt.

In Sachen **Energiewende** ist Schleswig-Holstein bereits ein Vorzeigeland. Wir bereiten einen plan- und verantwortungsvollen Ausbau der regenerativen Energieträger vor. Der Wind ist hier bei uns ganz klar der Motor. Hier sind wir bereits auf einem sehr guten Weg, und wir werden immer besser.

Zum Ausbau der regenerativen Energien gehört der Ausbau der Netze. Dies ist gerade für den Energiestandort **Schleswig-Holstein** unabdingbar. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass die **Netzkapazitäten** nicht ausreichen und dadurch jährlich Kosten in Höhe von rund 1 Milliarde € entstehen - mit wachsender Tendenz. Dass die Netzkapazitäten nicht ausreichen, liegt zum Teil auch daran, dass immer noch Strom aus fossilen Kraftwerken und eben auch aus dem AKW Brokdorf durchgeleitet werden muss. Schleswig-Holstein befindet sich in einem Netzausbaugebiet, aber der Begriff „Netzengpassgebiet“ trifft es eigentlich besser. Daher wäre es genau die verkehrte Politik, wenn dem AKW Brokdorf eine Erhöhung der Reststrommenge zugeschrieben würde und es weitere Jahre die Netze vollpumpen und blockieren könnte.

Schleswig-Holstein hat seine Hausaufgaben bezüglich des Netzausbaus gemacht. Trotzdem zahlen wir die Rechnung für diese Fehlentwicklung. Der Bund muss jetzt dafür sorgen, dass der **Leitungsausbau** nach Süden endlich vorangetrieben wird. Dies wurde bisher kläglich vernachlässigt. Die Energiewende ist aber eine gesamtdeutsche Angelegenheit, entsprechendes gilt für die Verantwortung, dies voranzubringen und sich an den Kosten dementsprechend zu beteiligen. - Jo tak.

(Flemming Meyer)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Fraktionsbeiträge sind abgeschlossen. Jetzt kommen wir zu den Dreiminutenbeiträgen. Zunächst hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

(Zurufe CDU und FDP: Och nee! - Martin Habersaat [SPD] und Sandra Redmann [SPD]: Juchuu! - Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Christopher Vogt [FDP]: Gleich kommt Olli noch einmal! Aber da benimmst du dich bitte, Sandra!)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme noch einmal, weil der Kollege Magnusen sagte, es sei eine **Genehmigungsangelegenheit**: Die Strommengenübertragung könnte ja versagt werden. Einschlägig ist § 7 des Atomgesetzes, und zwar Absatz 1 b:

„Elektrizitätsmengen nach Anlage ... können ganz oder teilweise von einer Anlage auf eine andere Anlage übertragen werden, wenn die empfangende Anlage den kommerziellen Leistungsbetrieb später als die abgebende Anlage begonnen hat.“

Das heißt also, der Regelfall ist - es wird angenommen, dass von Mülheim Kärlich auf Brokdorf übertragen wird -, alt auf neu zu übertragen. Das bedarf einfach nur einer Mitteilung. Das wird wahrscheinlich - ich will einmal zu Herrn Backmann schauen - anzeigespflichtig sein, aber auf jeden Fall nicht genehmigungspflichtig. Das ist die eine Sache.

In dem Zusammenhang hat Herr Kumbartzky gesagt: So what? Es gibt ja die **Vorrangregelung**. - Es ist aber so, dass ein Atomkraftwerk, wenn es im Leistungsbetrieb steht, seine Leistung nicht beliebig modulieren kann. Das heißt, es kommt durch Mengenübertragungen zu zusätzlichen Netzverstopfungen. Hierauf wollte ich hinweisen.

Aber jetzt noch einmal zu Ihren Ausführungen, Herr Kumbartzky. Sie haben gesagt, die **Oxid-schichtdicke** sei doch nicht so wild.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

Ich will es einmal mit den Reifen eines Autos vergleichen. Dabei geht es um den berühmten Gro-

schen, den man in das Profil steckt. Die Zahl muss weg sein. 2 mm Profil sind vorgeschrieben. Wir wissen natürlich alle, dass ein Auto auch fährt, wenn die Reifen weniger Profil haben. Aber es gibt technische Regeln und Spezifikationen, und ihnen zufolge sind die erlaubten Werte für Oxidschichtdicken überschritten.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Aber die Brennstäbe sind draußen! Das wissen Sie?)

Um die Analogie zum Auto noch einmal aufzugreifen: Wir kaufen ein Auto neu, und zwei Monate später haben die Reifen kein Profil mehr; die 2 mm Profil werden unterschritten. Das ist vielleicht doch Anlass nachzufragen, was die Ursachen dafür sein mögen.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, wir reden gerade über technische Dinge!

(Heiterkeit)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Kubicki?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte!

Wolfgang Kubicki [FDP]: Mit dem Tierarzt Matthiessen unterhalte ich mich gern über technische Dinge. - Herr Kollege Matthiessen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, müsste ein Auto, dessen Reservereifen weniger als 2 mm Profil hat, seinen Betrieb einstellen und stehen bleiben. So ungefähr wäre die Analogie; denn die oxidierten Stäbe sind ja draußen.

- Es ist jedenfalls nicht erlaubt, damit zu fahren. - Sagen wir es einmal so.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das will ja auch keiner!)

Man würde im Fall eines Unfalls mindestens eine Teilschuld zugebilligt bekommen, wenn das Bremsen beim Unfallgeschehen entscheidend war.

Ich habe noch einmal darauf aufmerksam gemacht, dass sie erst neu in Betrieb gewesen sind. Eine Oxidbildung ist betriebsbedingt eigentlich eine Zeitangelegenheit. Die Analogie zum Auto wäre: Sie kaufen einen neuen Reifen, und er ist nach zwei

(Detlef Matthiessen)

Monaten schon abgefahren. Dann stellen Sie sich natürlich die Frage: Woran liegt es? Insofern mache ich noch einmal darauf aufmerksam, dass wir es mit dem Kern eines Atomkraftwerks zu tun haben und äußerste technische **Sorgfalt** obwalten lassen müssen. Deshalb sage ich noch einmal in Richtung **Atomaufsicht** des Landes - sie ist ja nun wirklich unabhängig -: Es ist gut, dass diese Sorgfalt dort auch zu beobachten ist.

Soweit die Analogie mit dem Reifen. Ich hoffe, es ist klargeworden, dass man nicht nonchalant darüber hinweggehen kann. Atomsicherheit ist schon etwas Wichtiges. Ich kann mich erinnern, dass in diesem Haus, ganz gleich, wer regierte, immer gesagt wurde: Sicherheit geht in diesem Fall vor Wirtschaftlichkeit. - Meine Damen und Herren, ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass die Berichtsanträge zu den Punkten 33 und 34 - Drucksachen 18/5318 und 18/5319 - durch die Berichterstattung der Landesregierung ihre Erledigung gefunden haben.

Wir kommen nun noch zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/5317. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Piratenfraktion. Wer ist gegen den Antrag? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Kita-Geldes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/4814 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 18/5295

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter des Sozialausschusses, dem Abgeordneten Peter Eichstädt, das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Sehr verehrter Herr Präsident! Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank für den umfassenden Bericht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Wochenende wurden wir von einer Absichtserklärung, einem **Letter of Intent**, überrascht: Es gebe eine Einigung über die Neuordnung des **Kita-Finanzierungssystems** und die Schaffung eines **Kita-Förderungsgesetzes**. Wir waren in der Tat zunächst verblüfft, wie es der Regierung in so kurzer Zeit und noch vor den Wahlen bei einem so komplexen Thema gelungen sein kann, eine Einigung herbeizuführen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das war angekündigt!)

Aber dann haben wir uns den Letter of Intent, der so groß gefeiert worden ist, durchgelesen. Sie haben sich mit den kommunalen Verbänden auf so vielsagende Sätze verständigt wie, das jetzige System der Kita-Finanzierung in Schleswig-Holstein sei stark reformbedürftig; es fehle gleichzeitig an Transparenz bei der Verteilung und Bemessung der öffentlichen Zuschüsse. - Oh, darauf haben Sie sich mit den Kommunen verständigt?

Es hieß, es gebe bei der **Finanzierung** eine **Einigung mit den Kommunen**. Da habe ich wirklich gedacht: Wie haben die das hingekriegt? Dann lese ich den Satz, die Landesregierung sei auf Basis einer transparenten Finanzierungsstruktur bereit, einer noch zu vereinbarenden Anhebung und Dynamisierung der Zuschüsse zuzustimmen.

(Zuruf CDU: Grandios!)

Das ist nichts. Das ist doch das Papier nicht wert, auf dem diese Vereinbarung steht, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU und FDP)

Aber es ist für eines hilfreich: Es ist die schriftliche Bankrotterklärung bei der Schaffung eines transpa-

(Daniel Günther)

renten Kita-Finanzierungssystem in dieser Wahlperiode. Sie haben das schriftlich für uns dokumentiert. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

Das Schlimme ist: Sie haben die letzten Jahre dafür genutzt, genau das Gegenteil von Transparenz zu erreichen. Erst im Februar haben Sie die elfte Einzelförderung in die **Kita-Förderung** aufgenommen. Ohne alle diese **Einzelförderungen** ist im Übrigen die Grundausrüstung in den letzten Jahren sogar gesunken: Aber mit dem Krippengeld setzen Sie dem intransparenten, ungerechten, kommunal- und elternfeindlichen Finanzierungssystem die Krone auf.

(Beifall CDU)

Am Ende haben Sie uns als diejenigen, die immer von frühkindlicher Bildung, die kostenlos sein muss, reden, die **höchsten Elternbeiträge**, die wir jemals in **Schleswig-Holstein** hatten, hinterlassen, weil Sie sich immer weiter aus der Finanzierung zurückgezogen haben. Sie haben die Kommunen alleingelassen.

Ich weiß, dass Sie uns heute darauf festnageln wollen - das soll nachher bei der Abstimmung dokumentiert werden -, zur Abschaffung des Krippengeldes zu stehen. - Ja, das tun wir, aus voller Überzeugung. Denn Ihr **Krippengeld** wird niemals dazu führen, die **Belastung der Eltern** wirklich abzusenken. Wir sehen ja jetzt schon, dass die Kommunen nicht anders können, als die Krippen- und Kita-Beiträge wieder zu erhöhen. Sie verkaufen mit Ihrem Modell die Menschen in Schleswig-Holstein für dumm.

(Beifall CDU)

Deswegen sage ich heute klar und werde das in der nächsten Zeit auch überall sagen: Wir garantieren den Eltern, dass mit unserem Finanzierungsmodell niemand schlechtergestellt wird als durch das Krippengeld dieser Koalition. Im Gegenteil. Durch eine klar strukturierte, transparente Finanzierung mit einer erheblichen Erhöhung des Landesanteils an den Betriebskosten werden wir für gute Qualität und für geringere Elternbeiträge sorgen.

(Beifall CDU)

Ich sage bewusst mit Blick auf die Kollegen der FDP, die ein anderes Modell favorisieren: Ob es unser prozentualer Ansatz ist oder, wie die FDP fordert, eine absolute Obergrenze - ich persönlich bin da für beide Wege offen. Aber eines darf es in der Tat nicht mehr geben: dass, wie unter Ihrem Fi-

nanzierungssystem, Eltern in vielen Gemeinden Schleswig-Holsteins für einen Ganztageskrippenplatz über 600 € zahlen müssen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP] Unglaublich!)

Damit können wir doch von Wahlfreiheit für die Eltern überhaupt nicht mehr reden. Deswegen müssen wir in diesem Bereich in der nächsten Wahlperiode endlich wieder für soziale Gerechtigkeit in Schleswig-Holstein sorgen, damit dieser unsoziale Weg von SPD, Grünen und SSW nach der Wahl schnellstmöglich beendet wird.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das eben war ganz offenkundig der Beitrag für die „heute-show“, denn mit der Realität hatte das überhaupt nichts zu tun, Herr Oppositionsführer.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Es ist wie 2009/2010: Manchmal bleibt sich die Union tatsächlich treu, Sie wollen etwas tun, worin Sie Übung haben, Sie wollen die Familien nicht entlasten, sondern Sie wollen sie belasten. Wir hatten das dritte **Kita-Jahr** beitragsfrei gestellt, das war das Erste, was Schwarz-Gelb abgeschafft hat. Die Eltern erinnern sich daran.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW)

Sehr verehrte Damen und Herren, Sie sind schuld daran, dass die Gebühren so hoch geworden sind, weil Sie das damals abgeschafft haben.

(Widerspruch CDU)

Es ist Ihre Verantwortung von der Union, dass die Familien - -

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

- Herr Kollege Dornquast, was reden Sie eigentlich für einen Unsinn! Nicht bei jedem Thema sollte man dazwischenrufen, sondern nur ab und zu, wenn man etwas von der Sache versteht.

(Zurufe)

Um zu Ihnen zurückzukommen: Es ist Ihre Verantwortung, dass sich **Eltern** die **Kinderbetreuung** teilweise nicht mehr leisten können. Sie haben den

(Dr. Ralf Stegner)

Kommunen nicht geholfen, sondern Sie haben auf deren Klage gewartet. Sie haben die Träger bei der Qualität nicht unterstützt. Sie haben die Beitragsfreiheit rückgängig gemacht. Es steht ja auch auf Ihren Plakaten, dass Sie immer nur schnacken und nicht anpacken.

(Heiterkeit)

Sie haben nichts getan, um **Finanzierungsregelungen** zu befördern, die irgendetwas taugen.

Wir haben uns auf den Weg gemacht, in der **kommenden Legislaturperiode** mit den Gemeinden, Städten und Kreisen Vergleichbarkeit herzustellen. Ich begrüße, dass die Sozialministerin da vorangekommen ist. Wir müssen das machen. Wie teuer ein Kita-Platz in Schleswig-Holstein ist, hängt vom Wohnort ab. Das darf nicht sein. Die Schwankungsbreite beträgt 500 €. Das sind bis zu 6.000 € Elternbeitrag im Jahr. Das geht überhaupt nicht. Das ist eine Herkules-Aufgabe. Wir werden aber nicht hinnehmen, dass viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker nicht mehr erklären können, wie sich die Finanzierung der Kitas zusammensetzt.

Wir haben die **Beiträge** für die **Kommunen** erhöht. Wir werden die Familien entlasten, bis zu 100 € monatlich pro Kind. 100 € im Monat mehr für Familien. Erzählen Sie den Eltern keinen Unfug, dass Sie die Eltern mehr entlasten, wenn Sie ihnen das Geld wegnehmen wollen! Das können Sie jemandem erzählen, der sich die Hosen mit der Kneifzange anzieht. Es ist völlig absurd, den Eltern zu sagen: „Ich nehme euch das Geld weg, und am Ende habt ihr mehr davon.“ Das glaubt Ihnen wirklich niemand, nicht einmal auf Ihren Parteiversammlungen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist doch der Grund dafür, dass 50 % der CDU-Anhänger mit der Landesregierung zufrieden sind, weil auch sie diesen Unfug nicht wollen, wenn sie Eltern oder Großeltern sind. Wir werden das Kita-Geld ausbauen und nicht eher ruhen, bis wir die Beitragsfreiheit erreicht haben. Das ist Gerechtigkeit, und das werden wir durchsetzen.

(Beifall SPD)

Wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger ein Bild machen können. Wir wollen, dass sich die Unionsabgeordneten in diesem Haus persönlich dazu erklären, wie sie dazu stehen, den Eltern das Geld wieder wegzunehmen. Das ist das, was Sie wollen.

Auch Ihre Behauptung, es sei weniger als zu Beginn der Legislaturperiode, ist falsch. 20 % Beteiligung an den Kosten, als Sie die Regierung abgegeben haben; heute sind wir bei 35 % der Beteiligung an den Kosten. Rechnen Sie es nach, dann werden Sie feststellen, das ist mehr und nicht weniger. So weit werden Sie uns hoffentlich noch folgen können.

Man kann es simpel auf den Punkt bringen: Wer die Kita-Eltern quält, wird im Norden nicht gewählt.

(Heiterkeit und Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das werden Sie erleben. Wir Sozialdemokraten lehnen diesen unsozialen, familienfeindlichen Gesetzentwurf der Unionsfraktion ab. Das ist eine wesentliche Säule Ihres Wahlprogramms. Sie haben in Ihrem Beitrag heute kaum zum Gesetzentwurf geredet, sondern hier einen Satirebeitrag abgeliefert. Das wird uns nicht daran hindern, hier nicht nur eine namentliche Abstimmung durchzuführen, die ich hiermit beantrage, Herr Präsident, sondern auch in allen Wahlkreisen deutlich zu machen, wer die Familien unterstützt und wer das nicht tut. Darüber werden die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu entscheiden haben.

Das Gute daran ist, dass da das gilt, was der kluge Alterspräsident gesagt hat, nämlich dass das die Unterschiede zwischen den demokratischen Parteien sind. Man muss nicht Protest wählen; es reicht, die Union nicht zu wählen, die die Eltern in Schleswig-Holstein in dieser Weise schikanieren.

Wir wollen das nicht. Die Bürger wissen sehr genau: Wenn sie die Küstenkoalition wählen, bekommen sie den Weg zur Beitragsfreiheit plus Qualität in den Einrichtungen plus Hilfe für die Kommunen. Nicht entweder oder, sondern sowohl als auch.

Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren Beitrag. Wenn noch irgendjemand im Zweifel war, ob er Sie wählen soll oder nicht, haben Sie ihm die Zweifel ausgetrieben. Familien und Eltern können Ihre Partei nicht wählen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kita-Finanzierung vereinfachen, die Qualität verbessern, die Eltern besserstellen, die Kommunen entlasten, und Daniel Günther hat nicht mehr als 13 Millionen € dazugezahlt. Das ist mal eine Ansage! Herr Günther, entweder ist es Magic, oder Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Ich glaube, Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

Gehen wir einmal kurz in Ihren Gesetzentwurf, auf den Sie kaum eingegangen sind. Wenn Ihr Gesetzentwurf so beschlossen würde, wären Sie der Erste, der in drei Jahren sagen würde: „Oh, ganz schlimmes Modell, das müssen wir sofort wieder in die Tonne kloppen“, wie Sie es in allen anderen Bereichen mit Ihren Vorschlägen auch machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir fangen einmal mit dem Bereich ein Drittel, ein Drittel, ein Drittel an. Liebe CDU, Sie haben recht: Die **Kita-Finanzierung** ist total kompliziert. Deshalb verstehen Sie die ja auch nicht. Auch ich finde das ganz schön anstrengend. Sie sagen, Sie machen das jetzt einfach - das ist ein guter Ansatz -, ein Drittel zahlen die Eltern, ein Drittel zahlt das Land, ein Drittel zahlen die Kommunen.

Herr Günther, „**ein Drittel** zahlen die **Eltern**“. Das ist keine Entlastung. Wenn Sie das Land insgesamt anschauen, ist das eine deutliche Belastung. Woran kann man das merken? Man kann das zum einen daran merken, dass die Kommunen sonst sofort aufgeschrien und gerufen hätten: Konnexität, wir brauchen Ausgleichsmittel! - Das haben sie aber nicht getan. Sie haben viele kluge Sachen zu Ihrem Gesetzentwurf geschrieben, das aber nicht.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Erwähnt wird aber, dass die Elternbeiträge im Kreis Plön bei bummelig 20 % liegen. 20 % zu 33 %, kleiner Unterschied, die CDU ist für eine Belastung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Krippenbeiträge, die für einen Ganztagsplatz durchschnittlich anfallen, betragen im Land 15.000 € pro Jahr. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass einige Krippen im Hamburger Umland deutlich mehr nehmen. Wenn die CDU sagt, ein Drittel sei für sie in Ordnung, heißt das bei durchschnittlich 15.000 € für einen **Ganztagskrippen-**

platz, dass die CDU 5.000 € für eine Familie pro Jahr okay findet.

(Martin Habersaat [SPD]: Krass!)

Das heißt, in vielen Bereichen, in denen momentan viel geringere Krippenbeiträge gezahlt werden, ist das eine Aufforderung, auf ein Drittel hochzugehen.

(Widerspruch Tobias Koch [CDU])

- Natürlich, Herr Koch! Wenn Sie fordern „ein Drittel, ein Drittel, ein Drittel“, dann muss es ja wohl auch ein Drittel sein, oder was?

(Tobias Koch [CDU]: Das ist doch albern! - Unruhe)

- Nein, Herr Koch, das ist nicht albern!

(Zurufe)

Herr Günther, der letzte Satz in Ihrer Begründung ist: Wir wollen zu einer Ein-Drittel-ein-Drittel-ein-Drittel-Finanzierung kommen. Das heißt ein Drittel für die Eltern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist deutlich mehr. - Ich lasse die Zwischenfrage von dem empörten Herrn Koch gern zu.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Koch, die Abgeordnete Erdmann erlaubt Ihnen eine Zwischenbemerkung. Bitte schön.

Tobias Koch [CDU]: Frau Kollegin Erdmann, Sie argumentieren mit **Durchschnittszahlen** - das ist eine Betrachtungsweise -, wir stellen auf die **Gebührensatzungen der Städte und Gemeinden** ab. Es gibt zahlreiche Gebührensatzungen, in denen Elternbeiträge von 37, 38 oder 40 % vorgegeschrieben sind. Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf dafür sorgen, dass dieser Satz auf maximal 33 % gesenkt wird. Das ist keine Aufforderung, irgendetwas zu erhöhen, das ist eine verbindliche Senkung in den Fällen, in denen Eltern derzeit 37 % bis 40 % zahlen. Da können Sie sich doch nicht hinstellen und einfach behaupten, das sei eine Aufforderung, das zu erhöhen! Das ist eine verbindliche Senkung auf maximal 33 %.

(Beifall CDU - Zurufe)

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Günther hat mich aufgefordert, mir den Gesetzestext anzugucken. Gucken Sie sich einmal die Begründung an! Sie fordern in einem Landesgesetz eine Ein-Drittel-ein-Drittel-ein-Drittel-Finanzierung. Worauf läuft das hinaus, als dass wir durchschnittlich zu diesen Werten kommen? Herr Günther, das ist eines der Probleme, warum wir zu so komplizierten Situationen gekommen sind, weil wir in den Kommunen sehr große Unterschiede haben, wir es aber teilweise landeseinheitlich regeln müssen. Das ist das Problem. - Wenn Sie noch eine Nachfrage haben, bitte.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben die Möglichkeit, noch eine Frage zu stellen. Dafür schalten wir Ihnen auch das Mikrofon wieder an.

Tobias Koch [CDU]: Ich habe noch eine Anmerkung. Frau Kollegin Erdmann, wenn Sie unseren Gesetzentwurf falsch interpretieren, berechtigt Sie das noch lange nicht, sich hier hinzustellen und Behauptungen aufzustellen, die gar nicht der Intention des Antragstellers entsprechen.

(Unruhe)

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Koch, Ihre Fraktion hat die Kita-Finanzierung im Grundsatz nicht durchdrungen. Schauen Sie sich einmal Ihr Landtagswahlprogramm an, sehr interessant zu lesen. Darin steht - als Beispiel, wie kompliziert das ist -, die Landesregierung solle künftig bitte auch **Krippenplätze** berücksichtigen, die vor 2012 geschaffen worden sind. Was steht aber in der gar nicht überraschenden, sondern seit 2012 bekannten **Konnexitätsvereinbarung**? Darin steht, dass die Landesregierung alle Krippenplätze, die seit 2009 geschaffen wurden, berücksichtigt. - Jetzt gucken Sie nicht so kariert! So ist es!

(Vereinzelter Beifall und Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Da kann man nicht sagen: Eh, was regt sich die Alte jetzt über drei Jahre auf? Von 2009 bis 2012 sind immerhin 6.300 U-3-Plätze geschaffen worden. 6.300 von insgesamt 22.000 Plätzen sind nicht Peanuts, das ist ungefähr ein Viertel. Wir beide rechnen ja so gern. Wenn Sie das mit den vereinbarten Sätzen multiplizieren, sind die Plätze, die Sie überhaupt nicht auf dem Schirm haben, 44 Millionen €

Landeszuschüsse pro Jahr wert. - Bitte schön, Sie können sich setzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Tobias Koch [CDU]: Unverschämtheit!)

- Tut mir leid, das ist so.

Wo war ich stehengeblieben? Ich war stehengeblieben bei dem Punkt ein Drittel Elternbeiträge.

Der nächste Punkt, den Herr Günther vorgeschlagen hat, war **ein Drittel Landesmittel**. Ich mache jetzt wieder eine Überschlagsrechnung. Ich glaube, die stimmt nicht ganz, aber das ist zumindest ein Hilfsmittel, weil wir nicht wissen, wie hoch die gesamten Kita-Kosten tatsächlich sind.

Ich habe mir einmal zum 1. März 2016 angeguckt, wie viele Krippenplätze, wie viele Tagespflegeplätze und wie viele Elementarplätze wir haben. Multipliziert man das mit den evaluierten Kosten, kommen wir für den Kita-Bereich insgesamt in Schleswig-Holstein, getragen von Eltern, von Kommunen und vom Land, auf Kosten von bummelig 600 Millionen €. Das ist ein bisschen aufgerundet. Wie viel ist davon ein Drittel? Das ist - auch für mich - relativ einfach zu ermitteln. Das sind 200 Millionen €. Was stand im letzten Haushalt als Hausnummer für Betriebskosten für Kita-Finanzierung? - 200 Millionen €.

(Zurufe SPD: Oh! - Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ehrlich gesagt, war es Zufall, dass das so kommt. Wir merken jetzt, dass wir im Bereich der **Finanzierung im U-3-Bereich**, der der Kostentreiber ist, ganz andere Quoten haben. Nach der Vereinbarung über die Konnexität, was das Land für zusätzliche Krippenplätze zahlt, übernimmt das Land nicht ein Drittel, sondern 70,25 % pro Platz.

(Martin Habersaat [SPD]: Das ist ja viel mehr!)

Das ist deutlich mehr als ein Drittel. Das sind nämlich mehr als zwei Drittel. Das ist Dynamik, die wir gerade im Bereich der Kinderbetreuung sehen. Daher kommt ein großer Teil der Kostensteigerungen.

Das sind gegriffene Zahlen, aber sie sind plausibel. Wir können uns nachher gern noch einmal ins Séparée verziehen, Herr Koch, und das nachrechnen.

Wo müssen wir bei der Frage der Kita-Finanzierung jetzt hin? Der Letter of Intent hat vielleicht Sie

(Anke Erdmann)

überrascht, Herr Günther. Er ist hier mehrfach angekündigt worden.

Wohin muss es im Bereich der **Bildungsfinanzierung** gehen? Wir brauchen natürlich eine einfachere Variante. Dabei muss meines Erachtens sehr stark betrachtet werden, ob wir Halbtags- oder Ganztagsplätze haben. Das machen wir momentan nicht. Die Krippenplätze werden, egal, ob es ein Ganztags- oder ein Halbtagsplatz ist, berücksichtigt. In Dithmarschen haben wir 10 % Ganztagsplätze, in Kiel und Lübeck sind es 70 %. Das ist wirklich ein großer Nachteil.

Genauso ist es mit der Tagespflege. Die überschätzen wir momentan. Wir gehen davon aus, dass ein Drittel der U-3-Plätze Tagespflegeplätze sind. Es sind aber deutlich weniger. Wir müssen auf solche Feinheiten, die nachher zu großen Effekten für die Kommunen führen, hinweisen.

Ich finde es sehr gut, dass im **Letter of Intent** eine Einigung für eine **Sozialstaffel** vereinbart ist. Das ist erstens viel mehr als das, was in Ihrem „Gesetzentwurfswisch“ steht. Zweitens bin ich wie Frau Heinold der Meinung, dass die nächsten 100 Millionen €, die in den Kita-Bereich gehen, vor allen Dingen in Qualität und die Sozialstaffel gehen müssen. Davon haben die Eltern etwas, davon haben die Kinder etwas. Sie müssen erst einmal Ihre Hausaufgaben machen. Man muss nicht nur wollen, Herr Günther, man muss auch können.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Justizsekretärinnen und -anwärter vom Landgericht Lübeck und Seniorinnen und Senioren aus Uetersen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat jetzt die Frau Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, Anke, dass du unseren Wahlslogan sehr gut findest und hier zitierst.

(Beifall FDP - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Ich möchte gleich mit dem anfangen, was zum Schluss von der Kollegin Erdmann gesagt worden ist. - Herr Habersaat, hören Sie einfach einmal zu!

Sie hat gesagt, der **Letter of Intent** sei angekündigt worden. Welch ein Irrtum! Sagen Sie doch einmal die Wahrheit. Schauen Sie einmal in eine Kleine Anfrage der CDU von November letzten Jahres, in der danach gefragt worden ist, welche Gespräche laufen. Die Landesregierung hat geantwortet, man habe vor, in der nächsten Legislaturperiode eine Einigung mit den Kommunen zu schließen. Da war kein Wort davon, dass man in intensiven Gesprächen sei, dass man dabei sei, eine Vereinbarung zu treffen, et cetera. Sie haben eine Einigung in weite Ferne gerückt, meine Damen und Herren.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Und nun waren wir schneller!)

Der Letter of Intent - ganz ehrlich; der Kollege Daniel Günther hat es schon formuliert - ist so etwas von vage! Kennt man auch noch das Schreiben, das der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag an die Kommunen auf den Weg gebracht hat, erfährt man, dass man das Ziel habe, zu einer **Drittelregelung** zurückzukommen. Das heißt nichts anderes, als dass man die Eltern belasten möchte. Diese Frage muss sich Frau Alheit gefallen lassen.

Sie stellen sich hier hin und sagen, die Eltern bezahlen höchstens 20 %. Wenn Sie in Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden sind und diese das klare Ziel äußern, dass es auf eine Drittelregelung hinauslaufen soll, stimmen Sie auch einer **Erhöhung** zu. Wo sind Sie da auf dem Weg zu einer Beitragsfreiheit, Herr Dr. Stegner? Ihr Krippengeld ist in Wahrheit nur eine Entlastung. Es ist nichts, was zu einer Beitragsfreiheit führt. Dann müssten Sie nämlich eigentlich den Deckel herunternehmen und viel mehr Geld einstellen und nicht so herumhütern, wie Sie das gerade tun.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Ich habe noch ein paar Zahlen. Es geht auch darum - -

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Nein, keine Zwischenfrage! Ich möchte meinen Gedanken hier zu Ende bringen können.

Es ist doch richtig, dass wir eine erhebliche Anzahl neu geschaffener Plätze haben. Das führt natürlich dazu, dass wir gestiegene **Betriebskosten** haben. Mir hat eine Einrichtung die Zahlen auf den Tisch gelegt, was für den Ü-3-Bereich an Zuschüssen vom Land gekommen ist. Im Jahr 2004 betrug die-

(Anita Klahn)

ser Anteil 22 %, 2009 17 %, 2016 - die letzte Zahl - 14 %. - Da sind Sie jetzt ganz perplex; ich habe mir das gedacht. - Die Kita-Leiterin erzählt mir, dass sie im April erfahren hat, dass sie für Ü 3 im nächsten Jahr nicht mehr 17 % bekommen soll, sondern nur noch 14 %. Meine Damen und Herren, wo unterstützen Sie Familien? Wo entlasten Sie Familien? Wo ist das Ihr Weg hin zur Beitragsfreiheit?

(Beifall FDP und CDU)

Eines ist ganz klar: Wir haben in jeder Debatte gefordert, dass wir uns mit den kommunalen Landesverbänden zusammensetzen und über eine Neuordnung reden. Es kann nicht sein, dass es immer mehr Einzelfördertöpfe gibt, die immer nur kleine Gruppen betreffen.

Wir haben einen anderen Vorschlag gemacht. Wir möchten, dass die Eltern wirklich entlastet werden, dass sie **verlässliche Größen** darüber haben, wie hoch die **Elternbeiträge** sind. Wir sagen maximal 200 € für einen Ü-3-Platz und maximal 150 € für einen U-3-Platz. Das wäre ein echter Zwischenschritt auf dem Weg zu einer Gebührenfreiheit. Das Land ist in der Pflicht, die Kosten auszugleichen.

Wir möchten parallel dazu - das ist den Eltern wichtig - den **Fachkraft-Kind-Schlüssel** verbessern. Es kann nicht sein: 1,5 Fachkräfte in einer Gruppe von 20 Kindern plus in Ausnahmefällen. Das haben Sie zu verantworten, meine Damen und Herren von der linken Seite.

Wir möchten, dass die Eltern sicher sind, dass sie eine gute Qualität in der Betreuung haben, dass die Fachkräfte Zeit für die Kinder haben und nicht überlastet sind durch neue, überbordende Verwaltungsdinge wie zum Beispiel die jährliche Hygieneüberprüfung, die neuerdings hinzugekommen ist.

Die Krippenträger klagen uns ihr Leid, dass sie kein Personal finden, weil die Belastung extrem hoch ist. An dieser Stelle tun Sie nichts. Sie streuen den Eltern Sand in die Augen mit Ihrem Krippengeld, das noch auf Staatskosten versendet wird, und unter dem Strich kommt nichts an. - Vielen Dank.

(Beate Raudies [SPD]: Es wird sogar auf Staatskosten bezahlt! - Martin Habersaat [SPD]: Stellen Sie sich das einmal vor! Mit Steuergeldern! - Anita Klahn [FDP]: Der Brief von „Onkel Albig“ war wohl echt daneben! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das war schlechter als Günther!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gerade erst vier Monate her, dass wir eine muntere Debatte zu diesem Thema hatten. Mit Ausnahme der CDU-Fraktion waren wir uns damals alle einig, dass diese Debatte nicht stattfinden würde, hätten wir nicht am 7. Mai eine Wahl. Es ist ja nicht davon auszugehen, dass das gerade beschlossene **Kita-Geld** aufgehoben wird, nur weil sich die CDU das so wünscht, das Ganze umso weniger, als es kein einziges Argument gab, das nicht schon im Rahmen der Debatte um das Kita-Geld an sich genannt worden ist.

Erwartungsgemäß lief es dann auch im Sozialausschuss ab, an den der Gesetzentwurf verwiesen wurde. Die schriftliche Anhörung führte überwiegend zu bloßen Verweisen auf die Stellungnahmen anlässlich der Einführung des Kita-Geldes. Es war eben schon damals alles gesagt, und das von jedem, der etwas Sinnvolles dazu sagen wollte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, grundsätzlich habe ich Sympathie für Ihren Antrag, denn in einem grundlegenden Punkt haben Sie Recht: Das beschlossene Kita-Geld ist der nach unserer Auffassung komplett falsche Weg, wenn es um die Verbesserung der **Kita-Finanzierung** geht. Das hat der Landesrechnungshof schon bei der Einführung des Kita-Geldes festgestellt. Er hat auch zu Ihrem Gesetzentwurf geschrieben, dass er das Geld lieber in der **Struktur** als im Rahmen von Einzelzuwendungen sieht, denn die Struktur ist schlecht. Darauf komme ich noch zu sprechen.

Darum geht es bei dem Gesetz ja auch nicht. Es geht darum, dass man Wähler motivieren möchte, ihr Kreuz an einer bestimmten Stelle zu machen - und das in einer Lage, in der schon ein Gesetz beschlossen worden ist, das bereits wirksam geworden ist. Da reicht es nicht aus, eine Rolle rückwärts zum Status quo von vorgestern zu machen.

Eine Folge hat das Kita-Geld nämlich jetzt schon: Viele **Kommunen** haben die **Elternbeiträge** bereits erhöht oder eine solche Erhöhung beschlossen. Wenn wir jetzt den Eltern das Geld wegnehmen, mit dem sie die Erhöhung kompensieren können, dann tragen wir den politischen Streit auf deren Rücken aus. Das kann die CDU doch eigentlich nicht ernsthaft wollen.

(Wolfgang Dudda)

(Zuruf SPD: Doch! Das will sie!)

Sie wissen, dass Ihr Antrag keine Chance auf Erfolg hat. Deswegen gehen Sie auch kein Risiko ein. Nach unserer Auffassung geht konstruktive Politik anders, aber das scheint in diesen Zeiten ja eher eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Dass die Kommunen die Gebühren erhöhen, kommt weder überraschend, noch ist es böseartig. Wir alle wussten, dass es passieren wird, weil die Kitas nicht ausreichend finanziert sind. Daran ändern auch die 100 € nichts - jedenfalls dann nicht, wenn man sie nicht ins System steckt. Was wir brauchen, ist keine Rolle rückwärts, sondern einen vernünftigen und etwas größeren Plan. Wir brauchen eine grundlegend neue, transparente, nachvollziehbare sowie vor allen Dingen einfache und auskömmliche **Finanzierung der Kitas**.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Heute werden die Kitas aus unzähligen kleinen Töpfen in einem System finanziert, das keiner mehr wirklich durchschaut. In diesem Bereich wurde lange Zeit eine Flickenteppichfinanzierung vorangetrieben. Das Ergebnis sieht auch aus wie ein Flickenteppich. Da hilft uns kein weiterer Flecken an anderer Stelle, wie es die CDU fordert.

Wir müssen eine nachvollziehbare, solide und auskömmliche **Gesamtfinanzierung** aufstellen, mit der die Kitas arbeiten können. Was nützen uns Kitas, die baufällig sind oder zu wenig Personal haben - die Frau Kollegin Klahn hat es eben erwähnt?

Der Schlüssel von 1,5 ist vernünftig. Wenn wir uns die gute Betreuung nicht mehr leisten, mit anderen Worten: Wenn es da gar keine Kita mehr gibt oder in der Kita niemand mehr ist, der die Kinder in Empfang nimmt, dann wäre das nicht gut. Das Geld ist da. Wir müssen nur bereit sein, es in die Zukunft unseres Landes zu investieren, denn diese Kinder sind unsere Zukunft. Sie sollen einmal das Geld erarbeiten, mit dem in 20 oder 30 Jahren Schleswig-Holstein gestaltet werden kann.

Wer stattdessen lieber Haushaltsüberschüsse und schwarze Nullen feiert, tut dies auf Kosten der nachkommenden Generation. Das ist egoistisch und nicht nachhaltig. Der CDU-Antrag bietet leider keinerlei Perspektiven für eine solche Zukunft. Er ist faktisch rückwärtsgewandt, weil er nur den Status vor dem Krippengeld herstellen möchte. Für eine solche Politik sind wir nicht zu haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Eigentlich gibt es zu diesem Gesetzentwurf wirklich nicht mehr viel zu sagen.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn ich ganz ehrlich sein soll, dann ist mir und meiner Partei schon bei der ersten Lesung wenig dazu eingefallen. Das liegt ganz bestimmt nicht am Thema Kita. Hier gab und gibt es eine ganze Reihe von Herausforderungen, mit denen wir uns sehr intensiv beschäftigt haben und auch weiter beschäftigt werden.

Der Grund liegt an ganz anderer Stelle: Bekanntlich haben wir das **Krippengeld** in einem ganz normalen, regulären parlamentarischen Verfahren beschlossen. Die CDU kommt daraufhin trotzdem mit einem Gesetzentwurf um die Ecke, der die Abschaffung fordert. Natürlich kann man hier inhaltlich anderer Meinung sein - keine Frage. Die Mehrheit im Parlament hat sich nun aber einmal dafür entschieden. Vor diesem Hintergrund ist ein solches Verhalten relativ abenteuerlich. Meinem Verständnis von Politik widerspricht es jedenfalls sehr deutlich.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Noch dazu ist es ganz einfach schade, weil es uns bei diesem wichtigen Zukunftsthema kein Stück weiterbringt. Unabhängig vom Stil in diesem Verfahren kann man natürlich einen anderen Schwerpunkt setzen. Der SSW bewertet das Krippengeld aber als handfeste Entlastung für viele Menschen im Land.

(Beifall SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Eltern von Krippenkindern haben so jeden Monat bis zu 100 € mehr im Portemonnaie. Auch, wenn man dieses Geld vielleicht lieber woanders investieren würde, ist das nun einmal Fakt.

Aus unserer Sicht gehen wir hier gleichzeitig einen wichtigen Schritt in Richtung **beitragsfreie frühkindliche Bildung**. Dass wir trotz dieser Maßnahme noch deutlich mehr tun müssen, wenn es um die Unterstützung von Familien und den Zugang zu Bildung geht, steht dabei völlig außer Frage. Hier werden wir nicht nachlassen. Nach unserer Überzeugung muss Bildung kostenlos sein. Das ist unser

(Flemming Meyer)

übergeordnetes Ziel, und da werden wir auch weitermachen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bildung ist ein absoluter Schwerpunkt dieser Koalition. Dazu gehört auch die frühkindliche Bildung.

Das belegen die Zahlen sehr deutlich: Seit 2012 haben wir die Gesamtsumme aller Förderprogramme auf fast 231 Millionen € erhöht und somit mehr als verdoppelt. Seit 2012 haben wir fast 10.000 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen. Für weiteres Fachpersonal geben wir 25 Millionen €, für Maßnahmen zur Qualitätssicherung 12 Millionen € zusätzlich aus. Daneben geben wir bis 2018 weitere 32 Millionen € für den Bau von Kitas und weitere 10 Millionen € für die Betriebskosten im Ü-3-Bereich aus. Auch den Fachkraft-Kind-Schlüssel haben wir verbessert und die Förderung von Regional- und Minderheitensprachen eingeführt.

Leider zeigt sich aber immer deutlicher, dass das total intransparente und über viele Töpfe verteilte Finanzierungssystem dazu führt, dass die gewünschten Effekte nicht immer erreicht werden. Deshalb herrscht nicht nur hier im Parlament, sondern auch unter allen Beteiligten große Einigkeit, dass ein **transparentes Finanzierungssystem** her muss.

Hier ist mit der vorliegenden Absichtserklärung, dem **Letter of Intent** von Land und kommunalen Landesverbänden, ein erster wichtiger Schritt gemacht worden. Gemeinsames Ziel ist ein transparentes, nachfrage- und qualitätsorientiertes System. Dem SSW ist hier besonders wichtig, dass für die Übergangszeit bis zur völligen Beitragsfreiheit endlich ein einheitliches Recht der **sozialen Ermäßigung** verankert wird, denn gerade für Eltern mit mittleren und geringen Einkommen stellen die Beiträge mitunter eine erhebliche Belastung dar.

Doch trotz aller grundsätzlichen Einigkeit in dieser Frage sollten wir alle etwas Geduld mitbringen: Dieses Verfahren ist nun einmal mehrstufig, es sind viele Akteure involviert. Entsprechend viele unterschiedliche Interessen müssen in Einklang gebracht werden. Daran führt kein Weg vorbei. Es ist niemandem damit geholfen, wenn wir hier irgendwelche Schnellschüsse oder sogar eine Rolle rückwärts machten. Aus Sicht des SSW brauchen wir eine gründliche Reform, die dann auch langfristig tragfähig ist. Ich denke, dass wir hier auf einem wirklich guten Weg sind. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen Dreiminutenbeitrag spricht jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg zu uns.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist es wichtig, noch einmal auf einen Punkt aufmerksam zu machen. Mir ist der Letter of Intent der Landesregierung, der jetzt unterzeichnet wurde, eigentlich relativ egal. Ich möchte aber auf einen Punkt aufmerksam machen, der sich aus einem Scharmützel bei der ersten Lesung zwischen der Kollegin Midyatli und mir ergeben hat. Er zeigt den Unterschied zwischen dem, was Sie auf den Weg gebracht haben, und dem **Vorschlag der FDP-Fraktion**, den wir übrigens mit einem Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt morgen noch einmal zur Abstimmung stellen.

Sie versuchen zur Beitragsfreiheit zu kommen, indem Sie sagen: Jetzt gibt es Krippengutscheine.

(Serpil Midyatli [SPD]: Genau!)

Dieser Krippengutschein wird im Zweifel nächstes Jahr oder übernächstes Jahr erhöht. Irgendwann wollen Sie so zur Beitragsfreiheit kommen.

Das wollen wir auch. Das heißt aber, dass Sie dann Ihr **Gutscheinsystem** wieder komplett umdrehen müssen. Wenn nämlich ein Kita-Platz oder auch eine U-3-Betreuung beitragsfrei ist, braucht man ja keinen Gutschein.

Wir sagen von Anfang an: Wir wollen nicht zwei Finanzierungsmodelle. Wir wollen nicht die Zweigleisigkeit, sondern schlagen vor, zu deckeln. Wir sagen den Eltern ganz klar: Unser Angebot sind 150 € oder 200 € für eine Acht-Stunden-Betreuung. Wir versprechen, dass wir diesen Deckel im Laufe der Zeit bis zur Beitragsfreiheit weiter senken. Ich finde, dass dies der einfachere und transparentere Weg ist.

(Wortmeldung Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich lasse die Zwischenfrage gern zu, wenn Sie mir noch ein Argument gestatten.

Auch ich finde die **Kita-Finanzierung** kompliziert. Ich finde, dass man sie auf unkompliziertere Füße stellen muss. Damit sollen sich aber nicht die Eltern herumschlagen müssen. Das ist der Job einer neuen

(Dr. Heiner Garg)

Landesregierung, wer immer sie auch stellen wird. Wir glauben, dass der Einstieg über unser doppelt gedeckeltes Modell der einfachste und auch der konsequenteste Weg ist, die Beitragsfreiheit perspektivisch am Ende der kommenden Legislaturperiode den Eltern zu verschaffen. - Jetzt gern, Frau Erdmann.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nun, Frau Kollegin Erdmann, haben Sie das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr geehrter Herr Dr. Garg, ich finde, dass der Charme Ihres Modells völlig einfach zu verstehen ist, wenn man sagt: 150 € oder 200 € im Monat. Mich stört an Ihrem Modell jedoch, dass es degressiv wirkt, dass es also zunächst dort die größte Entlastung bringt, wo die Leute, auch weil sie zum Teil höhere Einkommen haben, höhere Beträge zahlen. Das ist der Punkt, der mich an Ihrem ansonsten einfachen Modell stört. Deswegen haben wir uns für ein anderes Modell entschieden.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Natürlich ist das degressiv! Unser Modell jedoch ist es nicht!

(Zurufe FDP)

- Das kommt von oben. Ich denke, Sie sind Volkswirt. Deshalb sollten Sie doch wissen, was ein degressives Modell ist.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ich glaube, die Kollegin hatte mich gefragt.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich hatte zumindest den Eindruck, obwohl man sich täuschen kann.

Wir hatten bei den Krippen das Problem - das hat sich jetzt schon gezeigt, ob bewusst oder unbewusst -, dass die Kommunen wie folgt reagiert haben: Die Kommunen haben die Beiträge nämlich zum Teil noch erhöht, sodass am Ende von einer gutgemeinten Aktion, bei den Eltern netto in der Tasche, an der einen oder anderen Stelle gar nichts mehr übrig bleibt, während bei unserem Modell - -

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber degressiv!)

- Natürlich wirkt es degressiv! Aber nach unserem Modell würde bei allen zumindest noch etwas üb-

rigbleiben. Das ist der Unterschied zwischen den beiden Modellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht besteht ja morgen, wenn der Nachtragshaushalt verabschiedet wird, noch die Chance, sich für ein einfaches und klares Modell zu entscheiden, von dem alle Eltern in Schleswig-Holstein von Anfang an profitieren würden. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat sich die Frau Abgeordnete Serpil Midyatli gemeldet.

Serpil Midyatli [SPD]:

Ich habe mich gemeldet, damit wir unser kleines Scharmützel vielleicht noch ein wenig fortführen können. - Aber nein.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ebenso wie meine Kollegin Anke Erdmann gerade schon ausgeführt hat, möchte ich ins Feld führen: Sie haben ein Modell vorgeschlagen, und wir haben ein Modell vorgeschlagen. Nun ist es so, wie es ist: Sie finden Ihr Modell besser, und wir finden unser **Modell** besser. Ich weiß gar nicht, wie ich es formulieren soll, damit es nicht schräg rüberkommt.

Wir haben ja schon bei anderen Modellen gemerkt, wenn wir mit den Kommunen verhandelt haben, dass nicht immer alles - wie soll ich sagen? - einheitlich und gleich im Land geregelt worden ist. Sie fragen sich jetzt bestimmt, welches Beispiel ich bringen werde. Ich würde gern das Beispiel der **Schulbegleiter** bringen; das ist überhaupt nicht mein Bereich, damit habe ich überhaupt nichts zu tun. Aber letztendlich haben wir ja alle mitbekommen, dass, wenn man versucht, sich mit den kommunalen Landesverbänden zu einigen, vor Ort einige Dinge immer anders laufen.

Wir haben uns ganz bewusst und ganz gezielt dafür entschieden, den direkten Weg über die Eltern zu gehen. Es ist in diesem Fall unkomplizierter gewesen, vor allem auch deswegen, weil das Krippengeld um mindestens ein Drittel teurer geworden wäre, weil uns die Kommunen gesagt hätten, dadurch entstünden sehr hohe Verwaltungsgebühren und die Kommunen bekämen viel mehr Arbeit. Allein die Sozialstaffel, die wir mit den Kommunen vereinbart haben, kostet fast genauso viel an Verwaltungsgebühren wie die Sozialstaffel selbst.

(Serpil Midyatli)

Deshalb haben wir uns mit Frau Erdmann, liebe Anke, und mit Flemming - wir waren sozusagen das Kita-Team - zusammengesetzt und haben uns damit auseinandergesetzt. Deshalb haben wir uns gemeinsam mit der Ministerin letztendlich für diesen Weg entschieden.

Nun können Sie sagen, Sie hätten es gern anders gemacht. D'accord! Das ist absolut in Ordnung. Ich finde es ausgesprochen erfreulich - das darf man zum Ende einer Legislaturperiode vielleicht auch einmal sagen -, dass wir dann, wenn wir Änderungen, Gesetzesinitiativen oder Gegenentwürfe bekommen haben, diese eher immer von der FDP gekommen sind. Das wird man hier vielleicht auch einmal sagen dürfen.

Dann vielleicht noch ganz zum Schluss der Hinweis, dass es auch eine **Anhörung** zum Kita-Gesetz der CDU-Fraktion gegeben hat. Daraus möchte ich am Ende nur einen einzigen Satz zitieren, der von den Kita-Landeselternvertretern stammt. Er lautet:

„Wir fordern daher die konsequente Fortführung des bereits von der Landesregierung eingeschlagenen Weges zu einer spürbaren Entlastung der Eltern ...“

Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Der nächste Dreiminutenbeitrag kommt von dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht ist es ganz hilfreich, den letzten Satz von Ihnen, Frau Midyatli, noch einmal aufzugreifen. Mit dem Modell, das Sie vorschlagen, kommen Sie nie zur Beitragsfreiheit, sondern allenfalls zu einer **Entlastung der Eltern**.

(Serpil Midyatli [SPD]: Schauen wir mal!)

Nicht „schauen wir mal“, sondern die Gebührenbescheide werden logischerweise erlassen, und dadurch entlasten Sie die Eltern von der unmittelbaren Zuzahlung. Das wird aber nicht zur Beitragsfreiheit der Kita führen; denn das würde bedeuten, dass Sie keinen Beitragsbescheid erlassen. Das ist die Beitragsfreiheit bei der Kita ähnlich wie bei der Schule. Von den Schulen bekommt man ja auch keinen Bescheid darüber, dass man Schulgeld zahlen muss.

Das **Versprechen auf Beitragsfreiheit** ist also mit Ihrem Modell nicht zu erreichen. Ich verstehe Sie, ich will das aber erklären.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Beitragsfreiheit ist, wenn die Eltern nichts bezahlen müssen. Dahin kommen Sie mit Ihrem Modell jedoch nicht, weil Sie zunächst Gebühren erheben. Beitragsfreiheit heißt doch, man erhebt erst gar keine Gebühren.

(Zuruf SPD)

Der Rest ist eine Entlastung der Eltern; das ist ja in Ordnung. Ich will ja nur erklären, warum wir dem Gesetzentwurf der Union nicht zustimmen. Wir teilen das Ziel, das Sie haben, sagen aber, das Modell ist falsch. Wir haben ein anderes. Wir halten es aber für unzulässig, nachdem jetzt die Eltern haben entgegennehmen müssen, dass die Beitragsbescheide zum Teil höher ausgefallen sind als im letzten Jahr, man ihnen diesen Zuschuss aufgrund einer Initiative der Union wieder wegnimmt. Das kann man erst dann machen, wenn das andere System sozusagen implementiert ist. Aus diesem Grund werden wir dem Gesetzentwurf der Union nicht zustimmen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort zu einer Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich möchte dem Herrn Kollegen Kubicki mindestens in einem Punkt Recht geben, liebe Frau Kollegin Midyatli. Das ist der Punkt, dass wir im letzten Schritt, wenn wir dort angekommen sein werden, in der Tat grundlegend etwas werden ändern müssen. Ich glaube, das ist uns allen auch klar. Aber wir wollen den von uns beschrittenen Weg gehen. Wenn die Kommunen das jetzt missbrauchen, indem sie die Gebühren so erhöhen, dass man den Eltern etwas wegnimmt, dann ist das ein Skandal, und das werden wir auch brandmarken. Dies ist nämlich nicht erforderlich.

Was aber immerhin besser ist bei dem, was Sie hier vortragen, Herr Kubicki, ist, dass Sie sich hier nicht wie Herr Günther hinstellen und wiederholen, was Herr Günther behauptet. Herr Günther behauptet nämlich, man wolle die Eltern dadurch entlasten, dass man ihnen das Kita-Geld wegnimmt. Das, finde ich, ist wirklich eine Groteske. Da ist mir der Antrag der FDP dann doch ein wenig sympathischer. Wir werden allerdings erst in ein

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

paar Jahren zusammenkommen. Wenn wir dann unseren letzten Schritt gemacht haben, werden wir bei dem sein, was Sie gesagt haben.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Dr. Stegner, zunächst einmal stimme ich Ihnen zu. Wenn man den Eltern das Kita-Geld wieder wegnehmen würde, würde man sie im Endeffekt nicht entlasten, sondern belasten; das ist logisch.

(Heiterkeit und Beifall FDP)

Ich freue mich, dass wir zu einer Übereinstimmung gekommen sind. Bei einem so einfachen Sachverhalt habe ich mir das bisher gar nicht vorstellen können.

Das Problem bei Ihrem Modell - das haben wir vor einem halben Jahr schon einmal gesagt - besteht darin: Wenn Sie jetzt 100, 200 oder 300 € aufwachsen lassen, dann wird es für eine politische Instanz schwer sein zu erklären, warum man etwas streicht und dafür keine Beitragsbescheide im Rahmen der Kita-Gebühren erstellt. Vielleicht können wir in der nächsten Legislaturperiode noch einmal darüber nachdenken. Bevor wir einen Weg gehen, der große Schwierigkeiten bereiten wird - denn dann wird den Eltern ja doch etwas weggenommen, was sie vorher bekommen haben -, wird es vielleicht sogar schmerzfrei möglich sein, in ein vernünftiges System einzusteigen, das dazu führt, dass in einigen Jahren tatsächlich Beitragsfreiheit für die Kita besteht. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. Dann hat die Landesregierung das Wort.

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist ja so, dass tatsächlich nicht alles, was wir hier besprechen, bei allen Menschen im Land auch immer ankommt. Aber die Frage, ob man nun für oder gegen das **Kita-Geld** ist oder besser: ob man für oder gegen die Entlastung von Eltern ist, das, meine Damen und Herren, be-

kommen die Eltern und die anderen Menschen draußen mit. Ich glaube, das wird ein wichtiger Faktor bei ihrer Entscheidung am 7. Mai sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn 1.200 € im Jahr, also 100 € Monat für Monat, für jedes Kind von null bis drei Jahren in öffentlichen Tagesbetreuungseinrichtungen gezahlt werden, dann ist das faktische Familienfreundlichkeit, und das ist eine ganz konkrete Entlastung von Familien in unserem Land, selbst dann, wenn wir ein bisschen über den richtigen Weg streiten. Aber das ist konkrete Arbeit.

Rund 19.000 positive **Bescheide** für solche Familien sind bereits jetzt herausgegangen. Das sind 19.000 Bescheide, die, wenn es nach der CDU-Fraktion ginge, widerrufen werden sollten. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass damit die Gebührenerhöhungen der letzten Monate rückgängig gemacht werden würden und damit auch kein gutes Alternativkonzept der CDU zur Verfügung steht.

Ich will noch einmal auf die Diskussion um den Orientierungswert der CDU zu sprechen kommen. Ich fände es gut - - Ach, Herr Koch hört mir zu.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Nennen Sie es, wie Sie wollen! Aber haben Sie einmal Ihre Begründung gelesen? Frau Erdmann hat darauf schon zu Recht hingewiesen. In Ihrer Begründung haben Sie im letzten Satz ausdrücklich geschrieben, dass es eine **Drittelfinanzierung** werden soll. Wenn diese beiden Elemente zusammengebracht werden, Herr Koch, dann bedeutet das, dass nur Bescheide mit bis zu 33 % rausgehen würden. Dies wiederum bedeutet eine Beitragserhöhung für die meisten Eltern in unserem Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Daran wird deutlich, wie diametral anders unsere Ansätze sind. Wir stehen für einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze in unserem Land, wir stehen für Qualitätsentwicklung bei Kitas als Lern- und als Bildungsort und für eine solide Finanzierung mit gleichzeitiger Entlastung der Eltern. Das sind die drei Säulen unserer Kita-Politik der letzten Jahre: Ausbau, Qualität und Entlastung.

Das habe ich schon mehrfach an dieser Stelle klargemacht, ich mache das allerdings auch gern noch einmal. Jetzt ist Herr Günther leider nicht mehr da, schade, denn er hat es wieder gesagt.

(Ministerin Kristin Alheit)

(Zuruf: Er steht bei Herrn Schlie!)

Herr Günther, wir lassen die Kommunen dabei nicht im Stich, wir lassen die Kommunen dabei nicht allein! Wir haben mit den Kommunen zusammen in den letzten Jahren 10.000 **zusätzliche Betreuungsplätze** geschaffen. Wir haben die Betriebskostenzuschüsse um mehr als 100 Millionen € erhöht. Wir haben sie damit mehr als verdoppelt; denn in diesem Jahr sind es 231,6 Millionen €.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das sind die **Fakten** unserer **Kita-Politik** in den letzten Jahren. 231,6 Millionen € Betriebskostenförderung, und darin sind die Investitionen noch nicht enthalten. Wir investieren in Qualitätsverbesserungen: in bessere Bildung, in bessere Betreuung in unseren Tageseinrichtungen.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Es scheint Sie nicht besonders zu interessieren, Herr Günther. Sie haben eben vorgetragen, Ihr Gesetzentwurf sei viel besser als unsere Politik.

(Martin Habersaat [SPD]: Das ist das Gegenteil!)

Das stimmt nicht. Eine laufende Kita-Offensive zurzeit: 138,5 Millionen € bis 2018 stecken wir ganz konkret in die Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels für Ganztagsgruppen.

(Zuruf Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

- Weil, und da sind wir uns alle einig, das Kita-Finanzierungssystem durch all die Dinge, die wir angeschoben haben, nicht einfacher geworden ist. Wir haben nämlich gesteuert, wir haben Kita-Politik gemacht.

Das passt mit dem jetzigen Kita-Gesetz von vor 25 Jahren nicht wirklich gut überein. Es ist eine große Leistung, dass wir es gemeinsam mit den Kommunen geschafft haben. Sie haben sich verklagen lassen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das! - Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe einen **Letter of Intent** gemacht, verdammt nochmal! Wenn Sie meinen, da steht nichts drin, dann frage ich mich, warum Sie im Jahr 2012 nicht auch so etwas gemacht haben. Darin steht, dass wir auf allen Ebenen transparent sein wollen.

(Zuruf Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

- Das ist ja toll, da war ich übrigens Bürgermeisterin und habe unter Ihrer Scheiß-Kita - - Entschuldigung!

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe unter Ihrer schwierigen Kita-Politik ausgesprochen gelitten. Ich bin jetzt hier, um es besser zu machen. Und ich habe es in den letzten fünf Jahren besser gemacht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, ich bitte Sie, ein bisschen zurückzukommen, dass Sie nicht noch einmal die Contenance verlieren. Ich nehme Ihre Entschuldigung an.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Das ist mir so rausgerutscht.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ja, Herr Garg, darüber können wir auch reden! Jetzt reden wir aber über gute Kita-Politik.

Wir sind uns mit den Kommunen einig. Wir brauchen eine **neue Finanzierungsstruktur für frühkindliche Bildung**, für Betreuung und Erziehung. Das werden wir besser machen. Es wird transparent. Es wird nachfrage- und qualitätsorientiert. Wir haben uns geeinigt, dass es eine Grundfinanzierung geben soll, die die Betriebskosten, Qualität und Arbeit langfristig sichert. So wollen wir dafür eintreten, dass wir die finanziellen Ressourcen, die bei uns allen begrenzt sind, effektiv nutzen, und zwar in einem fairen und einvernehmlichen Verteilverfahren.

Darüber, dass das ein dickes Brett ist, das wir bohren müssen, sind wir uns meines Erachtens alle einig.

Der Letter of Intent ist ein ganz klarer gemeinsamer Anfang aller Akteure. Sie müssen die Dinge miteinander verknüpfen. Man kann ja darüber streiten, ob man nun von oben oder von unten kommt, aber das Ganze funktioniert nur, wenn wir ein **neues Kita-Finanzierungssystem** haben. Deswegen ist es so wichtig, dass wir beides tun: Dass wir für die **Beitragsfreiheit Schritt für Schritt** sorgen, indem wir jetzt Eltern entlasten und gleichzeitig ein neues Kita-System aufsetzen, indem sich das aufeinander zubewegt. Das, meine Damen und Herren, tun wir.

(Ministerin Kristin Alheit)

Auch in der nächsten Legislaturperiode werden wir dies mit Elan fortführen.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Seitens der SPD-Fraktion, die mehr als 18 Abgeordnete umfasst, ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Das hierfür erforderliche Quorum ist damit erfüllt.

Wer dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, Drucksache 18/4814 (neu), zustimmen will, erklärt dies in der namentlichen Abstimmung, die jetzt folgt, bitte mit Ja, wer nicht zustimmen will, mit Nein. Das ist die einfache Formel.

Jetzt bitte ich die Schriftführer mit der Abstimmung und dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

(Barbara Ostmeier [CDU] betritt nach der namentlichen Abstimmung den Saal und möchte noch ihre Stimme abgeben)

- Ich frage den Landtagspräsidenten, ob ich diese Stimme nach seiner Auffassung anerkennen darf.

(Zustimmung Präsident Klaus Schlie [CDU])

- Er sagt Ja. Ich sehe in den Reihen der Parlamentarier, dass dies Übereinstimmung mit sich bringt. Daher bitte ich die Schriftführer, eine weitere Stimme bei Frau Ostmeier hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren, an der Abstimmung haben 66 Abgeordnete teilgenommen. 44 haben den Vorschlag abgelehnt, 22 haben ihm zugestimmt. Damit ist die Abstimmung abgeschlossen, und der Gesetzentwurf ist damit zurückgewiesen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Meine Damen und Herren, die Frau Abgeordnete Eka von Kalben meldet sich wegen Krankheit naher Angehöriger ab. Wir wünschen gute Besserung!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

Gute Arbeit für Praktikanten - Schutzvorkehrungen und Mindeststandards für Praktika einführen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/5334

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlass für den hier zu behandelnden Antrag ist eine Kleine Anfrage meines Kollegen Breyer und insbesondere die Antwort darauf. Damit es besser verständlich wird, ergänze ich das Ganze einmal um ein Zitat aus der Pressemitteilung von ver.di vom 26. September 2016:

„Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di ...) fordert die Landesregierung in Schleswig-Holstein auf, die Bedingungen für Praktikantinnen und Praktikanten im Landesdienst unverzüglich zu überprüfen und Missstände abzustellen. Die Kleine Anfrage der Piratenfraktion im Landtag hat ergeben, dass in Schleswig-Holstein offensichtlich seit 2014 Hunderte von Praktikanten bis zu sechs Monate beschäftigt wurden, ohne ihnen eine Vergütung zu zahlen. Wie die Antwort der Landesregierung auf eine Piratenanfrage zeigt, verfügten über 100 der unbezahlten Praktikanten sogar über eine Berufsausbildung oder einen Studienabschluss.“

Wörtlich heißt es hier:

„Hier werden junge Menschen systematisch als voll ausgebildete Arbeitskräfte in unbezahlten PraktikantInnenverhältnissen eingesetzt und kaschieren damit den Mangel an Personal an vielen Stellen - das zum Nulltarif, da ist der Weg zur Ausbeutung sehr kurz“, so Jochen Penke, zuständiger Landesfachbereichsleiter von ver.di Nord.“

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Schleswig-Holstein ist sonst - das finde ich positiv - an anderer Stelle so etwas wie ein Trendsetter geworden, wenn es darum geht, dass **gute Arbeit** gut bezahlt wird. Mit dem Tariftreue- und Vergabe-gesetz wurden von hieraus bundesweit vorbildliche Standards gesetzt, die auch wir gut gefunden haben.

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Wolfgang Dudda)

Gerade vor diesem Hintergrund können wir überhaupt nicht verstehen, warum diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen zum Jagen getragen werden müssen, wenn es um diejenigen geht, die den geringsten Arbeitsschutz bei uns genießen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Der Hinweis darauf, dass man sich im **bundesweiten Kontext** zu bewegen habe und nichts Eigenständiges ändern könne, entlastet hier die Landesregierung überhaupt nicht. Sie ist ja auch an anderer Stelle nicht so zimperlich, wenn sie aus dem Konsens von Bund und Ländern ausscheidet. Ich erinnere zum Beispiel an den Abschiebestopp.

Außerdem ist es so, dass auf Bundesebene bereits geöffnete Türen eingerannt werden können. Ein Blick auf die bereits im Jahre 2011 verfasste **Praktikanten-Richtlinie** hilft hier weiter. Darin findet sich unter anderem auch unsere Forderung nach einer Aufwandsentschädigung von mindestens 300 € monatlich und die zeitliche Befristung von Praktika.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das Rad muss also nicht neu erfunden werden. Es steht zur Montage am Wagen bereit. Es muss uns doch zu denken geben, wenn sich aus der Studie der DGB-Jugend aus dem Jahre 2011 ergibt, dass sich nur 17 % der befragten Praktikanten angemessen bezahlt gefühlt haben. Diese Unzufriedenheit kann nicht losgelöst davon betrachtet werden, dass Praktikanten in der tagtäglichen Arbeitsplanung als Arbeitskräfte und nicht als Praktikanten verplant werden. Die ja auch von der SPD-Bundestagsfraktion angestrebte Beweislastumkehr an dieser Stelle wird - wie vieles aus unserem Antrag - natürlich einen Bürokratieaufwand auslösen und erfordern; das steht auch für uns außer Frage. Aber da muss die Frage erlaubt sein: Gesellschaft oder - an dieser Stelle - Schleswig-Holstein, wie hältst du es mit dem Schutz der Schwachen und derjenigen, die ohne Lobby sind?

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir fragen auch: Wie qualifizieren wir unsere Gesellschaft dazu, auch morgen noch international wettbewerbsfähig zu sein?

Tatsächliche und gute **Praktika** ergänzen das Studium und die Berufsausbildung. Sie können aus guten theoretischen Kräften noch bessere praktische machen. Das braucht unser Land und nicht einen verdeckten Billiglöhne am Arbeitsmarkt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Beim Hineinschnuppern in die Arbeitswelt dürfen sich die Praktikanten nicht länger an der Nase herumgeführt fühlen. Das ist für uns eine Frage des sozialen Anstandes. Die müssen die öffentlichen Arbeitgeber vorbildlich beantworten, wenn sie denn ihre Glaubwürdigkeit, insbesondere in Bezug auf das Mindestlohn- und Tariftreuegesetz, überhaupt haben wollen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich bitte um Zustimmung in der Sache, zumindest aber darum, dass man sich dazu bekennt, dass der Status, den wir entdeckt haben, in der Zukunft geändert wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur weiteren Beratung. Der Redner für die CDU-Fraktion ist der Herr Abgeordnete Hans Hinrich Neve.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Praktika** sind unverzichtbar, um sich einen **Eindruck vom Berufsbild** und vom beruflichen Alltag zu machen. Das Schülerpraktikum ist ein Hineinschnuppern in einen Betrieb oder auch in eine Verwaltung und dient der Berufsfindung. Allerdings sind Praktika für den jeweiligen Betrieb oder für die Verwaltung auch mit Aufwand verbunden. Gleiches gilt auch für Pflichtpraktika, die im Rahmen eines Studiums erforderlich sind. Dass der Bezug zur Praxis wichtig ist, beweist die duale Berufsausbildung in Deutschland. Dafür werden wir weltweit bewundert. Dies vorweg.

Nun zum Petitum des Antrages der PIRATEN. Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder mit Studienabschluss sollen vom Land nicht mehr als Praktikanten, sondern als bezahlte Arbeitskräfte beschäftigt werden, und es soll ein jeder Praktikant eine angemessene Vergütung von mindestens 300 € erhalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was ist denn daran angemessen?)

Freiwillige Praktika sollen zumindest auf maximal drei Monate begrenzt werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Piratenfraktion, in der letzten De-

(Hans Hinrich Neve)

batte zu diesem Thema hatte ich schon ausgeführt, dass die **Hürden für Praktikumsplätze** nicht zu hoch gesetzt werden sollten. Ansonsten können junge Menschen wichtige Erfahrungen nicht mehr sammeln. Entscheidend ist vielmehr, bezogen auf das vorgelegte Petition, ob das Praktikum ein Hineinschnuppern in einen Betrieb darstellt oder Ähnlichkeiten mit einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz hat. Das ist das Entscheidende. Jeder Praktikant - ob mit oder ohne Berufsausbildung - ist frei in seiner Entscheidung, ob er ein Praktikum unter den jeweiligen Bedingungen durchführen möchte. Die Dauer eines Praktikums und die inhaltliche Ausgestaltung der Tätigkeiten müssen Praktikanten und Betriebe im Vorwege vereinbaren. Den dazu gültigen Rahmen hat der Gesetzgeber bereits auf den Weg gebracht.

Ihre Vorschläge führen aber dazu, dass die Bedingungen und Hürden für die Betriebe und Verwaltungen noch höher sind. Mir berichten mittelständische Unternehmen bereits jetzt, dass sie unter den von Ihnen aufgezeigten Umständen nicht mehr bereit sind, weitere Plätze zur Verfügung zu stellen. Das geht also zulasten der **Verfügbarkeit von Praktikumsplätzen**. Das, liebe Freunde von den PIRATEN, wollen wir nicht.

Steht nicht der **Ausbildungs- und Lernzweck** im Vordergrund, sondern die **Arbeitsleistung**, dann ist das kein Praktikum. Dann ist das schlichtweg kein Praktikum, und dann gelten andere arbeitsrechtliche Regelungen. Das gilt aber auch für die Dienststellen des Landes Schleswig-Holstein.

Die CDU sieht hier keinen weiteren Regelungsbedarf. Ihr Antrag ist aus unserer Sicht wirtschaftsfeindlich und praxisfern. Er dient nicht dem Erhalt von Praktikumsplätzen. Deshalb werden wir Ihren Vorschlag ablehnen. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Mitglieder Senioren-Union Ostholstein. Das sind Gäste des Abgeordneten Sönichsen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Rahmen der Berufsorientierung bietet auch das Land Schleswig-Holstein eine Vielzahl von **Praktikumsplätzen** an. Interessierte junge Menschen können auf diese Weise die vielseitige Arbeit in der Landesverwaltung und in den Landesbehörden näher kennenlernen. Praktika sind ein wichtiger Bestandteil der Berufsorientierung. Schülerinnen und Schüler können dort erste Einblicke in den Arbeitsalltag eines Berufes ebenso wie in die Qualifikationsanforderungen für einen Beruf erlangen. Die Beschäftigung von Praktikantinnen und Praktikanten durch das Land erfolgt auf der Basis der Praktikanten-Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder.

Dabei sind **Praktika keine Arbeitsverhältnisse**. Die Praktikantinnen und Praktikanten leisten somit keine reguläre Arbeit, sondern der Erwerb von praktischer Erfahrung und der Einblick in die Praxis stehen im Vordergrund. Dies unterscheidet sie deutlich von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. In der Praktikanten-Richtlinie wird dabei empfohlen, freiwillige Praktika auf die Dauer von längstens drei Monaten zu beschränken.

Dies hat sicherlich auch seinen Grund darin, dass bei freiwilligen Praktika über drei Monaten Gesamtdauer nach dem Mindestlohngesetz der gesetzliche Mindestlohn zu zahlen wäre. Allerdings sind Jugendliche unter 18 Jahren, Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung, vom Mindestlohngesetz ausgenommen. Das ist ein Punkt, der in der bundesweiten Diskussion über die Weiterentwicklung und die Höhe des Mindestlohngesetzes dringend aufgegriffen werden sollte und der meiner Meinung nach einer dringenden Änderung bedarf. Überhaupt: Viele Ausnahmen beim Mindestlohn machen so eine Regelung nur löchrig. Ich glaube, das Mindestlohngesetz muss in der Zukunft noch entschieden verbessert werden.

(Vereinzelter Beifall SPD)

In der Praktikanten-Richtlinie der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ist zudem bereits vorgeschrieben, dass bei freiwilligen Berufs- oder studienbegleitenden Praktika nicht zuvor ein Praktikumsvertrag bestanden haben darf. Damit werden **Kettenpraktika** mit einem und demselben Ausbildungsbetrieb verhindert. Es ist müßig, darauf hinzuweisen, dass die überwiegende Zahl der Praktika innerhalb von drei Monaten abgeleistet wird.

Dies macht sehr deutlich, dass es durch die Praktikanten-Richtlinie der Tarifgemeinschaft deutscher

(Wolfgang Baasch)

Länder sehr wohl ein **Regelungswerk für die Praktika** gibt und dass dieses auch in Schleswig-Holstein konsequent angewendet wird. Es bleibt also festzuhalten: Für die geforderten Schutzvorkehrungen und Mindeststandards für Praktika, so wie sie die Fraktion der PIRATEN gefordert hat und einfordert, gibt es keine Notwendigkeit.

Aber der Ansatz, sich mit dem Thema guter Arbeit für Praktikanten vor allem in der freien Wirtschaft generell zu beschäftigen, wird geteilt. Wir brauchen faire Regeln für faire Praktika. Dazu gehören zum Beispiel: keine Ausnahmen vom Mindestlohn und vor allem auch die Struktur, dass Betriebsräte und Gewerkschaften bei Praktika entschieden beteiligt werden müssen. Dies zu ändern, dafür haben Sie unsere großen Sympathien. Das wäre schön, wenn Sie das mitgehen würden.

Neben den schon beschriebenen freiwilligen Praktika für junge Erwachsene gibt es die Praktika für Jugendliche während der Ausbildung, dem Schulbesuch oder für diejenigen, die ein Studium absolvieren und die maximal drei Monate dauern dürfen. **Pflichtpraktika**, die in einer Schul- oder Studienordnung vorgeschrieben sind, sind Pflichtpraktika und fallen derzeit auch noch nicht unter den gesetzlichen Mindestlohn. Auch das wäre es wert, darüber noch einmal nachzudenken und zu diskutieren.

Was den Antrag des Kollegen Dudda anbelangt, dieses noch einmal in den Ausschuss zu überweisen: So weit waren wir schon. Es hätte - -

(Widerspruch CDU)

- Natürlich war das schon im Ausschuss! Wir haben sogar im Wirtschaftsausschuss darüber diskutiert.

(Zurufe CDU)

- Wir haben sogar im Wirtschaftsausschuss angeboten, in einer Sitzung am 5. April 2017, die man hätte durchführen können, dieses Thema wieder aufzugreifen. Dies war Ihnen nicht genug.

Ich bin dafür, heute darüber abzustimmen. Wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Praktikum dient dazu, praktische Erfahrungen für ein zukünftiges Berufsleben zu machen. Leider setzen viele Unternehmen, zeitweilig auch die öffentliche Hand oder auch gemeinnützige Unternehmen, Praktikantinnen und Praktikanten oft als billige Arbeitskräfte ein. Um es gleich vorweg zu sagen: Das finde ich nicht okay.

Praktika - an sich etwas Gutes. Ich selbst habe in meinem Berufsleben zahlreiche **Praktika**, übrigens bezahlte und unbezahlte, absolviert. Ich möchte sagen, dass ich es immer als Bereicherung empfunden habe, sowohl aus der Perspektive eines bezahlten, aber durchaus auch aus der Perspektive eines nicht bezahlten Praktikanten. Man kommt theoriegeschwängert aus dem **Studium** in die **Praxis** und ist dann doch etwas erstaunt, wie Praxis funktioniert. Manchmal ist man dann sehr dankbar, dass man auf Menschen trifft, die einem dieses theoretische Wissen ein bisschen ordnen und sagen: Schau mal, es gibt auch noch einen Sitz im Leben, das kannst du in diesem Praxisbetrieb erreichen. Es dient auch zur Selbstvergewisserung, zur fachlichen Vertiefung des erworbenen Wissens.

Schnupperpraktika hieß das in unserer Zeit. Bei mir war es, einmal hineinzuriechen in die hauptamtliche Leitung eines Jugendzentrums.

Aber ich finde auch, dass sich heute - ich sehe das auch bei meinen eigenen Kindern - viele junge Leute, gut ausgebildete Leute für einen Beruf entscheiden und diesen Praxisweg gar nicht mehr gehen wollen. Wir haben auch durch den Bologna-Prozess, Bachelor und Master, erreicht, dass die Studienzeit kürzer wird und wir mit dem Bachelor in den Beruf gehen sollen, um dann aus dem Beruf heraus den Master zu machen.

Also, man muss bei dieser Debatte den Fokus schon auf Unternehmen lenken, die für wenig Geld Leute ausbeuten. Ich habe das einmal recherchiert. Ganz besonders prägnant ist das in der Werbe-, in der Medien- und in der Grafikbranche. Da werden oftmals auch junge Grafikdesigner im Praktikum eingestellt, und diese Produkte werden entsprechend verkauft.

(Zuruf)

- Kirche? - Nein.

Deshalb gibt es dafür in der Wissenschaft auch einen Begriff, nämlich die sogenannte Floundering Period, also eine Phase, in der man zappelt wie eine

(Dr. Andreas Tietze)

Flunder. Andere Wissenschaften nennen das auch „Generation Praktikum“.

Fakt ist, viele machen ein Praktikum, weil sie es müssen, weil Ausbildung und Studium die Praxis vorsehen, weil der Arbeitgeber es verlangt - kennenlernen - und weil der Arbeitsmarkt nichts anderes hergibt; ich spreche da vom Prekariat.

Insofern, liebe PIRATEN, legen Sie den Finger genau in die Wunde, wenn Sie **faire Arbeitsbedingungen** für Praktikantinnen und Praktikanten thematisieren. Ich bin dafür sehr dankbar.

(Beifall PIRATEN)

Auch meine Fraktion beschäftigt Praktikantinnen und Praktikanten. Wir geben ihnen Wertschätzung und Anerkennung - im Übrigen auch gerechte Entlohnung. Wir sind stolz auf die vier jungen Leute, die bei uns arbeiten, die sich für uns entscheiden. Deshalb erhalten unsere Praktikanten, die von der Uni kommen, einen festen Vertrag und circa 400 € im Monat. Sie bekommen ein qualifiziertes Zeugnis. Vielen unserer ehemaligen Praktikantinnen und Praktikanten übrigens konnten wir feste Jobs anbieten. Andere sitzen heute in Landesparlamenten, im Bundestag oder sogar im Europaparlament.

Unsere Schülerpraktikantinnen und -praktikanten - immer wieder zahlreich in unserer Fraktion vorhanden - bekommen zwar keine Entlohnung, dafür aber freies Essen, Getränke und ein kleines Geschenk zum Abschied.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach was!)

Also, liebe PIRATEN, vieles, was Sie fordern, kann ich zumindest für meine Fraktion sagen, erfüllen wir in unserer Fraktion. Auch die Landesregierung richtet sich nach der **Praktikanten-Richtlinie**, die die Tarifgemeinschaft der Länder erlassen hat. In dieser Richtlinie sind die Standards gefordert. Ich habe vernommen, dass sich die Landesregierung auch an diese Standards hält.

Lassen Sie mich noch einen letzten Gedanken äußern, weil Sie so auf die Belohnung abzielen. Ich habe vorhin zu Beginn schon gesagt: Ein Praktikum ist immer auch ein Lernprozess. Ich habe gesagt, dass ich in meiner Berufslaufbahn als Sozialpädagoge viele Praktikantinnen und Praktikanten betreut habe und immer darauf geachtet habe, dass ich ihnen mein ganzes Wissen quasi umsonst zur Verfügung gestellt habe. Es war, wie vielleicht auch bei Ihnen, eine Frage der Ehre.

(Zurufe SPD - Zuruf PIRATEN: Was du bekommst und was du verdienst! - Unruhe)

Das Prinzip, was ich übrigens auch selber erfahren habe, nämlich das Prinzip „Nutzen statt Haben“. Ja, es waren auch einige Praktikantinnen und Praktikanten dabei, die haben mehr Zeit beansprucht, als ich eigentlich für sie eingeplant hatte. Aber auch da gibt es einige erfolgreiche Menschen. Ich habe sie letztes Jahr wiedergetroffen, einige leiten heute Kitas, andere arbeiten in Ämtern. Es ist schon interessant, man bekommt nach 15 Jahren dann eine Rückmeldung: Übrigens danke, dass du dir damals Zeit genommen und mir gute Tipps gegeben hast. - Ich nehme an, bei Ihnen ist es genauso. Das ist nicht nur mit Geld zu bezahlen. Es ist ein Tauschprinzip.

Deshalb ist es wichtig, dass es ein faires Prinzip bleibt. Aber wenn es kapitalisiert wird und jemand versucht, Geld damit zu verdienen, dann ist es die Frage einer gerechten Entlohnung.

Aber, liebe PIRATEN, es ist immer ein bisschen beides. Vielleicht sollten wir das bei aller Wertschätzung Ihrem Antrag gegenüber sagen, dass wir das auch in der Frage der Praktikanten sehen. Und für mich gilt der Grundsatz -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- und lassen Sie mich mit dem Satz schließen -, der schon in der Bibel steht, Herr Präsident, nämlich im Dritten Buch Mose: Wer für dich arbeitet, dem gib auch gerechten Lohn! - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich möchte an dieser Stelle den Hinweis geben, dass die FDP-Fraktion ebenso wie die Landesregierung ihren Beitrag zu Protokoll gibt. Dann hat jetzt für die Fraktion der Abgeordneten des SSW Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ein gutes Praktikum funktioniert im Idealfall wie eine Brücke, eine Brücke aus der Arbeitslosigkeit in einen Job, vom Studium auf den

(Flemming Meyer)

Arbeitsmarkt oder von der Schule in den Ausbildungsbetrieb. Ich kenne mehrere Handwerksbetriebe, die das **Praktikum** zur Voraussetzung für den Abschluss eines Ausbildungsvertrags machen. Sie wollen sich ein Bild davon machen, wie sich der zukünftige Kollege im betrieblichen Alltag bewährt und wie belastbar er tatsächlich ist. So etwas kann man aufgrund eines kurzen Bewerbungsgesprächs nicht beurteilen. Die Abbrecherquote ist in diesen Betrieben niedriger, denn ein Praktikum gibt auch dem jungen Menschen einen guten Einblick in das Berufsfeld und die Aufgaben.

Nach dem Schulgesetz gehört das Praktikum ausdrücklich zum Auftrag der **Schule**, die junge Menschen zur Teilnahme am Arbeitsleben und zur Aufnahme einer hierfür erforderlichen **Berufsausbildung** befähigen soll. Diese Berufsorientierung kann man nicht in der Schule aus Büchern lernen, sondern eben nur in einem Betrieb selbst. Ergänzend wird das sogenannte Praktikum plus entwickelt, um die Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt besser zu unterstützen. Die Jugendlichen ergänzen ihre praktischen Erfahrungen in einem Betrieb durch den Besuch einer beruflichen Schule, also ein vielversprechendes und vertiefendes Praktikum.

Es gibt auch negative Erfahrungen. Ein schlechtes Praktikum ist eine Sackgasse. Es dient nur den Interessen des Betriebs, dem mit einem Praktikanten eine billige Arbeitskraft zur Verfügung steht. Die Arbeitsagenturen kennen eine Reihe schwarzer Schafe, die die Standards unterlaufen. Das funktioniert in der Regel so: Da, wo es etwas zu holen gibt, betätigen sich auch Betrüger. Auf diese Weise ist das Praktikum an einigen Stellen zu einem sehr schlechten Ruf gekommen. Bekannt geworden sind monatelange unbezahlte Praktika in der Marketing- und Medienbranche, die sich aus dem Bewerberüberschuss freigiebig bedient haben.

Eine funktionierende Kontrolle allerdings kann diesen Markt sehr schnell austrocknen. Die Arbeitsagenturen beobachten beispielsweise ganz genau, wohin sie Arbeitssuchende ins Praktikum vermitteln und was nach der Vermittlung passiert. Sollte es sich zeigen, dass die Praktikanten ausgenutzt werden, wird die Vermittlung im Handumdrehen eingestellt.

Diese Standards sollten natürlich auch für die Landesregierung und ihre Behörden gelten. Ihnen kommt eine besondere Vorbildfunktion als Arbeitgeber zu. Die Mindeststandards bezüglich Bezahlung, Praktikumsinhalten und Praktikumsdauer sehe ich aber als gegeben an. Eine Skandalisierung der

Praktika innerhalb der Landesregierung hat überhaupt keine Grundlage. Die Zahlen über Praktikanten zeigen, dass sich die Landesregierung dieser Verantwortung stellt.

Wir haben diese Faktenlage allerdings noch nicht abschließend im Wirtschaftsausschuss beraten. Das ist zwar bedauerlich, aber angesichts des nahenden Endes der Legislaturperiode nicht überraschend. Ich will ganz klar sagen: Der SSW lehnt diesen Antrag und die Aufhebung der Ausschussüberweisung ab. Ich frage mich ganz ehrlich, warum wir so spät noch so ein Ding auf den Tisch bekommen haben. Ich denke nicht, dass sich dieses Thema wirklich für den Wahlkampf eignet, wenn das der Sinn war. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen, wenn jetzt niemand widerspricht. Das ist gewünscht, sogar von den Antragstellern selbst. Es geht um die Drucksache 18/5334. Wer diesem Antrag der Piratenfraktion seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Piratenfraktion. Gegenstimmen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Traditionsschiffahrt und damit zu den Tagesordnungspunkten 25, 26 und 35:

Gemeinsame Beratung

a) Traditionsschiffe schützen - Verordnung über verschärfte Sicherheitsvorschriften anpassen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5231

b) Traditionsschiffahrt retten - Sicherheitsvorschriften für Traditionsschiffe mit Augenmaß anpassen, umsetzen und anwenden

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/5235

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

c) **Das maritime kulturelle Erbe des Landes erhalten!**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/5320

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann hat der älteste vorliegende Antrag Vorrang. Deshalb hat die FDP-Fraktion und für sie der Abgeordnete Christopher Vogt das Wort.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Skipper! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Du hast einen Führerschein, er hat keinen Bootsführerschein!)

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie ungern stören, aber ich werde jetzt mit meiner Rede beginnen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Die vorliegenden Anträge verfolgen, wenn ich das richtig gesehen habe, im Großen und Ganzen dasselbe Ziel, nämlich das maritime Erbe in Schleswig-Holstein zu bewahren und zu schützen. Aus Berlin, genauer gesagt aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, droht leider immer noch Ungemach in Form eines Verordnungsentwurfs. Die FDP-Fraktion hat - wie offenbar auch die anderen Fraktionen mit Ausnahme der PIRATEN interessanterweise, ich dachte immer, dass die eigentlich aus der Schifffahrt kommen -

(Uli König [PIRATEN]: Wir hätten dem einfach zugestimmt!)

die Gefahr, die mit den geplanten Änderungen bei den schiffssicherheitsrechtlichen Vorschriften für die **Traditionsschifffahrt** einhergehen, erkannt und will diese verhindern. Denn mit der neuen Richtlinie sollen **Standards** aus der Berufsschifffahrt auf Traditionsschiffe übertragen werden, obwohl historische Schiffe diese kaum erfüllen können - aus naheliegenden Gründen.

Mir haben Experten - ich habe nur einen einfachen Segelschein, deswegen würde ich mich da nicht einbeziehen -, die sich mit Traditionsschiffen auskennen, versichert, dass diese Verordnung nicht zu mehr Sicherheit an Bord führen würde, sondern nur zu deutlich mehr Bürokratie. Es sollen unnötig Be-

satzungsvorschriften und bürokratische Hürden in ungeahnte Höhen geschraubt werden, sodass viele Betreiber aufgeben müssten, oder sie würden gezwungen, unter anderer Flagge zu segeln. Vielleicht ist Ihnen - zum Beispiel schon einmal während der Kieler Woche - aufgefallen, dass die meisten älteren Schiffe schon heute eine niederländische Flagge haben. Das muss nicht sein, und das kann nicht die Lösung des Problems sein.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind übrigens keine Traditionsschiffe!)

- Herr Dr. Tietze, in der Regel werden Traditionsschiffe gemeinnützig und aus ideellen Gründen betrieben. Viele hundert ehrenamtlich Tätige bemühen sich um den Erhalt der Traditionsschiffe, um Freunden der Schifffahrt, Interessierten und gerade auch der jüngeren Generation diese Technik zugänglich zu machen. Man sollte aus unserer Sicht deren Engagement würdigen und unterstützen und ihnen nicht ohne jede Not Knüppel zwischen die Beine werfen. Es sollen nun aber die Anforderungen bei der baulichen und technischen Ausstattung, bei der Ausbildung der Besatzung und bei der Dokumentation derart verschärft werden, dass es für viele Betreiber schlichtweg nicht mehr leistbar ist.

Bekanntermaßen haben die norddeutschen Bundesländer im Bundesrat immerhin schon einen Antrag verabschiedet lassen, wonach diese Richtlinie nochmals überarbeitet werden soll. Dass die Bundesregierung dieses Ansinnen bisher ignoriert, finde ich, ehrlich gesagt, unerhört.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister Meyer, es ist ja spannend, und es gibt manchmal Zufälle im Leben: Wir haben diesen Tagesordnungspunkt heute auf der Tagesordnung, und die Nordminister haben heute noch einmal einen Brief an Herrn Dobrindt geschrieben, um an ihr Anliegen zu erinnern. Da kann es ja nur helfen - vielleicht hilft Ihnen das, bei Herrn Dobrindt Gehör zu finden -, wenn der Schleswig-Holsteinische Landtag einen einmütigen Beschluss dazu fasst.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Die Sichtweise des zuständigen Ministeriums scheint doch eindeutig im süddeutschen Raum beheimatet zu sein. Dass Herr Dobrindt die historischen Ausflugsdampfer auf dem Königssee bei Berchtesgaden für die Touristen sicherer machen will: Geschenkt, das soll er gerne machen. Aber er soll das eigentliche maritime Erbe, das an Nord- und Ostsee beheimatet ist, doch bitte in Ruhe lassen und nicht zerstören.

(Christopher Vogt)

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, Beifall Uli König [PIRATEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Meiner Fraktion liegt das auch deshalb sehr am Herzen, weil es ein wichtiger Tourismusfaktor für unser Bundesland ist. Nur ungern möchte ich das Ansinnen des Antrags der regierungstragenden Fraktionen schmälern, aber lediglich zu begrüßen, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für die maritime Tradition in Schleswig-Holstein einsetzt, ist aus meiner Sicht doch ein bisschen dünn. Angesichts der Faktenlage ist das ein bisschen dünn.

(Beifall FDP)

Ich finde wirklich - wir haben das schon bei anderen, gerade verkehrspolitischen Themen gesehen -, die Sozialdemokratie Schleswig-Holsteins - der Ministerpräsident, der Verkehrsminister, der stellvertretende Bundesvorsitzende - sollte sich jetzt langsam in Berlin auf die Hinterbeine stellen

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU] - Zuruf Regina Poersch [SPD])

und im Sinne Martin Schulz' Herrn Dobrindt einmal die Zähne zeigen, Herr Dr. Stegner. Es ist auch mir völlig schleierhaft - abschließend -, Kollege Arp: Es ist ja schon einmal ein Fortschritt -

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich kann nichts dafür. Wenn die Union sich so benimmt, muss man sie zur Ordnung rufen. - In der Bremischen Bürgerschaft gab es auch einen entsprechenden Antrag der FDP-Fraktion. Dort hat die CDU einen Änderungsantrag gestellt. Ein Teil der Verordnung wurde entschärft. Es sei ein toller Kompromiss entstanden, den man mittragen könne. Hier habe ich Ihren Unionsantrag anders verstanden, Herr Kollege Arp. Wenn wir heute einen gemeinsamen Beschluss fänden, würde ich mich freuen, wenn Sie als Landes-CDU endlich einmal etwas bei Herrn Dobrindt durchsetzen. Das wäre wirklich schön. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Vogt, es ist bedauerlich, dass die FDP nicht mehr im Bundestag ist. Das sage ich Ihnen aus tiefer Überzeugung.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP] - Christopher Vogt [FDP]: Vorübergehend!)

Diese Stimme fehlt. Aber Sie werden irgendwann wieder in die Regierungsverantwortung kommen, und dann werden wir Sie für alles, was dort in Berlin gemacht wird, in die moralisch-politische Verantwortung nehmen.

(Zurufe FDP)

Aber darüber wollen wir jetzt nicht diskutieren. Sie hatten jetzt zweimal das Glück, bei den Entscheidungen in Berlin nicht in der Verantwortung zu sein.

Mein Verhältnis zu Herrn Dobrindt ist übrigens nicht so gut, dass er mich bei jeder Entscheidung anruft. Er kommt immer wieder an und fragt: Wie ist das mit dem Geld für neue Autobahnen? Kann ich das jetzt endlich überweisen? - Dann sage ich: Nein, das geht nicht; Herr Meyer hat wieder einmal nicht geplant.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, worüber reden wir? Wir haben in Schleswig-Holstein einen tollen Blick auf die Kieler Förde. Einen tollen Blick haben wir auch in Lübeck, in Flensburg und auch an der Nordsee. Und was macht es besonders attraktiv? Dass wir **Traditionsschiffe** haben. Sie gehören zu unserem Land wie die Berge zu Bayern, und so wollen wir es auch behalten.

Die Tradition, die damit gepflegt wird, ist das Erkennungsbild für Schleswig-Holstein. Deshalb setzt sich die CDU Schleswig-Holsteins weiterhin für den Erhalt dieser Museumsschiffe ein.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Es geht um die Kieler Woche, um die Travemünder Woche, um die Rumregatta in Flensburg. All das kann ich mir ohne Traditionsschiffe nicht vorstellen. Deshalb sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Es soll so bleiben, wie es ist. Gleich komme ich darauf, wie wir das erreichen können.

Es geht um den Erhalt des Tourismusstandorts und um die Identität unseres Landes. Diese Dinge sind wichtig. Aber es gibt einen weiteren Aspekt. Vielfach werden diese Schiffe von ehrenamtlichen Organisationen gefahren und betrieben. Dies ge-

(Hans-Jörn Arp)

schiebt unter anderem in Wedel; auch in Elmshorn liegen hin und wieder solche Schiffe. Herr Grobe, der ehemalige Hauptgeschäftsführer der IHK in Elmshorn, betreibt einen großen Verein, um insbesondere Jugendliche an die Tradition des Segelsports heranzuführen. Allein das ist ein Faktor, den wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Junge Menschen können sich eine solche Reise nicht leisten, wenn sie nicht von vielen Ehrenamtlichen organisiert wird. Deshalb findet auch dieser Bereich unsere Unterstützung.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

- Danke, Volker! - Die Frage der Sicherheit spielt natürlich eine Rolle. Aber ich sage auch: Man muss einmal Bilanz ziehen. Was ist denn in den letzten 15 Jahren auf den Traditionsschiffen geschehen? Wie oft ist denn jemand verletzt worden? Jetzt geht es um den Handlauf, um Eisentüren und viele andere Dinge. Aber was nützt eine Eisentür, wenn auf einem Holzschiff rundherum doch wieder nur Holz ist? Das Holz brennt weiter ab. Die **Sicherheitsstandards** halte ich für sehr fraglich.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Nun zu den Fragen der Kosten, meine Damen und Herren. Diese Schiffe sind eben in der Unterhaltung teuer, aber nur so zu führen, dass man sie bei großen Events einsetzt. Nur dann fahren sie - ganz gleich welches Schiff - einen Teil ihrer Kosten wieder herein. Schauen Sie sich einmal die Auslaufregatta anlässlich der Kieler Woche an! Überwiegend sind es Schiffe, die nur aus den Einnahmen dieser Wochen finanziert werden und ansonsten mehr oder weniger vor Ort liegen und nicht genutzt werden. Deswegen brauchen wir sie so, wie sie heute sind.

Frage: Was machen wir? Kriegen wir eine **Übergangsregelung** hin? Ich meine, solange in Holland, in Dänemark und in Frankreich Traditionsschiffe unter französischer, holländischer oder dänischer Flagge fahren, haben wir keinen Grund, in Europa andere Standards anzusetzen.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

- Danke, Volker! - Die jetzt bestehende Übergangsregelung haben wir in den letzten zweieinhalb Jahren genutzt, um das Bewusstsein insbesondere der Kollegen aus den anderen Bundesländern zu schärfen. Wir sollten diese Übergangsregelung bis zu dem Zeitpunkt verlängern, zu dem wir in Europa eine einheitliche Regelung haben. Wenn dies so kommt, machen wir uns für die nächsten Jahre keine Sorgen. Wir kämpfen für die Kieler Woche, für

die Travemünder Woche, für die Rumregatta und das Bild, dass immer wieder Traditionsschiffe auf unseren Gewässern fahren und nicht nur auf dem Königssee. Hier sind sie viel wichtiger; hier gehören sie her.

Nun noch eine persönliche Anmerkung. Volker, wenn du demnächst nicht mehr da bist, ist mein letzter Klatscher weg. Ich bedanke mich bei dir ganz besonders.

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP)

Zum Schluss will ich noch erklären, warum ich mich in diesem Bereich besonders engagiere. Man hat mich in meiner Kindheit - das ist noch nicht so lange her - in Wacken immer Schipper-Arp genannt. Damit wissen Sie auch, warum ich an diesen Traditionsschiffen hänge. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Arp, Sie haben tatsächlich eine Punktlandung hinbekommen. Die Uhr steht auf null.

Jetzt kommen wir zur SPD-Fraktion. Für die SPD-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Arp, das war ja mal gut gebrüllt!

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zum langfristigen Erhalt der **Traditionsschifffahrt** in Schleswig-Holstein als Teil des maritimen kulturellen Erbes. Er spricht allen in der Traditionsschifffahrt ehrenamtlich Tätigen seine Wertschätzung für die geleistete Arbeit aus.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag lehnt den Verordnungsentwurf des Bundesverkehrsministeriums zur Änderung schiffssicherheitsrechtlicher Vorschriften für Traditionsschiffe ab. Da sind wir ganz bei Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Volker Dornquast [CDU] und Uli König [PIRATEN])

Die Verordnung aus dem unionsgeführten Bundesverkehrsministerium ist ganz einfach Murks. Man

(Regina Poersch)

muss das einmal so nennen. Wir freuen uns, dass Sie das nun auch erkennen.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Die neue **Schiffsicherheitsverordnung** zeigt, dass Minister Dobrindt in Berlin die Traditionsschiffahrt in Schleswig-Holstein herzlich egal sein muss. Aber kein Wunder - bei der FDP klang das auch schon an -: Wer über die Wiesen nicht hinausschauen kann, der sieht auch keine Rumregatta.

(Heiterkeit)

Ja, die Sicherheit von Fahrgästen und auch die von Besatzungen ist auf Traditionsschiffen ein hohes Gut. Dennoch müssen Sicherheitsvorschriften auch immer in der Praxis anwendbar und zielführend sein. Vor allem die neu gefassten Vorschriften zur Seedensttauglichkeit der Besatzung und ihrer Ausbildung dürften die meisten ehrenamtlichen Betreiber schlicht überfordern. Dabei fasst der Verordnungsentwurf den Ehrenamtsbegriff so eng, dass beides einfach nicht mehr miteinander vereinbar sein wird. Im Prinzip wären die Vorgaben nur noch durch hauptamtliche Seeleute zu erfüllen. Leidtragende wären auch evangelische Jugendfreizeiten wie zum Beispiel das Projekt KlimaSail.

Auch werden Fahrgäste oftmals in den Betrieb an Bord eingebunden. Ob und wie dies unter den neuen Vorschriften umsetzbar ist, ist mehr als fraglich. Dies gilt ebenso für Umbauten, die an den Schiffen aufgrund der Verordnung durchgeführt werden müssten. Bringen sie ein Mehr an Sicherheit, sodass Aufwand und Kosten wirklich gerechtfertigt sind? Diese Frage beantwortet nicht einmal eine längere Übergangsfrist.

Meine Fraktion und ich sind froh über das Engagement unserer Landesregierung, die bereits im letzten Herbst - hallo, CDU, dämmert da etwas? - für die Küstenländer federführend eine Stellungnahme verfasst hat mit dem Ziel, die härtesten Regelungen für unsere ehrenamtlichen Betreiber der Traditionsschiffe zu entschärfen. Unser Vorschlag war, die Länder und die Ehrenamtlichen gemeinsam an einen Tisch zu holen. Aber Pustekuchen! Minister Dobrindt wollte davon nichts wissen.

Im Februar 2017 - vor wenigen Wochen - beschloss der Bundesrat einstimmig eine Bundesratsinitiative aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Hamburg mit deutlichen Bedenken und Sicherheitsvorschlägen. Aber der **Bundesverkehrsminister** ignoriert dies einfach.

(Serpil Midyatli [SPD]: Unmöglich!)

Nun kommt die Landes-CDU daher und fordert die Landesregierung auf, „sich nachdrücklich beim Bund für eine maßvolle Weiterentwicklung der Sicherheitsvorschriften“ einzusetzen. Ach ja, „im Interesse des Tourismus“ steht da noch in Ihrem Antrag. Lassen Sie sich sagen: Weder für das eine noch für das andere brauchen die Landesregierung und die Küstenkoalition Ihre Aufforderung.

(Beifall SPD und SSW)

Kieler Woche, Travemünder Woche, Flensburger Rumregatta - Traditionsschiffe stehen für das maritime kulturelle Erbe unseres Landes und locken Gäste wie Einheimische an. Was wir an unseren Traditionsschiffen in Schleswig-Holstein wie der „Alexandra“ oder der „Thor Heyerdahl“ haben und welche große Bedeutung dieses maritime Erbe für unseren boomenden Tourismus hat, braucht weder der Landesregierung noch der Küstenkoalition irgendjemand zu erklären.

Deshalb sind die Küstenkoalition und die Landesregierung ja auch längst aktiv geworden: Bundesratsinitiative, einstimmiger Bundesratsbeschluss. Zeigen Sie also nicht mit dem Finger auf die Landesregierung. Es zeigen drei Finger auf Sie zurück. Denn es war vor allem ein CDU-Staatssekretär, der sich jeder weiteren Änderung verweigert und das Ding einfach nach Brüssel geschickt hat.

(Zurufe SPD: Wie heißt der noch?)

Wenden Sie sich mit Ihrer berechtigten Kritik an Ihre Parteifreunde in Berlin! Kollege Arp, heute Vormittag klangen Sie noch deutlich zuversichtlicher, was Ihre Drähte zu Herrn Dobrindt angehen. Mag sein, man hört dort nicht auf Sie. Umso besser ist es, dass die Landesregierung längst aktiv geworden ist, sich für unsere Traditionsschiffe starkgemacht hat und das auch weiter tun wird.

Mein Fazit: Die Kieler Woche ohne Windjammerparade? Die CDU schafft das. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab einmal einen berühmten Politiker in

(Dr. Andreas Tietze)

Deutschland, der gesagt hat: Alles, was dampft und segelt, braucht einen, der alles regelt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist von mir!)

- Ach, wunderbar. - Lieber Kollege Arp, das ist nicht Herr Dobrindt, sondern Herr Ferlemann. Wer die Diskussion ein bisschen verfolgt hat, weiß, dass das Problem nicht Herr Dobrindt ist, sondern Herr Ferlemann, der sich in der gesamten Branche - wenn man mit Skippern und Vereinen spricht - unmöglich gemacht hat.

Wir haben heute Morgen auf Antrag der PIRATEN über die Bilanz der Regierung geredet. Liebe CDU, mir geht es bei Ihrem Antrag ähnlich. Sie tun so, als ob Sie nichts damit zu tun hätten. Man muss einmal die Frage stellen, wieso ein Staatssekretär, der von der Küste kommt - Herr Ferlemann kommt aus Cuxhaven und nicht aus Bayern, dem kann man nicht vorwerfen, dass er das nicht kennt -, an dieser Stelle so hartnäckig an einer **Sicherheitsrichtlinie** festhält, die eindeutig der Untergang unserer **Traditionsschiffahrt** im Norden ist. Das wäre so, als würden wir den Bayern vorschreiben, dass die Weißwurst demnächst rot sein muss.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Das ist unsere Identität, die maritime Kultur, die Schiffe, die wir hier alle sehen, die ganz nah am Parlament vorbeisegeln, das ist norddeutsche Identität, das ist der echte Norden. Deshalb müssen wir hier ein bisschen kämpferischer sein. Das dürfen wir nicht durchgehen lassen, wir dürfen an dieser Stelle nicht einknicken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich habe selber einen Segelschein - BK-Schein - und segele seit meiner Kindheit, auch auf Traditionsschiffen, habe viele Jugendfreizeiten begleitet, auch als Bootsmann, und habe diese Schiffe schon geskipper.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das darfst du aber nicht!)

- Doch, in Holland durfte ich das, Plattbodenschiffe. - Natürlich geht die Sicherheit auf See vor. Man sagt immer: Eine Hand fürs Schiff, eine Hand für dich, wenn du an Bord bist. Sicherheit ist ein wichtiges Thema, und natürlich muss es auf See angemessene Sicherheitsvorkehrungen bei Menschen und Material geben.

Das bestreitet auch niemand. Niemand der Traditionsschiffer bestreitet, dass Sicherheitsrichtlinien erfüllt werden müssen. Aber die Richtlinie - und das

ist das Problem - schießt weit über das Ziel hinaus, zwingt - wir haben 100 Traditionsschiffe - etwa 90 Schiffe, ihren Betrieb aufzugeben, und überfordert die finanziellen Budgets der Vereine. Ich komme dazu noch.

Wir brauchen eine Allianz des Nordens gegen die unsinnige Sicherheitsrichtlinie. Man muss sich einmal die Unfallzahlen angucken. Die Unfälle betreffen nicht deutsche Schiffe. Ich habe die Liste des Bundesunfallamts gelesen. Viele Schiffe sind holländische Schiffe. Gut, die „Falado von Rhodos“, übrigens kein Traditionsschiff, ist vor Island gesunken, hätte die Nordsee nie überqueren dürfen. So etwas muss man natürlich verhindern, da muss man stark eingreifen. Solche Schiffe gehören an die Kette, wenn sie keine Sicherheitsvorschriften einhalten.

Ich sage es noch einmal: Gerade junge Menschen, die in der Segelschiffahrt Erfahrungen gemacht haben, lernen oftmals zum ersten Mal in ihrem Leben, was es heißt, Teil eines Teams zu sein, weg vom Smartphone und Fernseher, draußen zu sein, das ist eine tolle Geschichte. Auch Landratten packen mit an. Wir müssen das Thema Traditionsschiffahrt auch als wichtige pädagogische Aufgabe sehen. Es gibt ja auch Segelschiffe, die mit schwierigen Jugendlichen unterwegs sind und wo eine therapeutische Wirkung nachweisbar ist. Ihre Verantwortung ist gefragt, sie müssen mitmachen, sie müssen sich mit der Natur auseinandersetzen, sie wachsen zu einem Team zusammen. Deshalb erfüllt die Traditionsschiffahrt auch eine ganz wichtige Aufgabe für junge Menschen. Das sollten wir immer wieder sagen.

Wie geht man mit Sicherheitsunterweisungen um? Jetzt werden umfangreiche Dokumentationen gefordert. An Bord gibt es ein Logbuch, das seit Hunderten von Jahren auf Schiffen geführt wird, in das alles eingetragen wird. Das ist schon vorgeschrieben, da brauchen wir nichts Neues. Auch die See- und Brandschutzausbildungen für Vereine, die jetzt gefordert werden, geht über das Ziel hinaus.

Was mich besonders ärgert, ist die Forderung, dass man jetzt Wirtschaftsprüfer und Steuerberater bestellen muss. Wer für gemeinnützige Vereine spendet - auch ich habe das schon gemacht -, tut das, weil er eine gute Sache, die Traditionsschiffahrt, unterstützen will. Da macht Bürokratie keinen Sinn.

Die Schiffe sind teuer. Ein Segelschiff zu besitzen, ist, wie 100-€-Scheine unter der Dusche zu zerreißen. Man muss viel Geld mitbringen. Die Schiffe

(Dr. Andreas Tietze)

müssen gepflegt werden, die Elektronik muss gecheckt werden und so weiter.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es wäre ein großer Verlust für uns alle, wenn wir die Traditionsschifffahrt verlieren. Ich bin jetzt ein bisschen irritiert. Wir sollten die alternative Abstimmung noch einmal überdenken. Ich finde wichtig, ein Signal zu senden von Kiel, der Landeshauptstadt, der Welthauptstadt des Segelns, an die Bundeshauptstadt: Wir stehen hinter unserer Traditionsschifffahrt, ohne Wenn und Aber. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Tietze, ich habe gute Nachrichten für Sie: Auch die PIRATEN stehen hinter den Traditionsschiffen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Unruhe)

Normalerweise kommt aus Bayern stets der erste Aufschrei, wenn beispielsweise die Grünen einen Veggie-Day fordern. Da wird dann von der CSU der Vorwurf erhoben, man leide unter Regulierungswahn.

Nun, das mit dem Regulierungswahn ist so eine Sache. Die beherrscht gerade die CSU auch ganz gut. Da stellt sich im Norden der wenig beliebte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt oder Herr Ferlemann hin und stellt unter Beweis, dass er gern reguliert. Neben dem Bürokratie- und Verwaltungsmonster Autobahnmaut ist die Verschärfung der **Sicherheitsauflagen für Traditionsschiffe** das jüngste Beispiel.

Selten war man sich in diesem Haus bei einer Sache so einig. Auch wir PIRATEN stehen hinter den Traditionsschiffen und kritisieren diesen Überregulierungswahn ausdrücklich.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Der Vorschlag und scharfe Ton von Herrn Dobrindt sind überflüssig und bringen nur Verwirrung und Unsicherheit für die Betreiber von Traditionsschiffen. Stattdessen wäre eine Richtlinie zum Siegel Traditionsschiff zielführender gewesen. Einer solchen Diskussion verschließt sich das Ministerium offenbar weiter. Es ist komisch, dass neue Sicherheitsrichtlinien aus Unfallzahlen hergeleitet werden. Nehmen wir einmal an, dass die Unfallzahlen stimmen. Die Kommission für historische Wasserfahrzeuge bezweifelt die Richtigkeit dieser Zahlen. Dann müsste das Verkehrsministerium auch beim Autoverkehr schnellstmöglich ein generelles Tempolimit auf Autobahnen von 80 km/h fordern, aber das möchte man nicht.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Bloß nicht!)

- Genau, Herr Garg. - Denn die meisten Unfälle passieren aufgrund überhöhter Geschwindigkeit. Doch dass es keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Autobahnen gibt, ist gerade Herrn Dobrindt heilig. Das ist ungefähr so, als wenn man in den USA versuchen würde, frei verkäufliche Schusswaffen zu verbieten. Auch an der Stelle werden wir keinen Erfolg haben.

Wir wollen die Traditionsschiffe an unseren Küsten erhalten, und zwar ohne Verschärfung von Sicherheitsauflagen. Denn die angedachte Verschärfung würde ohne Not von Dobrindts Ministerium forciert und an die EU-Kommission weitergeleitet. Wir fordern das Bundesministerium auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und die Sicherheitsrichtlinie für Traditionsschiffe zu überarbeiten und zu entschärfen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir wollen darüber hinaus eine Diskussion, was ein Schiff zu einem Traditionsschiff macht und ob es dabei nur um die Optik oder auch die Geschichte des Schiffes geht. Das sage ich ganz wertfrei, weil ich der Diskussion mit den Fachverbänden nicht vorgreifen möchte.

Die Traditionsschiffer und Betreiber solcher Schiffe können sich auf jeden Fall auf uns PIRATEN verlassen. Mit Leichtmatrosen wie diesem Dobrindt werden wir im Norden - glaube ich - ganz locker fertig.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Besonders ärgerlich ist es aber, wenn gerade die CSU in ihren Sonntagsreden das Ehrenamt in den höchsten Tönen lobt und gleichzeitig Regelungen erlässt, die gerade ehrenamtliche Tätigkeiten - viele

(Uli König)

haben es hier schon gesagt - wie zum Beispiel das Führen von Traditionsschiffen torpediert. Das widerspricht sich und trägt nicht zum gesellschaftlichen Frieden bei. Ich frage mich trotzdem, was mit dieser Koalition in Berlin und dem Einfluss der CDU aus dem Norden los ist, wenn ein wild gewordener Bayer solche Verordnungen erlassen kann.

(Beifall PIRATEN)

So ganz harmonisch scheint es da ja nicht zu sein, Herr Arp.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Ein klarer Politikstil und ein Mehrwert für die Menschen im Norden kann ich da leider auch nicht erkennen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die warten auf einen Brief von Liebling!)

- Genau!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Oha! Das ist die härteste Drohung!)

Noch ein paar persönliche Worte. Das ist wahrscheinlich die letzte Rede von mir in dieser Legislaturperiode. Es war mir eine Ehre, diesem Hohen Haus für fast fünf Jahre anzugehören. Ich bedanke mich für die häufig konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen und sage: Vielen Dank!

(Beifall)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schipper Arp, ich habe auch ein besonderes Verhältnis zu Traditionsschiffen, denn ich bin in meiner Kindheit und Jugend an der Schafflunder Au groß geworden. Ich hatte Flöße und war Kapitän auf der Schafflunder Au. Das ist mehr als Schipper.

(Beifall)

Nachdem das BMVI den ersten Entwurf der sogenannten **Sicherheitsrichtlinie für Traditionsschiffe** vorgelegt hatte, sorgte dieser in den betroffenen Kreisen für erhebliche Unruhe. Die Traditionsschiffahrt sei in Gefahr, oder das sei das Aus der Traditionsschiffahrt in Deutschland, konnten wir seinerzeit lesen. Ein Großteil der alten Segel-, Dampf- und Motorschiffe wäre an den neuen An-

forderungen gescheitert, und sie hätten in letzter Konsequenz nicht mehr fahren dürfen.

Weite Teile sollten an die Bestimmungen der Berufsschiffahrt angeglichen werden. Die ehrenamtlichen Besatzungen hätten Qualifikationen ablegen müssen ähnlich wie die der Berufsseeleute. Auch die geforderten Umbau- und Umrüstungsmaßnahmen an den Traditionsschiffen wären aufgrund der traditionellen Bauweise zum Teil nicht durchführbar gewesen.

Das, was der bayrische Bundesverkehrsminister damals vorgelegt hatte, zeugt von Unwissenheit. Es wurde völlig außer Acht gelassen, unter welchen Voraussetzungen die Traditionsschiffahrt betrieben wird und wie die Schiffe aufgebaut und ausgerüstet sind.

Dass es in mancher Hinsicht durchaus sinnvoll ist, die bestehende Rechtsgrundlage zu ändern und anzupassen, ist unbestritten. Jedoch schießt der Entwurf weit über das Ziel hinaus. Dies geht auch deutlich aus den Stellungnahmen hervor.

Wie wir wissen, wurden die Stellungnahmen der Länder und Verbände ausgewertet und die Vorschriften angepasst. Wir stellen aber fest, dass der geänderte Entwurf immer noch die Existenz der Traditionsschiffe stark gefährdet. Die relevanten Stellungnahmen wurden eben nicht vom BMVI berücksichtigt beziehungsweise angenommen.

Hier muss im Sinne der Eigner und der Betreibervereine unbedingt nachverhandelt werden. Das heißt, es geht um technisch umsetzbare Sicherheitsanforderungen mit entsprechenden Übergangsfristen, wie es auch sonst in der Schifffahrt üblich ist. Der Wunsch, konstruktiv mit dem BMVI zusammenzuarbeiten, wurde bereits vom Dachverband der deutschen Traditionsschiffe klar geäußert. Diesen Wunsch können wir nur unterstützen.

Aus dem Blickfeld eines bayrischen Bundesministers und seines Staatssekretärs mag die Traditionsschiffahrt fremd sein. Aber sie gehört zu uns, zu den Küstenländern. Traditionsschiffe beleben das Bild der Häfen, sie sind Zeitzeugen und geben einen Einblick in die Schifffahrt vergangener Tage. Jedes Hafenfest, jede Regatta lebt von der Vielfältigkeit der Teilnehmer, und die Traditionsschiffe gehören ganz einfach dazu. Es gilt, dieses kulturelle Erbe zu erhalten. Niemand käme auf die Idee, das Schloss Neuschwanstein zu schließen, nur weil es den statischen Anforderungen von heute nicht entspricht.

(Heiterkeit)

(Flemming Meyer)

Für uns gibt es zu viel zu verlieren. Daher werden wir den Druck nicht aus dem Kessel nehmen.

Der Kollege Tietze hat die **Jugendarbeit** schon erwähnt. Man hat sich auch an uns gewandt. Die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Schleswig-Holstein, die über 9.000 Jugendliche vertritt, hat mitgeteilt, dass sie jedes Jahr mehrere Tausend Jugendliche auf Traditionsschiffen verbringt, damit sie dort traditionelle Seemannschaft lernen können, aber auch das gemeinschaftliche Leben und Handeln an Bord. Sie kann bestätigen, wie sehr diese Kinder und Jugendlichen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, in ihrer Identitätsentwicklung gestärkt werden.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagt ganz klar, dass diese Arbeit dann nicht mehr geleistet werden kann. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, den wir nicht vergessen dürfen. Deswegen unterstützen wir die Landesregierung in ihrem Bestreben, sich weiterhin auf Bundesebene für den Erhalt der Traditionsschiffe einzusetzen. - Jo tak, Schipper Arp.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. Dann hat jetzt die Landesregierung das Wort. Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr, Technologie und Traditionsschiffe, Reinhard Meyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Welcher Ort könnte besser geeignet sein, welcher Landtag könnte besser geeignet sein, über das Thema **Traditionsschiffahrt** zu sprechen, wenn man die abendliche Stimmung hier an der Kieler Förde bewundern kann? Können Sie sich vorstellen, dass wir alle unsere Traditionsschiffe an die Kette legen, weil die **Sicherheitsbestimmungen** dazu führen, dass sie nicht mehr über die Förde oder anderswo fahren können? Nein, meine Damen und Herren, das können wir uns nicht vorstellen.

Wir wollen die Traditionsschiffe ja nicht unter der musealen Glocke sehen, sondern wir wollen sie auch fahren sehen. Das ist ein ganz lebendiges maritimes, kulturelles Erbe, das wir nicht nur in

Schleswig-Holstein, sondern in ganz Norddeutschland haben.

Das Thema der Traditionsschiffahrt und der Regelungen beschäftigt uns schon länger. Was ist eigentlich das, was wir Herrn Dobrindt oder auch Herrn Ferlemann vorwerfen? Ich kenne das Thema seit ein paar Jahren. Auch in meiner vorherigen Tätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern hat es durch die zuständige Fachabteilung im Bundesverkehrsministerium immer wieder den Versuch gegeben, hier zu Regulierungen zu kommen. Letztlich haben die jeweiligen Hausleitungen vor Herrn Dobrindt genau dieses Vorhaben gestoppt. Wir werfen dem **Bundesverkehrsminister** vor, dass er kein Gefühl dafür hat, was hier tatsächlich auf den Weg gebracht worden ist. Das muss man so deutlich sagen.

Es ist vieles gesagt worden. Ich möchte aber noch ein paar Punkte betonen, die ganz wichtig sind. Man kann nicht hingehen und Regelungen der Berufsschiffahrt auf einen Bereich übertragen, der vom **Ehrenamt** lebt. Das ist, glaube ich, der Kernfehler, der Gedankenfehler, der bei dieser Verordnung gemacht worden ist. Das müssen wir verhindern.

Nun muss man zum Verfahren ganz deutlich sagen, das ist eine Verordnung, die nicht zustimmungspflichtig ist. Das heißt, unser Schwert ist nicht ganz so scharf wie in anderen Fällen. Wir müssen hier immer wieder Überzeugungsarbeit leisten. Das tun wir. Das tun wir übrigens nicht erst seit gestern und vorgestern, sondern das tun wir schon seit längerer Zeit und kämpfen für eine Lösung zusammen mit den Verbänden.

Was mich stört, ist, dass es der Bundesverkehrsminister und auch Staatssekretär Ferlemann, wenn man eine relativ einfache Bitte an sie richtet, nämlich sich mit den Verbänden, die klar gesagt haben, sie wollten über einzelne Punkte reden und sie wollten diese Verordnung mitbestimmen, nicht schaffen, sich mit den Verbänden einzusetzen und nach einer gemeinsamen Regelung zu suchen. Das hat uns wirklich gestört. Deswegen haben wir den Antrag im Bundesrat gestellt. Er ist übrigens einstimmig angenommen worden. Das heißt, wir haben alle Länder davon überzeugt, dass das das richtige Anliegen ist.

Meine Damen und Herren von der CDU, mich stört natürlich auch, dass Sie jetzt so tun, als hätten Sie bei diesem Thema schon lange gehandelt. Nein, dieser Antrag kommt kurz vor Toresschluss. Herr Ferlemann ist bei vielen Terminen hier im Land ge-

(Minister Reinhard Meyer)

wesen. Da hätte man ihn in letzter Zeit ja einmal locker darauf ansprechen können.

Herr Dobrindt, so habe ich der Presse entnommen, war bei einem Wahlkampfauftritt in Schleswig-Holstein. Ich habe nicht gelesen, dass Sie ihn zur Traditionsschiffahrt gefragt haben.

(Tobias Koch [CDU]: Doch!)

- Aber das Ergebnis ist nicht bekannt.

(Zurufe Tobias Koch [CDU])

- Es gibt möglicherweise auch kein Ergebnis, Herr Koch. Insofern kommen Sie mit diesen Anträgen reichlich spät.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall SSW)

Ich freue mich, dass Sie dabei sind: Willkommen im Club! Andere haben aber schon vorher angefangen.

Herr Ferlemann hat diese Verordnung einfach zur Notifizierung nach Brüssel geschickt, ohne vorher mit Verbänden oder Ländern geredet zu haben. Jetzt kommt es darauf an, noch einmal im Bundestag tätig zu werden. Wir kämpfen weiter und werden in der Großen Koalition in Berlin sehr genau hingucken, nicht nur, was die SPD-Abgeordneten angeht, sondern gerade auch, was die CDU-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein betrifft und wie sie sich verhalten.

Wir müssen gemeinsam für die Traditionsschiffahrt und ihren Erhalt in Schleswig-Holstein kämpfen. Das muss die Botschaft sein, die von dieser Debatte ausgeht. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor.

Dann kommen wir nun zur Abstimmung, zunächst über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/5231. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/5235. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FDP, der CDU und der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die anderen Fraktionen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/5320. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktion der PIRATEN und die Fraktion der FDP. Wer ist gegen diesen Antrag? - Keiner. Wer enthält sich? - Das ist die CDU-Fraktion. Somit ist dieser Antrag angenommen.

Ich wünsche Ihnen heute Abend gute Unterhaltung, gute Gespräche und eine gute Nachtruhe. Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:12 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Gute Arbeit für Praktikanten - Schutzvorkehrungen und Mindeststandards für Praktika einführen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/5334

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Pflichtpraktika sind ein wichtiger praktischer Bestandteil der Ausbildung in Schule, Fachhochschule und Universität. Sie vermitteln Eindrücke aus der Arbeitswelt und helfen Schülern und Studierenden bei der beruflichen Orientierung. Freiwillige Praktika bieten vielen Menschen zusätzlich zu ihrer Ausbildung wertvolle praktische Kenntnisse. Sie können auch Türöffner für eine längerfristige Anstellung sein. Nicht selten wird aus einem Praktikanten ein dauerhafter Angestellter. Kurzum: Praktika sind sinnvoll und wichtig.

Standards für die Dauer und Vergütung von Praktika gibt es natürlich längst. Und selbstverständlich handelt das Land nach diesen Standards.

Praktikanten behandelt das Land nach der Praktikanten-Richtlinie der Tarifgemeinschaft der Länder - einer Richtlinie, die so auch in Bayern, im Saarland, in Baden-Württemberg oder in Niedersachsen gilt und angewandt wird - in allen Ländern mit Ausnahme Hessens. Diese Richtlinie ist gerade erst erneuert und aktualisiert worden, nämlich mit Wirkung zum 1. Juni 2016.

Ganz klar also: Es gibt längst faire Standards für Praktikanten in Schleswig-Holstein: Standards für die Vergütung, Standards für schriftliche Vereinbarungen zum Praktikum, Standards für Zeugnisse. Selbstverständlich handeln wir als Land danach. Dazu sind wir als Mitglied der Tarifgemeinschaft im Übrigen auch verpflichtet.

Zur Situation in Schleswig-Holstein! In den Jahren 2014 und 2015 wurden 97 % aller Praktika innerhalb von drei Monaten abgeleistet, der überwiegende Teil dieser Praktika als Pflichtpraktikum oder Kurzpraktikum unter einem Monat. Rund 2.600 Praktikanten waren so beschäftigt. Die meisten davon wiederum als Schüler.

Pflichtpraktika sind Teil der Ausbildung an einer Schule oder Hochschule. Sie sollen Abläufe in der Verwaltung näherbringen und einen Beitrag zur persönlichen Bildung leisten. Praktikanten werden dabei gerade nicht als Arbeitskräfte eingesetzt. Von ihnen wird keine Arbeitsleistung verlangt. Sie sollen vielmehr lernen.

Gemäß der Praktikanten-Richtlinie besteht in diesen Fällen daher kein Anspruch auf Vergütung. Er würde auch keinen Sinn ergeben: Praktika über ein, zwei Wochen werden oft zum Reinschnuppern genutzt, zum Beispiel bei der Polizei oder in einer Kita. Gäbe es für diese Pflicht- und Kurzzeitpraktika einen Lohnanspruch: die Zahl der Praktikumsplätze würde deutlich abnehmen, und damit würde eine tolle Chance verstreichen. Denn in den ersten Wochen machen Praktikanten vor allem eins: Arbeit. Weil sie erst einmal alles kennenlernen und verstehen müssen. Weil ihnen das jemand beibringen muss. Ziel muss doch sein, dass Praktikanten ordentlich betreut werden, dass sie die Zeit in Betrieb und Verwaltung sinnvoll nutzen können, um Arbeitsabläufe, Themen und Aufgaben in der Praxis näher kennenzulernen.

Wer Entgelt für Praktikanten fordert, will diejenigen finanziell belasten, die eine Ausbildungsleistung erbringen. Doch das funktioniert nicht! Kurzum: Es geht um die Erfüllung eines Bildungsauftrags, nicht um ein Arbeitsverhältnis.

Weniger Praktikumsplätze würden es in der Folge schwerer machen, in einen Job zu kommen. Praktika können ein Sprungbrett in den Job sein. Wer Praktika gemacht hat, weiß besser, welcher Beruf infrage kommt, kann sich gezielter bewerben und in der Bewerbung mit bereits gewonnenen Erfahrungspunkten.

Kurzum: Kämen wir diesem Antrag nach, gäbe es in der Folge deutlich weniger Praktikumsplätze, und der Einstieg in die Berufswelt würde erschwert. Das kann nicht unser Interesse sein, und schon gar nicht das von Schülern und Studierenden.

Dafür, wie ein Praktikum abzulaufen hat, gibt es in Schleswig-Holstein aktuelle und faire Standards, gute Standards. Ihren Antrag braucht es dafür nicht!

Anlage

Namentliche Abstimmung
 144. Sitzung am 23. März 2017
Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Kita-Geldes
 Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
 Drucksache 18/4814 (neu)
 (Seite **12192** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Ja	Johanna Skalski	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja		
Johannes Callsen	Ja	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Astrid Damerow	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Ja	Anke Erdmann	Nein
Hauke Götttsch	Ja	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Ja	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Ja	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Ja	Dr. Andreas Tietze	Nein
Peter Lehnert	Ja	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	Ja		
Hans Hinrich Neve	Ja	FDP	
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Heiner Garg	Nein
Barbara Ostmeier	Ja	Anita Klahn	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Heiner Rickers	Ja	Wolfgang Kubicki	Nein
Klaus Schlie	Ja	Oliver Kumbartzky	Nein
Peter Sönnichsen	Ja	Christopher Vogt	Nein
Rainer Wiegard	Ja		
SPD		PIRATEN	
Torsten Albig	Abwesend	Angelika Beer	Abwesend
Wolfgang Baasch	Nein	Dr. Patrick Breyer	Nein
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Nein
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	Nein
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbeck	Abwesend
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Nein
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	SSW	
Thomas Hölck	Nein	Lars Harms	Nein
Stefan Bolln	Nein	Flemming Meyer	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Birte Pauls	Nein		
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Beate Raudies	Nein	Zusammenstellung:	
Sandra Redmann	Nein	Abgegebene Stimmen	66
Thomas Rother	Nein	davon	
Katrin Fedrowitz	Nein	Jastimmen	22
Dr. Ralf Stegner	Nein	Neinstimmen	44
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	-